

Psychische Belastung, Familienbeziehungen und
Kommunikation über die politische Haft
in Familien ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR

Maya Böhm

„...wir alle tragen, ob wir wollen oder nicht, das erschütternde 20. Jahrhundert in uns. Seine Geschichten werden flüsternd weitergegeben, über Generationen hinweg, die zahllosen Erfahrungen und Träume jener Zeit, die Augenblicke des Mutes und des Verrats, die Erinnerungen voller Angst und Schmerz, die Bilder des Glücks.“

Geert Mak

Inhaltsverzeichnis

1	VORBEMERKUNG	2
2	EINFÜHRUNG	3
3	THEORETISCHER HINTERGRUND	5
3.1	Politische Inhaftierung in der DDR	5
3.2	Folgen politischer Inhaftierung in der DDR für die Betroffenen	10
3.2.1	Traumatisierungen und Traumafolgestörungen – Definition und Modelle	11
3.2.2	Traumatisierungen und Traumafolgestörungen – Prävalenzraten	16
3.2.3	Risiko- und Schutzfaktoren für das Auftreten von Traumafolgestörungen	18
3.2.4	Ergebnisse zu psychischen und körperlichen Auswirkungen politischer Haft in SBZ und DDR	19
3.3	Familie und politische Inhaftierung in der DDR	23
3.3.1	Belastungen durch die Inhaftierung eines oder mehrerer Familienmitglieder	24
3.3.2	Gegen Angehörige gerichtete nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen	27
3.4	Familie und Traumatisierung	29
3.4.1	Definitionen und Modelle: Familie und Familienstressoren	29
3.4.2	Definitionen und Modelle: Sekundäre Traumatisierung und familiäre Bewältigung	33
3.4.3	Ergebnisse zu Auswirkungen von Traumatisierungen auf Familien	40
4	FRAGESTELLUNG	50
4.1	Zusammenfassung und Integration der theoretischen Befunde	50
4.2	Zielsetzung der Arbeit	52
4.3	Fragestellungen	53
4.4	Umsetzung der Fragestellungen in Hypothesen	54
5	METHODISCHE UMSETZUNG DER FRAGESTELLUNG	59
5.1	Untersuchungsdesign	59
5.2	Erhebungsinstrumente	59
5.3	Stichprobe	67
5.3.1	Gewinnung der Stichprobe	67
5.3.2	Rücklaufquote	70

5.3.3	Vergleichsstichproben	70
5.4	Kennwerte	71
5.5	Statistische Analyse	71
6	ERGEBNISSE	75
6.1	Beschreibung der Stichprobe	75
6.2	Politische Haft	79
6.2.1	Inhaftierte Familienmitgliedern in den befragten Familien	79
6.2.2	Dauer der politischen Haft, Tatvorwürfe, subjektive Vorhersehbarkeit und Ort der Haftentlassung	80
6.2.3	Kontakt zu Partner-/innen und Kindern während der Haftzeit	82
6.2.4	Die Lebenssituation der Angehörigen	84
6.2.5	Erinnerte psychische Belastung während der Haftzeit in den drei Gruppen	88
6.3	Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen	89
6.4	Ausreise	93
6.5	Kommunikation über die politische Haft	93
6.5.1	Kommunikation in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten	93
6.5.2	Kommunikation in der Gruppe der Partner/ innen	98
6.5.3	Kommunikation in der Gruppe der Kinder	100
6.5.4	Einschätzung des Wissens über die politische Haft	104
6.6	Primäre Traumatisierung	106
6.6.1	Subjektive psychische Belastung und Bedeutsamkeit der politischen Haft für das eigene Leben	106
6.6.2	Familienfunktionen	110
6.6.3	Beschreibung der Vergleichsstichproben	112
6.6.4	Trauma / PTBS	113
6.6.5	Belastung durch Symptome psychischer Störungen	123
6.6.6	Zusammenhänge zwischen erlebten Stressoren und psychischer Belastung	129
6.7	Sekundäre Traumatisierung	135
6.7.1	PTBS der Indexperson und Symptome psychischer Störungen der Angehörigen	135
6.7.2	PTBS der Indexperson und Einschätzung der Familienbeziehungen	138

6.7.3	Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung der Familienmitglieder	140
6.7.4	Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienbeziehungen	144
6.7.5	Kommunikation und psychische Belastung	147
6.7.6	Kommunikation und Familienbeziehungen	155
7	DISKUSSION	160
7.1	Zentrale Ergebnisse	160
7.1.1	Stressoren im Zusammenhang mit der politischen Haft	160
7.1.2	Kommunikation über die politische Haft	165
7.1.3	Psychische Belastung	170
7.1.4	Familienbeziehungen	175
7.1.5	Primäre Traumatisierung	178
7.1.6	Sekundäre Traumatisierung	181
7.1.7	Traumatisierung und Kommunikation über die Haft	191
7.2	Weiterführende Diskussion	196
7.3	Einschränkungen	200
7.4	Ausblick	207
8	LITERATURVERZEICHNIS	212
9	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	244
10	TABELLENVERZEICHNIS	246
11	DANKSAGUNG	249

Abkürzungsverzeichnis

IM	Inoffizielle/-r Mitarbeiter/-in des Ministeriums für Staatssicherheit
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
PTE	Potenziell traumatisierendes Ereignis / Erlebnis
PTBS	Posttraumatische Belastungsstörung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
StVG	Strafvollzugsgesetz
TLStU	Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
LStU	Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
VAS	Visuelle Analogskala

Abkürzungen im Ergebnisteil, zu den Fragebögen s. Abschnitt 4.2

Belastung _{VAS}	Visuelle Analogskala zur Erfassung der subjektiven psychischen Belastung durch die politische Haft (Bedeutsamkeit _{VAS} bezeichnet die subjektive Bedeutsamkeit)
FAD _{GES}	Skala "Gesamtfunktionalität" des Family Assessment Device (FAD _{KOMM} bezeichnet die Skala "Kommunikation")
FACES _{KOH}	Skala "Kohäsion" der Family Adaptability & Cohesion Scales (FACES _{FLEX} bezeichnet die Skala "Flexibilität")
GSI _{SCL-27}	Global Severity Index der SCL-27 (analog bezeichnen Dep _{SCL-27} , Dys _{SCL-27} etc. die weiteren Skalen der SCL-27)
PTBS _{GES}	Skala für die Schwere der PTBS-Symptome der PDS (analog bezeichnen PTBS _{INTRUS} ; PTBS _{VERM} die weiteren Skalen der PDS)
r_s	Rangkorrelation nach Spearman

1 Vorbemerkung

Es handelt sich bei den folgenden Seiten um eine geringfügig überarbeitete und gekürzte Version meiner Dissertation mit dem gleichen Titel von 2014.

Sie wäre nie entstanden ohne die Teilnahme und Unterstützung vieler Menschen, die in der SBZ oder DDR in politischer Haft waren, ihre Partner*innen und Kinder. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich danken.

2 Einführung

In ihrem Expertengutachten zu gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der DDR widmeten Freyberger, Frommer, Maercker und Steil (2003) ihr Schlusswort den Familien der ehemaligen Inhaftierten. Fast 20 Jahre sind seitdem vergangen und doch scheint die Frage danach, welche psychosozialen Folgen die Familien tragen mussten und müssen, fast ungehört verhallt zu sein. Die Annahme, dass die politische Haft der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der darauf folgenden DDR auch für die Angehörigen der Inhaftierten negative Auswirkungen gehabt haben könnte, ist jedoch aus verschiedenen Gründen naheliegend. Zum einen gibt es Hinweise darauf, dass auch Angehörige in die politische Verfolgung in SBZ und DDR einbezogen wurden. Zum anderen wurde aus anderen Kontexten berichtet, dass sich die psychische Belastung, die aus potenziell belastenden Lebensereignissen entsteht, negativ auf Angehörige auswirken kann. Dennoch wurden sowohl das Ausmaß, in dem Familienangehörige politischen Repressionen ausgesetzt waren, wie auch die Folgen, die die politische Haft auf sie haben konnte, bisher nur ansatzweise untersucht.

Mit der vorliegenden Studie liegt nun eine explorative Annäherung an die Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Betroffenen, ihre Partner/-innen und Kinder vor.

Zunächst wird hier der Forschungsstand zu politischer Haft in SBZ und DDR ausführlich dargestellt, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit der DDR liegt (3.1). Auf der Basis vorliegender Literatur erfolgt eine Annäherung an die Frage, was eine politische Haft in der DDR für die Angehörigen bedeuten konnte (3.3). Neben einem historischen Abriss sollen diese Kapitel auch dazu dienen, die von den ehemaligen Inhaftierten und ihren Familien erlebten Maßnahmen und Ereignisse in Zusammenhang mit der politischen Haft als potenziell traumatisierende Stressoren einzuordnen. Die politische Haft und die damit verbundenen Ereignisse müssen als potenziell traumatisierende Erlebnisse für die Betroffenen und ihre Angehörigen angesehen werden. Aus diesem Grund werden in den Abschnitten 3.2.1 – 3.2.4 theoretische Konzepte sowie empirische Ergebnisse zu potenziell traumatisierenden Ereignissen und Traumafolgestörungen behandelt.

Die Angehörigen von Personen, die in der DDR politisch inhaftiert wurden, waren vermutlich sowohl im Sinne primärer Traumatisierung wie sekundärer Traumatisierung Bedingungen ausgesetzt, die zu einer erhöhten psychischen Belastung führten. Dies zu prüfen, ist Anliegen dieser Arbeit. Deshalb wird in Abschnitt 3.4 eine Übersicht der Forschung zu Auswirkungen potenziell traumatisierender und belastender Ereignisse auf Familiensysteme sowie empirischer Ergebnisse zu diesem Forschungsfeld gegeben.

Der theoretische Hintergrund ist breit angelegt und bezieht sich auf verschiedene Forschungsbereiche. In Kapitel 4 wird er deshalb noch einmal kurz zusammengefasst. Darauf

aufbauend werden die Zielsetzung der Arbeit und die daraus folgenden Fragestellungen abgeleitet. Analog zum Theorieteil wird es zum einen um die Erfassung der potenziellen Stressoren, denen Partner/-innen und Kinder in der DDR im Zusammenhang mit der politischen Haft ausgesetzt waren, zum anderen um die Erfassung ihrer psychischen Belastung und der Prüfung von Prozessen primärer und sekundärer Traumatisierung gehen. Das Forschungsfeld ist, wie oben kurz erläutert, bisher nur wenig erschlossen. Es handelt sich hier aus diesem Grund um eine explorative Arbeit mit einer Vielzahl an Hypothesen und ausführlichen Analysen der erhobenen Daten.

Die methodische Umsetzung der Fragestellungen sowie die Gewinnung der Stichprobe werden im Abschnitt 5 dargelegt. Der umfassende Ergebnisteil ist in Reihenfolge der Fragestellungen gegliedert. Dementsprechend werden zunächst die Ergebnisse der deskriptiven und explorativen Analysen berichtet (6.1 – 6.5), in denen die in Zusammenhang mit der Haft erlebten Stressoren sowie einzelne Aspekte der Lebenssituation der Familien politisch Inhaftierter und die innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft im Fokus stehen. In den zentralen Analysen wird die psychische Belastung der Familienmitglieder als Ergebnis von Prozessen primärer und sekundärer Traumatisierung geprüft (6.6 – 6.7).

Die Arbeit kann somit einerseits zu einer Erweiterung des Wissens über den Einbezug von Angehörigen politisch Inhaftierter in die politische Repression in der DDR dienen. Andererseits soll sie es ermöglichen, bestehende Annahmen, insbesondere in Bezug auf das Konzept der sekundären Traumatisierung, zu prüfen. Inwieweit die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit sich in das Forschungsfeld einfügen oder Widersprüchliches aufzeigen wird abschließend ausführlich diskutiert (Kapitel 7).

3 Theoretischer Hintergrund

3.1 Politische Inhaftierung in der DDR

Zwischen 1949 und 1989 wurden in der DDR circa 200 000 Personen aus politischen Gründen inhaftiert (Borbe, 2010).¹ Die Haft wurde von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die die DDR über die gesamte Zeit ihres Bestehens regierte, als Instrument der Machtsicherung genutzt. Im Zusammenspiel mit anderen, nichtstrafrechtlichen Maßnahmen diente sie der Kontrolle und Bestrafung missliebiger Bürgerinnen und Bürger.

Bereits kurz nach ihrer Gründung 1949 hatte die DDR um die 14.000 politische Gefangene (Schröder & Wilke, 1998). Sie wurden von den Besatzern in der SBZ übernommen, ebenso wie die Praxis, politisch missliebige Bürgerinnen und Bürger einzusperren. Bis heute ist nicht klar zu bestimmen, wie viele politisch Inhaftierte es gab (Borbe, 2010; Weißflog & Beer, 2008).² Ebenfalls schwer ist, exakt zu bestimmen, aus welchen Gründen wie viele Personen politisch inhaftiert wurden. Auslöser für eine politische Haft konnte gezieltes politisches Engagement gegen die Politik der SED sein. Häufig wurden allerdings auch Personen kriminalisiert, die sich nicht in diesem Sinne engagiert hatten und die „unpolitisch“ waren (Fricke, 1988). In der SBZ und in der frühen DDR wurden vor allem Personen inhaftiert, gegen die der Verdacht der Beteiligung am Nationalsozialismus vorlag. In den 50er Jahren wurden im Zuge von Enteignungen und Verstaatlichungen vermehrt Bauern und Selbstständige politisch inhaftiert (Schröder & Wilke, 1998; Werkentin, 1998). Personen, die die DDR verlassen wollten, waren durchgehend unter den politisch Inhaftierten zu finden. Der Versuch die DDR zu verlassen wurde seit Bestehen der DDR strafrechtlich verfolgt. Dabei wurden sowohl der Wunsch auszureisen als auch der tatsächliche Versuch, die Grenze ohne erteilte Erlaubnis zu überschreiten, mit Gefängnisstrafen geahndet. Als Grund für die Verurteilung wurden jedoch häufig andere „Delikte“, wie zum Beispiel „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ oder „Agententätigkeit“, konstruiert. Schon bald machten Verurteilungen im Zusammenhang mit „Republikflucht“ einen Großteil aller politischen Verurteilungen aus (Denis & Kuhn, 1996; Werkentin, 1998). In Abhängigkeit von Ereignissen wie dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 oder auch den „Weltfestspielen“ 1973 wurden ebenfalls verstärkt Personen inhaftiert. Auch Entlassungswellen, sogenannte „Amnestien“ politisch Inhaftierter geschahen in Abhängigkeit von innen- und außenpolitischen Veränderungen. Die politische Justiz der DDR war

¹ Für die Zeit der sowjetischen Besatzung belaufen sich Schätzungen auf weitere 100 000.

² Es gab keine DDR-Statistiken, die politische Gefangene gesondert aufführten. Zu den gängigsten Paragrafen, auf deren Grundlage politisch Missliebige verurteilt wurden siehe z. B. Borbe, 2010; Fricke, 1988; Schröder & Wilke, 1998; Sélitrenny, 2003.

in hohem Maße mit ihren politischen Entwicklungen verbunden (Beer & Weißflog, 2011, S. 39 ff.; Müller, 2012).

In die Betrachtung politischer Haft in der DDR müssen stets auch die nichtstrafrechtlichen politischen Repressionsmaßnahmen einbezogen werden. Diese umfassten beispielsweise sichtbare und unsichtbare Überwachungsmaßnahmen, Gängeleien am Arbeitsplatz oder Behinderungen in der Ausbildungslaufbahn der Kinder, nahmen aber auch Formen ausgeklügelten Psychoterrors an (s. z. B. Behnke & Trobisch, 1998; Fuchs, 1995; Knabe, 2002; Pingel-Schliemann, 2004). Die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe war in der Regel in nichtstrafrechtliche Formen der Überwachung und Repression eingebettet (Raschka, 2001). Vor der Festnahme sammelte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf diesem Weg Informationen über die verdächtige Person und ihr Umfeld. Während der Haft wurden die Betroffenen durch das Gefängnispersonal und den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern/-innen (IM), die häufig auch aus Mitgefangenen rekrutiert wurden, überwacht (s. z. B. Sélítrenny, 2003). Nach einer Entlassung auf das Gebiet der DDR waren sie wiederum Maßnahmen des MfS ausgesetzt. Zum Beispiel wurden sie regelmäßig vorgeladen, mussten ihren Ausweis abgeben und Arbeitsstellen annehmen, die unter ihrer Qualifikation lagen.

Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen wurden zudem unabhängig von einer Verurteilung zur Bestrafung und Kontrolle missliebiger Personen eingesetzt. Nach Meinung der SED und des MfS sollten mögliche regimekritische Personen so früh wie möglich identifiziert und „neutralisiert“ werden (Knabe, 2002, S. 25, s. dazu auch Eisenfeld, 1996).

Bezeichnenderweise nannte das MfS seine gegen Menschen gerichteten Maßnahmen der Isolation und Verunsicherung „Zersetzungmaßnahmen“ (MfS-Jargon zit. nach Fuchs, 1995, S. 56). Im Zuge der internationalen Anerkennung der ehemaligen DDR fanden nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen im Sinne unsichtbarer Kontrolle und Bestrafung eine größer werdende Bedeutung (Werkentin, 1998). Personen, die einen Antrag auf Ausreise aus der DDR stellten, sollten zum Beispiel häufig über nichtstrafrechtliche Maßnahmen zum Rückziehen ihres Antrags bewegt werden (Eisenfeld, 1996; Priebe, Bolze & Rudolf, 1994). Die Haftbedingungen, denen politisch Inhaftierte in der DDR ausgesetzt waren, waren nicht einheitlich. Zum einen muss nach Untersuchungshaft- und Strafvollzugsanstalten unterschieden werden, zum anderen unterschieden sich auch die einzelnen Standorte diesbezüglich voneinander. Zudem veränderten sich die rechtlichen Bestimmungen wie auch die Zustände in Hinblick auf Belegungszahlen, Hygiene und Versorgung der Gefangenen über die Zeit (s. z. B. Müller, 1998; Müller, 2012). Trotz dieser Heterogenität soll im Folgenden eine kurze Beschreibung der Grundzüge von Untersuchungshaft, Verurteilung und Strafvollzug bei politisch Inhaftierten der DDR erfolgen. Aufgrund des Schwerpunktes dieser Arbeit auf die Zeit der DDR werden vor allem die Haftbedingungen ab den 50er Jahren beschrieben.

Untersuchungshaft und Verurteilung

Politisch Inhaftierte wurden nach ihrer Festnahme in aller Regel in eine Untersuchungshaftanstalt des MfS gebracht (für eine Übersicht s. z. B. Beleites, 2009; Passens, 2012). In der „Ermittlungsphase“, also vor der Verhaftung, wurden auf zumeist illegalem Wege Informationen über die Betroffenen gesammelt. Diese konnten jedoch vor Gericht nicht als Beweismittel verwendet werden. Deshalb war die Untersuchungshaft für das MfS von besonderer Bedeutung (Raschka, 1998). Hier mussten die gesammelten „Beweise“ durch die Verdächtigen bestätigt werden. Bereits mit der Verhaftung sollte deshalb die Verunsicherung und Destabilisierung der Betroffenen beginnen (Passens, 2012; Zahn, 2007). Je weniger Rückhalt sie für sich aus inneren oder äußeren Quellen ziehen konnten, so die Logik des MfS, desto einfacher würde es sein, sie zu „überführen“. Wenn möglich sollten durch die Aussage der Untersuchungshäftlinge auch andere Personen belastet werden – das MfS sprach hier von der „präventiven Erkundung des sozialen Umfelds“ (Morawe, 2000; S. 383). In der Untersuchungshaft wurden die Verhafteten isoliert und streng überwacht (dazu z. B. Beleites, 2009; Sperk, 1998). Sie hatten häufig weder mit Mitgefangenen noch mit Gefängnispersonal Kontakt, vor allem in der ersten Zeit der Haft. Zahn (2007) und Morawe (2000) bezeichneten dies als soziale, kommunikative und emotionale Deprivation der Inhaftierten. Erst in der Vernehmungssituation saß ihnen in der Untersuchungshaft wieder jemand gegenüber – allerdings stets in der Funktion, ein „Geständnis“ erhalten zu wollen.³ Zu diesem Ziel wendete das MfS auch Foltermethoden gegen die Betroffenen an.⁴ Bereits die Haftbedingungen der Untersuchungshaft, zum Beispiel die Aspekte Isolation und Entindividualisierung der Gefangenen, sind als Folter zu klassifizieren (United Nations, 1984). Die Anwendung physischer Folter wie z. B. körperliche Gewalt, Steh- oder Wasserkarzer wurde ab den 60er Jahren immer mehr durch Methoden gezielter psychischer Folter ersetzt (Morawe, 2000). Gezielte psychische Foltermethoden, die von ehemaligen Inhaftierten der DDR berichtet wurden, waren z. B. Nachtverhöre, Isolationshaft, Dunkelzellen, Arrestzellen, Scheinhinrichtungen, verbaler Missbrauch und Drohungen und die Verweigerung von Hilfe (Beer & Weißflog, 2011; Denis, Eslam & Priebe, 1997; Maercker & Schützwohl, 1997; s. auch Abschnitt 3.2.4). Drohungen bezogen sich häufig auch auf die Familienangehörigen. Politisch inhaftierte Eltern wurden nicht über den Verbleib ihrer Kinder informiert, Ehemänner und -frauen erhielten falsche Informationen über Aussagen des jeweils anderen, Söhne und Töchter wurden mit Hinweisen auf Erkrankungen ihrer Eltern erpresst (s. z. B. Fricke, 1988; Zahn, 2007). Der Kontakt zur Außenwelt wurde stark reglementiert und eingeschränkt. Wenn Besuche

³ Zur Beschreibung der Vernehmungssituation und der damit verbundenen psychischen Reaktionen s. besonders Morawe, 2000. Für einen Überblick z. B. ebd.; Beleites, 2009; Sperk, 1998; Zahn, 2007.

⁴ Folter umfasst Handlungen, die vorsätzlich körperliches oder geistig-seelisches Leid erzeugen und von Personen des öffentlichen Dienstes bzw. amtlicher Funktionen ausgeführt, veranlasst oder stillschweigend akzeptiert werden, um etwas zu erzwingen, zu bestrafen oder zu diskriminieren (s. Antifolterkonvention der Vereinten Nationen, 1984, s. auch Liedl & Knaevelsrud, 2011, S. 519 ff.).

genehmigt wurden, fanden Sie stets unter Aufsicht und mit der Auflage, dass über die Haft nicht gesprochen werden durfte, statt. Auch Gespräche mit dem eigenen Anwalt erfolgten in der Regel erst nach Abschluss der Ermittlungen (Müller, 1998; Welsch, 1998).

Auf die Untersuchungshaft folgte die Gerichtsverhandlung. Nahezu alle politischen Verhandlungen geschahen in der DDR unter Ausschluss der Öffentlichkeit (Borbe, 2010). Eine Ausnahme waren die politischen Schauprozesse, die vor allem in den 50er Jahren stattfanden, zum Beispiel im Zusammenhang mit Kontakten zwischen westlichen Medien und DDR-Bürgern/-innen (s. z. B. Engelmann, 2006). Immer wieder gab es Hinweise darauf, dass das Ergebnis der Verhandlung bereits vorher festgelegt wurde (Denis & Kuhn, 1996; Welsch, 1998). Die Wahrscheinlichkeit, zu einer Freiheitsstrafe verurteilt zu werden, schwankte je nach Grund der Anklage und je nach Zeitraum.⁵ Politische Vergehen wurden als schwere oder schwerste Straftatbestände angesehen und dementsprechend geahndet.

Strafvollzug

Im Strafvollzug wurden politisch Inhaftierte bis auf wenige Ausnahmen zusammen mit nicht-politisch Verurteilten untergebracht. Je nach Zeitraum waren zwischen 1/6 und 1/3 aller in den DDR-Gefängnissen Inhaftierten politisch Inhaftierte (Müller, 1998). Einige politisch Inhaftierte verbüßten ihre Haftstrafen in den Untersuchungshaftanstalten, zudem gab es mit der „Bautzen II“ genannten Sonderhaftanstalt und dem Arbeitslager „Lager X“ in Berlin-Hohenschönhausen Strafvollzugsanstalten, die dem MfS unterstanden (Beleites, 2009; Fricke & Klewin, 2001).

Strafvollzugsanstalten waren über das gesamte Gebiet der DDR verteilt. Die Bedingungen im Strafvollzug wurden im Vergleich zu den Haftbedingungen in der Untersuchungshaft als potenziell weniger schwerwiegend beschrieben (Freyberger, Frommer, Maercker & Steil, 2003). Allerdings wurden die Inhaftierten auch dort mit stark belastenden Lebensumständen konfrontiert. Zum Beispiel wurde gerade das Leben mit kriminellen Straftätern und Straftäterinnen von vielen „politischen“ als schwierig angesehen (s. dazu z. B. Müller, 2012; Schacht, 2004). Einerseits konnte das Wissen um die von den Mitinhaftierten verübten Straftaten wie Mord belastend sein, andererseits der alltägliche Umgang mit ihnen. Zudem wurden die „Kriminellen“ scheinbar häufig bevorzugt behandelt oder hatten leitende Positionen innerhalb der Gruppe der Inhaftierten inne. Körperliche Gewalt gegen politisch Inhaftierte war keine Seltenheit. Sie wurde sowohl von Strafvollzugspersonal als auch von Mithäftlingen verübt (Müller, 1998; Plogstedt, 2010; Raschka, 2001).

In der Zeit der sowjetischen Besatzung (1945-49) und den ersten Jahren der DDR waren die Haftbedingungen nicht nur psychisch, sondern auch körperlich extrem belastend. Die Lager

⁵ Bei Schröder & Wilke (1998) lässt sich je nach Grund der Verurteilung und Jahr der Anteil der verhängten Freiheitsstrafen ablesen. So schwankte z. B. die Zahl für Verurteilungen bei „ungesetzlichem Grenzübertritt“ in den Jahren 1960-89 zwischen 26% und 90%.

und Haftanstalten waren überfüllt, die hygienischen Zustände und die Ernährungssituation mangelhaft. Viele politisch Inhaftierte überlebten ihre Haft nicht (Müller, 1998).⁶

Seit Mitte der 50er Jahre bestand im Strafvollzug der DDR allgemeine Arbeitspflicht. Die erzwungene Untätigkeit der Inhaftierten in der SBZ und den frühen Jahren der DDR wurde nun durch den Zwang zur Erfüllung einer Arbeitsnorm abgelöst (dazu z. B. Müller, 2012). Die Entlohnung für die Arbeiten der Inhaftierten lag weit unter der, die außerhalb der Gefängnismauern üblich war. Die Arbeitsbedingungen waren hart und entsprachen häufig nicht den Sicherheitsvorschriften. In vielen Haftanstalten wurde im Schichtsystem produziert. Zynischerweise waren einige der Waren, wie z. B. im Frauengefängnis Hoheneck von den Inhaftierten gefertigte Bettwäsche, für den Export nach Westdeutschland bestimmt (s. z. B. Schacht, 2004; Worst, 2012). Vom verdienten Lohn konnten die Inhaftierten sich gefängnisintern Waren kaufen. Bei Nicht-Erfüllung der Norm wurde ihnen allerdings nicht nur der Lohn gekürzt, sondern sie konnten auch in den ihnen zustehenden Rechten wie der Erlaubnis von Besuchen, dem Erhalt von Päckchen oder dem Besuch von Gottesdiensten eingeschränkt werden (Müller, 1998).

Laut den gesetzlichen Regelungen der DDR war es jedem/-r Inhaftierten im Strafvollzug erlaubt, „persönliche Verbindungen mit ihren Ehegatten, Kindern, Eltern, Geschwistern, Großeltern und Verlobten sowie anderen Personen“ aufrechtzuerhalten (§29 des Strafvollzugsgesetzes (StVG) der DDR, 1977, zit. nach Fricke, 1988, S. 139). Mögliche Formen des Kontakts waren das Schreiben und Empfangen von Briefen, sowie das Empfangen von Besuch und Paketsendungen. Häufigkeit und Dauer dieser Kontaktmöglichkeiten waren nicht im StVG festgelegt – vielmehr waren dort „im Interesse der Sicherheit“ oder bei Gefährdung des „Erreichen[s] des Erziehungsziels“ (ebd.) Einschränkung und Abbruch der Kontakte angewiesen. Das bedeutete, dass es vom Ermessen des Anstaltspersonals – jedem/-r Inhaftierten war ein „Erzieher“ zugeteilt – abhing, ob die Inhaftierten von ihrem Recht auf Briefe, Pakete und Besuche Gebrauch machen durften. Dementsprechend konnten sich die Möglichkeiten der Kommunikation mit der Außenwelt je nach Haftanstalt und je nach zuständigem Anstaltspersonal stark unterscheiden.

Haftentlassung

Ähnlich wie die Zahl der politischen Verurteilungen Schwankungen unterworfen war, wurde auch die Zahl der Haftentlassungen von verschiedenen Faktoren bestimmt. Es gab in Abhängigkeit von Beschlüssen und politischen Veränderungen einige „Amnestien“, bei denen eine größere Anzahl politisch Inhaftierter entlassen wurde (Müller, 1998; Schröder & Wilke, 1998). Seit den 60er Jahren waren auch Entlassungen in die Bundesrepublik möglich. Für politisch Inhaftierte bedeutete die Frage nach der Entlassung aus der Haft deshalb fast

⁶ Müller (1998) berichtete aus Befragungen von circa 1500 zwischen 1945-1956 Inhaftierten bzw. ihren Angehörigen in 44% der Fälle „Tod im Lager“.

immer auch die Frage danach, ob sie in die DDR oder nach Westdeutschland entlassen wurden. Schätzungsweise etwas mehr als die Hälfte aller politisch Inhaftierten wurde von der Bundesregierung „freigekauft“⁷ (Raschka, 2001). Wenn dies geschah, wurden sie meistens direkt aus dem Strafvollzug nach Westdeutschland transportiert.

Sowohl die Entlassung nach Ost- wie nach Westdeutschland barg potenziell Schwierigkeiten für die ehemaligen politisch Inhaftierten (Trobisch-Lütge, 2006). In der DDR wurden sie nach der Haftentlassung in aller Regel weiter überwacht und drangsaliert (Raschka, 2001; Schröder & Wilke, 1998). Häufig wurden ihnen Arbeitsstellen unter ihrer Qualifikation zugewiesen. Allerdings berichtete Plogstedt (2010), dass unabhängig vom Ort ihrer Freilassung fast die Hälfte der von ihr Befragten nicht in ihren alten Beruf zurückkehren konnten. Auch in Westdeutschland gab es demnach Schwierigkeiten, beruflich wieder Fuß zu fassen. Es ist anzunehmen, dass die Betroffenen dort beispielsweise kaum auf soziale Netzwerke zurückgreifen konnten (vgl. Gehrman, 1995).

Zu konstatieren ist, dass ehemalige politisch Inhaftierte sowohl bei einer Entlassung in die DDR als auch nach Westdeutschland mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert sein konnten. Sowohl lebenspraktischen Fragen, wie Beruf, Wohnsituation und soziale Beziehungen wie auch den damit einhergehenden emotionalen Prozessen musste begegnet werden. Die belastenden Haftbedingungen hatten zudem für viele Betroffene negative Auswirkungen auf ihre psychische und körperliche Gesundheit, die über die Haftentlassung hinaus wirkten. Welcher Art diese Auswirkungen sein konnten wird im nächsten Abschnitt auf Basis empirischer Befunde und theoretischer Modelle erläutert.

3.2 Folgen politischer Inhaftierung in der DDR für die Betroffenen

Freyberger und Kollegen/-innen schätzten in ihrem Experten/-innengutachten zu gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der DDR (2003), dass mindestens 300.000 Personen als Folge politischer Repressionen der DDR unter latenten oder manifesten psychischen Beeinträchtigungen litten bzw. leiden. Diese Zahl bezogen sie auf jegliche Form politischer Repressionen, also strafrechtliche wie auch nichtstrafrechtliche Maßnahmen.

Vorliegende Forschungsergebnisse zu Auswirkungen politischer Inhaftierung in der SBZ / DDR stimmen überein, dass die Haft für viele der ehemaligen Inhaftierten eine Beeinträchtigung ihrer psychischen und körperlichen Gesundheit nach sich zog (s. z. B. Freyberger et al., 2003; Maercker, Gäbler & Schützwohl, 2012; Maercker & Schützwohl, 1997; Weißflog, Böhm, Klinitzke & Brähler, 2010; Weißflog, Daig, Klinitzke & Brähler, 2012). Auch zu den Auswirkungen nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen liegen Ergebnisse vor, die

⁷ Zum Freikauf von politischen Gefangenen s. z. B. Jenkis, 2012; Raschka, 2001, S. 123 ff.; Rehlinger, 1991.

erhöhte Raten psychischer Belastung bei den Betroffenen belegen (Klinitzke, 2010; Priebe et al., 1994; Spitzer, Plock et al., 2007; Spitzer, Ulrich et al., 2007). Zu kumulativen Auswirkungen, also dem Zusammenwirken von politischer Haft und nichtstrafrechtlichen Repressionen, liegen bisher keine Befunde vor.

Das Erleben einer politischen Haft in SBZ oder DDR war für die Betroffenen in unterschiedlichem Maße belastend. Es war nicht in allen Fällen traumatisch, barg jedoch stets das Potenzial, traumatisierend zu wirken. Deshalb werden nachfolgend die Konzepte des potenziell traumatischen Erlebnisses, der Traumatisierung und der Auswirkungen von Traumatisierungen dargestellt. Anschließend erfolgt eine Zusammenfassung vorliegender Befunde zu psychischen und körperlichen Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Betroffenen.

3.2.1 Traumatisierungen und Traumafolgestörungen – Definition und Modelle

Ein traumatisches Ereignis ist als Ereignis definiert, dass von „außergewöhnlicher Bedrohung mit katastrophalem Ausmaß“ ist und das „nahezu bei jedem tiefgreifende Verzweiflung hervorrufen würde“ (ICD-10; Weltgesundheitsorganisation, S. 169, deutsche Ausgabe von Dilling, Mombour & Schmidt, 2011). Das DSM-IV-TR benennt, in einer etwas strikteren Definition als das ICD-10, „potenzielle oder reale Todesdrohung, ernsthafte Verletzung oder Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit bei sich oder bei anderen“ als Eigenschaften eines traumatischen Erlebnisses (DSM-IV-TR, APA, S. 491; deutsche Ausgabe von Saß, Wittchen, Zaudig & Houben, 2003).

Obwohl mit diesen Definitionen der Versuch unternommen wurde, traumatische Ereignisse allgemein gültig zu beschreiben, kann ein Ereignis nicht ohne die Reaktion der betroffenen Person als „traumatisch“ oder als „Trauma“ klassifiziert werden. Vielmehr haben Ereignisse ein traumatisierendes Potenzial, das in der Wahrnehmung und Bewältigung einer Person in Abhängigkeit von prä-, peri- und posttraumatischen Faktoren zu negativen Auswirkungen führen kann (z. B. Hausmann, 2006). Es ist deshalb sinnvoll, solche Ereignisse als *potenziell* traumatische Ereignisse (PTEs) zu bezeichnen.

Traumatische Ereignisse lassen sich nach ihrer Ursache und ihrer Dauer klassifizieren. Von „Typ-I-Traumatisierungen“ spricht man bei einzeln auftretenden Ereignissen von kurzer Dauer, von „Typ-II-Traumatisierungen“ bei mehrmaligen oder andauernden traumatisierenden Zuständen (Terr, 1991). Weiterhin können PTEs nach ihrem Ursprung klassifiziert werden (Tabelle 1). Von Menschen zugefügte PTEs sowie Erfahrungen, die über einen längeren Zeitraum hinweg auftreten, sind mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen assoziiert (s. z. B. Brewin, Andrews & Valentine, 2003; Darves-Bornoz et al., 2008; Forbes et al., 2012; Santiago et al., 2013). Auf politische Haft trifft sowohl ersteres wie zwei-

terez zu – die Betroffenen waren mit menschengemachten Umständen und Erfahrungen konfrontiert, die über längere Zeiträume andauerten.

Tabelle 1: Schematische Einteilung traumatischer Erlebnisse (nach Maercker, 2009, S. 15)

	Typ I - Traumata (einmalig / kurzfristig)	Typ II - Traumata (mehrfach / langfristig)
Akzidentelle Traumata	Verkehrsunfälle, Arbeitsunfälle, „kurze“ Naturkatastrophen, ...	Technische Katastrophen, langandauernde Naturkatastrophen, ...
Interpersonelle Traumata („man-made“)	Sexuelle Übergriffe, körperliche Gewalt, ziviles Gewalterleben, ...	Sexueller Missbrauch, Kriegserleben, Folter, politische Haft, ...

Nach PTEs können bei den Betroffenen verschiedene Belastungssymptome und -störungen auftreten. In erster Linie werden als „Traumafolgestörungen“ die posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), die akute Belastungsstörung sowie die Entwicklungs- und somatoforme Traumafolgestörung angesehen (Maercker, 2009; Tagay, Repic & Senf, 2013). Die am häufigsten in Zusammenhang mit traumatischen Erlebnissen untersuchte psychische Störung ist die PTBS. Sie wird in den anerkannten Klassifikationssystemen durch das Auftreten von Symptomen des Wiedererlebens der traumatischen Bedrohung, der Vermeidung traumaspezifischer Reize sowie der Übererregung gekennzeichnet. Je nachdem, welches Klassifikationssystem verwendet wird, unterscheiden sich die Kriterien zur Erstellung einer PTBS-Diagnose (s. Freyberger & Stieglitz, 2011; López-Ibor, 2002). In der vorliegenden Arbeit werden die Kriterien des DSM-IV-TR zur Diagnose der PTBS herangezogen. Sie sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 2: Kriterien der PTBS nach dem DSM-IV (2003; S. 491-492)

Symptomgruppe / Kriterium	Beschreibung
A (Traumakriterium)	A 1: Ereignis: schwere körperliche Verletzung, tatsächlicher oder möglicher Tod oder Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit der eigenen oder anderer Personen A 2: subjektive Reaktion: intensive Furcht, Hilflosigkeit, Entsetzen
B, C, D (Symptomkriterien)	B: Intrusionen (mindestens ein Symptom der Intrusionen) C: Vermeidung / emotionale Taubheit (mindestens drei Symptome der Vermeidung / emotionalen Taubheit) D: Übererregung (mindestens zwei Symptome der Übererregung)
E (Zeitkriterium)	Die Symptome (B, C, D) halten länger als einen Monat an.
F (Beeinträchtigungskriterium)	Die Symptome verursachen klinisch bedeutsame Belastung / Beeinträchtigung in wichtigen Funktionsbereichen (z. B. Familie, Soziale Kontakte, Beruf, Sexualität).

Die Diagnose einer „partiellen PTBS“ ist hingegen nicht einheitlich definiert, wird jedoch häufig in wissenschaftlichen Studien erhoben. Blanchard und Kollegen/-innen (1995) bezeichneten das Vorliegen des A-, B-, E- und F-Kriteriums sowie C- oder D-Kriteriums (s. Tabelle 2) als subsyndromale PTBS. In der Untersuchung von Schützwohl und Maercker (1999) erwies sich diese Form der Diagnosestellung als adäquate Möglichkeit, eine von einer Kontrollgruppe durch signifikant höhere psychische Belastung verschiedene Gruppe zu identifizieren. Sie wurde deshalb von den Autoren unter der Bezeichnung partielle PTBS empfohlen.

Eine weitere Form der partiellen PTBS ist die beispielsweise von Hauffa und Kollegen/-innen (2011) verwendete Diagnosestellung unter Vernachlässigung des A-Kriteriums („PTBS 2“, S. 935). So werden Fälle identifiziert, die die Kriterien B bis F der PTBS erfüllen, obwohl sie kein traumatisches Erlebnis oder ein nicht als traumatisch klassifiziertes Erlebnis angegeben haben (für eine Diskussion s. z. B. Roberts, Dohrenwend et al., 2012). Analog zur oben beschriebenen partiellen PTBS kann zusätzlich die partielle PTBS 2 (PPTBS 2) erhoben werden.

Es existieren verschiedene Modelle zur Erklärung des Auftretens von Traumafolgestörungen (zur Übersicht z. B. Brewin & Holmes, 2003; Maercker, 2009, S. 33-50; Seidler, Freyberger & Maercker, 2011). Psychoanalytischen Ansätzen zu Folge übersteigt die traumatische Erfahrung die Bewältigungsfähigkeit des Individuums; es werde gleichsam vom Trauma „überwältigt“.

tigt“ und das Trauma bleibe unintegriert in seine seelischen Struktur (z. B. Bohleber, 2011). Das Beziehungsgeschehen während und nach dem traumatischen Erlebnis wurde in psychoanalytischen Theorien vielfach in den Mittelpunkt gerückt (Butollo, Krüsmann & Hagl, 2002; Ferenczi, 1933; Hirsch, 2004). Aus dem traumatischen Ereignis als totalem Verlust von zwischenmenschlicher Sicherheit und Vertrauen resultiere ein verändertes Selbst, unter anderem die Verinnerlichung (Introjektion) einer Täterrepräsentation, die destruktiv weiterwirke.

Gedächtnismodelle teilen die Annahme, dass ein traumatisches Ereignis das Gedächtnis in Strukturen und Inhalten verändere (s. z. B. Foa & Kozack, 1986; Maercker, 2009). Traumatische Erfahrungen seien demnach anders abgespeichert und verknüpft als nicht-traumatische Erfahrungen. Es bildeten sich besondere Verknüpfungen („Furchtstrukturen“), zwischen emotionaler und körperlicher Angstreaktion und Auslösereizen, die zum Teil nur entfernt mit dem ursprünglichen traumatischen Erlebnis zusammenhängen – zum Beispiel Angst und „Auto“ nach einer Tankstellenexplosion. Die Entstehung von Furchtstrukturen erkläre unter anderem die Spezifität von sich aufdrängenden Erinnerungen (Intrusionen) der PTBS. Bei einer PTBS treten einerseits intrusive und intensive Erinnerungen auf, andererseits fehlen häufig Erinnerungen an das traumatische Ereignis oder Aspekte des Ereignisses (s. z. B. Reynolds & Brewin, 1998; van der Kolk & Fisler, 1995).

Theorien, die auf die Veränderung kognitiver Schemata bei der PTBS fokussieren, beschreiben, dass Traumatisierungen Annahmen über das Selbst und andere nachhaltig zum negativen verändern können – zum Beispiel die Annahme, dass die Welt verständlich und kontrollierbar ist, dass positive Beziehungen zu anderen Menschen aufgebaut oder aufrechterhalten werden können oder dass die eigene Person unschuldig am zugestoßenen Unglück ist (s. z. B. Ehlers & Clark, 2000; Janoff-Bulman, 1989; McCann, Sakheim & Abrahamson, 1985; Resick & Schnicke, 1992; 1993).

Neurobiologische und endokrinologische Aspekte der PTBS sowie genetische Faktoren wurden vor allem als Risikofaktoren für die Entwicklung der PTBS untersucht, zum Teil standen jedoch auch Veränderungen in diesen Bereichen als Folge von Traumatisierungen im Fokus (s. z. B. Afifi, Asmundson, Taylor & Jang, 2010; Koenen, 2007; Koenen, Nugent & Anstadter, 2008; Sherin & Nemeroff, 2011; Yehuda et al., 2010).

Maercker und Horn entwickelten das „soziale Fazilitationsmodell der PTBS“ als Ergänzung zu früheren Modellen (Maercker, 2009; S. 45; Maercker & Horn, 2013). Dieses Modell ist für die vorliegende Arbeit vor allem deshalb von Bedeutung, weil es die Reaktionen anderer Personen auf der Mikro- und Makroebene sowie die individuelle Wahrnehmung sozialer Prozesse bei den Betroffenen in den Prozess der Entstehung und Aufrechterhaltung von PTBS-Symptomen einbezieht. In Bezug auf andere Personen werden vor allem die Faktoren „Empathiemüdigkeit“ (auf Seiten der anderen) und die Möglichkeit zur Offenlegung der

traumatischen Erfahrungen („disclosure“) sowie das subjektive Ausschlussempfinden (auf Seiten der Betroffenen) hervorgehoben. Das Offenlegen der traumatischen Erfahrungen wirke positiv, also symptomvermindernd bzw. gegen eine Aufrechterhaltung der PTBS. Hohes wahrgenommenes Ausgeschlossen-Sein und Empathiemüdigkeit wirkten hingegen symptomverstärkend bzw. für eine Aufrechterhaltung der PTBS-Symptomatik. Auf der Ebene der „Welt“ oder der Gesellschaft betonte Maercker die Bedeutsamkeit der „Anerkennung als Traumaopfer“, des „Ungerechtigkeitsempfindens“ und der „Wert(um)orientierungen“ (2009; S. 45). Hier gelte, dass eine (positive) Anerkennung als Opfer und ein gesellschaftlicher Umgang mit widerfahrener Ungerechtigkeit im Sinne der Opfer von den Betroffenen positiv wahrgenommen würden und tendenziell positiv wirkten.

Auch in Bezug auf ehemalige politisch Inhaftierte und in Bezug auf Personen, die nicht-strafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt waren, liegen Befunde vor, die die Bedeutsamkeit sozialer Prozesse für den Verlauf der PTBS belegen und das soziale Fazilitationsmodell stützen (s. z. B. Maercker, 1998; Maercker & Müller, 2004; Klinitzke, 2010, s. 3.2.4).

Wie oben beschrieben, können in Folge traumatisierender Erlebnisse auch verschiedene andere psychische Erkrankungen wie Angst- und Panikstörungen, Depressionen, Substanzmissbrauch und -abhängigkeit, Essstörungen und somatoforme Störungen auftreten (Breslau, 2002; Hausmann, 2006; Freyberger et al., 2003; Steel et al, 2009; Tagay, Repic & Senf, 2011). Besonders in Hinblick auf langandauernde, extreme Traumatisierungen wurden als Traumafolgestörungen außerdem die „komplexe PTBS“ (Herman, 1992; s. auch Resick et al., 2012 für einen Überblick) und andauernde Persönlichkeitsveränderungen diskutiert (Kunzke & Güls, 2003; Tagay, Repic & Senf, 2011).

Auch körperliche Beschwerden und Erkrankungen stehen in Zusammenhang mit Traumatisierungen. So wurden sowohl in Bezug auf erlebte Traumatisierungen wie auch in Bezug auf die PTBS erhöhte Raten körperlicher Beschwerden festgestellt (s. z. B. Boscarino, 2004; 2008; Glaesmer, Brähler, Gündel & Riedel-Heller, 2011; Spitzer et al., 2009).

Häufig treten verschiedene psychische Erkrankungen nach einer Traumatisierung komorbid auf. So geht auch die PTBS oft mit anderen psychischen Störungen und körperlichen Beschwerden einher (Brady, Killeen, Brewerton & Lucerini, 2000; Breslau, 2002; Kessler, Sonnega, Bromet, Hughes & Nelson, 1995; Spitzer et al., 2009, s. 3.2.2).

Fazit Trauma und Traumafolgestörungen

PTEs können zu verschiedenen psychischen Störungen bei den Betroffenen führen. In erster Linie wird die PTBS als Traumafolgestörung untersucht. Sie ist jedoch nicht die einzige mög-

liche Folge traumatischer Erfahrungen und geht häufig mit anderen Erkrankungen und Einschränkungen psychischer und physischer Natur bei den Betroffenen einher.

Modelle, die die Auswirkungen traumatischer Erlebnisse erklären, verdeutlichen die Komplexität der Entstehung und des Verlaufs von Traumafolgestörungen und deuten darauf hin, dass betroffene Personen in verschiedenen Funktionsbereichen, wie zum Beispiel Gedächtnis und soziale Interaktion, beeinträchtigt sein können.

Soziale Faktoren wurden in verschiedenen theoretischen und empirischen Arbeiten berücksichtigt und erwiesen sich als bedeutsam für die Entwicklung einer PTBS in dem Sinne, dass positive soziale Beziehungen einer Entstehung und Aufrechterhaltung der Symptome entgegenwirken können (s. a. 3.2.3).

3.2.2 Traumatisierungen und Traumafolgestörungen – Prävalenzraten

Es muss zwischen der Prävalenz des Erlebens von PTEs einerseits und dem Auftreten psychischer Belastung nach solchen Erlebnissen andererseits unterschieden werden. Mit verschiedenen Arten von PTEs sind verschiedene Prävalenzraten psychischer Erkrankungen assoziiert – während zum Beispiel in einer US-amerikanischen repräsentativen Befragung das Erleben von Vergewaltigungen von Männern mit einer Häufigkeit von weniger als einem Prozent vergleichsweise selten berichtet wurde, war die Wahrscheinlichkeit, danach eine PTBS zu entwickeln, mit 65% wesentlich höher als nach dem Erleben von Kampfeinsätzen (38,8%), die häufiger erlebt wurden (6,4%) (Kessler et al. 1995).

Die Häufigkeit von PTEs ist je nach Erlebnis sehr unterschiedlich. In einer repräsentativen Stichprobe aus der deutschen Allgemeinbevölkerung (14-93 Jahre alt) ergaben sich die höchsten Prävalenzraten für die „Zeugenschaft“, also das Miterleben eines PTEs, das einer anderen Person zustößt, gefolgt von Kriegshandlungen (Maercker, Forstmeier, Wagner, Glaesmer & Brähler, 2008). Vergewaltigungen wurden hier am seltensten berichtet. Insgesamt hatten 28,0% der Frauen und 20,9% der Männer zum Zeitpunkt der Befragung mindestens ein PTE erlebt. Auch hier waren vor allem Vergewaltigung und Kindesmissbrauch mit dem Auftreten einer PTBS assoziiert, gefolgt von lebensbedrohlichen Erkrankungen.

Eine andere repräsentative Untersuchung aus Deutschland mit einem engeren Altersbereich der Teilnehmer/-innen (32-81 Jahre alt) berichtete für 41,0% der Gesamtstichprobe mindestens ein PTE (Lukaschek et al., 2013). In dieser Studie wurden Inhaftierung und Folter als einzelne Kategorien erhoben und von 0,9% der Männer und 0,1% der Frauen (Inhaftierung) sowie 0,5% der Männer und 0,1% der Frauen (Folter) angegeben (S. 528). Beide Erlebnisse waren substantiell mit dem Auftreten einer PTBS assoziiert.

Für die allgemeine Prävalenz der PTBS liegen abweichende Befunde vor. Für Deutschland berichteten Hapke und Kollegen/-innen eine Lebenszeitprävalenz von 1,4% (Hapke,

Schumann, Rumpf, John & Meyer, 2006), während Spitzer und Kollegen/-innen (2009) eine Prävalenz von 2,0% berichteten. Maercker und Kollegen/-innen (2008) fanden in ihrer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung eine Ein-Monats-Prävalenz von 2,3% für das Vollbild der PTBS und einen etwas höheren Wert (2,7%) für partielle PTBS-Syndrome. Frauen wiesen zum Teil höhere Raten der PTBS auf (Darves-Bornoz et al., 2008; de Vries & Olf, 2009; Kessler et al., 1995), zum Teil ergaben sich keine Geschlechtsunterschiede (z. B. Maercker et al., 2008). In erster Linie wurde das für Frauen höhere Risiko, besonders schädliche PTEs (v.a. sexuelle Gewalt) zu erleben, als Ursache für die zum Teil höheren PTBS-Raten bei Frauen diskutiert, doch scheinen auch andere Faktoren relevant (Hapke et al., 2006; Pratchett, Pelcovitz & Yehuda, 2010).

Auch der partnerschaftliche Status bzw. Familienstand zeigte sich mit der PTBS verbunden. Personen, die sich zur Zeit der Befragung in einer Partnerschaft bzw. Ehe befanden, wiesen geringere PTBS-Raten auf (de Vries & Olf, 2009; Kessler et al., 1995).

Es gibt Hinweise darauf, dass die PTBS für viele Betroffene eine chronische psychische Erkrankung ist. Hapke und Kollegen/-innen (2006) gaben als mittlere Dauer einer PTBS auf Basis ihrer Repräsentativbefragung 12 Jahre an. Kessler und Kollegen/-innen (1995) berichteten, dass etwas mehr als ein Drittel der von ihnen befragten Personen nach Auftreten einer PTBS über viele Jahre keine Besserung erfuhren – auch dann nicht, wenn sie sich in Behandlung begeben hatten. Eine Übersichtsarbeit von Santiago und Kollegen/-innen (2013) deutet darauf hin, dass nach intentional zugefügten Traumatisierungen höhere Prävalenzen der PTBS bestehen bleiben als nach nicht-intentionalen.

Als komorbid auftretende Störungen der PTBS wurden vor allem Depressionen, Angststörungen und Substanzmissbrauch berichtet (Brady et al., 2000; Breslau, 2002; Kessler et al., 1995; Spitzer et al., 2009). Personen, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens an einer PTBS erkrankten, wiesen zu 88,3% (Männer) bzw. 79,0% (Frauen) auch eine andere psychische Erkrankungen über den Lebensverlauf auf (Kessler et al., 1995).

Für eine Gruppe von Personen, die im kommunistischen Rumänien politisch inhaftiert gewesen waren, berichteten Bichescu und Kollegen/-innen (2005) erhöhte Raten von PTBS, Depressionen, dissoziativen und Somatisierungsstörungen sowie Substanzmissbrauch. Die ehemaligen Inhaftierten wiesen in Bezug auf alle hier genannten psychischen Störungsbereiche signifikant höhere Symptomausprägungen auf als die Kontrollgruppe.

In Personengruppen, die gefoltert wurden, ließen sich Prävalenzraten zwischen 15% und 85% für die PTBS feststellen (Başoğlu et al., 2001 nach Liedl und Knaevelsrud, 2011; S. 522). Dabei führen sowohl physische als auch psychische Foltermethoden zu erhöhter PTBS-Symptomatik (Başoğlu, 2009; Başoğlu, Livanou & Crnobaric, 2007; Punamäki, Quota

& El Sarraj, 2010). Auf Basis einer deutschen Repräsentativbefragung wurde in Abhängigkeit von Foltererfahrungen in der Gruppe der Männer eine Odds Ratio von 10,1 für die Entwicklung einer PTBS berechnet (Lukaschek et al., 2013; S. 529). Steel und Kollegen/-innen (2009) konnten in einer großen Meta-Analyse trotz großer Unterschiede der Prävalenzraten in verschiedenen Studien einen substantiellen Teil der PTBS auf das Erleben von Folter zurückführen. Depressionen waren ebenfalls deutlich mit Folter assoziiert. Personen, die Folter erlebt hatten, wiesen signifikant häufiger PTBS und Depressionen auf als Vergleichsgruppen. Zudem zeigte sich für beide Störungen ein Zusammenhang mit weiteren PTEs, die Personen in politischen Krisengebieten und im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung berichteten.⁸ Folter ist also über verschiedene Kulturen hinweg ein bedeutsamer Risikofaktor für das Auftreten von PTBS und Depressionen.

3.2.3 Risiko- und Schutzfaktoren für das Auftreten von Traumafolgestörungen

Um zu verstehen, warum PTEs in manchen Fällen zu psychischen Störungen führen, müssen Ressourcen und Risikofaktoren auf Ebene der Person, des Ereignisses und des Umfeldes der betroffenen Person betrachtet werden. Prätraumatisch haben sich u.a. frühere Traumatisierungen und bestehende Angst- und somatoforme Störungen (Becker-Nehring, Witschen & Bengel, 2012; Brewin et al, 2000; Hapke et al., 2006; Ozer, Best, Lipsey & Weiss, 2003), sowie belastende Lebensumstände oder -veränderungen als negative Einflussfaktoren gezeigt (Resick, 2003). Eine Vorbereitung auf PTEs im Sinne von Annahmen über drohende Erfahrungen konnte für politische Aktivist/-innen in der Türkei als Schutzfaktor belegt werden (Başoğlu et al., 1996; 1997). Die Autoren/-innen interpretierten ihren Befund, dass Personen, die den Staat bereits vor der erlebten Folter als ungerecht und gefährlich wahrnahmen, weniger häufig eine PTBS entwickelten als die, die unerwartet Folter erleben mussten, im Sinne einer Art der Immunisierung. Die Gefühle von Ohnmacht, Kontrollverlust und Ausgeliefertsein während der traumatischen Erfahrung führen hingegen eher zu negativen psychischen Folgen (Becker-Nehring et al., 2012; Dekel, Mandl & Solomon, 2011; Maier & Schnyder, 2007; Ozer et al., 2003). Auch für ehemals in der DDR politisch Inhaftierte konnten Ehlers, Maercker und Boos (2000) einen Zusammenhang zwischen den retrospektiv berichteten Gefühlen während der Haftzeit und dem Auftreten einer PTBS nachweisen. Die Gruppe derer, die zum Zeitpunkt der Untersuchung an einer PTBS litt, erinnerte signifikant mehr Gefühle von Entfremdung und Selbstaufgabe („mental defeat“, S. 45).

⁸ Die Meta-Analyse von Steel et al. (2009) war auf Populationen beschränkt, die potenziell traumatische Erfahrungen in Krisengebieten und auf der Flucht / Vertreibung erlebten.

Sind die Betroffenen nach einem PTE weiteren Stressoren ausgesetzt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, an einer PTBS zu erkranken (s. z. B. Brewin et al., 2000; Keilson, 1979; Steel et al., 2009). Das Ausbleiben zusätzlicher Stressoren, also eine geschützte, sichere Umgebung wirkt somit protektiv für die Betroffenen. Nahestehende Personen sind eine wichtige Quelle von Stabilität und Sicherheit (Korittko & Pleyer, 2010). Für die Bewältigung traumatischer Erlebnisse ist einer der bedeutendsten gesundheitsfördernden Faktoren positive soziale Unterstützung (Becker-Nehring et al., 2012; Brewin et al., 2000; s. 3.2.1). Der Zusammenhang zwischen psychischer Belastung und sozialer Unterstützung, also geringere psychische Belastung bei höherer sozialer Unterstützung bzw. höhere psychische Belastung bei geringer oder negativer sozialer Unterstützung, wurde verschiedentlich belegt (s. z. B. Hoge, Austin & Pollack, 2006; Klinitzke, 2010; Wright, Kelsall, Sim, Clarke & Creamer, 2013). Auch der gesellschaftliche Umgang mit den traumatisierten Personen, die gesellschaftliche Auffassung der Ereignisse, die traumatisierend wirkten und nicht zuletzt die Herstellung von Gerechtigkeit haben Auswirkungen auf den Gesundungs- bzw. Erkrankungsprozess (Birck, 2004; Danieli, 2009; Gurrus & Wenk-Ansohn, 2009). Die soziale Anerkennung der Opfer auf gesellschaftlicher Ebene hat einen positiven Einfluss (Forstmeier, Kuwert, Spitzer, Freyberger & Maercker, 2009; Maercker & Müller, 2004; Müller, Orth, Wang & Maercker, 2009). In Hinblick auf die in der DDR politisch Verfolgten wurde der gesellschaftliche Umgang mit den Fragen nach Tätern, Opfern und Gerechtigkeit vielfach als ungenügend und zusätzlich belastend für die Betroffenen beschrieben (Beer & Weißflog, 2011; Freyberger et al, 2003; Freyberger & Kuwert, 2013; Peters, 1991; Trobisch-Lütge, 2004; 2006).

3.2.4 Ergebnisse zu psychischen und körperlichen Auswirkungen politischer Haft in SBZ und DDR

Bereits vor der Wiedervereinigung wurden die psychischen Auswirkungen politischer Haft in der DDR thematisiert, allerdings vorrangig in westdeutschen Fachkreisen (Freyberger et al., 2003). Peters schrieb 1991 auf Basis klinischer Erfahrungen vom „Stasi-Verfolgten-Syndrom“ (S. 251). Durch Berichte und Publikationen war auch vor 1989 ersichtlich gewesen, dass die DDR mit den Haftbedingungen für politisch Inhaftierte gegen Menschenrechte verstieß (Amnesty International, 1989; Fricke, 1988).

Politische Haft als potenziell traumatische Erfahrung

Die meisten politisch inhaftierten Personen in der DDR waren potenziell traumatischen Haft-erfahrungen ausgesetzt.⁹ Sie erlebten vorrangig psychische Folter, aber auch körperliche

⁹ Das A1-Kriterium (s. Tabelle 2) muss also grundsätzlich als gegeben angesehen werden, wobei die diagnostische Abklärung im Einzelfall notwendig bleibt.

Folter und Übergriffe (s. 3.1). Nach potenziell traumatischen Hafterfahrungen befragt, berichteten ehemalige Inhaftierte Einzelhaft, Misshandlungen, Bedrohungen und die Verweigerung von Hilfe, seltener auch Todesandrohungen, Scheinhinrichtungen, Vergewaltigungen sowie das Erleben von Folter und Tod von Mitinhaftierten (Beer & Weißflog, 2011; Maercker & Schützwohl, 1997; Müller, 1998; Plogstedt, 2010). Vor allem das Gefühl der Hilflosigkeit und die Isolation wurden in der Befragung ehemaliger politisch Inhaftierter von Priebe, Rudolf, Bauer und Häring (1993) als belastend wahrgenommen. Besondere Bedeutung hatte auch die Ungewissheit in Bezug auf das eigene Schicksal und das der Familien (Bauer & Priebe, 1996; Hölter, 2003). Befürchtungen der Inhaftierten während ihrer Haftzeit bezogen sich häufig auf das Wohlergehen ihrer Familienmitglieder und auf die Zeit nach der Haftentlassung (Denis et al., 1997; Priebe et al., 1993).

Inzwischen liegt eine Reihe von Studien vor, die die negativen Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Betroffenen belegen. Es kann zwischen psychischen und physischen Folgen unterschieden werden. Die meisten Studien erhoben Symptome psychischer Belastung bei ehemaligen politisch Inhaftierten. Auch die Inhaftierten selbst brachten die Haftzeit scheinbar vor allem mit psychischen, in geringerem Maße aber auch mit physischen Auswirkungen in Verbindung (s. Beer & Weißflog, 2011; Müller, 1998).

Psychische Auswirkungen

Ehemalige politisch Inhaftierte wurden in einer Reihe verschiedener Studien nach einer großen Bandbreite psychischer Belastungssymptome und Störungen befragt. Im Vergleich zu Repräsentativstichproben bzw. einer Kontrollgruppe wurden signifikant höhere Raten von Ängsten und Phobien, Depressivität, somatoformen Störungen sowie Substanzmissbrauch berichtet (Maercker & Schützwohl, 1997; Weißflog et al., 2010). Pross (1995) wies - wie auch andere (z. B. Morawe, 2000; Peters, 1991) - darauf hin, dass Verfolgungsangst und das Gefühl einer doppelten Realität bei den Betroffenen angesichts der Techniken des MfS durchaus als „adäquate Reaktion auf eine reale Bedrohung“ (S. 309) angesehen werden könnten. Häufig wurde das Vorliegen einer PTBS bei ehemaligen Inhaftierten untersucht. Die Prävalenzen für eine zum Zeitpunkt der Befragung bestehende PTBS lagen zwischen 30% (Maercker & Schützwohl, 1997) und 50% (Weißflog, Klinitzke & Hinz, 2011).¹⁰ Das volle Störungsbild wie auch die einzelnen Symptomgruppen, Intrusionen, Vermeidung und Übererregung, waren alle signifikant höher ausgeprägt als bei nicht-inhaftierten Vergleichspersonen. Die Arbeitsgruppe um Maercker berichtete 1997 eine Lebenszeitprävalenz von 60% für die PTBS bei den von ihnen befragten ehemaligen Inhaftierten und konnte über eine erneute Befragung einer Teilstichprobe 2008 feststellen, dass zwischen 16,3% und 18,3% der Stichprobe einen chronischen Verlauf der PTBS aufwiesen, zwischen 30,2% und 36,0% zu keinem

¹⁰ Zum Vergleich: Maercker et al. (2008) berichteten eine Ein-Monats-Prävalenz der PTBS von 2,3% in Deutschland, Hapke et al. (2006) eine Lebenszeitprävalenz der PTBS von 1,4%.

Zeitpunkt eine PTBS aufwiesen und die restlichen Befragten anderen Verlaufstypen mit verzögerter Erkrankung, Remission oder wechselndem Verlauf zugeordnet werden konnten (Maercker, Gäbler & Schützwohl, 2013; Maercker & Schützwohl, 1997).

Verschiedene Faktoren zeigten sich mit der psychischen Belastung assoziiert. Während die Ära, in der die Inhaftierung stattfand, nicht mit der PTBS zusammenhing (Maercker & Schützwohl, 1997; Weißflog et al., 2011), waren mehrfache Haftstrafen mit höherer Wahrscheinlichkeit für eine PTBS sowie geringerer berichteter Lebensqualität verbunden (Weißflog et al., 2011). Maercker (1998) berichtete, dass geringe soziale Unterstützung, weibliches Geschlecht und niedriger Kohärenzsinn mit dem Vorliegen posttraumatischer Belastungsstörungen in der von ihm untersuchten Gruppe ehemaliger Inhaftierter assoziiert waren. Ehemalige politisch Inhaftierte mit einer PTBS berichteten geringere soziale und emotionale Unterstützung sowie eine geringere innerfamiliäre und öffentliche Anerkennung ihrer Erfahrungen als ehemalige Inhaftierte ohne PTBS (Gäbler, Maercker & Schützwohl, 2010). Im Zusammenhang mit dem Vorliegen posttraumatischer Belastungssymptome zeigten sich bei ehemaligen Inhaftierten erhöhtes Erleben von Ärger und erhöhter Ärgerausdruck sowie spezifische Beeinträchtigungen der Kommunikation (Müller, Beauducel, Raschka & Maercker, 2000; Schützwohl & Maercker, 2000). Sowohl in Bezug auf Ärger als auch in Bezug auf Kommunikationsverhalten zeigten sich signifikante Zusammenhänge mit erlebter sozialer Unterstützung und der PTBS. Hohe soziale Unterstützung schien das Ärgererleben zu mindern. Hohes Ärgererleben war mit höherer Ausprägung der PTBS verknüpft (Schützwohl & Maercker, 2000). Höhere Werte sozialer Unterstützung standen mit geringerer emotionaler Reaktion beim Erzählen von traumatischen Erfahrungen sowie geringerem berichteten Misserfolg und Schweigen bei Kommunikationsversuchen bezüglich des Traumas in Zusammenhang. Die Schwere der PTBS war jedoch sowohl mit dem Schweigen über das Trauma wie auch mit dem aktiven Sprechen darüber und der Intensität der emotionalen und körperlichen Reaktion beim Sprechen positiv korreliert (Müller et al., 2000). Das bedeutet, dass höhere Symptomausprägung der PTBS sowohl mit vermehrtem Schweigen wie auch vermehrtem Sprechen über das traumatische Erlebnis einhergehen kann. Soziale Unterstützung scheint das Reden eher zu fördern – eine umgekehrte Wirkrichtung ist ebenso denkbar. Positiven Einfluss sozialer Unterstützung auf die Bewältigung ihrer Erfahrungen berichteten ehemalige Inhaftierte zum Teil auch selbst (Priebe et al., 1993).

Neben dem Vollbild psychischer Störungen zeigten sich auch unspezifische Beschwerden und Symptome bei ehemaligen politisch Inhaftierten. Sie berichteten unter anderem Reizbarkeit, Grübelei, Schlafstörungen, Alpträume und Nervosität (Denis et al., 1997; Plogstedt, 2010). Außerdem wurde eine signifikant geringere wahrgenommene Lebensqualität ehema-

liger Inhaftierter im Vergleich zu einer Vergleichsstichprobe aus der Allgemeinbevölkerung konstatiert (Weißflog et al., 2011).

Körperliche Auswirkungen

Etwa 64% der Befragten, die zwischen 1945 und 1956 inhaftiert und zum Zeitpunkt der Befragung von Müller (1998) noch nicht verstorben waren, berichteten „gesundheitliche Langzeitschäden“. Hier wurden vor allem Schädigungen an Lunge und Herz berichtet. Am dritthäufigsten wurden psychische Erkrankungen als Folge der Haft genannt. Die dort befragten Inhaftierten der Honecker-Ära gaben zu 44,9% physische Schädigungen in Folge der Haft an (Müller, 1998; S. 128 ff.). Körperliche Schädigungen waren hier vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schädigungen der „Wirbel“ sowie der Zähne. Auch bei Beer und Weißflog (2011) brachten die Befragten in erster Linie seelische Schädigungen mit der Haft in Verbindung, jedoch auch Schädigungen der Zähne, Gelenke und der Wirbelsäule. Als aktuelle gesundheitliche Beschwerden berichteten die Teilnehmenden in dieser Befragung vor allem psychische und Verhaltensstörungen, Krankheiten des Verdauungssystems, des Muskel-Skelett-Systems sowie des Kreislaufsystems. Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung wiesen ehemalige politisch Inhaftierte deutlich höhere Werte hinsichtlich körperlicher Beschwerden in den Dimensionen Erschöpfung, Gliederschmerzen sowie Magen- und Herzbeschwerden auf (Weißflog et al., 2012).

Sozioökonomische Folgen / Risikofaktoren nach der Haftentlassung

Die auf die politische Haft in der DDR folgenden Lebensumstände waren vielfach belastend im Sinne von Risikofaktoren für die psychische Gesundheit (Pross & Denis, 1996; s. 3.2.3). Bei einer Entlassung in die DDR drohten weitere politische Repressionen, eine Herabsetzung des sozioökonomischen Status und Repressionen gegen Familienangehörige (Plogstedt, 2010; Raschka, 2001). Bei einer Ausreise nach Westdeutschland konnte ein Großteil der ehemaligen Inhaftierten nicht auf ein soziales Netzwerk zurückgreifen, war von in der DDR zurückgebliebenen Angehörigen auf ungewisse Zeit getrennt und mit einem anderen Gesellschafts- und Beschäftigungssystem konfrontiert (Bauer & Priebe, 1994). Unabhängig vom Ort der Entlassung waren intrapsychische und soziale Anpassungsprozesse notwendig. Fast 30% der von Plogstedt (2010) Befragten berichteten, dass sie sich nach der Haft „im normalen Leben“ nicht wieder zurechtgefunden hätten. Denis und Kollegen/-innen (1997) berichteten, dass die Befragten, die eine vergleichsweise bessere berufliche und soziale Integration nach der Haft berichteten, geringere Beschwerden zeigten.

Das Sprechen über die Hafterfahrungen war sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zum Teil nicht möglich, was eine gute Verarbeitung zusätzlich erschweren konnte (Horvay, 2003; Lukas, Fikentscher & Konzag, 1996; Trobisch-Lütge, 2004).

Deutlich wurde in verschiedenen Studien, dass ehemalige politisch Inhaftierte zu großen Teilen bis heute finanziell schlechter gestellt sind als die Allgemeinbevölkerung (Plogstedt, 2010; Weißflog et al., 2010). Es kann angenommen werden, dass dies häufig eine Folge der Haft und der nachfolgenden Repressionen ist. Die Betroffenen wurden vielfach beruflich benachteiligt und / oder durch die Haft aus ihrem Berufsweg hinauskatapultiert. Zudem waren und sind einige durch die erlittenen Haftschäden nicht in der Lage, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, die sie unter anderen Umständen ohne Schwierigkeiten hätten bewältigen können (Arp, Fischer, Gebauer & van Laak, 2012; Beer & Weißflog, 2011). Das Ringen um ökonomische Sicherheit und soziale Integration durch Beteiligung am Erwerbsleben ist als Risikofaktor zu sehen und wirkt einer positiven Verarbeitung von gesundheitlichen Belastungen entgegen (s. 3.2.3).

Es bleibt also festzuhalten, dass eine politische Haft in der DDR auf individueller Ebene psychische, physische und sozioökonomische Beeinträchtigungen mit sich bringen konnte. Studienergebnisse belegen, dass dies für viele ehemalige Inhaftierte der Fall war und dass ihre aus der Haft folgenden Beeinträchtigungen zum Teil bis heute andauern. Zudem wurde die protektive Wirkung positiver sozialer Beziehungen nachgewiesen. Andersherum ist jedoch nur wenig über die Auswirkungen der politischen Haft auf das unmittelbare soziale Umfeld der Inhaftierten bekannt. Doch was bedeutet und bedeutete die in der DDR erlebte politische Repression für die Angehörigen der Betroffenen?

Die nächsten beiden Kapitel widmen sich den Auswirkungen politischer Inhaftierung in der DDR auf die Familien der Inhaftierten. Zum einen soll auf Basis empirischer Befunde aufgezeigt werden, welche direkten Risiken die politische Haft für Angehörige barg (3.3). Hier geht es einerseits um Aspekte der politischen Haft, die Angehörige betrafen, und andererseits um nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen, die gegen sie gerichtet sein konnten. Zudem wird die in Hinsicht auf die Möglichkeiten politischer Einflussnahme besondere Situation von Kindern und Jugendlichen in der DDR kurz beschrieben.

Darauf folgend wird mittels theoretischer und empirischer Arbeiten der Versuch unternommen, mögliche Auswirkungen einer Traumatisierung auf das Zusammenleben in Familie und Partnerschaft und Auswirkungen auf die individuelle psychische Gesundheit der Familienmitglieder zu beschreiben (3.4).

3.3 Familie und politische Inhaftierung in der DDR

Eine politische Inhaftierung in der DDR war auch für die Familien der Inhaftierten eine potenzielle Belastung auf verschiedenen Ebenen. Die folgenden Ausführungen zur Belastung durch die Haft beziehen sich in erster Linie auf Familien, die zur Zeit der politischen Haft bereits bestanden. Es ist anzunehmen, dass auch Familien, die zur Zeit der politischen Haft

noch nicht bestanden, Ziel nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen werden konnten und Auswirkungen der Haft tragen mussten. Die Frage danach, inwieweit dies der Fall war, ist nicht zuletzt im Rahmen dieser Arbeit zu beantworten.

3.3.1 Belastungen durch die Inhaftierung eines oder mehrerer Familienmitglieder

Die unmittelbaren psychischen Auswirkungen der Inhaftierung von Familienmitgliedern wurden im Kontext von politischer Haft in der DDR bisher kaum untersucht. Politische Inhaftierung wurde bisher vor allem aus der Perspektive der Inhaftierten beschrieben. Zum Teil kamen auch Angehörige zu Wort, die die Haftzeit aus ihrer Sicht schilderten (z. B. in Bautzen Komitee, 1997; Plogstedt, 2010, Trobisch-Lütge, 2011). Zu nennen sind hier des Weiteren das Projekt „Einschluss 3“ der Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt und der Landesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Thüringen, bei dem Familien zu ihren Erlebnissen vor, während und nach der Haft befragt wurden, und der Dokumentarfilm „Jeder schweigt von etwas anderem“ von Marc Bauder und Dörte Franke (2006), in dem ehemals inhaftierte Eltern und ihre Kinder zu Wort kamen.

Über diese Projekte und Berichte hinweg wurden verschiedene Aspekte deutlich: die Verhaftung kam oft unerwartet, die Familie hatte finanzielle Schwierigkeiten durch die haftbedingte Abwesenheit eines Familienmitgliedes und es bestand nur geringer Kontakt zum inhaftierten Familienmitglied während der Haftzeit. Nach der Haft blieb das in der Haft Geschehene zum Teil unbesprochen, auch, weil es den Entlassenen verboten worden war, darüber zu sprechen.

Gertraud Fineiß und Renate Szakliewicz (Bautzen-Komitee, 1997, S. 139 ff.) beschrieben die Rückkehr ihres 1955 aus der politischen Haft entlassenen Vaters so: „Aus uns Kindern waren inzwischen Erwachsene geworden, aus unserer Mutter eine Frau, die sich zu behaupten wusste und der es schwerfiel, sich wieder unterordnen zu müssen.“ (S. 143).

Um die Frage danach, was es für eine Familie bedeuten konnte, wenn ein oder mehrere Familienmitglieder politisch inhaftiert wurden, weiter zu differenzieren, können wir auf Untersuchungen in anderen Populationen zurückgreifen. Untersuchungen in Familien von Soldaten und Soldatinnen haben gezeigt, dass eine Trennung der Familienmitglieder bzw. die Abwesenheit eines Familienmitglieds für die zurückbleibenden Angehörigen einen Stressor (s. 3.4.1) darstellt, der Veränderungen innerhalb der Familie nach sich zieht (s. z. B. Hunter, 1983; McCubbin, Dahl, Lester, Benson & Robertson, 1976; McCubbin, 1979; McFarlane, 2009). Das Gleichgewicht der Familie, wie zum Beispiel die Aufgabenverteilung oder die Rollenzuweisungen, muss neu ausgehandelt werden und ein Mitglied der Familie fehlt. Die

Unsicherheit über Verbleib und Wohlergehen der abwesenden Person(en) kann eine erhebliche psychische Belastung für die anderen darstellen.

Nicht nur die Trennung der Familienmitglieder, sondern auch ihre Wiedervereinigung bei Rückkehr der abwesenden Person(en) wurden in der Literatur als Stressoren untersucht, die Anpassungsleistungen der Familie erfordern (s. z. B. Hill, 1949; Hunter, 1983; McCubbin et al., 1976). McCubbin (1979) bezeichnete die Trennung über einen längeren Zeitraum (in seiner Untersuchung im Mittel sechs Jahre) als schwerwiegendste familiäre Trennungserfahrung im Vergleich zu kürzeren Trennungen, unter anderem weil ein Familienmitglied aus der Familie herausgerissen würde („dismemberment“, S. 239), die Rückkehr des Familienmitglieds unvorhersehbar sei, und die Familie eine Struktur entwickle, die sowohl auf die Rückkehr des Familienmitglieds als auch den Fall seines Todes ausgerichtet sei.

Studien zu Auswirkungen von nicht-politischer Inhaftierung auf Angehörige verdeutlichen ähnliche innerfamiliäre Anforderungen nach der Verhaftung und bei der Rückkehr eines Familienmitglieds. Murray, Farrington und Sekol (2012) beschrieben in ihrer Meta-Analyse verschiedene Aspekte der Inhaftierung eines Familienmitglieds, die belastend für die zurückbleibenden Angehörigen sein können:

- die Situation der Verhaftung, die potenziell traumatisierend für die nicht-inhaftierten Anwesenden sei,
- die Zeit der Abwesenheit, in der emotionale und finanzielle Unsicherheit entstehe und Neuordnung angezeigt sei sowie
- Prozesse der sozialen Stigmatisierung der Familie und
- mangelnder Kontakt zum inhaftierten Familienmitglied und emotionale Belastung bei Besuchen in der Strafvollzugsanstalt während der Haftzeit.

Die Rückkehr sei ebenfalls kritisch – einerseits, weil die Familie sich bezüglich der Rollen- und Aufgabenverteilung neu organisiert habe und nun erneut verändern müsse und andererseits, weil es dem zurückkehrenden Familienmitglied häufig nicht gelinge, die Familie zu unterstützen.

Studien, die nicht-politisch inhaftierte Mütter und Väter untersuchten, fanden u. a., dass die Häufigkeit der Besuche der Kinder mit der Schwere depressiver Symptome inhaftierter Mütter assoziiert war (Poehlmann, 2005) und dass höheres Stresserleben in Bezug auf die eigene elterliche Kompetenz, Besuche der Kinder und Kontakt mit den Kindern mit stärkeren Symptomen von Depressivität und Ängstlichkeit inhaftierter Mütter sowie die wahrgenommene Beziehungsqualität und Sorge um die Beziehung zu den eigenen Kindern mit erhöhter Depressivität von inhaftierten Vätern einhergingen (Houck & Looper, 2002; Lanier, 1993). In Bezug auf die psychischen Auswirkungen elterlicher Inhaftierung auf Kinder gibt es widersprüchliche Befunde (Geller, Cooper, Garfinkel, Schwartz-Soicher & Mincy, 2011; Kinner,

Alati, Najman & Williams, 2007; Murray et al., 2012). Zum Teil zeigten sich Kinder inhaftierter Eltern stärker psychisch belastet als Kinder nicht-inhaftierter Eltern (s. z. B. Lee, Fang & Luo, 2013). Es ist jedoch methodisch schwierig, die Auswirkungen der familiären Trennung von anderen Faktoren, die vor oder nach der Trennung auftraten sowie solchen, die mit der untersuchten Gruppe konfundiert sind, zu trennen (Johnson & Easterling, 2012). Wurden Risikofaktoren wie Familienbeziehungen und psychische Gesundheit des verbliebenen Elternteils kontrolliert, ergaben sich keine langfristigen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Kinder inhaftierter Eltern (Kinner et al., 2007; Murray et al., 2012).

Zusammenfassend kann jedoch auf Basis der Befunde zu Trennungen von Familien durch Militäreinsätze und Gefangenschaft konstatiert werden, dass die Abwesenheit und Rückkehr von einzelnen Mitgliedern einer Familie eine erhebliche Belastung für die Familien darstellen kann, die bewältigt werden muss und aus der möglicherweise langfristig negative Auswirkungen resultieren.

Es ist anzunehmen, dass die beschriebenen Prozesse zumindest zum Teil auch auf Familien politisch Inhaftierter in der DDR zutrafen. Zudem sind einige Spezifika der Situation politisch Inhaftierter in der DDR zu bedenken, die nachfolgend umrissen werden.

Ansatzweise wurde bereits verdeutlicht (s. 3.1), dass Familienmitglieder kaum Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Haft hatten. Sie wurden vielfach erst spät über die Verhaftung ihres/-r Angehörigen informiert, und auch dann oft nicht darüber, wo, warum und wie lange er oder sie festgehalten wurde (Morawe, 2000; Passens, 2012). Manche wurden Zeugin oder Zeuge der Verhaftung von Familienangehörigen, und auch in dieser Situation waren sie der Trennung ohne Handlungsmöglichkeiten ausgesetzt (Böhm, 2009). Klinitzke, Böhm, Brähler und Weißflog (2012) befragten 43 Kinder von ehemaligen politisch Inhaftierten der SBZ / DDR. Hier gaben 34,9% der Kinder an, ein traumatisches bzw. schreckliches Erlebnis in Zusammenhang mit der Haft der Eltern gehabt zu haben. Allerdings wurde nicht angegeben, ob sie dieses während der Verhaftung oder Haftzeit hatten.

Auch von der Gerichtsverhandlung erfuhren die Angehörigen häufig erst dann, wenn das Urteil bereits gefällt war. Das MfS und später die Vollzugsbeamten und -beamtinnen entschieden darüber, wann und in welcher Form sie Kontakt zu ihren inhaftierten Angehörigen aufnehmen konnten (s. 3.1). Es ist davon auszugehen, dass diese Gegebenheiten zu erheblichen emotionalen Belastungen, Unwissenheit, Unsicherheit und Sorge bei den nicht-inhaftierten Familienmitgliedern führen konnten (Murray et al., 2012). Durch die zum Teil mehrere Jahre andauernde Abwesenheit eines oder mehrerer Familienmitglieder wurde eine Neuordnung innerfamiliärer Abläufe notwendig (s. dazu 3.4). Die Aufgaben und Rollen innerhalb der Familien mussten neu verteilt werden. Es gibt Hinweise darauf, dass viele Partnerschaften an der politischen Inhaftierung in der DDR scheiterten – einige wurden scheinbar auch ge-

zielt vom MfS manipuliert und zerstört (Fricke, 1989; Plogstedt, 2010). Außerdem konnte die Abwesenheit eines oder mehrerer Familienmitglieder zu einer Minderung des familiären Einkommens führen, was eine weitere Belastung darstellte. Eine soziale Stigmatisierung ist denkbar (s. z. B. Bautzen-Komitee, 1997, S. 167; Murray, Farrington & Sekol, 2012). Möglicherweise kam es auch zu nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen gegen nicht-inhaftierte Partner/-innen und Kinder. Dies ist Thema des folgenden Abschnitts.

3.3.2 Gegen Angehörige gerichtete nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen

Gegen Angehörige gerichtete Repressionsmaßnahmen wurden in der Forschungsliteratur vielfach berichtet (z. B. Behnke & Trobisch, 1998; Fuchs, 1995; Plogstedt, 2010; Pross, 1995). Dabei wurde jedoch selten über Einzelfallbeschreibungen hinaus untersucht, in welchem Ausmaß Angehörige diese Maßnahmen erleben mussten und welcher Art sie typischerweise waren.

Wie auch gegen Inhaftierte gerichtete nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen konnten gegen Familienangehörige gerichtete Maßnahmen unter anderem sichtbare und unsichtbare Überwachung, die Einflussnahme auf Kommunikationsmöglichkeiten, Behinderung in Ausbildung und Beruf, Kompromittierung und Isolierung im sozialen Umfeld oder Psychoterror umfassen (s. Knabe, 2002, S. 28 ff.; Pingel-Schliemann, 2004; Süß, 1999). Möglicherweise wurden die betroffenen Familien auch mit der Inhaftierung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder unter Druck gesetzt. Plogstedt (2010) berichtete beispielsweise, dass Partner/-innen inhaftierter Personen zum Teil ihre Ausbildung nicht beenden oder ihren Beruf nicht mehr ausüben durften. Im Zuge der Verhaftung mussten sie in vielen Fällen gegen ihre verdächtigten Partner/-innen Aussagen machen.

Den Kindern drohten neben anderen nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen Benachteiligungen in Schule, Ausbildung und Freizeitgestaltung. Das Schulsystem der DDR hatte das Ziel, Kinder und Jugendliche zur „allseits gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ zu erziehen (Kwiatkowski-Celofiga, 2008; S. 11). Diese Erziehung begann früh und setzte sich nach Anspruch der SED auch in der Freizeit durch Einbindung der Kinder in sozialistisch geprägte Angebote wie Pionierorganisation und FDJ¹¹ fort (Herms, 2002; Schmidt, 1996). Die Eltern waren angehalten, ihre Kinder nach denselben Prinzipien zu erziehen und wurden darin mehr oder weniger stark kontrolliert (Kerz-Rühling, Plänklers & Fischer, 2000). Wie auch bei Erwachsenen wurde eine kritische Haltung der Kinder und Jugendlichen gegenüber den eigenen Lebensbedingungen oder den ideologischen Forderungen des Staates als DDR-feindliche Einstellung, mindestens aber als Rückständigkeit aufgefasst. Dies rechtfert-

¹¹ Die sogenannte „Freie Deutsche Jugend“ war die größte staatliche Jugendorganisation der DDR.

tigte die Überwachung und Reglementierung bereits im Kindesalter – bis hin zu „Umerziehungsmaßnahmen“ in dafür eingerichteten Heimen und Jugendwerkhöfen (dazu z. B. Kaczmarek, 2008; Zimmermann, 2008). Und nicht nur die Kinder und Jugendlichen sollten hinsichtlich ihrer politischen Einstellung beurteilt werden, sie dienten auch als Informationsquelle über das Verhalten der Eltern.¹² Dadurch konnte für sie sowohl in ihren Familien als auch in der Schule Konfliktpotenzial entstehen.

Innerschulische Benachteiligungen aufgrund von Verwandtschaften waren zum Beispiel „Gängeleien“, aber auch die Verweigerung von Bildungszulassungen trotz ausreichender Leistungen (Kwiatkowski-Celofiga, 2008, S. 21). Das Bildungssystem der DDR war auch in dem Sinne stark reglementiert, dass die Anzahl von möglichen Zulassungen zu erweiterter Oberschule (EOS) und Universität ohne Berücksichtigung der Berufs- oder Bildungswünsche der Schüler/-innen festgelegt wurde. Umso wichtiger war die so genannte „gesellschaftliche Tätigkeit“ der Schüler/-innen, sprich, ihr politisch angepasstes Verhalten (Geißler, 2008; Kwiatkowski-Celofiga, 2008). Die Einstellung der Eltern konnte dabei ein Grund für die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen sein. Ein Beispiel dafür waren Kinder aus Pfarrersfamilien in der DDR, die häufig kein Abitur machen durften und denen auch verschiedene Ausbildungswege versperrt blieben (s. z. B. Ernst-Bertram & Planer-Friedrich, 2008). Dass sich auch eine politische Haft der Eltern nachteilig auswirken konnte, ist anzunehmen. Zum Beispiel gaben 22% der bei Plogstedt (2010) befragten ehemaligen Inhaftierten an, dass ihre Kinder nach der Haftentlassung in der DDR politisch verfolgt worden seien. Was genau diese „politische Verfolgung“ beinhaltete, wird allerdings nicht beschrieben.

Deutlich wird, dass die politische Haft für das MfS und andere staatliche Organe als Rechtfertigung für gegen die Familien der Inhaftierten gerichtete politische Repressionen genutzt werden konnte. Soziale Ausgrenzung, die nicht auf Initiative des MfS hin geschah, ist zusätzlich zu bedenken.

Wie strafrechtliche Verfolgung in der DDR führten auch nichtstrafrechtliche Repressionen bei Betroffenen zu erhöhten Raten psychischer Belastung, wie z. B. depressiven, somatoformen und Angstsymptomen (Klinitzke, 2010; Priebe et al., 1994; Spitzer, Ulrich et al., 2007). Auch die PTBS trat in Folge nichtstrafrechtlicher Repressionen auf (Spitzer, Ulrich et al., 2007). Betroffene Angehörige konnten in Folge von gegen sie gerichteten Repressionsmaßnahmen und dem Miterleben der Verhaftung und damit verbundener Ereignisse also ähnlich wie ihre inhaftierten Familienmitglieder von psychischen Störungen betroffen sein. Wie in Abschnitt 3.2 beschrieben, können PTEs in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren zu PTBS und anderen psychischen Störungen führen. In welchem Ausmaß dies bei Partnern/-innen und Kindern politisch Inhaftierter in der DDR der Fall war, ist bisher nicht bekannt.

¹² S. z. B. Ansorg, 1997; Baganz, 2001.

Zusätzlich zur möglichen direkten Betroffenheit von Haft und nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen waren Partner/-innen und Kinder von ehemaligen Inhaftierten im späteren Zusammenleben möglicherweise indirekt mit den Auswirkungen politischer Haft konfrontiert. Die gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Folgen für die ehemaligen Inhaftierten konnten auch ihre Partner/-innen und Kinder betreffen. Dies traf auch auf die Familien zu, die erst nach der Haftentlassung gegründet wurden.

Wie weit Familien politisch Inhaftierter mit der psychischen Belastung des oder der Betroffenen konfrontiert waren, wurde bisher nur ansatzweise untersucht (Böhm, 2009; Klinitzke et al., 2012; Trobisch-Lütge, 2011). Im Zusammenhang mit traumatischen Erfahrungen wird hier auch von „sekundärer Traumatisierung“ der Angehörigen gesprochen (Figley, 1983). Forschungsergebnisse dazu liegen aus verschiedenen Kontexten vor. Diese werden im Folgenden dargestellt. Zur Einordnung der Ergebnisse werden zunächst einige relevante theoretische Konzepte, die der „Familie“ und der „Familienstressoren“, erläutert. Leitende Fragen des nächsten Abschnitts sind, ob und wie sich eine politische Traumatisierung auf Angehörige einer Person, die diese Traumatisierung erlebt hat¹³, auswirken kann und welche Mechanismen diesen Auswirkungen zugrunde liegen.

3.4 Familie und Traumatisierung

3.4.1 Definitionen und Modelle: Familie und Familienstressoren

Im Folgenden werden die dieser Arbeit zugrundeliegenden Definitionen und Konzepte in Bezug auf Familien und auf die Familie einwirkende Stressoren dargelegt.

Familie

Eine Familie ist „eine Gruppe von Menschen, die durch nahe und dauerhafte Beziehungen miteinander verbunden sind, die sich auf eine nachfolgende Generation hin orientiert und die einen erzieherischen und sozialisatorischen Kontext für die Entwicklung der Mitglieder bereitstellt.“ (Hofer, 2002, S. 6). Als „Kernfamilie“ werden zwei aufeinander folgende Generationen einer Familie bezeichnet, also Eltern und ihre Kinder. Ob eine leibliche Verwandtschaft besteht und welche Zusammensetzung die Familie hat (z. B. Ein-Eltern-Familie) ist damit nicht definiert (Schneewind, 2010).

In dieser Arbeit stehen Kernfamilien nach diesen oben genannten Definitionen im Fokus.

¹³ Diese Person wird im Folgenden auch als „Indexperson“ bezeichnet.

Spätestens mit Aufkommen systemischer Ansätze in der Psychotherapie in den 50er Jahren wurden Familien als Systeme betrachtet, die sich entwickeln und verändern. Psychische Störungen wurden nicht mehr nur als Ausdruck individueller Pathogenese konzeptualisiert sondern in ihrer Wechselwirkung mit dem das Individuum umgebende System – in erster Linie die Familie – analysiert und behandelt. Zusätzlich zum Blick auf die einzelnen Familienmitglieder (Individualebene) entstand der auf die Familie (Systemebene) (für einen Überblick s. z. B. Figley, 2013; von Schlippe & Schweitzer, 2007, S. 49 ff.).¹⁴ Eine der Annahmen von Familiensystemtheorien ist, dass sowohl Individuen wie Familien sich verändern, auf äußere und innere Einflüsse reagieren und immer wieder in einen Zustand des Gleichgewichts zu gelangen versuchen (Cierpka, 2008; Luhmann, 1990; Patterson, 2002; von Schlippe & Schweitzer, 2007).¹⁵ Veränderungen werden einerseits notwendig, um den Bedürfnissen und Entwicklungen der einzelnen Familienmitglieder gerecht zu werden, andererseits, um sich an äußere Einflüsse anzupassen. Veränderungen betreffen dabei die Beziehungsdispositionen, wie zum Beispiel Nähe und Distanz zwischen den Familienmitgliedern, die Rollenzuweisungen innerhalb der Familie, die Übernahme von Aufgaben durch Familienmitglieder oder die innerfamiliäre Kommunikation (s. z. B. Long & Marsland, 2011). Über die Zeit des Bestehens einer Familie kommt es immer wieder zu Phasen von Anpassung bzw. Veränderung ebenso wie zu Phasen der Stabilisierung (Frevort, Cierpka & Joraschky, 2008).

Familiensystemtheorien gehen zwar davon aus, dass Familien immer wieder in einen funktionalen Gleichgewichtszustand zurückkehren, „funktional“ sagt dabei jedoch nichts darüber aus, ob die Familie sich in einem „gesunden“ Gleichgewicht befindet – auch innerfamiliäre Prozesse, die z. B. chronische psychische Belastung bei einzelnen Mitgliedern hervorrufen, können das Funktionieren der Familie gewährleisten (Olson, 2000; Patterson, 2002; s. auch Punamäki, Quota, El Sarraj & Montgomery, 2006). Diese Annahme über Veränderungen in Familien wurde auch in die Erklärung von Auswirkungen von PTEs auf Familien integriert (Schneewind, 1999).

Familienstressoren

Familien müssen im Laufe ihres Bestehens eine Reihe von normativen und non-normativen Ereignissen und Übergängen bewältigen.¹⁶ Bei jeder Bewältigung gilt es, die entstehenden Anforderungen mit den bestehenden Ressourcen zu meistern und gleichzeitig das Funktionieren der Familie aufrechtzuerhalten (s. z. B. McCubbin & McCubbin, 1996). Normative Ereignisse sind Ereignisse, die biologisch oder kulturell determiniert sind und alle Familien

¹⁴ Cierpka (2008; S. 26ff.) unterschied drei Familien-Ebenen: die des Individuums, die der Dyaden (Zweier-Beziehungen) und die des gesamten Familiensystems. Der Einfachheit halber fasse ich unter „System“ die letzten beiden Ebenen zusammen.

¹⁵ Dieser Prozess wird auch als „Homöostase“ bezeichnet (s. z. B. Schneewind, 2010).

¹⁶ Verschiedene theoretische Ansätze beschäftigten sich mit den normativen Übergängen, so genannten „Familienentwicklungsaufgaben“, die eine Familie im Laufe ihres Bestehens gemäß biologischen und kulturellen Anforderungen bewältigen muss (s. z. B. Schneewind, 1999).

eines Kulturkreises betreffen – zum Beispiel der Übergang zur Elternschaft, die Einschulung des ersten Kindes oder der Tod der Großeltern. Non-normative Ereignisse hingegen treten unerwartet auf. Sie entsprechen nicht den „normalen“ Anforderungen im Familienzyklus. Beispiele für non-normative Ereignisse wären der vorzeitige Verlust der Arbeitsstelle, die Inhaftierung eines Familienmitglieds oder der Tod eines Kindes. Da der Fokus der vorliegenden Arbeit auf die Auswirkungen politischer Haft auf Familien gerichtet ist, beschränken sich die folgenden Darstellungen soweit möglich auf Auswirkungen non-normativer Ereignisse auf Familiensysteme. Dass die Familien politisch inhaftierter Personen so wie andere Familien normative Übergänge, wie zum Beispiel die Einschulung des ersten Kindes bewältigen mussten, wird dabei vorausgesetzt.¹⁷ Normative Anforderungen stellen bei der Bewältigung von PTEs eine zusätzliche Belastung dar und können auch als Gradmesser einer Einschränkung der Familienfunktionen durch non-normative Anforderungen angesehen werden (s. Huebner, Mancini, Wilcox, Grass & Grass, 2007; Lavee, McCubbin & Olson, 1987; McCubbin & Patterson, 1983).

Auf die Familie einwirkende non-normative Ereignisse, wurden von verschiedenen Autoren als „Familienstressoren“ bezeichnet (s. z. B. Figley, 2013; McCubbin & Patterson, 1983; Schneewind, 1999).¹⁸ Diese Definition wird im Folgenden verwendet.

Familienstressoren können einerseits danach unterschieden werden, ob sie ein Familienmitglied oder alle Familienmitglieder gleichermaßen betreffen (Bodenmann, 1995; Korittko & Pleyer, 2010), andererseits nach ihrer Qualität, zum Beispiel nach Dauer und Schädigungspotenzial (Burr & Klein, 1994).

Nach systemtheoretischen Ansätzen wirken auch Stressoren, die einzelne Familienmitglieder betreffen, auf die gesamte Familie (Abbildung 1). Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, betreffen manche Stressoren zunächst nur einzelne Familienmitglieder (1), andere die gesamte Familie (2) – in beiden Fällen findet zwischen den Familienmitgliedern ein Austausch und gegenseitige Beeinflussung statt (3) (Bodenmann, 1995; Figley & McCubbin, 1983). Dies ist auch als Abgleichungsprozess zur gemeinsamen Beurteilung und Bewältigung des Stressors zu sehen.

¹⁷ Zu normativen Übergängen siehe z. B. Hofer (2002), für einen frühen Überblick z. B. McCubbin et al., 1980.

¹⁸ Zum Teil wurden auch normative, erwartbare Ereignisse, die Anpassungsleistungen auf Seiten der Familie erfordern, als „Familienstressoren“ bezeichnet (z. B. bei Hofer, 2002, S. 29).

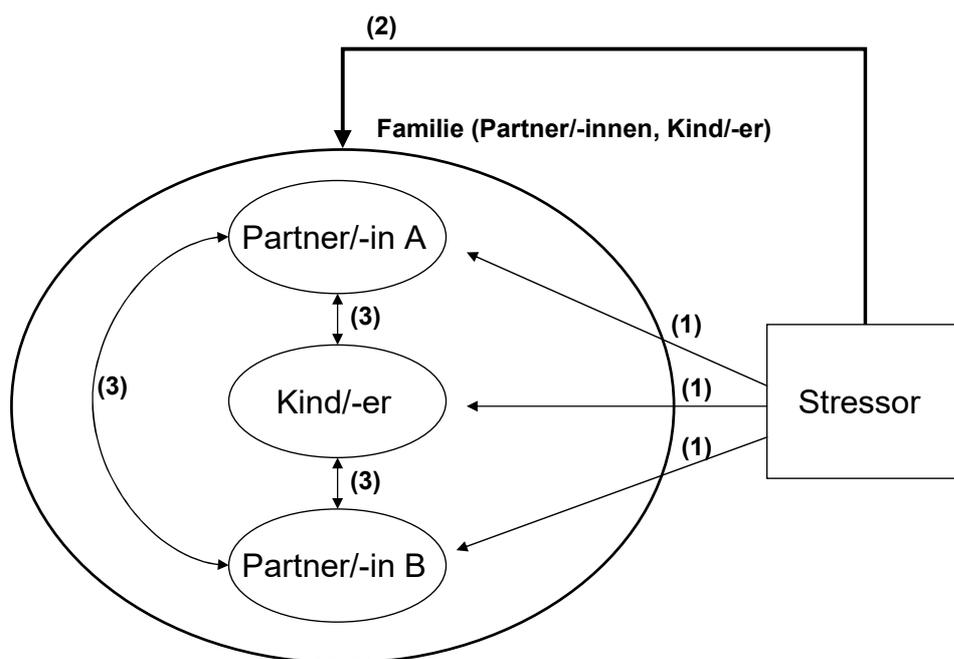


Abbildung 1: Auf die Familie einwirkende Stressoren (modifizierte Abbildung, nach Bodenmann, 1995; S. 35)

PTEs sind als Stressoren anzusehen, die in besonderem Maße Anpassungsleistungen in einer Familie notwendig machen (Korittko & Pleyer, 2010).

Korittko und Pleyer unterschieden traumatische Stressoren danach, ob sie „von außen“ auf die Familie wirkten oder „innerhalb“ der Familie entstünden. Als Traumatisierungen von außen sind demnach Ereignisse anzusehen, die ein oder mehrere Familienmitglieder existentiell bedrohen und nicht aus dem Familiensystem kommen (vgl. Abbildung 1, Pfeile (1) und (2)). Solche potenziell traumatischen Stressoren wären beispielsweise Naturkatastrophen, Unfälle, aber auch die Inhaftierung oder Folter einzelner Familienmitglieder. Die politische Inhaftierung in der DDR muss als potenziell traumatisierendes Erlebnis für die Familien der Inhaftierten bewertet werden (s. 3.3). Politische Haft und die damit einhergehenden Stressoren sind sowohl bezüglich ihrer Dauer als auch des Schädigungspotenzials als vergleichsweise stark belastend einzuschätzen (s. Tabelle 1).

Durch das Zusammenleben mit traumatisierten Angehörigen können in der Folgezeit erhebliche Belastungen für die Familie entstehen, ohne dass alle Mitglieder dem traumatisierenden Stressor ausgesetzt waren (vgl. Pfeile (3) in Abbildung 1). Hier ist die Aufteilung familiärer Traumatisierung von Figley (1989; zit. n. Catherall, 2004, S. 4-5) hilfreich: er unterschied *simultane* Traumatisierung, *stellvertretende* Traumatisierung („vicarious effects“, Catherall, 2004; S. 4), *sekundäre* Traumatisierung und *intrafamiliäre* Traumatisierung. Stellvertretende Traumatisierung bezeichne die psychische Belastung durch das Erfahren von der Traumatisierung eines Angehörigen während sekundäre Traumatisierung dadurch entstehe, dass Angehörige dem „Erlebnis“ des traumatisierten Angehörigen, also seinen Belastungssympto-

men ausgesetzt seien. Die intrafamiliäre Traumatisierung entspricht den in der Familie entstehenden potenziell traumatischen Stressoren, wie zum Beispiel innerfamiliäre Gewalt oder sexueller Missbrauch durch Angehörige (s. dazu z. B. Galovski & Lyons, 2004; Korittko & Pleyer, 2010; Catani, 2010).

Das Phänomen der sekundären Traumatisierung bezeichnet den Prozess der Belastung von Familien auf der Individual- und Systemebene durch die psychische Belastung eines (oder mehrerer) primär traumatisierten Familienmitglieds (s. z. B. Dekel & Solomon, 2006; Figley, 1983; Haversiek-Vogelsang, 2010).

3.4.2 Definitionen und Modelle: Sekundäre Traumatisierung und familiäre Bewältigung

Bei der Untersuchung der Auswirkungen von PTEs wie der politischen Haft in der DDR auf Familien muss zwischen direkter Traumatisierung durch eigene Erlebnisse einerseits und sekundärer Traumatisierung durch das Zusammenleben mit einer oder mehreren traumatisierten Personen andererseits unterschieden werden. In den folgenden Abschnitten wird sekundäre Traumatisierung definiert und es werden verschiedene Modelle dargelegt, die das Auftreten sekundärer Traumatisierung erklären können.

Sekundäre Traumatisierung

Als „sekundäre Traumatisierung“ werden psychische Belastungen bezeichnet, die aus dem Kontakt mit traumatisierten Personen resultieren (Figley, 1983; Motta, 2008).¹⁹ In einer breiten Definition können alle Symptome, die auf das Trauma einer nahe stehenden Person zurückzuführen sind als Symptome sekundärer Traumatisierung bezeichnet werden (s. z. B. Dirkzwager, Bramsen, Adèr & van der Ploeg, 2005; Galovski & Lyons, 2004). Motta (2008) nannte Ärger, Ängste, Depressionen, niedrigen Selbstwert, emotionale Erschöpfung, Konzentrationsschwierigkeiten, Schmerzen, Schlafstörungen, Substanzmissbrauch und sozialen Rückzug als Symptome sekundärer Traumatisierung. Sekundäre Traumatisierung kann sich auch in Symptomen oder dem Vollbild anderer psychischer Erkrankungen wie Angst- und Somatisierungsstörungen zeigen (Solomon et al., 1992). In einer engeren Definition werden Symptome der PTBS, die aufgrund der Traumatisierung einer nahe stehenden Person bei einer nicht selbst diesem Stressor ausgesetzten Person auftreten, als sekundäre Traumatisierung bzw. sekundäre PTBS bezeichnet (s. z. B. Baranowsky, Young, Johnson-Douglas, Williams-Keeler, & McCarrey, 1998; Frančišković et al., 2007). Die diagnostischen Kriterien stimmen in dieser engen Definition mit den Kriterien für eine PTBS überein (s. 3.2.1). Einzig

¹⁹ Zur Klärung und Abgrenzung des Begriffs siehe z. B. Daniels, 2006; Lemke, 2006.

das A1-Kriterium ist hier kein selbst erlebtes Ereignis, sondern ein durch eine nahestehende Person erlebtes Ereignis.

Eine Schwierigkeit bei der Erfassung sekundärer Traumatisierung ist, dass das Konzept einerseits zur Beschreibung von Symptomen bei Angehörigen traumatisierter Personen verwendet wird, andererseits, um die Beziehungen zwischen traumatisierten Personen und ihren Angehörigen zu beschreiben (s. Dekel & Monson, 2010; Glaesmer, Reichmann-Radulescu, Brähler, Kuwert & Muhtz, 2011). Die Veränderung der Beziehungsgestaltung wird jedoch auch als Mechanismus der Übertragung der Traumatisierung angesehen (vgl. 3.4.3).

Mechanismen sekundärer Traumatisierung

Figley (1983; 1989) ging davon aus, dass im Prozess der Unterstützung und Anteilnahme an der Belastung der traumatisierten Indexperson bei nahestehenden Personen eine ähnliche Symptomatik ausgelöst würde. Die im Rahmen der PTBS auftretenden Symptome, Kognitionen, Affekte und Verhaltensweisen wirkten als Stressor auf nahe stehende und emotional verbundene Personen, wie z. B. Familienangehörige, und führten bei ihnen zu psychischer Belastung. Auch der Prozess der Identifizierung mit betroffenen Familienmitgliedern wurde als Weg zu Symptomen sekundärer Traumatisierung diskutiert (Solomon et al., 1992; Scharf, 2007). Durch eine Identifizierung komme es zu ähnlichen Symptomen bis hin zu Ähnlichkeiten in Erleben und Verhalten in Bezug auf das traumatische Ereignis und damit assoziierte Reize.

Die genauen Mechanismen, durch die es zu Symptomen psychischer Belastung bei Angehörigen traumatisierter Personen kommen kann, sind noch ungeklärt. Modelle, die zur Beschreibung familiärer Anpassungsprozesse entwickelt wurden, eignen sich zur Annäherung an ein Verständnis der Mechanismen sekundärer Traumatisierung.

Familiäre Bewältigung von Stressoren: Das doppelte ABC-X-Modell

Der Beginn der Forschung dazu, wie Familien mit belastenden Lebenssituationen umgehen, kann auf das Jahr 1949 datiert werden. In diesem Jahr veröffentlichte Hill seine Arbeit zu Familien von Soldaten, die durch den Krieg getrennt waren und danach wieder zusammenfinden mussten. Er beschrieb den Prozess der Anpassung an die kriegsbedingte Abwesenheit als eine Folge von Desorganisation, Erholung und Reorganisation der Familienstrukturen (vgl. McCubbin, 1979). Darauf aufbauend entwickelte Hill (1958) das ABC-X-Modell des familiären Copings, das später von McCubbin und Patterson (1983) zum „doppelten“ ABC-X-Modell erweitert wurde (Abbildung 2).

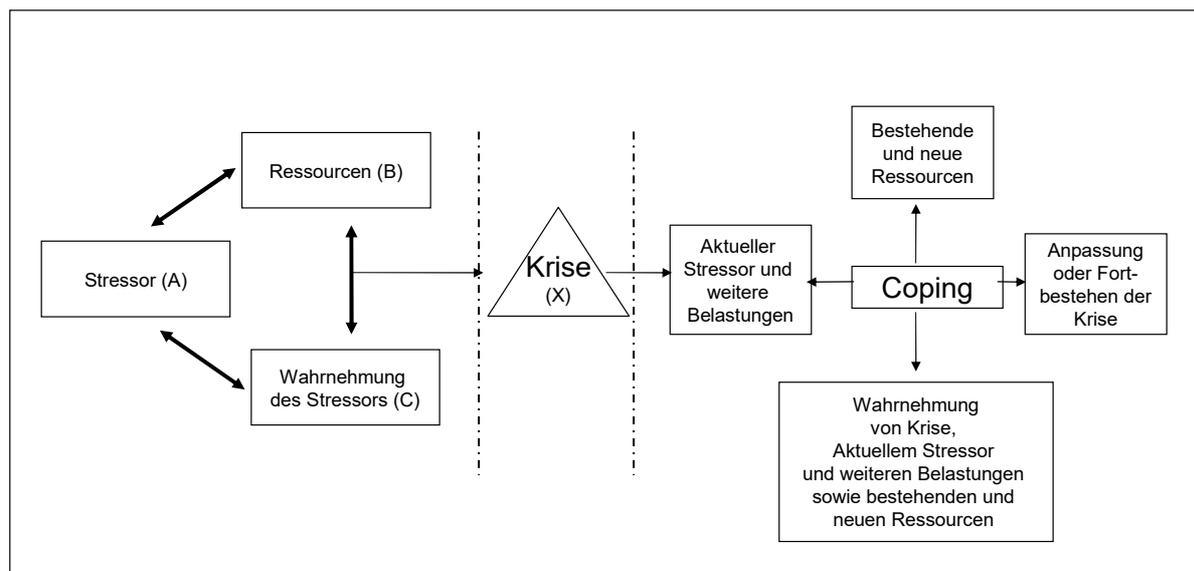


Abbildung 2: Das doppelte ABC-X-Modell nach McCubbin & Patterson (1983)
 (Grafik in Anlehnung an Schulz, Schulz, Schulz & Kerekjarto, 1998, S. 41)

Das Modell beschreibt, wie der Stressor (A), z. B. ein PTE, auf die Familie einwirkt und abhängig von den Ressourcen der Familie (B) sowie ihrer subjektiven Interpretation des Stressors (C) zu einer Krise (X) führen kann. Die Krise entstehe aus einer mangelnden Passung von Ressourcen und Anforderungen sowie der Wahrnehmung der Stressoren als potenziell bedrohlich. Nach Meinung von McCubbin und Patterson komme es aufgrund einer Krise häufig zu einer Anhäufung weiterer Belastungen, die ebenfalls bewältigt werden müssen – deshalb das „doppelte“ ABC-X-Modell. Dass ein Stressor ohne weitere Stressoren auftauche, sei eher die Ausnahme als die Regel (Lavee, McCubbin & Olson, 1987). Normative Anforderungen, wie oben beschrieben, wirkten ebenfalls potenziell als Belastungen. Die innerfamiliäre Interpretation des Stressors²⁰ wäre zum Beispiel das Ausmaß an wahrgenommener Bedrohlichkeit eines Ereignisses. Annahmen über die eigenen Bewältigungsfähigkeiten und die möglichen Konsequenzen des Ereignisses würden in diese Interpretation einbezogen.

Die Ressourcen einer Familie befänden sich auf der Ebene der einzelnen Familienmitglieder, des Familiensystems sowie außerfamiliärer sozialer Unterstützungssysteme (s. z. B. McCubbin & Patterson, 1983; Schneewind, 2010).

Die familiäre Bewältigung („Coping“) bewege sich zwischen der durch den Stressor ausgelösten Krise, weiteren Belastungen, der innerfamiliären Wahrnehmung der Situation und den vorhandenen Ressourcen und der Anwendung dieser Ressourcen. Coping-Strategien könnten darauf gerichtet sein, Stressoren und Belastungen zu vermeiden, die familiäre Integrität zu bewahren, Ressourcen zur Bewältigung der Krise zu erwerben oder die Struktur des

²⁰ Bodenmann (2003) wies darauf hin, dass derselbe Stressor von verschiedenen Familienmitgliedern unterschiedlich wahrgenommen werden kann, was im ursprünglichen Modell nicht beachtet wurde.

Familiensystems so zu verändern, dass die Anforderungen bewältigt werden können (McCubbin, 1979; McCubbin & Patterson, 1983).

Wie oben angedeutet, kann die Bewältigung (das Coping) durchaus auch zu einer misslungenen Anpassung oder zur Auflösung der Familie führen (s. a. Schulz et al., 1998). Die Entwicklung psychischer Belastung auf der Individualebene bis hin zu psychischen Störungen sowie der Aufbau dysfunktionaler Familienstrukturen in Reaktion auf einen Stressor bzw. eine Krise sind nach dem doppelten ABC-X-Modell als eine Form des (dysfunktionalen) Copings zu sehen.

Familiäre Bewältigung von Stressoren: Das McMaster-Modell

Epstein, Bishop und Levin (1978) unterschieden in ihrem „McMaster model of family functioning“ drei Bereiche innerfamiliärer Aufgaben – „grundlegende Aufgaben“ wie das Bereitstellen von Nahrung und Unterkunft, „Entwicklungs“-Aufgaben, also das Ermöglichen von Entwicklungen auf individueller und familiärer Ebene und drittens „gefährliche“ oder „krisenorientierte“ Aufgaben („hazardous tasks“, S. 21) (vgl. Schneewind, 2010). Diese umfassten familiäre Krisen wie zum Beispiel Erkrankungen, Unfälle und Einkommenseinbuße. Die Autoren bezogen sich auf die Familiensystemtheorie und stellten die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander bzw. die Familie als Ganzes in den Mittelpunkt ihres Modells. Weniger die Eigenschaften der einzelnen Familienmitglieder als vielmehr transaktionale und familiensystemimmanente Faktoren wären für das Funktionieren einer Familie ausschlaggebend (Epstein, Baldwin & Bishop, 1983; Miller, Ryan, Keitner, Bishop & Epstein, 2000). Das Funktionieren einer Familie wird im McMaster-Modell durch sechs Dimensionen bestimmt. Diese sind familiäres Problemlösen, innerfamiliäre Kommunikation, Erfüllen familiärer Rollen, affektive Responsivität, affektive Beteiligung sowie Verhaltenskontrolle. Diese Dimensionen seien vor allem für die Unterscheidung klinisch relevanter und klinisch unauffälliger Familien bzw. zur Diagnose von familiären Problemen bedeutsam, hingegen keine erschöpfende Beschreibung der Familie (Miller et al., 2000). Hinsichtlich potenziell traumatischer Erfahrungen innerhalb einer Familie, die als „krisenorientierte“ Aufgaben eingeordnet werden können, wären Familien mit effektiven Problemlösungs-, Kommunikations-, Rollenerfüllungs- und affektiven Fähigkeiten eher in der Lage, sie zu bewältigen. Das Modell wurde jedoch nicht dezidiert entwickelt, um Auswirkungen von Familienstressoren zu erfassen, sondern um die Funktionalität von Familiensystemen auf verschiedenen Dimensionen abzubilden.

Familiäre Bewältigung von Stressoren: Das Circumplex-Modell

Olson und Kollegen/-innen entwickelten und modifizierten über einige Jahrzehnte hinweg das sogenannte „circumplex model of marital and family systems“ (Olson, Sprenkle &

Russell, 1979; Olson, 1986; 1991; 2000). Olson selbst beschrieb das Circumplex-Modell als eine Integration vieler verschiedener Konzepte zur Beschreibung von Familien und ging wie andere Autoren/-innen von systemtheoretischen Annahmen in Bezug auf Familien aus (Olson, 2000).

Das Circumplex-Modell beschreibt Familien über drei Dimensionen – Kohäsion, Flexibilität und Kommunikation. Während Kohäsion und Flexibilität als zentrale Dimensionen mit je vier klar beschriebenen Ausprägungen definiert sind, kommt der Kommunikation die Rolle einer unterstützenden Dimension zu. Familiäre Kohäsion beschreibt die emotionale Nähe der Familienmitglieder zueinander, Flexibilität die Fähigkeit einer Familie, ihre Rollen und Beziehungsregeln zu verändern. Hohe Ausprägungen von Kohäsion und Flexibilität wurden für „Veränderungen zweiter Ordnung“²¹ als optimal für die Familienfunktionalität angesehen (vgl. Cluff, Hicks & Madsen, 1994; Thomas & Olson, 1994). Das bedeutet, dass Familien mit hohen Ausprägungen auf beiden Dimensionen in Reaktion auf Stressoren und normative Anforderungen leichter in einen anderen „Familientyp“, also andere Ausprägungen auf den Dimensionen, wechseln könnten, wenn dies erforderlich sei und somit besser mit Stressoren und normativen Anforderungen umgehen könnten als Familien, die geringe Kohäsion und Flexibilität aufwiesen (Olson, 2000).

Familiäre Bewältigung von Stressoren: Das Couple Adaptation to Traumatic Stress (CATS) Modell

Eine Erweiterung bisheriger Modelle zur Erklärung von Auswirkungen traumatischer Erfahrungen auf Paare stellt das „Couple Adaptation to Traumatic Stress“-Modell (CATS-Modell) von Nelson Goff und Smith (2005) dar. Es bezieht sich auf Prozesse innerhalb von Partnerschaften und zwar auf solche, in denen eine Person ein traumatisches Erlebnis hatte. Das Modell lässt sich hinsichtlich der Grundgedanken auch auf Familien erweitern.

Nelson Goff und Smith gingen in ihrem Modell davon aus, dass sich die Symptomatik der primär traumatisierten Person und die der sekundär traumatisierten Person(en) gegenseitig beeinflussten und zudem über die Familienfunktionen (bzw. „couple functioning“, also Funktionalität der Partnerschaft, S. 149) verbunden seien (s. Abbildung 3). Die Symptomatik der primär traumatisierten Person setze Prozesse im Familiensystem in Gang, die in sekundäre Traumatisierung der anderen Familienmitglieder münden könnten. Hier unterschieden die Autoren/-innen zwischen akuter und chronischer Symptomatik – die chronische führe zu stärkerer individueller Belastung und stärkerer Einschränkung der Familienfunktionen. Von Bedeutung ist in diesem Modell auch, dass die Symptome der sekundären Traumatisierung im Sinne einer Intensivierung der Symptome wieder auf die primär traumatisierte Person zurückwirken könnten. Dysfunktionale Familienbeziehungen und individuelle psychische Belas-

²¹ Veränderungen erster Ordnung bezeichnen laut Olson (1991) Veränderungen innerhalb eines bestehenden Familientyps, die zweiter Ordnung einen Übergang in einen anderen Familientyp.

tung der sekundär traumatisierten Person(en) hätten demnach das Potenzial, die Symptome der primär traumatisierten Person zu verstärken. Allerdings werden die Familienfunktionen nicht nur als Gradmesser der dyadischen Belastung, sondern auch als Ressource zur Bewältigung der primären Traumatisierung konzeptualisiert.

In der Abbildung (Abbildung 3) sind Ressourcen und Prädispositionen, die sowohl auf der individuellen wie auf der familiären Ebene angesiedelt sind, zur besseren Lesbarkeit nicht gezeigt. Die Autoren/-innen nannten als Prädispositionen Risikofaktoren wie frühere Traumatisierungen, psychische Störungen, Alter und Geschlecht. Als Ressourcen nannten sie unter anderem finanzielle Sicherheit, hohen Bildungsstand, körperliche und psychische Gesundheit, familiäre Kohäsion, Flexibilität und soziale Unterstützung. Die Bewältigung traumatischen Stresses ist nach diesem Modell abhängig vom individuellen Funktionsniveau der Familienmitglieder, Risikofaktoren und Ressourcen sowie dem Funktionsniveau der Familie (bzw. des Paares im Original, S. 149).

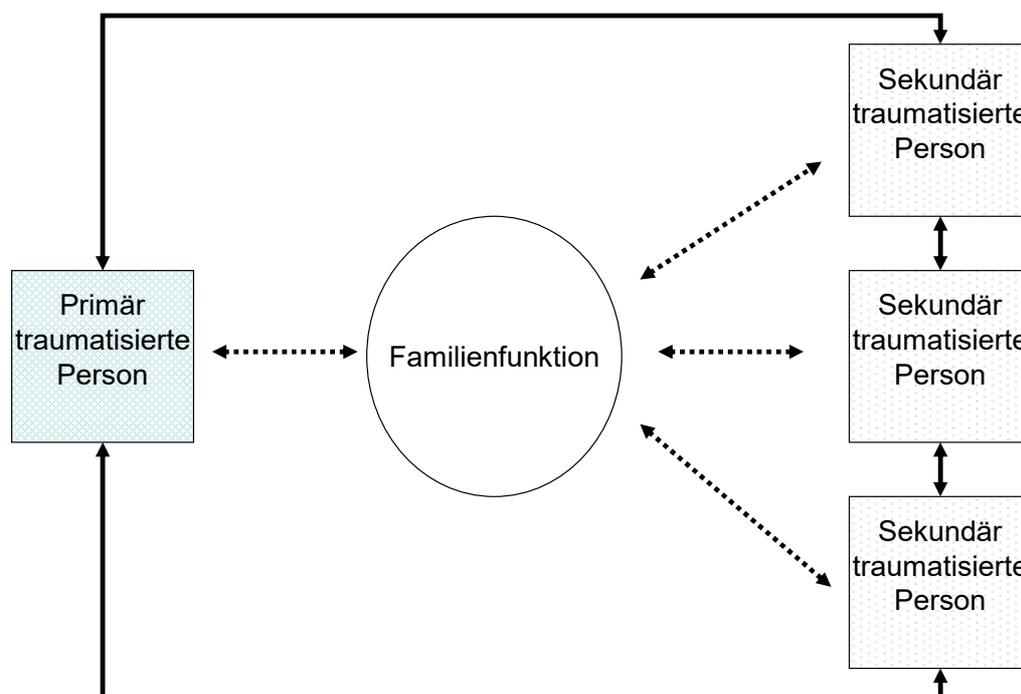


Abbildung 3: Schematische Darstellung der gegenseitigen Beeinflussung bei Traumatisierung eines Familienmitglieds (in Anlehnung an Nelson Goff & Smith, 2005, S. 149)

Als Mechanismen „systemischer“ Traumatisierung führten Nelson Goff und Smith chronischen Stress, Bindung, Identifizierung und Empathie, projektive Identifizierung, Konflikte und körperliche Reaktionen auf. Hier wurden somit verschiedene theoretische Modelle und Befunde integriert. Die Erweiterung des Modells zur Beschreibung der Auswirkungen von Traumatisierungen auf Familiensysteme wurde von den Autoren/-innen nicht vorgenommen, scheint aber zulässig. Andererseits bleiben die genauen Wirkmechanismen sekundärer

Traumatisierung und die Interaktion von Risikofaktoren und Prädispositionen auf individueller und systemischer Ebene auch in diesem Modell unklar.

Fazit

Bei der Untersuchung der Auswirkungen traumatischer Erfahrungen müssen Familienmitglieder nicht nur in ihrer Bedeutsamkeit für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Traumafolgestörungen bei den unmittelbar Betroffenen in den Fokus geraten (3.2.3) sondern auch als selbst Betroffene. Dabei ist davon auszugehen, dass es sich um einen multidirektionalen Prozess handelt, dass also die psychische Belastung der Individuen miteinander sowie mit den Familienfunktionen in gegenseitiger Einflussnahme verknüpft sind (Monson, Taft & Fredman, 2009; Nelson Goff & Smith, 2005). Das Konzept der sekundären Traumatisierung beschreibt die Auswirkungen traumatischer Erfahrungen über das betroffene Individuum hinaus in seinem oder ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld.

Das McMaster-Modell und das Circumplex-Modell ermöglichen die Beschreibung der Funktionalität von Familien und somit möglicher Schutzfaktoren und Risikofaktoren auf der Ebene der Familie. Hingegen eignen sich das doppelte ABC-X-Modell sowie das CATS-Modell zur Beschreibung der Prozesse nach der Belastung durch potenziell traumatische Stressoren. Allen Modellen gemein ist der Einbezug von Ressourcen und Risikofaktoren sowie die Grundannahme, dass Familien sich in Reaktion auf Stressoren verändern bzw. verändern müssen, sofern sie Stressoren als belastend wahrnehmen und sofern sie sie in ihrem Ausgangszustand nicht bewältigen können. Anforderungen, Risikofaktoren und Ressourcen können jeweils auf der Ebene der der Familie angehörenden Individuen, auf der Ebene der Familie und auf Eben des die Familie umgebenden extrafamilialen Systems betrachtet werden (s. z. B. Patterson, 2002; Schneewind, 2010). Familiäre Ressourcen seien vor allem im innerfamiliären Umgang der Familienmitglieder miteinander zu suchen. Häufig untersuchte innerfamiliäre Ressourcen sind Kohäsion und Flexibilität, innerfamiliäre Kommunikation sowie das familiäre Funktionsniveau (Epstein, Bishop & Levin, 1978; McCubbin & Patterson, 1983; Nelson Goff & Smith, 2005; Olson, 2000). Das familiäre Funktionsniveau kann auch als Gradmesser familiärer Anpassung bzw. Bewältigung angesehen werden (Patterson, 2002; Pollak, Bullinger & Wiegand-Grefe, 2011).²²

²² Familienfunktionen wurden einerseits als vermittelnde Instanz zwischen der psychischen Belastung einzelner Familienmitglieder und somit als Mechanismus sekundärer Traumatisierung beschrieben, andererseits als Ergebnis sekundärer Traumatisierung (s. z. B. Dekel & Monson, 2010).

3.4.3 Ergebnisse zu Auswirkungen von Traumatisierungen auf Familien

Sekundäre Traumatisierung von Familienmitgliedern wurde bei Partnern/-innen und Kindern, aber auch bei Eltern und Enkeln untersucht (s. z. B. Dirkzwager et al., 2005; Kassai & Motta, 2006; Scharf, 2007). Dabei gerieten verschiedene Arten von Traumatisierungen in den Blick. Sekundäre Traumatisierung von Partnern/-innen wurde vor allem in Familien von Soldaten bzw. Soldatinnen untersucht (im Überblick z. B. Dekel & Monson, 2010; Lambert, Engh, Hasbun & Holzer, 2012). Die Untersuchungspopulationen wurden in erster Linie aus überlebenden Truppenmitgliedern des zweiten Weltkriegs und des Vietnam-Krieges gewonnen, jedoch existieren auch Studien aus Kontexten wie dem Libanonkrieg (z. B. Solomon et al., 1992; Solomon, Debby-Aharon, Zerach & Horesh, 2011) oder Kriegseinsätzen im Irak und in Afghanistan (z. B. deBurgh, White, Fear & Iversen, 2011; Renshaw, Rodrigues & Jones, 2008; Wright et al., 2013). In geringerem Ausmaß standen sekundäre Auswirkungen von Traumatisierung auf Partner/-innen in Bezug auf andere Traumatisierungen im Fokus, beispielsweise die Shoah (Lev-Wiesel & Amir, 2001) oder sexuellen Missbrauch (Maltas & Shay, 1995; Rumstein-McKean & Hunsley, 2001).

Die Auswirkungen elterlicher Traumatisierung auf Kinder wurden vor allem im Rahmen von Studien zur so genannten „transgenerationalen“ Traumatisierung untersucht (im Überblick: Danieli, 1998). Dieses Feld wurde durch Forschungsarbeiten begründet, die den Auswirkungen der Shoah auf die nächste Generation nachgingen. Zu den transgenerationalen Folgen der Shoah liegen Befunde aus verschiedenen Ländern, unter anderem Israel, den USA und Australien vor (s. z. B. Kellermann, 2001; van Ijzendoorn, Bakermans-Kranenburg & Sagi-Schwartz, 2003; Rowland-Klein & Dunlop, 1997; Yehuda, Halligan & Bierer, 2001). Auch in Bezug auf andere Traumatisierungen, wie zum Beispiel Kriegserlebnisse, die Internierung japanisch-stämmiger US-Amerikaner/-innen im zweiten Weltkrieg, politische Verfolgung in den Sowjetstaaten oder die „Kulturrevolution“ in China, wurde in den letzten Jahrzehnten untersucht, ob und wie elterliche Traumatisierung weiterwirkte (Dekel & Goldblatt, 2008; Galovski & Lyons, 2004; Nagata, 1990; Plänkers, 2010; Solojed, 2006). In Deutschland wurden vor allem die psychischen Auswirkungen des zweiten Weltkriegs auf die nachfolgende Generation mit verschiedenen Schwerpunkten untersucht. Hier standen beispielsweise die transgenerationalen Auswirkungen von nationalsozialistischer Täterschaft, die transgenerationalen Folgen von Flucht und Vertreibung oder die transgenerationalen Auswirkungen von Kriegskindheiten im Fokus (Beer, 2004; Hardtmann, 1992; Leuzinger-Bohleber, 2003; Wittekind, Jelinek, Kellner, Moritz & Muhtz, 2010; s. dazu auch Glaesmer, Reichmann-Radulescu et al., 2011). Auch die transgenerationalen Folgen politischer Inhaftierung in der DDR wurden in jüngster Zeit untersucht (Böhm, 2009; Klinitzke et al., 2012; Trobisch-Lütge, 2010).

Häufig standen entweder Partner/-innen oder Kinder im Fokus der Studien, seltener die Familie als System, also zum Beispiel die Familienfunktionen, oder mehrere Familienmitglieder aus verschiedenen Generationen im Sinne der in der vorliegenden Arbeit genannten Definitionen (vgl. 3.4.1, 3.4.2). Jedoch liegen auch einige Ergebnisse zu innerfamiliären Zusammenhängen unter Einbezug der Angaben mehrerer Familienmitglieder vor (s. z. B. Daud, Skoglund & Rydelius, 2005; Herzog, Everson & Whitworth, 2011; Punamäki et al., 2006). Ergebnisse zur sekundären Traumatisierung werden nachfolgend für die Gruppen der Partner/-innen und Kinder berichtet. Zudem werden Ergebnisse zur innerfamiliären Kommunikation über das Trauma und zu Familienbeziehungen nach Traumatisierung berichtet. Abschließend werden die vorliegenden Forschungsergebnisse hinsichtlich methodischer Aspekte diskutiert. Diese Diskussion bildet den Abschluss des theoretischen Hintergrundes der vorliegenden Arbeit.

Partner/-innen

Partner/-innen von kriegstraumatisierten Soldaten zeigten selbst Symptome der PTBS, Schlafstörungen und somatische Beschwerden, berichteten negative soziale Unterstützung, Ängstlichkeit, Interesselosigkeit, depressive Symptome und geringe partnerschaftliche Zufriedenheit (Allen, Rhoades, Stanley & Markman, 2010; Dekel, Goldblatt, Keidar, Solomon & Polliack, 2005; Dirkzwager et al., 2005; Frančišković et al., 2007; Herzog et al., 2011; Westerink & Giarratano, 1999). Die Personen, deren Partner/-innen Symptome der PTBS aufwiesen, berichteten signifikant stärkere eigene PTBS-Symptome als Personen, deren Partner/-innen keine PTBS-Symptome zeigten (Dirkzwager et al., 2005; Klarić et al., 2012). Dekel und Solomon (2006) fanden die meisten PTBS-Symptome bei Partnerinnen entlassener Kriegsgefangener mit PTBS, doch zudem signifikant mehr PTBS-Symptome bei Partnerinnen von entlassenen Kriegsgefangenen ohne PTBS im Vergleich zur Kontrollgruppe – nicht nur die PTBS, sondern auch die Kriegsgefangenschaft ohne eine PTBS in Folge wirkte sich also auf die psychische Gesundheit der Partnerinnen aus. Calhoun, Beckham und Bosworth (2002) berichteten signifikant höhere allgemeine Symptombelastung (Global Severity Index (GSI) des SCL-90, S. 207) sowie höhere Symptome der Depression, Zwanghaftigkeit, Ängstlichkeit und Feindseligkeit bei Partnern/-innen von Vietnamveteranen, die an einer chronischen PTBS litten im Vergleich zu Partner/-innen von Vietnamveteranen ohne PTBS. Dekel (2007) berichtete ebenfalls signifikant höhere Symptome psychischer Belastung bei Partnerinnen von Kriegsgefangenen im Vergleich zu Frauen einer Kontrollgruppe, deren Männer im gleichen Krieg gekämpft hatten, aber nicht kriegsgefangen waren. Hier waren die allgemeine Symptombelastung (GSI des Brief Symptom Inventory, S. 422) sowie Symptome der Zwanghaftigkeit, der Ängstlichkeit, der Depressivität, der Feindseligkeit, Phobie und Paranoia signifikant stärker ausgeprägt. Klarić und Kollegen/-innen (2012) berichteten signifi-

kant häufiger Hinweise auf frühere oder gegenwärtige depressive Episoden, Angststörungen und Suizidalität bei Partnerinnen von Kriegsveteranen in Bosnien-Herzegovina in Abhängigkeit vom PTBS-Status des Ehemannes.

Die Ausprägung der PTBS-Symptomatik der primär Betroffenen war in verschiedenen Untersuchungspopulationen, also in Bezug auf verschiedene Traumatisierungen, signifikant mit der Ausprägung der psychischen Belastung der Partner/-innen assoziiert – höhere psychische Belastung der Indexpersonen ging mit höherer psychischer Belastung, d.h. verstärkten Symptomen der PTBS oder verstärkter Belastung durch Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen einher (Ahmadi, Azampoor-Afshar, Karami, & Mokhtari, 2011; Bramsen, van der Ploeg & Twisk, 2002; Dekel, 2007; Dekel & Monson, 2010; Herzog et al., 2011; Lev-Wiesel & Amir, 2001; Manguno-Mire et al., 2007). Die Metaanalyse von Lambert und Kolleginnen (2012) wies einen stärkeren Zusammenhang zwischen der PTBS-Symptomatik der primär traumatisierten Person und der psychischen Belastung ihrer Partner/-innen bei vergleichsweise länger zurückliegenden Traumatisierungen (fünf Jahre oder länger) nach.

Die Paarbeziehung zwischen traumatisierten Personen und ihren Partnern/-innen wurde verschiedentlich als durch die PTBS-Symptomatik belastet beschrieben (für einen Überblick z. B. Lambert et al., 2012; Taft, Watkins, Stafford, Street & Monson, 2011). Beispielsweise berichteten Partner/-innen von an PTBS erkrankten Personen mehr Beziehungsprobleme und –konflikte, geringere Intimität, geringere sexuelle Zufriedenheit und geringere Zufriedenheit mit der Partnerschaft als Partner/-innen von Personen ohne PTBS (Broman, Riba & Trahan, 1996; Dekel & Monson, 2010; Galovski & Lyons, 2004; Jordan et al., 1992; Lev-Wiesel & Amir, 2010; Riggs, Byrne, Weathers & Litz, 1998). Sie nahmen ihr soziales Umfeld als weniger unterstützend wahr, berichteten geringere partnerschaftliche und innerfamiliäre Kohäsion, Ausdrucksfähigkeit und weniger Konsens als Vergleichsgruppen (Solomon et al., 1992; Westerink & Giarratano, 1999). Dabei hing die Stärke der PTBS-Symptomatik häufig mit der berichteten Stärke der Beziehungsprobleme innerhalb der Paarbeziehung zusammen (Riggs et al., 1998). Allen und Kollegen/-innen (2010) berichteten beispielsweise signifikante Korrelationen zwischen $-0,27$ und $-0,39$ zwischen der PTBS-Symptomstärke von US-amerikanischen Kriegsveteranen und ehelicher Zufriedenheit, partnerschaftlichem Engagement, Zuversicht in die Zukunft der Beziehung sowie partnerschaftlicher Verbindung („bonding“, S. 6) in ihrer Einschätzung sowie der Einschätzung ihrer Partnerinnen. Koenen, Stellman, Sommer und Stellman (2008) stellten in ihrer Befragung von Vietnam-Veteranen fest, dass die eheliche Zufriedenheit der an PTBS Erkrankten über einen Zeitraum von 14 Jahren signifikant abnahm. Anhaltende PTBS war hier deutlich mit negativer eingeschätzten Familienfunktionen (ehelicher und sexueller Zufriedenheit sowie Erziehungsschwierigkeiten) assozi-

iert. Zudem hatten die Befragten, die gegenwärtig stärker ausgeprägte PTBS-Symptome berichteten, mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Scheidung erlebt.

Kinder

Eine erhöhte psychische Belastung bei Kindern traumatisierter Eltern wurde verschiedentlich durch Studien belegt. So wurden bei Nachkommen traumatisierter Soldaten/-innen im Vergleich zu Kontrollgruppen erhöhte Raten depressiver Symptome und von Symptomen der Ängstlichkeit, Entwicklungsstörungen, sowie Verhaltens- und emotionalen Auffälligkeiten festgestellt (Dekel & Goldblatt, 2008; Herzog et al., 2011; Klarić et al., 2008). Im Vergleich von erwachsenen Nachkommen traumatisierter israelischer Soldaten mit Nachkommen israelischer Soldaten ohne PTBS zeigten sich signifikant stärkere Symptome der PTBS sowie verschiedener psychiatrischer Symptome und eine geringere Fähigkeit zu Intimität in der erstgenannten Gruppe (Dinshtein, Dekel & Polliack, 2011). Kinder von Überlebenden der Shoah wiesen signifikant höhere Raten der PTBS sowie affektiver und Angststörungen auf (Yehuda, Schmeidler, Wainberg, Binder-Brynes & Duvdevani 1998; Yehuda, Bell, Bierer & Schmeidler, 2008) und berichteten geringere Selbstsicherheit, größere Sorge um zwischenmenschliche Beziehungen und stärkere Ängstlichkeit (Gangi, Talamo & Ferracuti, 2009). Negative Auswirkungen von Foltererlebnissen der Elterngeneration auf ihre Kinder wiesen Daud, Skoglund und Rydelius (2005) nach. Sie berichteten aus ihrer Studie an insgesamt 30 Familien, dass Kinder aus Flüchtlingsfamilien signifikant erhöhte Symptome von Ängstlichkeit, Depressivität und PTBS sowie größere Aufmerksamkeitsdefizite und Verhaltensstörungen aufwiesen, wenn ein oder beide Elternteile Folter erlebt hatten, im Vergleich zu Flüchtlingskindern, deren Eltern keine Folter erlebten. Klinitzke und Kollegen/-innen (2012) befragten eine Gruppe von 43 Nachkommen ehemals in SBZ oder DDR politisch inhaftierter Personen. Die Gesamtgruppe wies im Vergleich zu Repräsentativstichproben eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen Depressivität, Ängstlichkeit und somatoforme Beschwerden auf. Innerhalb der Gesamtgruppe der Nachkommen ergaben sich in Bezug auf diese psychischen Belastungen weder Geschlechtsunterschiede noch Unterschiede zwischen den Personen, die zur Zeit der elterlichen Haft bereits geboren waren und denen, die später geboren wurden.

Den Ergebnissen zu erhöhter psychischer Belastung bei Nachkommen traumatisierter Eltern steht jedoch eine Reihe von Studien gegenüber, die keine solche erhöhte Belastung fanden (s. z. B. Levav, Levinson, Radomislensky, Shemesh & Kohn, 2007; Major, 1996; Sagi-Schwartz et al., 2003). Die psychopathologische Belastung der Untersuchungsgruppen unterschied sich hier nicht von der der Vergleichsgruppen. Dass in anderen Studien eine erhöhte psychische Belastung gefunden wurde, wurde vor allem auf methodische Aspekte

zurückgeführt, da vor allem dann eine signifikant stärkere psychische Belastung festgestellt wurde, wenn es sich bei der Untersuchungsgruppe um eine klinische Stichprobe handelte (van Ijzendoorn, Bakermans-Kranenburg & Sagi-Schwartz, 2003; Kellermann, 2001).

Das Bild von sekundärer Traumatisierung bei Nachkommen traumatisierter Eltern differenziert sich weiter, wenn Ergebnisse zur Vulnerabilität für psychische Störungen einbezogen werden. Kinder traumatisierter Eltern scheinen häufiger als andere eine PTBS zu entwickeln, wenn sie selbst PTEs, wie eine Krebserkrankung oder Kriegserfahrungen, erleiden (Baider et al., 2000; Baider, Goldzweig, Ever-Hadani & Peretz, 2006; Solomon, Kotler & Mikulincer, 1988; Yehuda, Schmeidler, Wainberg et al., 1998). Möglicherweise stehen auch physiologische Vermittlungsmechanismen mit dieser erhöhten Vulnerabilität in Verbindung. Yehuda und Bierer (2008) wiesen beispielsweise einen Zusammenhang zwischen der Schwere der PTBS-Symptome der Eltern, insbesondere der Mütter, und dem Cortisol-Spiegel ihrer Nachkommen nach.

Zur Beziehungsgestaltung zwischen traumatisierten Eltern und ihren Kindern liegen ebenfalls widersprüchliche Befunde vor. Überbehütendes Verhalten der Eltern wurde ebenso berichtet wie ihre emotionale Unzugänglichkeit (s. z. B. Dekel & Goldblatt, 2008; Kaitz, Levy, Ebstein, Faraone & Mankuta 2009), vergleichsweise strengeres Erziehungsverhalten (Gangi et al., 2009) oder weniger strenges, ängstliches (Bar-On et al., 1998; Major, 1996; Rowland-Klein & Dunlop, 1997). Kinder traumatisierter Eltern beschrieben ihre Familien als weniger expressiv in Bezug auf Emotionen und weniger in der Lage, Entscheidungen zu treffen (Gangi et al., 2009) und als stärker konfliktorientiert (Westerink & Giarratano, 1999) als Kinder in Kontrollgruppen.

Die verschiedenen Ausprägungen des Erziehungsverhaltens wurden von den Autoren/-innen auf posttraumatische Symptome bzw. die traumatischen Erfahrungen der Eltern zurückgeführt – einerseits als Ausweitung der eigenen Ängste und des Vermeidungsverhaltens auf die Kinder, andererseits als Abgrenzung von ihnen als Schutz vor Aufregung und Belastung (s. z. B. Kaitz et al., 2009). Vor allem in der Forschung zu transgenerationaler Traumatisierung in Familien Holocaust-Überlebender wurde wiederholt konstatiert, dass sehr enge Bindungen zwischen Kinder und Eltern bestünden, die Kinder parentifiziert²³ und überbehütet würden und ihrerseits ihren Eltern gegenüber überbehütendes Verhalten zeigten. Mit dieser innerfamiliären Dynamik gingen Schwierigkeiten bei der Autonomieentwicklung und Ablösung vom Elternhaus einher (s. z. B. Bar-On et al., 1998; Mazor & Tal, 1996). Die Befunde zu Überbehütung und Parentifizierung wurden z. T. auf die Verlust-Erlebnisse Holocaust-Überlebender bezogen (z. B. Podietz et al., 1984; Kühner, 2007; s. a. Freyberger & Freyber-

²³ Bei einer Parentifizierung kommt es zu einer innerfamiliären Übernahme der elterlichen Rolle bzw. Funktionen durch die Kinder (s. z. B. Haversiek-Vogelsang, 2010).

ger, 2011), aber auch aus Untersuchungen in anderen Populationen, z. B. bei Kindern in Flüchtlingsfamilien, berichtet (Haversiek-Vogelsang, 2010; im Überblick: Danieli, 1998).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nicht per se erhöhte Raten psychischer Belastung bei Kindern traumatisierter Eltern auftraten (van Ijzendoorn et al., 2003; Kellermann, 2001). In klinischen Stichproben wurden allerdings erhöhte Raten psychischer Störungen und besondere Formen der Beziehungsgestaltung wie z. B. gegenseitige Überbehütung gefunden (s. z. B. Kellermann, 2001). Möglicherweise besteht eine erhöhte Vulnerabilität für die Entwicklung psychischer Störungen wie der PTBS bei Nachkommen traumatisierter Eltern (s. o.; Glaesmer, Reichmann-Radulescu et al., 2011).

Kommunikation

Die Kommunikation in Familien, in denen mindestens ein Familienmitglied ein traumatisches Erlebnis hatte, wurde in Bezug auf Partnerschaften wie auch Eltern-Kind-Beziehungen untersucht. Dekel und Goldblatt (2008) bezeichneten die Kommunikation über das Trauma innerhalb der Familie als „zentralen Übertragungsmechanismus“ (S. 285) der psychischen Belastung.

Kriegsveteranen mit PTBS zeigten sich weniger emotional expressiv und offen mit ihren Partnern/-innen (Monson, Taft & Fredman, 2009). Schwierigkeiten in affektiver Kommunikation sowie problemlösender Kommunikation standen in Zusammenhang mit der Ausprägung von Symptomen der PTBS beider Partner/-innen in Flüchtlingspaaren – je höher die Symptome der PTBS, desto negativer wurde die Kommunikation beschrieben (Spasojević, Heffer & Snyder, 2000). Stärkere PTBS-Symptome hingen zudem mit stärkerer verbaler Aggressivität in Paarbeziehungen ehemaliger Kriegsgefangener (O'Donnell, Cook, Thompson, Riley & Neria, 2006) und negativerer Kommunikation in Paarbeziehungen von Kriegsveteranen (Allen et al., 2010) zusammen.

Holocaust-Überlebende waren weniger offen in Bezug auf ihre Erlebnisse im Gespräch mit ihren Kindern als Eltern einer Vergleichsgruppe, die den Holocaust im Exil überlebten (Major, 1996) und Nachkommen, die die Kommunikation über den Holocaust als weniger offen und stärker nonverbal wahrnahmen, zeigten sich in Bezug auf interpersonelle Beziehungen stärker belastet und nahmen sich selbst als weniger verbunden wahr (Wiseman et al., 2002).

Im Allgemeinen wurde offene innerfamiliäre Kommunikation über das traumatische Erlebnis positiv, keine oder ambivalente Kommunikation darüber als eher negativ, im Sinne von mit stärkerer psychischer Belastung oder Symptomatik einhergehend, bewertet (s. z. B. Dekel & Goldblatt, 2008; Walter, Möller & Adam, 2000; Wiseman, Metzl & Barber, 2002). Exzessive Kommunikation („Overdisclosure“) über das erlebte Trauma wurde ebenfalls mit psychischer

Belastung der Familienmitglieder in Zusammenhang gebracht (s. z. B. Galovski & Lyons, 2004; Kellermann, 2001; Dekel & Goldblatt, 2008).

Es gibt Hinweise darauf, dass die Art der innerfamiliären Kommunikation bzw. die Art des Sprechens über die traumatischen Erfahrungen den Zusammenhang zwischen PTBS und innerfamiliärer Beziehungsqualität beeinflusst. Solomon und Kollegen/-innen (2011) fanden, dass die Veteranen mit PTBS, die ein höheres Ausmaß an „emotional sharing“, also Mitteilung von Gefühlen, angaben, ihre elterliche Funktionsfähigkeit höher einstufen als solche, die geringeres emotional sharing berichteten. Auch „Self-disclosure“, also das Ausmaß des Offenlegens von Gefühlen und Gedanken, stand in positivem Zusammenhang mit der Partnerschaftsqualität in Familien traumatisierter ehemaliger Kriegsgefangener (Dekel, Enoch & Solomon, 2008).

Familienbeziehungen

Nur wenige Studien haben die Auswirkungen traumatischer Erfahrungen einzelner Familienmitglieder auf das Familiensystem, über partnerschaftliche Dyaden oder Eltern-Kind-Dyaden hinaus, in den Blick genommen. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Qualität der elterlichen Beziehung und die der Eltern-Kind-Beziehung innerhalb einer Familie wechselseitig beeinflussen und dass Dimensionen der Familienfunktionen wie innerfamiliäre Kommunikation, Kohäsion oder Flexibilität alle Familienmitglieder betreffen (Erel & Burman, 1995; Fisiloglu & Lorenzetti, 1994). Befunde dazu, wie sie oben getrennt für Partner/-innen und Kinder traumatisierter Personen berichtet wurden, können deshalb möglicherweise mit Einschränkungen auf die Familienebene übertragen werden. Hinweise darauf geben auch Studien, die sowohl Dimensionen der Partnerschaftsqualität wie der Eltern-Kind-Beziehungen untersuchten. Beispielsweise korrelierte die Ausprägung der PTBS-Symptomatik von Kriegsveteranen signifikant mit der Einschätzung elterlicher Zusammenarbeit bei der Kindererziehung („parental alliance“, S. 6; Allen et al., 2010) sowie verschiedenen Dimensionen der Paarbeziehung, und zwar sowohl in der Einschätzung der Indexperson wie auch der Partnerin. In der Einschätzung von neuseeländischen Vietnam-Veteranen hingen die Einschätzung der Partnerschaftsqualität und der Familienfunktionen signifikant zusammen und ließen sich in ihrer Ausprägung partiell durcheinander vorhersagen (MacDonald, Chamberlain, Long & Flett, 1999). Möglicherweise lassen sich die Belastungen der Familienbeziehungen auch über grundlegende Schwierigkeiten in interpersonalen Beziehungen, also zum Beispiel in der Aggressionsregulation oder der Herstellung von Intimität, erklären, die wiederum durch eine PTBS entstehen (s. z. B. Dekel, Enoch & Solomon, 2008; MacDonald et al., 1999).

Ergebnisse, die entweder auf den Angaben der Indexpersonen oder auf den Angaben von mehr als zwei Familienmitgliedern beruhen, stehen in Einklang mit den oben berichteten

Befunden, nach denen eine Traumatisierung bzw. eine PTBS mit einer Belastung der Familienbeziehungen einhergeht. Eltern mit einer PTBS berichteten beispielsweise schlechtere Beziehungen zu ihren Kindern als Eltern ohne PTBS, und zwar hinsichtlich der Beziehungsqualität und des Auftretens von Konflikten bzw. gegen die Kinder gerichtetem aggressiven Verhalten (Lauterbach et al., 2007). Sie berichteten auch größere familiäre Probleme sowie größere Schwierigkeiten, sich wieder in die Familie zu integrieren, nach der Rückkehr aus einem Militäreinsatz (Sayers, Farrow, Ross & Oslin, 2009). Zerach, Solomon, Horesh und Ein-Dor (2013) konnten in einer längsschnittlichen Untersuchung von Kriegsveteranen des Libanon-Kriegs zeigen, dass die Höhe der PTBS-Symptomatik signifikant mit der Höhe der Einschätzung innerfamiliärer Kohäsion über einen Zeitraum von 20 Jahren verbunden war – stärkere PTBS-Symptome unmittelbar nach dem Kriegseinsatz standen mit geringerer innerfamiliärer Kohäsion zwei Jahre später in Zusammenhang; ebenso wie stärkere Symptome der PTBS zu dieser Zeit mit geringerer familiärer Kohäsion 18 Jahre später. Andersherum konnten geringere PTBS-Symptome durch höhere innerfamiliäre Kohäsion vorhergesagt werden.

Punamäki und Kollegen/-innen (2006) und Nickerson und Kollegen/-innen (2011) konnten durch die Analyse aggregierter Daten von mehreren Familienmitgliedern aus 65 bzw. 100 Familien zeigen, dass die Höhe der Belastung durch PTBS und depressive Symptome der Familienmitglieder mit steigender Anzahl erlebter Traumatisierungen verschiedener Familienmitglieder anstieg. Auswirkungen traumatischer Erlebnisse auf der Familiensystemebene sind somit auch über die Datenerhebung über mehrere Familienmitglieder belegt. In beiden Studien war jedoch nicht zu trennen, ob es sich um Auswirkungen sekundärer oder primärer Traumatisierung handelte.

Zusammenfassend ergaben sich auf der Basis verschiedener Studien Hinweise auf eine signifikant stärkere Belastung der Familienbeziehungen durch die PTBS eines Familienmitglieds. Die Befunde beruhen zum größten Teil auf Selbstauskünften der primär traumatisierten Person (s. z. B. Samper, Taft, King & King, 2004; Zerach et al., 2013), zum Teil aber auch auf Angaben mehrerer Familienmitglieder (Punamäki et al., 2006; Nickerson et al., 2011; Westerink & Giarratano, 1999).

Hinweise auf Geschlechtseffekte im innerfamiliären posttraumatischen Geschehen

Ähnlich wie hinsichtlich der Auswirkungen traumatischer Erfahrungen Ergebnisse vorliegen, die das Geschlecht als bedeutsamen Faktor für die Verarbeitung bei den primär Betroffenen nahelegen (s. 3.2.3), gibt es auch Ergebnisse, die dies für die sekundären Auswirkungen traumatischer Erfahrungen innerhalb der Familie tun. Yehuda und Kollegen/-innen (2008) konnten beispielsweise zeigen, dass die mütterliche, nicht aber die väterliche PTBS die Vulnerabilität der nächsten Generation für die Entwicklung einer eigenen PTBS erhöhte. Auch

Scharf (2007) berichtete signifikant höhere Werte psychischer Belastung (BSI) bei Teilnehmenden, deren Mutter den Holocaust überlebt hatte im Vergleich zu denen, bei denen nur der Vater oder kein Elternteil den Holocaust überlebt hatte. In einer Studie von Spasojević und Kollegen/-innen (2000), die aus Bosnien geflohene Paare befragten, war die eheliche Zufriedenheit der Partnerinnen, nicht aber der Partner, durch die PTBS des Mannes und die eigene PTBS vorhersagbar. Dabei hatte die PTBS des Partners vergleichsweise eine stärkere Vorhersagekraft für die eheliche Zufriedenheit der Frauen als ihre eigene PTBS-Symptomatik. Lev-Wiesel und Amir (2010) zeigten, dass weibliche Partnerinnen von Holocaust-Überlebenden stärkere psychische Belastung zeigten als männliche Partner weiblicher Überlebender, vor allem, wenn die PTBS der Indexpersonen stark ausgeprägt war.

Methodische Aspekte

Auf der Ebene der Methodik können die hier berichteten Studien unter anderem danach unterschieden werden, welche Personen zur Traumatisierung und zu Symptomen der sekundären Traumatisierung befragt wurden (s. dazu auch z. B. Dekel & Monson, 2010; Taft et al., 2011). Einige Studien befragten die traumatisierte Person selbst, andere die Partner/-innen oder die Kinder und wieder andere befragten mehrere Familienmitglieder. Zum Teil gaben die Befragten über ihre eigene Symptombelastung Auskunft, zum Teil auch über die ihrer Angehörigen. Wie bereits erwähnt, wurden einerseits Einschätzungen der Familienbeziehungen erhoben, andererseits Symptome psychischer Belastung bei den einzelnen Familienmitgliedern – und das jeweils durch Selbsteinschätzung oder Einschätzung von Familienmitgliedern. Die Erhebung von Symptombelastung und Beziehungsqualität mehrerer Familienmitglieder durch die Befragung einer einzigen Person ist nicht ganz unproblematisch. Möglicherweise kommt es zu spezifischen Verzerrungen, z. B. durch die mit psychischen Störungen wie PTBS und Depressionen einhergehenden Veränderungen kognitiver Schemata. Jordan und Kollegen/-innen (1992) fanden beispielsweise signifikante Unterschiede in der Einschätzung der Familienfunktionen in den Familien von Vietnam-Veteranen mit PTBS verglichen mit Familien von Vietnam-Veteranen ohne PTBS – allerdings bewerteten nur die Veteranen selbst, nicht aber ihre Partner/-innen im Gruppenvergleich die Familienfunktionen signifikant schlechter. Taft und Kollegen/-innen (2011) fanden in ihrer Meta-Analyse jedoch keine signifikanten Unterschiede im Zusammenhang zwischen PTBS und Beziehungsproblemen in Abhängigkeit von Angaben der Indexperson vs. der Partner/-innen.

Weiterhin handelt es sich bei vielen der berichteten Studien um Befragungen von Soldaten/-innen und / oder ihren Angehörigen, vor allem, wenn sekundäre Traumatisierung von Partnern und Partnerinnen untersucht wurde. Bei Lambert und Kolleginnen (2012) zeigte sich ein vergleichsweise stärkerer Zusammenhang zwischen der primären PTBS und der

psychischen Belastung der Partner/-innen in Stichproben aus der Armee im Vergleich zu anderen Stichproben.

Weitere Gemeinsamkeiten und Unterschiede sekundärer Traumatisierungen in verschiedenen Stichproben und über verschiedene Formen der Datenerhebung hinweg gilt es zukünftig herauszuarbeiten, nicht zuletzt im Rahmen der vorliegenden Arbeit.

4 Fragestellung

Im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen die Familien derer, die in der DDR politisch inhaftiert waren. Während die Bedingungen politischer Haft und ihre psychischen Auswirkungen bei den Betroffenen bereits in einigen Studien untersucht wurden, gerieten ihre Familien bisher weniger in den Blick der Forschung. Dass sich traumatische Erfahrungen über die unmittelbar Betroffenen hinaus auch auf ihre Familien auswirken können und dass umgekehrt die Familienbeziehungen mit der Bewältigung traumatischer Erfahrung in Zusammenhang stehen, wurde jedoch in anderen Kontexten vielfach untersucht und es ist deshalb auch für die Familien politisch Inhaftierter in der DDR zu prüfen.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der in Kapitel 3 dargestellten Befunde und theoretischen Ansätze (4.1) folgen die Zielstellung der Arbeit (4.2), die einzelnen Fragestellungen (4.3) sowie ihre Übersetzung in Hypothesen (4.4).

4.1 Zusammenfassung und Integration der theoretischen Befunde

Die politische Inhaftierung in der DDR war durch eine Vielzahl von potenziell traumatisierenden Ereignissen gekennzeichnet. Die hohen Prävalenzraten psychischer Erkrankungen in untersuchten Stichproben ehemaliger politisch Inhaftierter sowie die Befunde zum Auftreten solcher potenziell traumatischer Stressoren (3.2.4) belegen dies deutlich. Dabei traten nicht nur in allen Phasen der Haft potenziell traumatische Stressoren auf, sondern auch vor und nach der Haft. Hier waren politisch Inhaftierte häufig sogenannten nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt (3.1), die ebenfalls zu psychischen Folgestörungen führen konnten.

Familienangehörige politisch Inhaftierter waren wahrscheinlich ebenfalls häufig nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt (3.3.2). Zudem waren sie möglicherweise Ereignissen, die aus der Verhaftung resultierten, der Abwesenheit und später der psychischen Belastung ihres/-r entlassenen Angehörigen ausgesetzt (3.4).

Die Wechselwirkung von traumatischen Erlebnissen und Familienbeziehungen wurde bisher vor allem in Bezug darauf untersucht,

- welchen Einfluss die Familienbeziehungen auf die psychische Gesundheit einer Person nach Erleben eines potenziell traumatischen Stressors haben (im Sinne einer Ressource bzw. eines Risikofaktors für die Indexperson) und
- welchen Einfluss potenziell traumatische Stressoren auf Familiensysteme und einzelne Mitglieder des Familiensystems haben (im Sinne sekundärer Traumatisierung von Partnern/-innen, Kindern oder seltener auch anderen Familienangehörigen).

Dabei wurden negative Zusammenhänge zwischen der Schwere psychischer Belastung nach traumatischen Erlebnissen bei der Indexperson und der Qualität ihrer Familienbeziehungen sowie positive Zusammenhänge mit der Schwere der Belastung ihrer Angehörigen gefunden. Diese Ergebnisse wurden sowohl als Beleg für die protektive Wirkung guter innerfamiliärer Beziehungen wie auch als Beleg für die negativen Auswirkungen traumatischer Stressoren und posttraumatischer psychischer Belastung auf Familien angesehen.

Ein zentraler Punkt bei der Untersuchung der Auswirkungen traumatischer Ereignisse auf Familien ist die Unterscheidung danach, ob der traumatische Stressor ein Familienmitglied, mehrere Familienmitglieder oder alle Familienmitglieder im Sinne einer primären Traumatisierung betraf. Belastungssymptome von Familienmitgliedern, die dem traumatischen Stressor nicht selbst ausgesetzt waren, werden im Rahmen der Forschung zu sekundärer Traumatisierung auf ihren Zusammenhang mit dem Erleben eines traumatischen Stressors durch die primär traumatisierten Angehörigen (Indexpersonen) oder ihren Symptomen psychischer Belastung geprüft. Hier scheint vor allem das Vorliegen einer PTBS, weniger das Erleben eines PTEs der Indexperson mit erhöhter psychischer Belastung bei den Angehörigen zusammenzuhängen. Partner/-innen zeigten sich in Abhängigkeit von einer PTBS-Diagnose ihres Partners / ihrer Partnerin über verschiedene Populationen hinweg signifikant stärker belastet. Für die sekundäre Traumatisierung von Nachkommen ergaben sich Hinweise sowohl auf eine erhöhte psychische Belastung bei elterlicher PTBS wie auch keine erhöhte psychische Belastung trotz elterlicher PTBS. Hinsichtlich der Familienfunktionen sind die Ergebnisse uneinheitlich. Auch hier ergaben die Studien, die die Paarbeziehung nach traumatischen Erlebnissen untersuchten, zusammengefasst deutlichere Hinweise auf Beeinträchtigungen als die Studien, die die Eltern-Kind-Beziehung untersuchten.

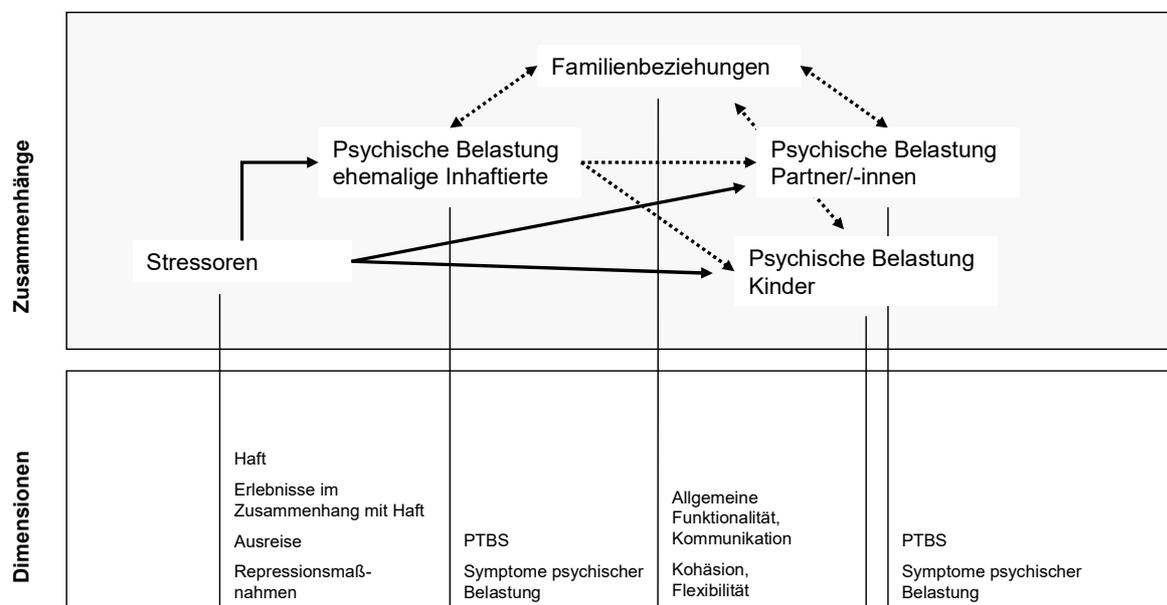
Neben den Familienfunktionen wurden weitere Indikatoren für den innerfamiliären Umgang mit der Traumatisierung in die Untersuchung der Auswirkungen potenziell traumatischer Stressoren auf Familien einbezogen. Die Kommunikation über das Ereignis wurde dabei sowohl im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit der Indexperson wie auch der Angehörigen untersucht (3.2.4; 3.4.3). Vor allem extreme Ausprägungen der Kommunikation, also sehr seltene oder sehr häufige Kommunikation, wurden dabei als ungünstig für die psychische Gesundheit der sekundär betroffenen Angehörigen, z. T. aber auch für die primär betroffenen Personen konstatiert.

4.2 Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, die Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Familien²⁴ der Inhaftierten zu untersuchen. Dies umfasst die Untersuchung der *Stressoren*, also der Erlebnisse politischer Verfolgung, die stattgefunden haben sowie der Auswirkungen auf der *Individualebene*, genauer, Symptome psychischer Belastung bzw. Störungen der Familienangehörigen und der Ebene der *Familienbeziehungen* (s. Abbildung 4).

Das zentrale Anliegen ist, Prozesse primärer und sekundärer Traumatisierung in den Familien ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR zu identifizieren.

Als potenziell traumatische Stressoren sind die politische Haft, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen sowie Erlebnisse im Zusammenhang mit der politischen Haft bei den nicht inhaftierten Angehörigen zu untersuchen. Als psychische Belastung auf der Individualebene sollen Symptome und Vollbild der PTBS sowie Symptome anderer psychischer Störungen erfasst werden. Die Familienbeziehungen sollen durch die in der Familienforschung häufig verwendeten Dimensionen der allgemeinen Familienfunktionalität, der Funktionalität der Kommunikation, der Flexibilität und der Kohäsion abgebildet werden. Die Kommunikation soll zusätzlich spezifisch in Bezug auf die innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft erfasst werden.



Anm.: Die durchgezogenen Pfeile beziehen sich auf die postulierten Zusammenhänge bei primärer Traumatisierung (Fragestellung 3.1).
Die gestrichelten Pfeile beziehen sich auf die postulierten Zusammenhänge bei sekundärer Traumatisierung (Fragestellung 3.2).

Abbildung 4: Zu untersuchende Dimensionen und ihre postulierten Zusammenhänge

²⁴ *Familie* umfasst hier die Indexpersonen, ihre Partner/-innen und ihre Kinder, s. 3.4.1.

Daraufhin sollen die Zusammenhänge zwischen den Stressoren und der psychischen Belastung der Familienmitglieder untersucht werden (Abbildung 4). Einerseits soll die primäre Traumatisierung der Familienmitglieder, also die Verbindung zwischen erlebten Stressoren und der psychischen Belastung geprüft werden; andererseits die sekundäre Traumatisierung, also der Zusammenhang zwischen der psychischen Belastung der Indexperson innerhalb der Familie und der der anderen Familienmitglieder sowie der Funktionalität ihrer Familienbeziehungen. Für die Analyse sekundärer Traumatisierung ist auch die Kommunikation über die politische Haft auf diese Zusammenhänge zu prüfen.

Aufbauend auf den im Kapitel 3 dargelegten und oben zusammengefassten Befunden ergeben sich einzelne Fragestellungen, die im Folgenden aufgeführt sind.

4.3 Fragestellungen

1. Welchen potenziell traumatischen Stressoren waren die Familien der ehemaligen politisch Inhaftierten im Zusammenhang mit der Haft ausgesetzt?
2. Wie und mit wem haben die ehemaligen politisch Inhaftierten, ihre Partner/-innen und Kinder innerhalb der Familie über die politische Haft gesprochen?
3. Sind die Familien politisch Inhaftierter, also die ehemaligen politisch Inhaftierten, ihre Partner/-innen und ihre Kinder, psychisch belastet?
 - 3.1. Welche Auswirkungen im Sinne **primärer Traumatisierung** hatten die politische Haft und die damit in Zusammenhang stehenden potenziell traumatisierenden Stressoren auf die psychische Gesundheit der ehemaligen Inhaftierten, der Partner/-innen und der Kinder?
 - 3.2. Sind die Partner/-innen und Kinder der ehemaligen politisch Inhaftierten im Sinne **sekundärer Traumatisierung** psychisch belastet? Sind die Familienbeziehungen in den Familien ehemaliger politisch Inhaftierter im Sinne **sekundärer Traumatisierung** verändert?
4. Gibt es Zusammenhänge zwischen der Kommunikation über die Haft und der psychischen Belastung der Familienmitglieder bzw. der Funktionalität der Familienbeziehungen?

4.4 Umsetzung der Fragestellungen in Hypothesen

Die formulierten Forschungsfragen werden nachfolgend in Hypothesen übersetzt, um sie inferenzstatistisch prüfen zu können. Für die Fragestellungen 1 und 2 ist eine solche Übersetzung nicht notwendig, da sie über deskriptive Statistiken beantwortet werden können. Für die anderen Fragestellungen finden sich nachfolgend die Hypothesen, die in die Hypothesengruppen A, B, C und D unterteilt sind.

Hypothesengruppe A: Psychische Belastung (Fragestellung 3)

A1) Die ehemaligen politisch Inhaftierten sind signifikant stärker psychisch belastet als eine repräsentative Vergleichsstichprobe hinsichtlich der

A1.1) posttraumatischen Belastungsstörung und

A1.2) Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen.

A2) Die Partner/-innen ehemaliger politisch Inhaftierter sind signifikant stärker psychisch belastet als eine repräsentative Vergleichsstichprobe hinsichtlich der

A2.1) posttraumatischen Belastungsstörung und

A2.2) Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen.

A3) Die Kinder ehemaliger politisch Inhaftierter sind signifikant stärker psychisch belastet als eine repräsentative Vergleichsstichprobe hinsichtlich der

A3.1) posttraumatischen Belastungsstörung und

A3.2) Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen.

Hypothesengruppe B: Primäre Traumatisierung (Fragestellung 3.1)

B1) Partner/-innen und Kinder, die die Haftzeit miterlebt haben, sind signifikant stärker psychisch belastet als die Partner/-innen und Kinder, die die Haftzeit nicht miterlebt haben.

B1.1) Die Partner/-innen, die zur Zeit der Haft bereits in einer Beziehung mit dem / der politisch inhaftierten Person waren, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als diejenigen, die erst nach der Haftentlassung eine Beziehung mit einer ehemals inhaftierten Person begannen.

B1.2) Die Kinder, die zur Zeit der Haft bereits geboren waren, weisen eine signifikant höhere psychische Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als diejenigen, die erst nach der Haftentlassung geboren wurden.

B2) Partner/-innen und Kinder, die eigene potenziell belastende Ereignisse im Zusammenhang mit der politischen Haft erlebt haben, wie z.B. psychische oder körperliche Gewalt bei der Verhaftung sind signifikant stärker psychisch belastet als die Partner/-innen und Kinder,

die keine eigenen potenziell belastenden Ereignisse im Zusammenhang mit der politischen Haft erlebt haben.

B2.1) Die Partner/-innen, die eigene potenziell belastende Ereignisse im Zusammenhang mit der politischen Haft erlebt haben, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als diejenigen, die keine solchen Ereignisse erlebt haben.

B2.2) Die Kinder, die eigene potenziell belastende Ereignisse im Zusammenhang mit der politischen Haft erlebt haben, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als diejenigen, die keine solchen Ereignisse erlebt haben.

B3) Die Familienmitglieder, die nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt waren, sind signifikant stärker psychisch belastet als diejenigen, die keine nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen erlebt haben.

B3.1) Die ehemaligen Inhaftierten, die nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt haben, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als die ehemaligen Inhaftierten, die keine solchen Maßnahmen erlebt haben.

B3.2) Die Partner/-innen, die nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt haben, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als die Partner/-innen, die keine solchen Maßnahmen erlebt haben.

B3.3) Die Kinder, die nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt haben, weisen eine signifikant höhere Belastung in den Bereichen PTBS, Symptome anderer psychischer Störungen und subjektive Belastung durch die politische Haft auf als die Kinder, die keine solchen Maßnahmen erlebt haben.

Hypothesengruppe C: Sekundäre Traumatisierung (Fragestellung 3.2)

C1) Weist die Indexperson innerhalb der Familie eine PTBS auf, sind Partner/-innen und Kinder signifikant stärker psychisch belastet als wenn die Indexperson keine PTBS aufweist.

C1.1) Die Partner/-innen der ehemaligen Inhaftierten mit PTBS haben signifikant häufiger selbst eine PTBS, zeigen stärkere Symptome der PTBS sowie anderer psychischer Störungen und berichten eine höhere subjektive Belastung durch die politische Haft als die Partner/-innen, der ehemaligen Inhaftierten ohne PTBS.

C1.2) Die Kinder der ehemaligen Inhaftierten mit PTBS haben signifikant häufiger selbst eine PTBS, zeigen stärkere Symptome der PTBS sowie anderer psychischer Störungen und berichten eine höhere subjektive Belastung durch die politische Haft als die Kinder der ehemaligen Inhaftierten ohne PTBS.

C2) Weist die Indexperson innerhalb der Familie eine PTBS auf, sind die Familienbeziehungen innerhalb dieser Familien signifikant weniger funktional als in den Familien, in denen die Indexperson keine PTBS aufweist.

C2.1) Die ehemaligen Inhaftierten, die eine PTBS aufweisen, berichten signifikant geringere Familienfunktionalität in den Bereichen allgemeine Funktionalität, Kommunikation, Flexibilität und Kohäsion und eine höhere subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft als diejenigen, die keine PTBS aufweisen.

C2.2) Die Partner/-innen der ehemaligen Inhaftierten mit PTBS berichten signifikant geringere Familienfunktionalität in den Bereichen allgemeine Funktionalität, Kommunikation, Flexibilität und Kohäsion und eine höhere subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft als die Partner/-innen der ehemaligen Inhaftierten ohne PTBS.

C2.3) Die Kinder der ehemaligen Inhaftierten mit PTBS berichten signifikant geringere Familienfunktionalität in den Bereichen allgemeine Funktionalität, Kommunikation, Flexibilität und Kohäsion und eine höhere subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft als die Kinder der ehemaligen Inhaftierten ohne PTBS.

C3) Die Stärke der psychischen Belastung der Indexperson steht in positivem Zusammenhang mit der Stärke der psychischen Belastung ihrer Partner/-innen und Kinder.

C3.1) Die Stärke der PTBS-Symptomatik sowie anderer Symptome psychischer Störungen der ehemaligen Inhaftierten korreliert positiv mit der Stärke der PTBS-Symptomatik und der Stärke der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen ihrer Partner/-innen sowie der Höhe ihrer subjektiv eingeschätzten Belastung durch die politische Haft.

C3.2) Die Stärke der PTBS-Symptomatik sowie anderer Symptome psychischer Störungen der ehemaligen Inhaftierten korreliert positiv mit der Stärke der PTBS-Symptomatik und der Stärke der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen ihrer Kinder sowie der Höhe ihrer subjektiv eingeschätzten Belastung durch die politische Haft.

C4) Die Stärke der psychischen Belastung der Indexperson steht in negativem Zusammenhang mit der Funktionalität ihrer Familienbeziehungen.

C4.1) Die Stärke der PTBS-Symptomatik sowie anderer Symptome psychischer Störungen weist mit der Funktionalität der Familienbeziehungen, der Funktionalität der innerfamiliären Kommunikation, der Flexibilität und Kohäsion der Familienbeziehungen

gen sowie ihrer Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft innerhalb der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten signifikante Korrelationen auf.

C4.2) Die Stärke der PTBS-Symptomatik sowie anderer Symptome psychischer Störungen der Indexpersonen weist mit der Einschätzung ihrer Partner/-innen bezüglich der Funktionalität der Familienbeziehungen, der Funktionalität der innerfamiliären Kommunikation, der Flexibilität und Kohäsion der Familienbeziehungen und der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft signifikante Korrelationen auf.

C4.3) Die Stärke der PTBS-Symptomatik sowie anderer Symptome psychischer Störungen der Indexperson weist mit der Einschätzung ihrer Kinder bezüglich der Funktionalität der Familienbeziehungen, der Funktionalität der innerfamiliären Kommunikation, der Flexibilität und Kohäsion der Familienbeziehungen und der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft signifikante Korrelationen auf.

Hypothesengruppe D: Kommunikation (Fragestellung 4)

D1) Die Stärke der psychischen Belastung hängt mit der Häufigkeit der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft zusammen.

D1.1) Die Indexpersonen, die seltene und die, die häufige Kommunikation über die politische Haft innerhalb ihrer Familie berichten, weisen signifikant höhere Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen auf und berichten eine signifikant stärkere subjektive Belastung der eigenen Person durch die politische Haft als die, die moderate Kommunikation berichten. Die Indexpersonen, die eine häufige Kommunikation über die politische Haft angeben, berichten eine signifikant höhere subjektive Bedeutsamkeit der politischen Haft als die anderen beiden Gruppen.

D1.2) Die Partner/-innen, die seltene und die, die häufige Kommunikation über die politische Haft innerhalb ihrer Familie berichten, weisen signifikant höhere Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen auf und berichten eine signifikant stärkere subjektive Belastung der eigenen Person durch die politische Haft als die, die moderate Kommunikation berichten. Die Partner/-innen, die eine häufige Kommunikation angeben, berichten eine signifikant größere subjektive Bedeutsamkeit der politischen Haft.

D1.3) Die Kinder, die seltene und die, die häufige Kommunikation über die politische Haft innerhalb ihrer Familie berichten, weisen signifikant höhere Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen auf und berichten eine signifikant stärkere subjektive Belastung der eigenen Person durch die politische Haft als die, die moderate Kommunikation berichten. Die Kinder, die eine häufige Kommunikation

angeben, berichten eine signifikant größere subjektive Bedeutsamkeit der politischen Haft.

D2) Die Funktionalität der Familienbeziehungen hängt mit der Häufigkeit der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft zusammen.

D2.1) Besonders seltene und besonders häufige Kommunikation über die politische Haft ist mit geringerer Funktionalität der Familienbeziehungen und innerfamiliären Kommunikation, geringerer Kohäsion und Flexibilität sowie höherer subjektiver Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten verknüpft.

D2.2) Besonders seltene und besonders häufige Kommunikation über die politische Haft ist mit geringerer Funktionalität der Familienbeziehungen und innerfamiliären Kommunikation, geringerer Kohäsion und Flexibilität sowie höherer subjektiver Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in der Gruppe der Partner/-innen verknüpft.

D2.3) Besonders seltene und besonders häufige Kommunikation über die politische Haft ist mit geringerer Funktionalität der Familienbeziehungen und innerfamiliären Kommunikation, geringerer Kohäsion und Flexibilität sowie höherer subjektiver Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in der Gruppe der Kinder verknüpft.

5 Methodische Umsetzung der Fragestellung

5.1 Untersuchungsdesign

Verschiedene Modelle und Befunde haben die Wichtigkeit des Einbezugs verschiedener Zielgrößen bei der Untersuchung von Auswirkungen potenziell traumatischer Stressoren verdeutlicht (s. 3.4). Wenn Familien im Fokus der Forschungsfrage stehen, kann sich die Datenerhebung auf verschiedene Ebenen beziehen – vorzugsweise auf die des Individuums und die des Familiensystems, wobei auf dieser Ebene zwischen dyadischen Beziehungen und der Beziehung zwischen allen Familienmitgliedern zu unterscheiden ist (s. z. B. Cierpka, 2008). Idealerweise sollten Daten von mehreren Familienmitgliedern erhoben werden. Wie unter 3.4.3 dargestellt, wurden in der Forschung zu familiärer Traumatisierung häufig nur die Indexpersonen befragt bzw. wurden Symptome von Familienmitgliedern häufig über die Angaben anderer Familienmitglieder erfasst, nicht über ihre eigenen Angaben. Hier ist fraglich, ob die Ergebnisse als Ausdruck psychischer Belastung der Informanten/-innen oder der Indexperson anzusehen sind (dazu z. B. Achenbach, 2006; Whisman, Uebelacker & Weinstock, 2004). Die Befragung mehrerer Familienmitglieder kann, neben der Erfassung ihrer individuellen psychischen Belastung, durch die Kombination der Daten zur Erfassung der Familienebene genutzt werden. Im Rahmen dieser Arbeit sollen deshalb Angaben von ehemaligen politisch Inhaftierten in der DDR, ihren Partnern/-innen und ihren Kindern erhoben und ausgewertet werden. Die erhobenen Daten beziehen sich somit auf die Individualebene und die Familiensystemebene (5.2 - 5.5).

Als Modus der Erhebung boten sich Fragebögen an. Inhaltlich sind die potenziell traumatischen Stressoren, der innerfamiliäre Umgang damit und die Auswirkungen der Stressoren zu unterscheiden (s. Kapitel 4).

5.2 Erhebungsinstrumente

Demografische Daten der Teilnehmenden wurden in Anlehnung an die demografischen Standards des statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt, 2004) erhoben.

Die politische Haft in der DDR ist der zu untersuchende „Primär-Stressor“ und somit in seiner Qualität, also z. B. Dauer und Art (s. 3.2.1) zu erfassen. Dabei ist auch zu erfassen, inwieweit die Angehörigen im Rahmen der Verhaftung PTEs erlebten, ob sie also beispielsweise bei der Verhaftung anwesend waren, ob sie verhört wurden und so weiter (s. 3.3.1). Zusätzlich ist von Interesse, ob die ehemaligen Inhaftierten und ihre Familien nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt waren und welche Formen diese gegebenenfalls an-

nahmen (s. 3.3.2). Ziel ist es, politische Haft in der DDR über die Indexpersonen hinaus als potenziellen Stressor für ihre Familien, also Partner/-innen und Kinder, zu untersuchen und zu definieren. In Tabelle 3 sind die einzelnen Bereiche aufgeführt, nach denen die politische Haft und nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erfasst wurden. Die Zielgrößen wurden vorrangig über vorgegebene Antwortformate wie z. B. die Frage „War für Sie vor der Festnahme absehbar, dass Sie inhaftiert werden würden?“ mit den Antwortoptionen „vollkommen“, „eher“, „teils/teils“, „eher nicht“ und „gar nicht absehbar“ erfasst, zum Teil über offene Antwortformate, also beispielsweise freie Felder zum Eintragen der Haftdauer und des Haftgrundes / Tatvorwurfs. In Bezug auf die erlebten PTEs waren in aller Regel immer auch freie Felder zur Angabe nicht aufgeführter Antwortoptionen, zum Beispiel nicht genannter Repressionsmaßnahmen, nicht genannte Personen usw. vorhanden. Da keine Erhebungsinstrumente für die zu untersuchenden Zielgrößen vorlagen, wurden eigene Fragen entwickelt (zur Fragebogenentwicklung s. z. B. Bortz & Döring, 2006; Moosbrugger & Kelava, 2008). Inhaltlich wurde dabei auf die im Theorieteil angegebene Literatur aufgebaut (s. v. a. 3.1, 3.2.4, 3.3).

Tabelle 3: Zur Erfassung potenzieller Stressoren verwendete Dimensionen und Instrumente

Übergeordnetes Ziel	Zielgröße	Zu erfassende Dimensionen	Operationalisierung
Erfassung potenzieller Stressoren	Politische Haft	<ul style="list-style-type: none"> - Inhaftierte Familienmitglieder - Zeitraum der Haft - Ort der Haft - „Grund“ der Verurteilung - Erwartbarkeit der Haft 	Selbst entwickelte Fragen zu den genannten Dimensionen
	Kontakt zur Haftzeit	<ul style="list-style-type: none"> - Art der Kontaktmöglichkeiten 	Selbst entwickelte Fragen zur genannten Dimension
	Erlebnisse in Verbindung mit der Haft	<ul style="list-style-type: none"> - Beisein während der Verhaftung (P, K) - Erlebnisse in Zusammenhang mit der Verhaftung¹ (P, K) - Unterbringung während der Haftzeit (K) - Ausgereiste Familienmitglieder, Zeitpunkt Ausreise (I, P, K) - Trennung der Familie durch Ausreise, Länge der Trennung (I, P, K) 	Selbst entwickelte Fragen zu den genannten Dimensionen
	Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Betroffene Familienmitglieder - Art der Maßnahmen² - Zeitraum der Maßnahmen 	Selbst entwickelte Fragen zu den genannten Dimensionen

Anmerkungen:

I = Indexpersonen (ehemalige Inhaftierte); P = Partner/-innen; K = Kinder

¹ Kategorien wurden auf Basis der Ergebnisse von Böhm (2009) entwickelt.

² Aufstufung nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in Anlehnung an Knabe (2002).

Als zu untersuchende Form des innerfamiliären Umgangs mit der politischen Haft wurde vorliegend die Kommunikation darüber als Zielvariable gewählt. Im Einklang mit bestehenden Forschungsergebnissen zur innerfamiliären Kommunikation über traumatische Ereignisse (s. 3.4.3) sollten Quantität und Qualität dieser Kommunikation in Familien ehemals politisch Inhaftierter der DDR erfasst werden. Beispielsweise wurden die Befragten gebeten, einzuschätzen, „wie viel in [i]hrer Familie [...] zu verschiedenen Zeiten über die politische Haft gesprochen wurde“. Dabei wurden die Zeiträume spezifiziert („vor 1989“, „in den zehn Jahren nach 1989“, „heute“) sowie die Antwortalternativen auf einer fünfstufigen Skala mit den Optionen „gar nicht“, „wenig“, „mittel“, „viel“ und „ständig“ vorgegeben. Zudem sollte das Wissen über die politische Haft als eine weitere Dimension der innerfamiliären Kommunikation erfasst werden (vgl. Nagata, 1990).

Tabelle 4: Zur Erfassung des innerfamiliären Umgangs mit der politischen Haft verwendete Dimensionen u. Instrumente

Übergeordnetes Ziel	Zielgröße	Zu erfassende Dimensionen	Operationalisierung
Erfassung des innerfamiliären Umgangs mit der Haft	Kommunikation über die politische Haft	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunizierende Personen - Häufigkeit der Kommunikation zu verschiedenen Zeitpunkten - Valenz der Kommunikation - Wissen über die politische Haft 	Selbst entwickelte Fragen zu den genannten Dimensionen.

Als psychische Auswirkungen potenziell traumatischer Lebensereignisse wie der politischen Haft wurden in der Forschungsliteratur vorrangig psychische Störungen erfasst, allen voran die PTBS. Das Vollbild der PTBS und einzelne Symptome der PTBS sowie die Symptom-schwere wurden sowohl als Ausdruck primärer Traumatisierung wie auch sekundärer Trau-matisierung erfasst (s. 3.2 und 3.4). In verschiedenen Studien wurden auch die partielle oder unterschwellige PTBS in Folge traumatischer Erfahrungen erfasst (3.2.1). Auch andere psychische Störungen und Symptome psychischer Störungen standen nachweislich mit primärer wie sekundärer Traumatisierung in Verbindung (3.2 und 3.4).

In der vorliegenden Arbeit sollte dementsprechend ebenfalls die PTBS in allen drei Gruppen erfasst werden und ein Screening auf weitere psychische Störungen durchgeführt werden. Dies geschah über zwei validierte und vielfach verwendete Fragebögen, die Posttraumatic Diagnostic Scale sowie die Symptom-Checklist 27 (Tabelle 5, für eine ausführliche Beschrei-bung s. u.).

Zudem sollte erfragt werden, ob der politischen Haft subjektiv psychische Belastung zuge-schrieben wurde und als wie bedeutsam die politische Haft für das eigene Leben empfunden wurde. Dazu wurden visuelle Analogskalen (VAS) mit den Endpunkten „gar nicht belastet“ und „sehr stark belastet“ sowie „Sie ist die bedeutsamste Erfahrung meines Lebens“ und „Sie ist für mein Leben gar nicht bedeutsam“ entwickelt (zu visuellen Analogskalen s. z. B. Has-son & Arnetz, 2005). Für die Auswertung wurden die VAS ausgemessen und in eine Skala mit den Endpunkten 0 und 100 transformiert, auf der die angegebene subjektive Schwere bzw. Bedeutsamkeit somit mit einer Zahl zwischen 0 (gar nicht belastet / gar nicht bedeut-sam) und 100 (sehr stark belastet / bedeutsamste Erfahrung meines Lebens) ausgedrückt wurde.

Tabelle 5: Zur Erfassung der psychischen Belastung verwendete Dimensionen u. Instrumente

Übergeordnetes Ziel	Zielgröße	Zu erfassende Dimensionen	Operationalisierung
Erfassung der psychischen Belastung (Individual-ebene)	Posttraumatische Belastungsstörung	- Ausprägung der Symptome der PTBS und der einzelnen Symptomcluster - Vorliegen einer PTBS	Posttraumatic Diagnostic Scale (Foa et al., 1997; deutsch von Ehlers et al., 1996)
	Screening auf psychische Störungen	- Ausprägung verschiedener psychopathologischer Symptome: Depressive, dysthyme, vegetative, agoraphobe Symptome, Symptome sozialer Phobie und des Misstrauens gegenüber anderen Menschen - Ausprägung globaler Belastung durch psychopathologische Symptome	Symptom-Checkliste-27 (Hardt & Gerbershagen, 2001)
	Subjektive Belastung durch die politische Haft	- Subjektive psychische Belastung der Familienmitglieder durch die politische Haft - Subjektive Bedeutsamkeit der politischen Haft	Selbst entwickelte visuelle Analogskalen

Auf der Ebene der Familie wurden wiederholt die Familienbeziehungen erfasst, um Auswirkungen traumatischer Erfahrungen zu messen. Vorliegend sollte zum einen ein globales Maß der Funktionalität der Familienbeziehungen zur Anwendung kommen, zum anderen die Funktionalität der Kommunikation, die Kohäsion und die Flexibilität der Familien erfasst werden. Aus forschungspraktischen Gründen sollten die Fragen für alle teilnehmenden Familienmitglieder identisch sein und sich auf die im Studienfokus stehende Familienkonstellation als Ganzes beziehen – die Indexpersonen und Partner/-innen in der Eltern-, die Kinder in der nachfolgenden Generation.

Zudem sollte erfragt werden, ob der politischen Haft subjektiv eine Belastung der Familienbeziehungen zugeschrieben wurde. Dazu wurden visuelle Analogskalen mit den Endpunkten „gar nicht belastet“ und „sehr stark belastet“ entwickelt (s. o.).

Tabelle 6: Zur Erfassung von Familienbeziehungen verwendete Dimensionen u. Instrumente

Übergeordnetes Ziel	Zielgröße	Zu erfassende Dimensionen	Operationalisierung
Erfassung der Belastung auf der Familienebene	Familienbeziehungen	- Funktionalität der Familienbeziehungen	Family Assessment Device (Epstein, Baldwin & Bishop, 1983, deutsch von Klann, Hahlweg & Heinrichs, 2003)
		- Funktionalität der Kommunikation	
		- Kohäsion - Flexibilität	Family Adaptation and Cohesion Scales (Olson, Portner & Lavee, 1985, deutsch von Sattelmayer, Thomas & Cierpka, 1985)
	Subjektive Belastung durch die politische Haft	- Subjektive Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft	Selbst entwickelte visuelle Analogskala

Zur Erhebung der Daten wurde ein Fragebogen erstellt. Er liegt in drei Versionen vor, die sprachlich und inhaltlich an die jeweilige Gruppe – ehemalige politisch Inhaftierte, Partner/-innen und Kinder – angepasst wurden.

Die verwendeten standardisierten Fragebogenverfahren, die oben in den Tabellen zu den jeweils zu erfassenden Zielgrößen aufgeführt sind (Tabelle 5, Tabelle 6), werden nachfolgend ausführlicher beschrieben.

1. Posttraumatic Diagnostic Scale (PDS)

Die Posttraumatic Diagnostic Scale stammt in der Originalversion von Foa, Cashman, Jaycox und Perry (1997) und wurde von Ehlers, Steil, Winter und Foa (1996) ins Deutsche übersetzt. Sie ermöglicht eine Erfassung der Symptome der PTBS, wie sie im DSM-IV-TR aufgelistet sind, im Selbstbericht. So kann der Ausprägungsgrad in den Symptombereichen Übererregung, Intrusionen und Vermeidungsverhalten (D-, C-, und B-Kriterium²⁵) erhoben werden. Zudem werden die anderen Kriterien für eine PTBS, nämlich das Erleben potenziell traumatisierender Ereignisse (A1-Kriterium), das belastendste Ereignis begleitende Emotionen (A2-Kriterium), Dauer und Beginn der geschilderten Symptome (E-Kriterium) sowie die

²⁵ Zu den Kriterien der PTBS s. Tabelle 2, S. 16

psychosoziale Belastung bzw. Einschränkungen durch die Symptome (F-Kriterium) erfragt. Somit ist eine dem DSM-IV-TR entsprechende Diagnosestellung mit diesem Verfahren sowie die Erhebung der partiellen PTBS, der PTBS 2 sowie der partiellen PTBS 2 (s. 3.2.1) möglich. Zudem kann die Symptomschwere eingeschätzt werden. Die PDS ist auch in ihrer deutschen Übersetzung ein reliables und valides Verfahren. Griesel, Wessa und Flor (2006) berichteten ein Cronbachs Alpha von 0,94 für die Gesamtskala, eine Spezifität von 0,64 und eine Sensitivität von 1,0. Es liegen Normwerte aus deutschen Repräsentativbefragungen vor (s. z. B. Glaesmer, Gunzelmann, Brähler, Forstmeier & Maercker, 2010; Maercker et al., 2008).

2. Symptom-Checkliste-27 (SCL-27)

Die von Hardt und Gerbershagen (2001) entwickelte Symptomcheckliste basiert auf der Symptom-Checkliste von Derogatis (SCL-90-R, Derogatis & Cleary, 1977) und erfasst die Belastung durch psychische und körperliche Symptome. Sie kann als Screening-Instrument für psychische Störungen eingesetzt werden. Ursprünglich wurde sie für die Befragung von Schmerzpatienten/-innen entwickelt, inzwischen wird sie jedoch in Forschung und Praxis auch für andere Personengruppen verwendet (Hardt, Egle & Brähler, 2006; Prinz et al., 2008). Zur Auswertung der Checkliste lassen sich sechs Subskalenwerte und ein Gesamtwert bilden. Der Gesamtwert dient der Einschätzung globaler psychischer Belastetheit. Die sechs Skalen erfassen „depressive Symptome“, „dysthyme Symptome“, „vegetative Symptome“, „agoraphobe Symptome“, „Symptome sozialer Phobie“ sowie „Symptome von Misstrauen“.

Eine Diagnose der jeweiligen psychischen Störung kann auf Basis des Fragebogens nicht gestellt werden, doch liegen Cut-Off-Werte zur Unterscheidung zwischen belasteten und wenig belasteten Personen vor (Hardt, Egle & Brähler, 2006; Hardt & Gerbershagen, 2001). Reliabilitätskoeffizienten und Diskriminationsfähigkeit der SCL-27 gelten als zufriedenstellend (Hardt, Egle & Brähler, 2006; Müller, Postert, Beyer, Furniss & Achtergarde, 2009).

3. Family Assessment Device (FAD)

Das Family Assessment Device (FAD) von Epstein, Baldwin & Bishop (1983) basiert auf dem McMaster model of family functioning (Epstein, Bishop & Levin, 1978, s. 3.4.2). Es besteht aus insgesamt sieben Skalen. Sechs erfassen den Funktionsgrad auf den sechs Dimensionen des McMaster-Modells, die siebte ermöglicht eine Erfassung des allgemeinen Funktionsgrades einer Familie. Die deutsche Übersetzung stammt von Klann, Hahlweg und Heinrichs (2003).

In der vorliegenden Untersuchung wurden zwei Skalen verwendet: die zur Kommunikation und die zur Erfassung einer Gesamteinschätzung der Familienfunktionen. Die Gesamtskala

hat sich als Screening-Instrument für Familienfunktionalität bewährt (Kabacoff, Miller, Bishop, Epstein & Keitner, 1990; Miller et al., 2000). Die Skala Kommunikation misst die Direktheit und Klarheit der verbalen Kommunikation innerhalb einer Familie. Die Werte der Skalen liegen zwischen eins und vier, dabei zeigen höhere Werte eine höhere Dysfunktionalität des jeweiligen Bereiches an.

Validität und Reliabilität des FAD werden als sehr gut eingeschätzt (Cierpka, 2008). Für die Skala Kommunikation lag in der Originalstichprobe Cronbachs Alpha bei 0,75, für die Skala Gesamteinschätzung bei 0,92 (Epstein et al., 1983). Miller, Epstein, Bishop und Keitner (1985) nannten Trennwerte zur Unterscheidung von dysfunktionalen und funktionalen Ausprägungen auf den Dimensionen. Für die Kommunikation empfahlen sie einen Wert von 2,2, für die Gesamtskala einen Wert von 2,0.

Das FAD wurde in der Arbeitsgruppe um Wittchen in einer anderen Übersetzung zur Untersuchung der Entwicklung psychischer Störungen (Early Developmental Stages of Psychopathology, EDSP-Studie) in einer deutschen Stichprobe verwendet (s. Knappe, Beesdo et al., 2009; Knappe, Lieb et al., 2009). Hier wurde die Skala zur Familienfunktionalität als Messinstrument für das „allgemeine Familienklima“ verwendet (Knappe, Beesdo et al., 2009, S. 988). Normwerte aus Befragungen in Deutschland liegen bisher nicht vor.

4. Family Adaptation and Cohesion Scales (FACES-III)

Die Family Adaptation and Cohesion Scales gehören zu den international am häufigsten eingesetzten Fragebogenverfahren in der Familiendiagnostik (Benninghofen, Cierpka & Thomas, 2008). Sie basieren auf dem Circumplex-Modell von Olson (2000; s. 3.4.2). In der vorliegenden Version (FACES-III; Olson, Portner & Lavee, 1985) werden über je zehn Items die Dimensionen „Kohäsion“ und „Flexibilität“ einer Familie erfasst.

In Anlehnung an das Circumplex-Modell können Familien aufgrund ihrer Ausprägungen auf den beiden Dimensionen verschiedenen Familientypen zugeordnet werden (Thomas & Olson, 1994). Da verschiedene Studien die im Circumplex-Modell (s. 3.4.2) postulierte Kurvilinearität mit dem FACES-III nicht bestätigen konnten, wurde die Interpretation der Skalen von Thomas und Olson (1994) dahingehend modifiziert, dass hohe Werte einen hohen Funktionsgrad, also hohe Kohäsion und Flexibilität repräsentieren. Obgleich nicht publiziert, wurde die vorliegende deutsche Übersetzung von Sattelmayer, Thomas und Cierpka (1985) bereits in verschiedenen Studien verwendet (Hoffmann, 2000; Kager et al., 2000; Ramm & Hasenbring, 2003; Schulz et al., 1998). Die Testanweisung wurde für die vorliegende Studie in Anlehnung an Klann und Kollegen/-innen (2003) modifiziert. Die erste Publikation zum FACES-III (Olson, 1986) gab die interne Konsistenz des Verfahrens mit 0,68 an (Kohäsion 0,77; Adaptabilität 0,62). Schulz und Kollegen/-innen berichteten vergleichbare Alpha-Koeff-

fizienten aus ihrer Untersuchung an Familien von onkologisch erkrankten Kindern. Normwerte aus Befragungen in Deutschland liegen bisher nicht vor.

5.3 Stichprobe

5.3.1 Gewinnung der Stichprobe

Die Teilnehmenden für die Studie wurden über verschiedene Wege gewonnen. Diese waren einerseits die Unterstützung durch verschiedene Institutionen, die Kontaktaufnahme der Autorin mit Betroffenen auf thematisch relevanten Veranstaltungen, die Veröffentlichung von Aufrufen zur Studienteilnahme (s. Tabelle 7) sowie die Rekrutierung weiterer Teilnehmender über bereits Teilnehmende („Schneeball-Sampling“). In Tabelle 7 sind die Institutionen und Stiftungen aufgeführt, die systematisch, zum Beispiel auf internen Veranstaltungen oder über ihre eigenen Datenbanken, Betroffene anfragten. Einzelne Teilnehmende wurden zusätzlich beim Kontakt zu Institutionen gewonnen, ohne dass diese systematisch Anfragen an Betroffene weitergaben. Zu diesen Institutionen zählten z. B. das Bautzen-Komitee e. V., die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) und die Diktatur-Folgen-Beratung.

Zeitgleich mit der vorliegenden Befragung wurde eine Fragebogenstudie zu transgenerationalen Folgen politischer Haft in der SBZ / DDR an der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der medizinischen Fakultät Universität Leipzig durchgeführt. Den dort versendeten Fragebögen wurden zum Teil Studieninformationen zur vorliegenden Studie beigelegt und den Fragebögen der vorliegenden Studie wurden ebenso Studieninformationen zur anderen Studie beigelegt.

Von der Autorin besuchte Veranstaltungen waren das jährlich stattfindende Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Vortragsveranstaltung „Unsichtbare Wunden“ in Hamburg und die Tagung „Trauma, Erinnerung und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen politischer Gewalt“ in Magdeburg. Die Gewinnung potenzieller Teilnehmer/-innen fand zwischen Januar 2010 und Juni 2011 statt.

Tabelle 7: Unterstützende Institutionen, Medien, besuchte Veranstaltungen

Institution / Veranstaltung	Art der Kontaktaufnahme
Die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	Fragebögen durch die Behörde verschickt
Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt	Fragebögen durch die Behörde verschickt

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	Betroffene angefragt, Kontakt vermittelt
Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Bonn	Betroffene angefragt, Kontakt vermittelt
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Betroffene angefragt, Kontakt vermittelt
Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen	Betroffene angefragt, Kontakt vermittelt
„der stacheldraht“, Informationszeitschrift der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.	Studienaufruf veröffentlicht
„Freiheitsglocke“, Zeitung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)	Studienaufruf veröffentlicht
Fragebogenstudie Universität Leipzig	Studieninformation beigelegt
Selbsthilfegruppe „Psychotrauma“, Leipzig	Autorin anwesend, Direktkontakt
Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bautzen (2010)	Autorin anwesend, Direktkontakt
„Unsichtbare Wunden“, Hamburg (2010)	Autorin anwesend, Direktkontakt
Tagung Gedenkstätte Moritzplatz, Magdeburg (2011)	Autorin anwesend, Direktkontakt

Die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (TLStU) sowie das Büro des Landesbeauftragten (LStU) in Sachsen-Anhalt verschickten unter Wahrung des Datenschutzes selbständig Fragebögen mit der Bitte um Teilnahme an ihnen bekannte Personenkreise, die von politischer Haft in der DDR betroffen waren. Im Falle der Weitervermittlung durch die Landesbeauftragte in Mecklenburg-Vorpommern gaben die Betroffenen ihr Einverständnis zur Weitergabe ihrer Namen und Adressen. In 69 der durch die Autorin angeschriebenen Fälle konnte nachvollzogen werden, wie der Kontakt zustande gekommen war. 24 Personen nahmen Kontakt auf, nachdem sie den Studienaufruf in „stacheldraht“ oder „Freiheitsglocke“ gelesen hatten, 22 Personen wurden über das Schneeball-Prinzip an die Autorin vermittelt, 15 über Institutionen (ohne TLStU und LStU Sachsen-Anhalt) und zu acht Personen entstand der Kontakt auf thematisch relevanten Veranstaltungen.

Alle von der Autorin kontaktierten Personen wurden, sofern eine Kontaktaufnahme per Telefon oder E-Mail möglich war, vor Versendung der Fragebögen über Ziele und Ablauf der Studie aufgeklärt und erklärten sich einverstanden, an der Studie teilzunehmen. Geschah die Kontaktaufnahme durch die Teilnehmenden, wurden sie ebenfalls per E-Mail oder telefo-

nisch über Ziele und Ablauf der Studie informiert. Den Fragebögen lag ein Anschreiben bei, das dies noch einmal erläuterte. Kontaktdaten (Adresse, E-Mail-Adresse und Telefonnummer) der Autorin waren auf jedem einzelnen Fragebogen für etwaige Rückfragen und Anmerkungen abgedruckt. Die Autorin stand über die gesamte Dauer der Studie telefonisch, per E-Mail und per Post für Rückfragen und Anmerkungen der Teilnehmenden zur Verfügung.

Nur Familien, in deren Elterngeneration mindestens eine Person politisch inhaftiert war, konnten an der Studie teilnehmen. Im persönlichen Gespräch fragte die Autorin die potenziellen Teilnehmer/-innen stets, ob dies der Fall war und ob ein Kontakt zu den Angehörigen hergestellt werden könne.

Soweit bei diesem Kontakt geklärt werden konnte, wie viele Familienmitglieder an der Befragung teilnehmen wollten, wurde diese Anzahl an Fragebögen an die Familie bzw. ihre einzelnen Mitglieder geschickt.²⁶ Ob jede Person einzeln Post bekam oder alle Fragebögen in einem Briefumschlag an die „Kontaktperson“ geschickt wurde, hing von ihrer Entscheidung ab. Die Fragebögen waren mit einer Kodierung versehen, die unter Wahrung der Anonymität die Zuordnung der einzelnen Familienmitglieder zu einer Familie ermöglichten.

Die überwiegende Zahl an Studieninteressenten/-innen waren von politischer Haft selbst Betroffene, zu einem geringeren Anteil auch Kinder und Partner/-innen sowie Personen, die nicht inhaftiert waren, aber Erfahrungen mit politischen Repressionen in der DDR gemacht hatten. Obwohl den meisten bekannt war, dass es in der Studie um Auswirkungen auf die Familien gehen sollte, waren die Reaktionen auf die Anfrage, ob auch die Familienmitglieder einen Fragebogen ausfüllen würden, sehr unterschiedlich. Aus forschungspraktischen Überlegungen konnten auch einzelne Mitglieder einer Familie ohne die anderen teilnehmen, also z. B. nur ein Kind. Das Ziel war, eine möglichst große Stichprobe zu erhalten und auch Familien in die Befragung einzuschließen, in denen z. B. kein Kontakt mehr zu einzelnen Mitgliedern bestand oder in denen Mitglieder aufgrund starker oder geringer Belastung nicht teilnehmen wollten.

Von Teilnehmenden genannte Gründe dafür, dass sie selbst oder Angehörige nicht an der Studie teilnehmen wollten, waren zum Beispiel, dass eine Teilnahme psychisch zu stark belastend sei, aber auch dass Angehörige von der Inhaftierung nicht wüssten oder von ihr nicht beeinträchtigt seien. Wenn mangelnde Beeinträchtigung oder das Nicht-Miterleben der Haft als Gründe genannt wurden, wies die Autorin darauf hin, dass die Studie den Vergleich zwischen verschiedenen Gruppen, z. B. den Kindern, die zur Haftzeit bereits geboren waren und denen, die erst später geboren wurden, dezidiert untersuchen sollte und dass deshalb auch diese Partner/-innen und Kinder zur Teilnahme eingeladen seien.

²⁶ Konnte diese Frage nicht geklärt werden, wurden zum Teil auch Fragebögen für die Angehörigen mitgeschickt mit der Bitte, sie weiterzuleiten.

5.3.2 Rücklaufquote

Die Fragebögen wurden zwischen Juni 2010 und Juni 2011 verschickt. Der Rücklauf dauerte zwischen drei und 288 Tagen ($n=189$; $M=53,6$; $Md=35,0$; $Sd=58,39$).

Die Rücklaufquoten wurden aus der Anzahl der versendeten Fragebögen und der Anzahl eingegangener Fragebögen berechnet (Tabelle 8).

Tabelle 8: Rücklaufquote nach Quelle in Prozent in den drei Gruppen und in der Gesamtgruppe

	Betroffene (in %)	Partner/-innen (in %)	Kinder (in %)	Gesamt (in %)
Selbst verschickt	77,9	65,0	53,0	64,7
TLStU	55,3	32,0	33,0	40,6
LStU Sachsen-Anhalt	20,0	4,0	8,0	10,7
Gesamt	55,2	31,0	36,0	41,5

Für die durch die Autorin angeschriebenen Familien konnte zudem die Rücklaufquote auf Familienebene berechnet werden. Von 72 angeschriebenen Familien nahmen 60 Familien mit einem oder mehreren Mitgliedern teil (Rücklaufquote von 83,3%).

Nur in Einzelfällen war nachzuvollziehen, warum die angeschriebenen Personen nicht teilnahmen. Im Fall der durch die Thüringer und Sachsen-Anhaltinische Landesunterlagenbehörden für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verschickten Fragebögen war dies nicht möglich. Bei den durch die Autorin der Studie verschickten Fragebögen ergab sich in drei Fällen der Hinweis auf eine Nicht-Teilnahme wegen zu starker Belastung der ehemaligen Inhaftierten. Hinsichtlich dreier Kinder wurde als Grund „kein Interesse“ an der Befragung genannt.

5.3.3 Vergleichsstichproben

Zur Prüfung der Hypothesengruppe A wurden Daten aus Repräsentativbefragungen der deutschen Bevölkerung zur Bildung von Vergleichsstichproben herangezogen. Diese Repräsentativbefragungen wurden unter der Leitung von Prof. Dr. Brähler, Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, in den Jahren 2003 (SCL-27; $n=2507$) und 2007 (PDS; $n=2510$) von der USUMA GmbH Berlin durchgeführt (s. Hardt et al., 2004; Glaesmer et al., 2010).

Die Vergleichsstichproben wurden auf Basis der Geschlechts- und Altersverteilung in den drei Untersuchungsstichproben per Zufallsauswahl für jede Untersuchungsstichprobe unab-

hängig voneinander gebildet. Die Stichprobengrößen der Vergleichsstichproben sind im Ergebnisteil unter 6.6.3 aufgeführt.

5.4 Kennwerte

Die Reliabilität der verwendeten Fragebögen für die Gesamtgruppe war mit Cronbachs-Alpha-Koeffizienten zwischen 0,76 (FACES Flexibilität) und 0,96 (PDS Gesamt) zufriedenstellend bis sehr gut.

Als Test auf Normalverteilung wurde der Kolmogorov-Smirnov-Anpassungstest für die einzelnen Skalen und die Gesamtskalen der Tests durchgeführt. In der Gesamtgruppe waren die SCL-27 und alle Subskalen der SCL-27 sowie die PDS und die drei Subskalen der PDS nach Ergebnis dieser Testungen nicht hinreichend normalverteilt. Die Fragebögen zur Erhebung der Familienfunktionen waren unter Verwendung der Angaben aller Teilnehmenden zur Hälfte hinreichend normalverteilt (Fragebögen zur Erhebung der familiären Flexibilität und Kommunikation) zur Hälfte nicht (familiäre Kohäsion und allgemeine Familienfunktion). In den Subgruppen ergaben sich wiederum andere Ergebnisse.

Korrelationen zwischen den verschiedenen Fragebogenverfahren finden sich im nachfolgenden Ergebnisteil.²⁷

5.5 Statistische Analyse

Wie unter 4.4 aufgeführt, können die Fragestellungen 1 und 2 über deskriptive Statistiken beantwortet werden. Da es sich um eine explorative Studie handelt, werden zudem vereinzelt zusätzliche Analysen durchgeführt.

Für die Fragestellungen 3 und 4 (Hypothesengruppen A-D) werden neben der deskriptiven Auswertung weitere Verfahren statistischer Analyse eingesetzt.

Neben der Erfassung der Stressoren und der innerfamiliären Kommunikation darüber sollen im Rahmen dieser Arbeit das Vorliegen und die Mechanismen primärer und sekundärer Traumatisierung explorativ geprüft werden. Es ist deshalb notwendig, die Zusammenhänge zwischen erhobenen Stressoren und psychischen Belastungssymptomen (primäre Traumatisierung) zu erfassen. Weiterhin werden die Zusammenhänge zwischen psychischen Belastungssymptomen der Indexpersonen und der ihrer Angehörigen sowie psychischen Belastungssymptomen der Indexpersonen und der Funktionalität der Familienbeziehungen in ihren

²⁷ Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse und Berechnungen ist in der Dissertation zu finden.

Familien geprüft (sekundäre Traumatisierung). Dies ist einerseits über Gruppenvergleiche möglich, andererseits über Berechnungen von Zusammenhängen (Abbildung 5).

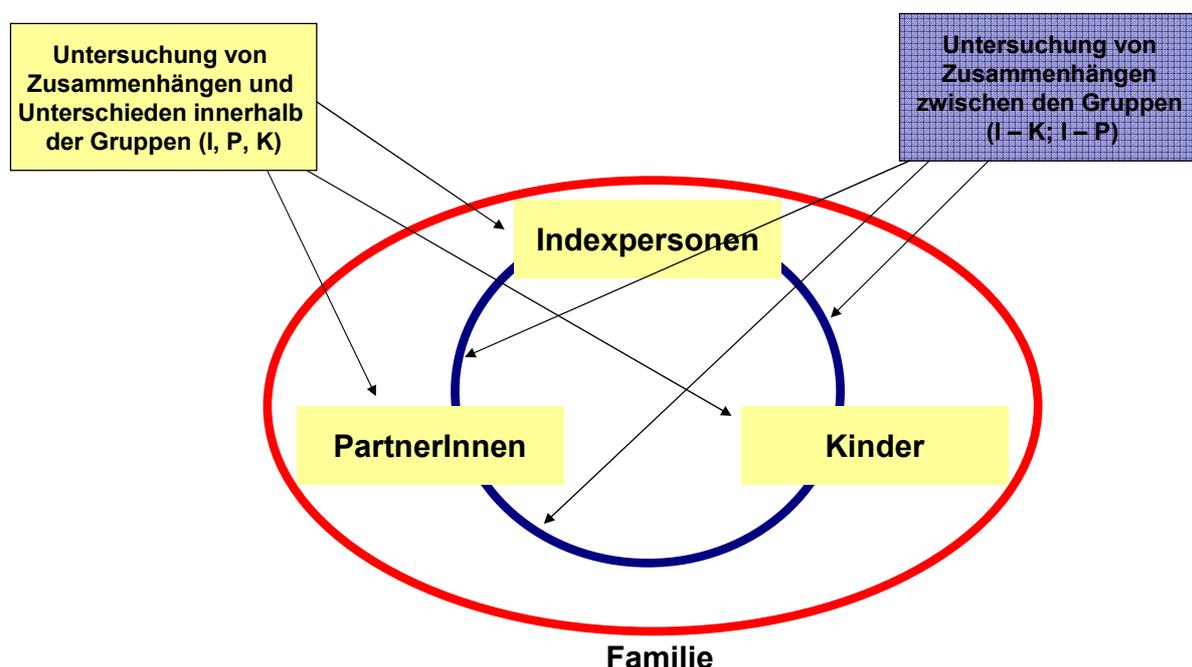


Abbildung 5: Modell zur Beschreibung der statistischen Umsetzung der Hypothesen (I=Indexpersonen, P=Partner/-innen, K=Kinder)

Unabhängige und abhängige Variablen

Die unabhängigen Variablen werden über die Bildung von Gruppen (Hypothesengruppen A1-3, B1-3, C1-2, D1-2) bzw. über die Ausprägung der Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen der Indexperson (Hypothesengruppen C3 und C4) definiert.

Die abhängigen Variablen werden über die Ausprägungen der PTBS, anderer psychischer Störungen und der subjektive Belastung (Hypothesengruppen A, B, C1, C3, D) sowie der Familienfunktionen (Hypothesengruppen C2, C4 und D2) definiert.

Die Prüfung der **Hypothesengruppe A** wird über den Vergleich mit gematchten Vergleichsstichproben aus Repräsentativbefragungen realisiert.

Zur Prüfung der **Hypothesengruppe B** werden auf Basis der Angaben zum Bestehen der Familie zur Zeit der Haft (B1), zu eigenen potenziell belastenden Ereignissen im Zusammenhang mit der Haft (B2) und zu nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen (B3) innerhalb der drei Gruppen Untergruppen gebildet, die jeweils miteinander verglichen werden.

Zur Prüfung der **Hypothesengruppe C** werden auf Basis der über die Fragebogen berechneten PTBS-Diagnose der Indexperson Untergruppen für Gruppenvergleiche gebildet (C1, C2). Zudem werden Paare aus Indexperson und Partner/-in bzw. Kind zur Berechnung korrelativer Zusammenhänge gebildet (C3, C4).

Zur Prüfung der **Hypothesengruppe D** werden innerhalb der Gruppen Untergruppen auf Basis der Angaben zur Häufigkeit der Kommunikation gebildet.

Umgang mit fehlenden Werten

Für die Fragebögen PDS, SCL-27, FAD und FACES wurde für jede Skala zur Berechnung der Skalenwerte ein fehlender Wert pro Skala sowie drei (PDS), vier (SCL-27) und zwei (FAD) fehlende Werte für die Berechnung der Ergebnisse auf der jeweiligen Gesamtskala zugelassen. Die Skalen der PDS zur Berechnung der Symptomschwere und die Skalen der FACES wurden, da es sich um Summenwerte handelt (s. Foa et al., 1997; Olson et al., 1985) als Mittelwerte der beantworteten Items berechnet und dann mit der ursprünglichen Anzahl der Items multipliziert. Die Skalen der SCL-27 und des FAD wurden als Mittelwerte der beantworteten Items berechnet (s. Hardt & Gerbershagen, 2001; Epstein et al., 1983). Fehlende Werte wurden in den einzelnen Analysen paarweise ausgeschlossen, um insgesamt möglichst viele Fälle einzuschließen. Daraus ergaben sich unterschiedliche Stichprobengrößen, die mit den Ergebnissen der Analysen berichtet werden.

Wahl der statistischen Verfahren

Die gewonnene Stichprobe bestand aus drei Substichproben unterschiedlicher Größe. Die Voraussetzung der Normalverteilung wurde nur selten, und nicht über die Gruppen hinweg, erfüllt. Zudem wiesen die zu vergleichenden Gruppen in der Mehrzahl der Fälle heterogene Varianzen auf.

Die Wahl der statistischen Verfahren orientierte sich deshalb an den Fällen, in denen die Voraussetzungen für parametrische hypothesenprüfende Verfahren verletzt waren und fiel auf nichtparametrische Verfahren (dazu z. B. Bortz & Lienert, 2008; Rasch, Friese, Hofmann & Naumann, 2010).²⁸

Für die Vergleiche der Untersuchungsstichproben mit den Vergleichsstichproben aus den Repräsentativbefragungen wurde aufgrund der unterschiedlichen Stichprobengrößen, Varianzen und Verteilungen der Mediantest gewählt (s. dazu z. B. Bortz & Lienert, 2002). Für die Analyse kategorialer Daten wurden der χ^2 -Test bzw. der exakte Test nach Fisher verwendet. Zur Berechnung von Intragruppenvergleichen wurden Friedmann- und Wilcoxon-Test verwendet. Für alle weiteren Gruppenvergleiche wurde der Mann-Whitney-U-Test verwendet. Die Korrelationen wurden als Rangkorrelationen nach Spearman berechnet.

Mediane, Mittelwerte und Standardabweichungen werden nachfolgend zusammen mit den jeweiligen Prüfgrößen und Effektstärken angegeben. Als Effektstärken werden bei der Ver-

²⁸ Die Berechnungen wurden zusätzlich mit parametrischen Verfahren durchgeführt (s. Böhm, 2014). Die Ergebnisse stimmten in der Mehrzahl der Fälle überein.

wendung von χ^2 -Tests ϕ bzw. *Cramers V* und bei der Berechnung von Gruppenvergleichen d angegeben.²⁹

Alle Analysen wurden zweiseitig und auf einem Signifikanzniveau von $\alpha = 0,05$ durchgeführt.

²⁹ Zur Berechnung der Effektstärke im nichtparametrischen Fall werden häufig die Verfahren für den parametrischen Fall als Schätzer genutzt (Rasch, Friese, Hofmann & Naumann, 2010).

6 Ergebnisse

Nachfolgend sind die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt. Nach der Beschreibung der Stichprobe (6.1) folgt die Beantwortung der ersten Forschungsfrage, „Welchen potenziell traumatischen Stressoren waren die Familien der ehemaligen politisch Inhaftierten im Zusammenhang mit der Haft ausgesetzt?“ (6.2 - 6.4). Die zweite Forschungsfrage, „(Wie) Haben die ehemaligen politisch Inhaftierten, ihre Partner/-innen und Kinder innerhalb der Familie über die politische Haft gesprochen?“ wird unter 6.5 beantwortet.

Die Auswirkungen der politischen Haft im Sinne psychischer Belastung werden zunächst über die Erfassung subjektiver Belastung durch die Haft und darauf folgend über den Vergleich mit gematchten Stichproben aus Repräsentativbefragungen hinsichtlich der Symptome psychischer Störungen berichtet. Daraufhin wird das Vorliegen primärer Traumatisierung im Sinne von Zusammenhängen zwischen den Stressoren und der Belastung auf Individual- und Familienebene geprüft (6.6). Die Frage nach dem Vorliegen sekundärer Traumatisierung wird über die Zusammenhänge zwischen der Belastung der Indexpersonen und der Belastung ihrer Angehörigen, wiederum auf Individual- und Familienebene, untersucht (6.7). Dazu gehört auch die Analyse der Zusammenhänge zwischen der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft und den Bereichen individuelle psychische Belastung und Belastung der Familienbeziehungen (6.7.5 und 6.7.6).

6.1 Beschreibung der Stichprobe

Insgesamt nahmen 191 Personen an der Befragung teil. Diese konnten mithilfe der Zuordnungsnummer 91 Familien zugeordnet werden.³⁰

Eine Person aus der Gruppe der Partner/-innen wurde aufgrund zu vieler fehlender Angaben aus der Analyse ausgeschlossen, so dass insgesamt Angaben von 190 Personen zur Auswertung genutzt werden konnten.

Pro Familie nahmen demnach im Durchschnitt 2 Personen teil ($M=2,07$; $Sd=1,03$). Die ehemaligen politisch Inhaftierten waren am zahlreichsten vertreten ($n=91$), gefolgt von der Gruppe der Kinder ($n=64$) und der Partner/-innen ($n=35$).

Informationen zu Alter³¹, Geschlecht und Familienstand in den einzelnen Gruppen sind in Tabelle 9 abzulesen.

³⁰ Eine Zuordnungsnummer auf einem Kinderfragebogen wurde entfernt.

³¹ In 14 Fällen war nicht angegeben, an welchem Datum der Fragebogen ausgefüllt wurde. Dieses Datum wurde hier zur Berechnung des Alters durch das Datum des Fragebogeneingangs ersetzt. In zwei Fällen (Gruppe der Kinder) war das Geburtsdatum nicht angegeben, hier konnte kein Alter berechnet werden.

Tabelle 9: Angaben zu Alter, Geschlecht und Familienstand der Befragten³²

	Ehemalige politisch Inhaftierte (n=91)		Partner/ Partnerinnen (n=35)		Kinder (n=64)	
Alter	M=64,14 Sd=9,53 (43-85 J.)		M=58,89 Sd=9,56 (40-75 J.)		M=36,92 Sd=11,18 (18-71 J.)	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%
Geschlecht						
Weiblich	31	34,1	31	88,6	36	56,3
Männlich	60	65,9	4	11,4	28	43,8
Familienstand						
Ledig	-	-	-	-	37	57,8
Verheiratet	67	73,6	31	88,6	24	37,5
Geschieden	16	17,6	1	2,9	3	4,7
Verwitwet	7	7,7	3	8,6	-	-
Partnerschaft						
Keine Partnerschaft	16	17,6	2	5,7	20	31,3
Religionszugehörigkeit						
Keine	43	47,3	16	45,7	27	42,2
Evangelisch	39	42,9	14	40,0	31	48,4
Katholisch	7	7,7	5	14,3	5	7,8
Andere	2	2,2	-	-	1	1,6
Wohnort						
Alte Bundesländer	50	54,9	15	42,9	38	59,4
Neue Bundesländer	34	37,4	18	51,4	16	25,0
Berlin	5	5,5	1	2,9	8	12,5
Ausland	-	-	-	-	1	1,6

Insgesamt 16 der ehemaligen politisch Inhaftierten gaben an, zurzeit nicht in einer Partnerschaft zu leben. Von den 67, die eine derzeitige Partnerschaft berichteten, gab die Mehrheit ($n=61$, 67,0%) eine gemeinsame Haushaltsführung an.

³² Hier und im Folgenden sind fehlende Angaben nicht als eigene Kategorie ausgewiesen. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich Prozentangaben auf die Gesamtgröße ($n=91$; $n=35$; $n=64$) der jeweiligen Gruppe.

31 Partner/-innen gaben an, zurzeit in einer Partnerschaft mit einer ehemals politisch inhaftierten Person zu leben, eine/-r mit getrennter Haushaltsführung. Von den vier verbleibenden Partnern/-innen gaben zwei an, zurzeit in einer neuen Partnerschaft zu leben, zwei gaben an, zurzeit nicht in einer Partnerschaft zu leben.

In der Gruppe der Kinder lebten 32 (50,0%) in einer Partnerschaft mit gemeinsamer Haushaltsführung, neun (14,1%) in Partnerschaft mit getrennten Haushalten und 20 (31,3%) nicht in Partnerschaft.

Eigene Kinder

In der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten berichteten 79 (86,8%), leibliche Kinder zu haben, eine Person (1,1%) berichtete Stief-/Adoptivkinder und neun Personen (9,9%) leibliche und Stief- oder Adoptivkinder. Im Mittel berichteten sie zwei Kinder. Mehr als ein Viertel der Befragten ($n=27$; 29,7%) gab an, heute nicht mehr mit der Person zusammenzuleben, mit der sie Kinder bekommen hatten.

In der Gruppe der Partner/-innen berichteten 32 Personen (91,4%), leibliche Kinder, davon 28 (80,0%) mit dem ehemals politisch inhaftierten Partner / der ehemals politisch inhaftierten Partnerin. Fünf (14,3%) berichteten, Stief- oder Adoptivkinder mit dem ehemals politisch inhaftierten Partner / der ehemals politisch inhaftierten Partnerin zu haben. Auch hier wurden im Mittel zwei leibliche Kinder angegeben und zwischen einem und drei Adoptiv- oder Stiefkinder.

In der Gruppe der Kinder gaben 29 Personen (45,3%) an, eigene Kinder zu haben. Die mittlere Anzahl lag hier ebenfalls bei zwei Kindern.

Zur eigenen Familie befragt, gaben 15 (23,4%) der Nachkommen an, dass die Eltern sich vor ihrem 18. Lebensjahr getrennt hätten, 36 (56,3%) gaben an, das dies nicht der Fall gewesen sei und die anderen beantworteten die Frage nicht.

Die Mehrheit der Nachkommen hatte Geschwister ($n=44$; 68,8%). Diejenigen, die Angaben zur Geschwisterreihenfolge machten, befanden sich zu je einem Drittel an erster oder zweiter Stelle der Geschwisterfolge (Erstgeborene $n=20$, 31,3%; Zweitgeborene $n=19$; 29,7%).

Angaben zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit der Teilnehmenden sind in Tabelle 10 zu finden.

Tabelle 10: Angaben zu Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Befragten

	Ehemalige politisch Inhaftierte (n=91)		Partner/ Partnerinnen (n=35)		Kinder (n=64)	
	n	%	n	%	N	%
Bildungsstand						
Kein Abschluss	-	-	1	2,9	1	1,6
Volks-/Hauptschulabschluss / POS 8. oder 9. Klasse	19	20,9	7	20,0	-	-
Mittlere Reife / Realschule / POS mit Abschluss 10. Klasse	21	23,1	12	34,3	18	28,1
Fachabitur / Fachschulabschluss	11	12,1	3	8,6	5	7,8
Abitur / EOS 12. Klasse	6	6,6	3	8,6	8	12,5
Abgeschlossenes Hochschul- / Fachhochschulstudium	33	36,3	9	25,7	32	50,0
Erwerbstätigkeit						
Vollzeit (mind. 35 Std./Woche)	19	20,9	9	25,7	35	54,7
Teilzeit (< 35 Std./Woche) ¹	10	11,0	9	25,7	14	21,9
Nicht erwerbstätig ²	3	3,3	-	-	11	17,1
Arbeitslos gemeldet	3	3,3	1	2,9	1	1,6
EU-Rente	12	13,2	1	2,9	2	3,1
Altersrente	42	46,2	15	42,9	1	1,6

Anmerkungen: ¹umfasst die Kategorien „Teilzeit (15-34 Stunden/Woche)“ und „Teilzeit / stundenweise erwerbstätig (unter 15 Stunden/Woche)“. ²umfasst die Kategorien „in Studium“, „in Weiterbildung / Umschulung“, „Wehr-/ Zivildienst, Mutterschafts-/ Erziehungsurlaub, sonstige Beurlaubung“ und „Hausfrau / Hausmann“.

Psychotherapeutische / psychiatrische Behandlung

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten in allen drei Gruppen gab an, zu irgendeinem Zeitpunkt in psychotherapeutischer oder psychiatrischer Behandlung gewesen zu sein (ehemalige politisch Inhaftierte: n=36; 39,6%; Partner/-innen: n=13, 37,1%; Kinder: n=24; 37,5%). Die von den Befragten angegebenen Gründe für diese Behandlung waren in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten vor allem eine posttraumatische Belastungsstörung (n=27; 29,7%), depressive Zustände / Depressionen (n=23; 25,3%) und Angstzustände / Panik / Phobie (n=18; 19,8%). In der Gruppe der Partner/-innen waren depressive Zustände / Depressionen sowie Angstzustände / Panik / Phobie die am häufigsten genannten Gründe (je n=4; 11,4%) gefolgt von familiären oder Beziehungsproblemen und Beschwerden im Zusammenhang mit körperlichen Erkrankungen (je n=3; 8,6%). Eine der befragten Personen in dieser Gruppe gab die posttraumatische Belastungsstörung ihres Partners/Partnerin und die „Folgen daraus

im Zusammenleben“ als Grund für die therapeutische Behandlung an. In der Gruppe der Kinder war der am häufigsten genannte Grund für eine Behandlung „familiäre oder Beziehungsprobleme“ ($n=10$; 15,6%). Depressive Zustände / Depressionen wurden hier von neun Personen (14,1%) angegeben, Angstzustände / Panik / Phobie von vier Personen (6,3%) und somit am dritthäufigsten.

Einige der Befragten in allen drei Gruppen gaben an, bereits erhebliche psychische Beschwerden gehabt, ohne therapeutische Hilfe gesucht zu haben (ehemalige politisch Inhaftierte: $n=34$; 37,4%; Partner/-innen: $n=9$, 25,7%; Kinder: $n=16$; 25,0%). Die Mehrheit derjenigen, die dies angaben, war aber zu anderen Zeitpunkten in therapeutischer Behandlung, d. h. es handelte sich um Zeiten vor oder nach der Behandlung, in der schon bzw. noch Symptome vorlagen.

Eine Einsicht in ihre Akten des MfS gaben 87,9% ($n=80$) der ehemaligen politisch Inhaftierten, 40,0% ($n=14$) der Partner/-innen und 18,8% ($n=12$) der Kinder an.

6.2 Politische Haft

Im Folgenden wird auf Basis der Ergebnisse kurz umrissen, wie die befragten Personen und ihre Familien von politischer Haft in der DDR (und vereinzelt der SBZ) betroffen waren. Zunächst werden Aspekte der politischen Haft selbst, wie zum Beispiel die Anzahl der inhaftierten Familienmitglieder, die Dauer der Haft und ihre subjektive Vorhersehbarkeit, erörtert (6.2.1 und 6.2.2). Darauf folgend liegt der Fokus auf der Darstellung von Faktoren, die für die Familien bedeutsam waren, das heißt es wird berichtet, ob und auf welche Weise sie während der Haftzeit Kontakt halten konnten, inwieweit Partner/-innen und Kinder die Verhaftung miterlebten und wie sie ihre psychische Belastung zu dieser Zeit rückblickend einschätzten (6.2.3, 6.2.4).

6.2.1 Inhaftierte Familienmitglieder in den befragten Familien

Basis der nachfolgend dargestellten Ergebnisse zur politischen Haft sind Angaben aus 91 Familien. Sofern Angaben der ehemaligen Inhaftierten selbst aus diesen Familien vorlagen, wurden sie genutzt. Gab es keine Angaben von ihnen, wurden die ihrer Angehörigen verwendet.

In 27,5% ($n=25$) der teilnehmenden Familien waren beide Elternteile politisch inhaftiert. In 56,0% ($n=51$) war der Vater, in 16,5% ($n=15$) die Mutter (und das jeweils andere Elternteil nicht) in politischer Haft. In 4,4% ($n=4$) der Familien war auch ein Kind politisch inhaftiert gewesen – hierzu zählen die später zur Sprache kommenden Verhaftungen von minderjäh-

rigen Kindern nicht, sondern nur die Fälle von politischer Haft der Kinder im Erwachsenenalter. Andere politisch inhaftierte Angehörige waren Großväter (8,8%), Geschwister der Eltern (Schwester 2,2%, $n=2$; Bruder 1,1%, $n=1$) und ein Cousin (1,1%, $n=1$).

In 47,3% ($n=43$) der befragten Familien waren zur Zeit der Haft bereits Kinder geboren. Eine Partnerschaft bestand in mindestens 59,3% ($n=54$) der Fälle – in der Gruppe der Nachkommen war diese Variable aus technischen Gründen nicht erhoben worden, so dass für sieben Familien hier keine Aussage getroffen werden kann.

Eine genauere Analyse zeigte einen Zusammenhang zwischen der Inhaftierung der Eltern und dem Miterleben der Haft durch die Kinder dergestalt, dass vergleichsweise signifikant häufiger beide Eltern inhaftiert waren, wenn das Kind zur Haftzeit bereits geboren war ($n=64$; $\chi^2(1)=17,13$; $p<0,001$; $\phi=0,517$).

6.2.2 Dauer der politischen Haft, Tatvorwürfe, subjektive Vorhersehbarkeit und Ort der Haftentlassung

Basis der nachfolgenden Ergebnisse sind Angaben der ehemaligen politisch Inhaftierten ($n=91$).

Zeit der politischen Haft

Das früheste Jahr einer politischen Inhaftierung in dieser Stichprobe war 1946, das späteste 1989. Die früheste Haftentlassung fand 1954 statt, die späteste 1989. Die Quartile des Jahres der Verhaftung lagen bei 1965, 1974 und 1982 ($n=82$) – das bedeutet, dass die Hälfte der hier Befragten nach 1974 verhaftet wurden. Nur drei Personen wurden vor 1949, dem Jahr der Gründung der DDR, verhaftet.

Für die Haftentlassung sah die Verteilung mit Quartilen von 1966, 1975 und 1984 ($n=82$) ähnlich aus. Die mittlere Haftdauer betrug 23,6 Monaten ($n=83$; $Sd=20,3$). Die Hälfte der Befragten war 15 Monate oder länger inhaftiert.

Die Frauen gaben als die Dauer ihrer politischen Haft im Mittel 17,0 Monate an ($n=27$; $Min=3$, $Max=51$, $Sd=11,8$), die Männer 26,7 Monate ($n=56$; $Min=3$; $Max=102$; $Sd=22,7$). Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen wurde nicht statistisch signifikant ($U=576,0$; $p=0,080$; $d=0,49$).

Die Befragten waren zum Zeitpunkt ihrer ersten Verhaftung ($n=85$) zwischen 17 und 46 Jahre alt ($M=26,9$; $Md=25,0$; $Sd=7,9$). Acht der befragten Personen waren zweimal in politischer Haft. Zum Beginn der zweiten Haftzeit waren sie zwischen 18 und 38 Jahre alt ($M=27,5$; $Md=27,0$; $Sd=8,0$).

Die hier befragten Frauen ($n=27$; $M=29,6$; $Md=30,0$; $Sd=7,0$) waren zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung signifikant älter als die Männer (Männer: $n=55$; $M=25,6$; $Md=22,0$; $Sd=8,0$; $U=483,5$; $p=0,01$; $d=0,52$).

Tatvorwürfe und „Gründe“ für die politische Haft

Nach den Tatvorwürfen befragt, auf deren Basis die ehemaligen Inhaftierten in politische Haft genommen wurden, nannten 81,3% ($n=74$) einen oder mehrere Paragraphen, Verordnungen oder Gesetzestexte. Der mit 27,5% am häufigsten genannte war §213 („Ungesetzlicher Grenzübertritt“). §100 („Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“) wurde von 9,9% genannt und die Kontrollratsdirektive 38 („Verbrechen gegen die Menschlichkeit“) von 7,7%. Weitere 7,7% gaben als Grund für ihre Haft ihren Versuch, die DDR zu verlassen (z. B. „Republikflucht“, „Grenzdurchbruch“) an.³³

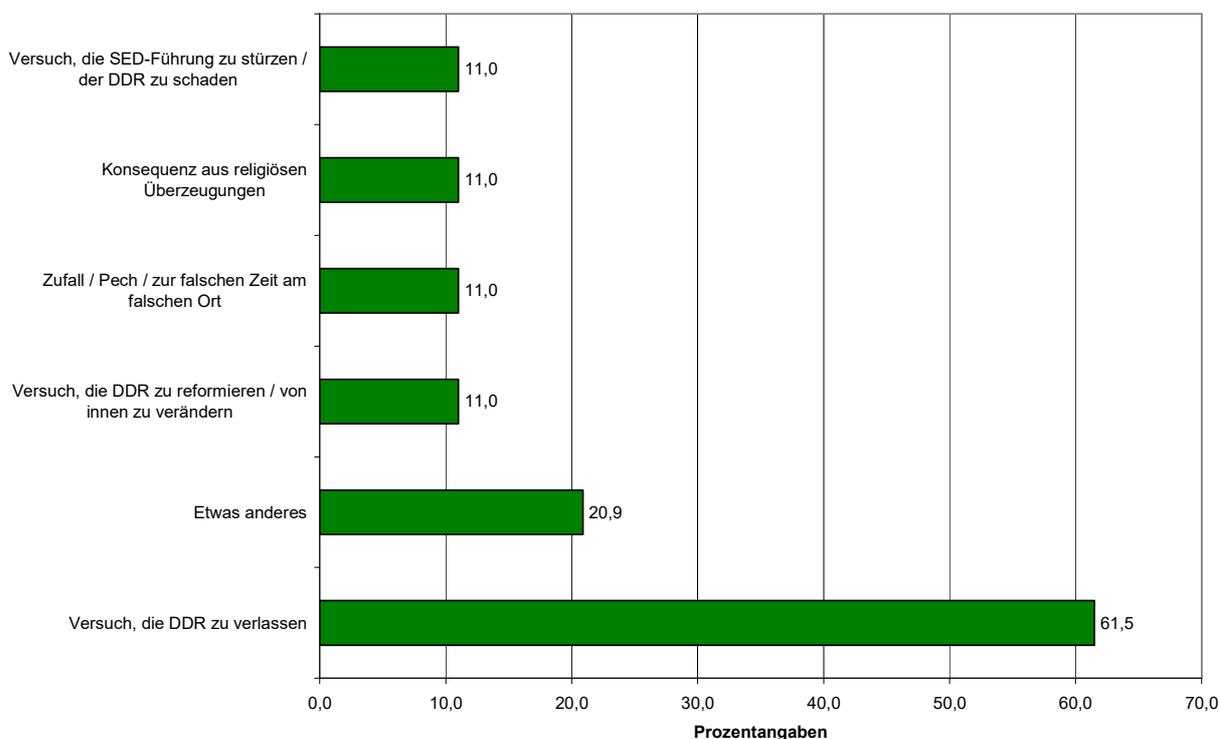


Abbildung 6: Angaben zum „Grund“ für die Verhaftung in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

Danach befragt, was sie glaubten, was „am ehesten“ zu ihrer politischen Inhaftierung geführt habe, gab die Mehrheit der ehemaligen Inhaftierten an, dass es ein „Versuch, die DDR zu verlassen“ gewesen sei (Abbildung 6). Auch andere Gründe wurden genannt, zum Teil ($n=25$) auch verschiedene (Abbildung 6).

³³ Aufgrund der Vielzahl genannter Paragraphen / Tatvorwürfe werden hier nur die am häufigsten genannten aufgeführt. Bedeutung der Paragraphen nach Schröder & Wilke (1998).

Als „andere Gründe“ wurden „Unzufriedenheit“ ($n=3$; 3,3%) genannt, zudem Gründe wie beispielsweise „Denunziation“, „Sehnsucht nach Freiheit“, „Berufsverbot“, politisches Engagement und „Paranoia des MfS / Profilsucht des Vernehmers“.

Absehbarkeit der politischen Haft

Die ehemaligen politisch Inhaftierten wurden gebeten, die Absehbarkeit ihrer Haft einzuschätzen. Insgesamt meinten rückblickend 35 (38,5%), dass ihre Haft „vollkommen absehbar“ oder „eher absehbar“ gewesen sei, 33 (36,3%) meinten, sie sei „eher nicht“ oder „gar nicht absehbar“ gewesen.³⁴

Weniger als die Hälfte ($n=44$; 48,4%) der ehemaligen Inhaftierten erinnerten sich, die Möglichkeit, dass sie inhaftiert werden würden, vor der Haft mit anderen Personen besprochen zu haben. Dies waren vor allem die Partnerin oder der Partner, gefolgt von der Mutter und anderen Familienmitgliedern. Im Vergleich zu denjenigen, die ihre Haft als eher nicht oder gar nicht absehbar erinnerten, hatten diejenigen, die sie als eher oder vollkommen absehbar erinnerten, die Möglichkeit der Verhaftung signifikant häufiger mit jemandem besprochen ($n=90$; $\chi^2(4)=16,17$; $p=0,003$; *Cramers V*=0,42).

Haftentlassung

Von allen befragten ehemaligen Inhaftierten gaben 60 (65,9%) an, vor 1989 aus der DDR ausgereist zu sein. Aus der Haft nach Westdeutschland entlassen wurden 39 Personen (42,9%), 21 (23,1%) wurden zunächst in die DDR entlassen und reisten später nach Westdeutschland aus (s. auch 6.4). In diesem Falle lebten die Befragten nach der Haftentlassung noch zwischen zwei und 264 Monaten ($n=20$; $M=44,4$; $Sd=72,7$) in der DDR.

6.2.3 Kontakt zu Partnern/-innen und Kindern während der Haftzeit

Von den befragten 91 ehemaligen politisch Inhaftierten befanden sich 62 (68,9%) in einer Partnerschaft, als sie inhaftiert wurden und 43 (47,3%) hatten Kinder zu dieser Zeit. Wurde aus gemeinsam teilnehmenden Paaren, die aus zwei Indexpersonen bestanden, je eine Person aus der Analyse ausgeschlossen, betrug der Anteil 65,0% ($n=52$) für Partnerschaft und 44,4% ($n=36$) für Elternschaft.

Die Kinder waren zur Zeit der Haft im Mittel 7,3 Jahre alt ($Min=0$; $Max=21$). Zwei Personen gaben an, dass ihr Kind während der Haft geboren wurde, bzw. dass sie schwanger waren, als sie verhaftet wurden.

³⁴ „vollkommen absehbar“: 16,5%; „eher absehbar“: 22,0%; „teils/teils“: 24,2%; „eher nicht absehbar“: 16,5%; „gar nicht absehbar“: 19,8%.

Da der Fokus der vorliegenden Arbeit auf der Untersuchung von Auswirkungen der politischen Haft auf ehemalige Inhaftierte, ihre Partner/-innen und ihre Kinder liegt, werden in die Beschreibung der Lebenssituation während der Haft nur die Fälle einbezogen, die sich zur Haftzeit in einer Beziehung befanden oder Kinder hatten ($n=65$).³⁵

Neun (13,8%) dieser Befragten berichteten, dass sie während der Haftzeit keinerlei Kontakt zu ihrer Familie hatten, die übrigen gaben bis zu fünf Kontaktmöglichkeiten an ($M=2,18$; $Md=2,00$; $Sd=1,30$).

In Abbildung 7 ist abgebildet, welche Art des Kontaktes von wie viel Prozent der Befragten, die zur Haftzeit eine Familie hatten, angegeben wurde.

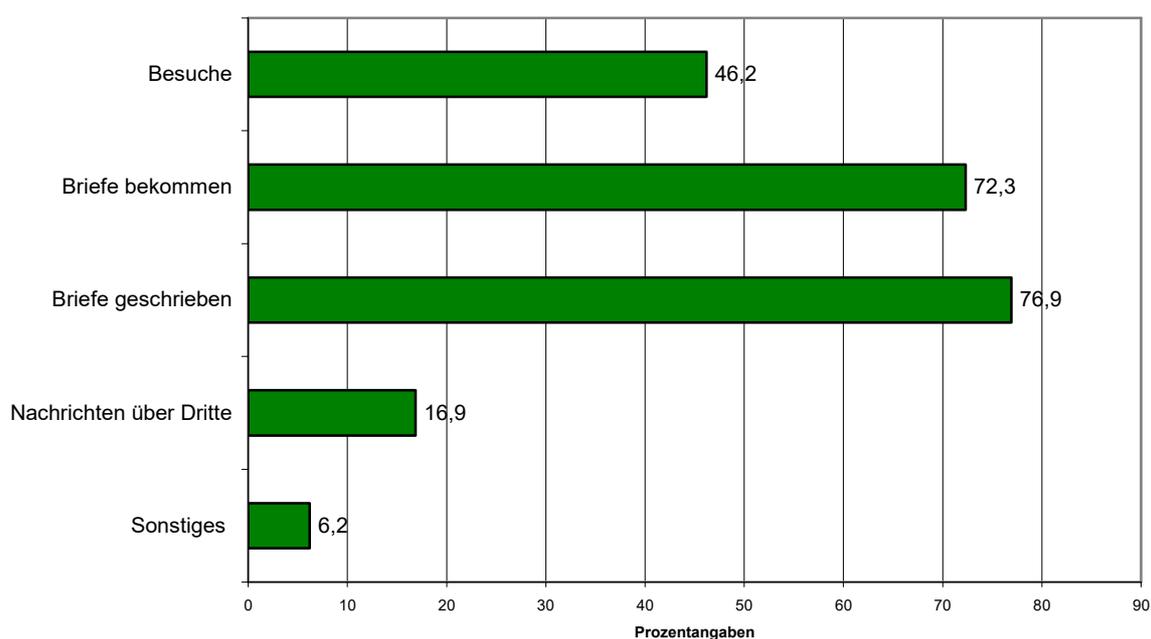


Abbildung 7: Angaben der ehemaligen Inhaftierten zum Kontakt zu ihrer Familie während der Haftzeit

Kommentare von einigen der Teilnehmenden verdeutlichen, dass Kontakte stattfanden, aber selten und reglementiert waren. So berichteten zum Beispiel drei Personen, dass sie nur einen Besuch während der Haftzeit bekommen hatten – sie waren vier, 33 und 43 Monate inhaftiert. Auch zu den Briefen gab es verschiedene Angaben, beispielsweise: „alle vier Wochen“, „ein Brief pro Monat“, „Briefe wurden zurückgehalten, nur jeder 3./4. kam an“, oder „selten wurden Briefe durchgelassen“. Zwei Personen gaben explizit an, dass zu den Kindern kein Kontakt bestand. Auch völlige Isolation von der Außenwelt für einige Zeit wurde berichtet.

³⁵ $n=27$ (41,5%) weiblich, Alter zur Zeit der ersten Verhaftung zwischen 17 und 46 ($n=59$, $M=29,3$; $Md=29,0$; $Sd=7,7$).

Einer der Teilnehmer legte einen längeren Bericht bei, in dem er unter anderem über den Unterschied zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug bezüglich der Kontaktmöglichkeiten schrieb. Zudem berichtete er über die Inhalte der während der Untersuchungshaft mit seiner Frau stattgefundenen Treffen: „[Wir durften] uns während des halben Jahres zweimal für eine halbe Stunde sehen. Schreiben und sprechen durfte man allerdings nur ‚über das Wetter‘“. Deutlich wird in seinem Bericht, dass seine Möglichkeiten, Kontakt zu seiner Familie zu halten, von der Zustimmung seines „Erziehers“ abhingen, obwohl ihm dieses Recht offiziell zugestanden habe.

6.2.4 Die Lebenssituation der Angehörigen

Im Folgenden werden nur Angaben der Partner/-innen und Kinder ausgewertet, die zur Zeit der politischen Haft bereits in einer Partnerschaft mit dem / der Inhaftierten bzw. bereits geboren waren.

Die Partner/-innen

Zehn Personen aus der Gruppe der Partner/-innen (28,6% der Gesamtgruppe) waren zur Zeit der Haft bereits mit dem / der ehemaligen Inhaftierten in einer Beziehung. Acht von ihnen (22,9% der Gesamtgruppe) hatten zu diesem Zeitpunkt gemeinsame Kinder in dieser Beziehung.

Jeweils ein Viertel der Partnerinnen gab an, dass die Haft „gar nicht absehbar“, „teilweise absehbar“, „eher“ oder „vollkommen absehbar“ gewesen sei. Drei erinnerten sich, dass die Möglichkeit der Verhaftung des Partners vor der Haft mit ihnen besprochen wurde. Sie gaben jedoch nicht an, wer dies mit ihnen besprochen hatte.

Acht Partnerinnen³⁶ machten Angaben zu Erlebnissen im Umfeld der Verhaftung. Vier von ihnen (50,0%) waren bei der Verhaftung anwesend, wurden aber nicht mit verhaftet. Weitere Angaben finden sich in Abbildung 8. Keine der hier befragten Partnerinnen erlebte körperliche Gewalt während der Festnahme. Hingegen erlebten nur zwei der Befragten keine psychische Gewalt, sechs berichteten psychische Gewalt gegen sich, den Partner oder beide. In einem Fall kam es im Zuge der Haft zur Zwangsumsiedlung. Eine Partnerin berichtete, dass sie „lange Zeit keine Nachricht von Behörden und Partner“ erhalten habe.

³⁶ Diese Teilstichprobe war nur weiblichen Geschlechts.

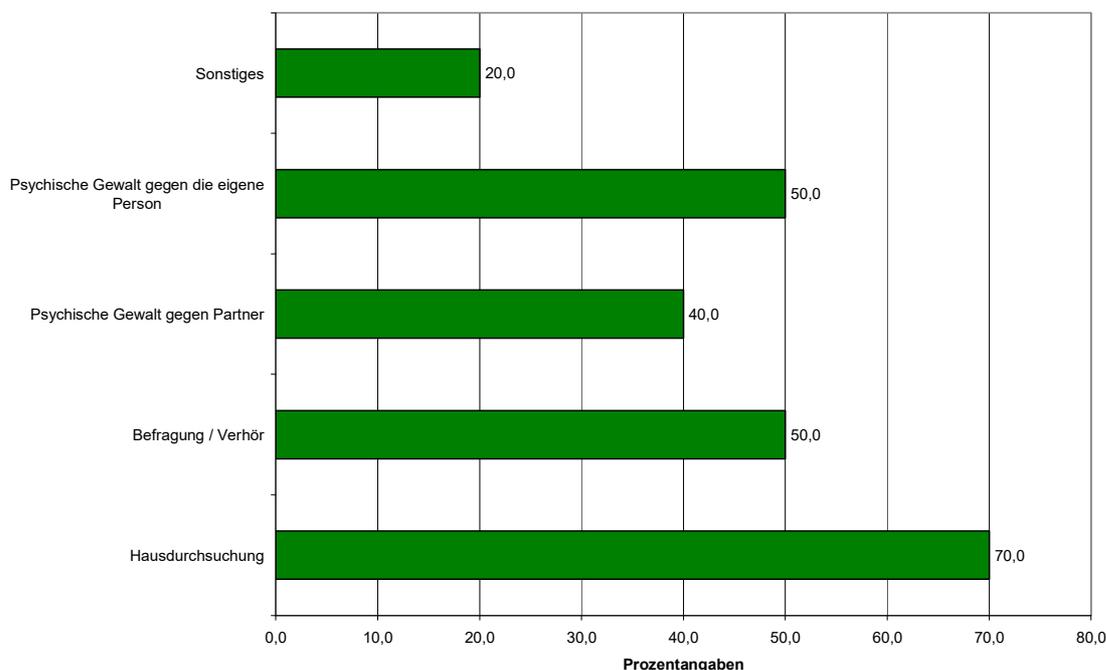


Abbildung 8: Angaben zu Erlebnissen im Umfeld der Verhaftung in der Gruppe der Partnerinnen

Sieben der Befragten gaben an, wann sie zuerst von der Haft ihres Partners erfuhren. Dies war in allen Fällen im Jahr der Verhaftung. Die Mehrheit (62,5%; $n=5$) wurde durch die Staatssicherheit über die Verhaftung informiert. Zwei Befragte erfuhren durch andere Verwandte von der Festnahme.

In zwei Fällen waren die Indexpersonen jeweils zweimal inhaftiert; einmal vor Beginn und einmal nach Beginn der Partnerschaft. Beide Partnerinnen erfuhren zunächst im Jahr des Beginns der Partnerschaft von der ersten Haft. Wie sie von der zweiten Haft erfuhren, war über den Fragebogen deshalb nicht eindeutig zu bestimmen.

Während der Haftzeit, die in dieser Gruppe zwischen drei und 31 Monaten dauerte ($n=8$; $M=15,5$; $Md=15,0$; $Sd=9,8$), konnten alle acht Frauen ihren Partner in der Haftanstalt besuchen. Briefe geschrieben zu haben erinnerten sieben von ihnen, (87,5%), Briefe bekommen zu haben, fünf (62,5%). Zwei (25,0%) bekamen zudem Nachrichten ihrer Partner über Dritte.

Die Kinder

Weniger als die Hälfte (40,6%; $n=26$) der Gesamtstichprobe der Kinder waren oder wurden zur Zeit der Haft geboren. Eines dieser Kinder kam während der Haft der Mutter zur Welt, die anderen Kinder waren zwischen einem und 20 Jahre alt ($M=8,2$ Jahre). In 16 Fällen (61,5%) wurden Mutter und Vater inhaftiert, in sieben Fällen (26,9%) der Vater, in drei Fällen (11,5%) die Mutter. Die Mütter waren zwischen sechs und 96 Monaten in politischer Haft ($n=15$; $M=22,0$; $Md=15,0$; $Sd=23,4$), die Väter zwischen fünf und 69 Monaten ($n=20$; $M=24,0$; $Md=15,5$; $Sd=19,1$).

Drei Kinder (11,5%) im Alter von zehn, 17 und 20 Jahren erinnerten sich, dass die Möglichkeit der Verhaftung vor der Haft mit ihnen besprochen wurde. Entweder waren es beide Eltern ($n=2$; 7,7%) oder der Vater ($n=1$; 3,8%) der dies mit ihnen besprach.

Die Mehrheit der Kinder gab rückblickend an, dass die Verhaftung für sie nicht absehbar gewesen sei – 19 (73,1%) gaben an, es sei für sie „gar nicht absehbar“ gewesen, jeweils zwei (7,7%) kreuzten „eher nicht absehbar“, „teils/teils“ und „eher absehbar“ an. Dass die Haft „vollkommen absehbar“ für sie gewesen sei, bejahte niemand in dieser Gruppe.

25 Kinder machten Angaben zu ihrer Anwesenheit während der Verhaftung. Vier Kinder (15,4%), darunter dasjenige, das während der Haft geboren wurde, gaben an, mit ihren Eltern verhaftet worden zu sein. Drei Kinder (11,5%) berichteten, dabei gewesen, aber nicht mit verhaftet worden zu sein. Die Mehrheit der Kinder (69,2%; $n=18$) war nicht dabei, als die Eltern verhaftet wurden. Angaben zu Erlebnissen der Kinder in Zusammenhang mit der Verhaftung der Eltern finden sich in Abbildung 9.

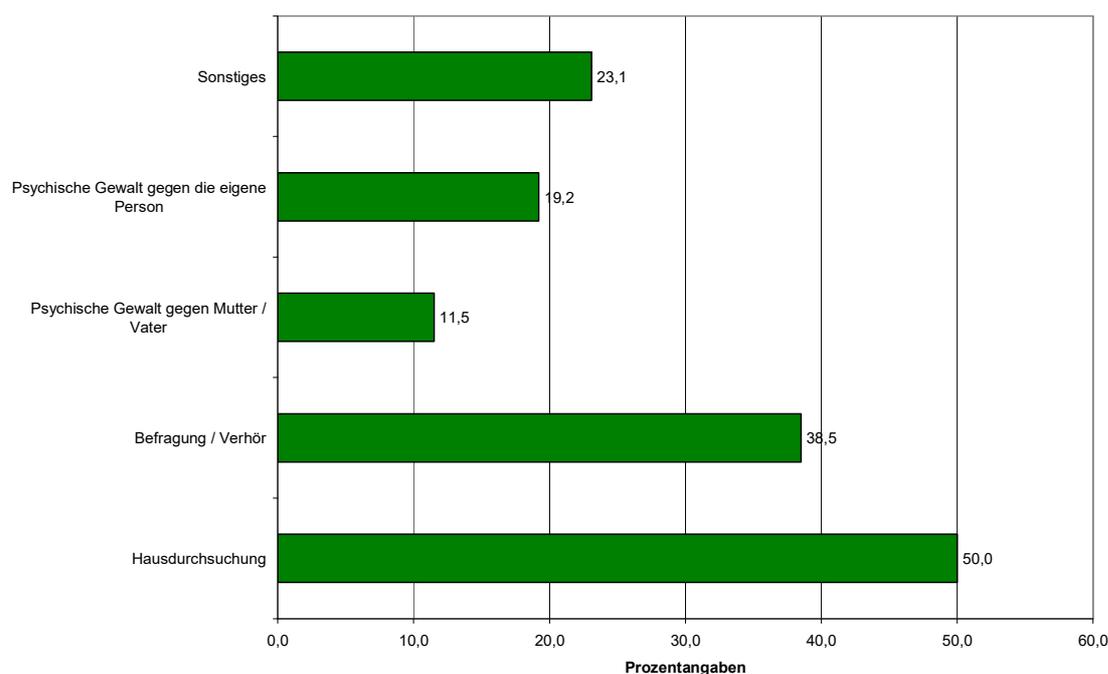


Abbildung 9: Angaben zu Erlebnissen im Umfeld der Verhaftung in der Gruppe der Kinder

Keines der Kinder erinnerte körperliche Gewalt gegen sich oder die Eltern während der Verhaftung. Als „sonstiges“ wurde in einem Fall angegeben, „im Unklaren gelassen“ worden zu sein. Eine Person gab an, „keine Erinnerung“ an die Verhaftung zu haben. Sie war zur Haftzeit zwei Jahre alt gewesen und zunächst mit den Eltern verhaftet worden. Drei Teilnehmende gaben spontan Gefühle bzw. weitere Informationen zur Verhaftungssituation an. Diese waren: „extreme Hilflosigkeit, Ohnmacht“; „mir wurden meine Eltern von jetzt auf gleich weggenommen“; „Trauer, dass Mutter weg war“.

Die Kinder erfuhren zum großen Teil durch ihre Mutter (38,5%; $n=10$) oder ihre Großmutter (38,5%; $n=10$) von der politischen Haft. Zu einem geringeren Teil (19,2%; $n=5$) wurden sie durch die Staatssicherheit oder andere Angehörige (15,4%; $n=4$) informiert. Sechs Kinder gaben an, durch mehrere Personen von der Haft erfahren zu haben.

Angaben dazu, wie die Kinder während der Haftzeit untergebracht wurden, finden sich in Tabelle 11. In mindestens sechs Fällen mussten die Kinder während der Zeit der Haft in eine andere Art der Unterbringung wechseln, vor allem zwischen Kinderheim und Großeltern.

Tabelle 11: Unterbringung der Kinder während der Haftzeit

„Wo wurden Sie untergebracht, als Ihre Eltern (Mutter / Vater) inhaftiert waren?“	Beantwortung mit Ja ($n=26$)	
	N	%
Beim nicht-inhaftierten Elternteil	6	23,1
Bei meinen Großeltern	11	42,3
Bei anderen Familienangehörigen	6	23,1
Im Kinderheim	6	23,1
Anderswo	2	7,7

Anmerkung: Da Mehrfachangaben möglich waren, übersteigt die Summe 100%

Zehn der Befragten (38,5%) mussten nach der Festnahme eines oder beider Elternteile in eine andere Stadt umziehen.

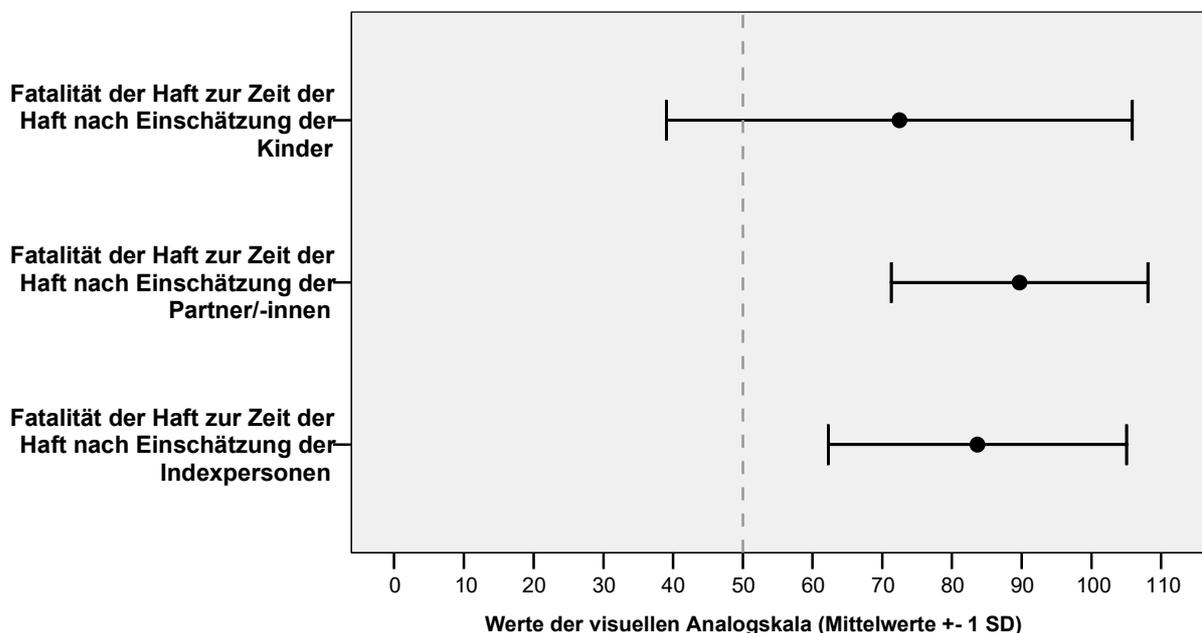
In drei Fällen ($n=7$) waren die Befragten Geschwister, mit zweimal je zwei Teilnehmenden und einmal drei Teilnehmenden. Ein Geschwisterpaar wurde in einem Kinderheim und bei anderen Angehörigen untergebracht, ein Geschwisterpaar bei Angehörigen. Beide Geschwisterpaare mussten deshalb in eine andere Stadt ziehen. Die Geschwistertriade konnte beim nicht-inhaftierten Elternteil bleiben und musste nicht umziehen.

Fünf der hier befragten Personen (19,2%) hatten während der Haftzeit keinerlei Kontakt zu den inhaftierten Eltern. Die häufigste Kontaktmöglichkeit, die die Befragten angaben, war das Schreiben und Empfangen von Briefen – 12 (46,2%) schrieben Briefe und 13 (50,0%) bekamen Briefe. Vier Kinder (15,4%) konnten ihre Eltern während der Haftzeit besuchen. Sie waren zu Beginn der Haft 13, 14 und 20 Jahre alt. Außerdem erhielt knapp ein Viertel der Kinder ($n=6$; 23,1%) Nachrichten ihrer Eltern über andere Personen.

6.2.5 Erinnernte psychische Belastung während der Haftzeit in den drei Gruppen

Die Befragten wurden gebeten, auf einer visuellen Analogskala anzugeben, wie schlimm die politische Inhaftierung damals, also zur Zeit der Haft, im Vergleich zu anderen Erlebnissen für sie gewesen sei (Abbildung 10). Die Einschätzung der ehemaligen Inhaftierten schöpfte das gesamte Spektrum der visuellen Analogskala aus. Eine Person gab an, dass ihre politische Inhaftierung damals „gar nicht schlimm“ für sie gewesen sei und insgesamt 16 Personen gaben an, die politische Haft sei damals „schlimmer als alles andere“ für sie gewesen ($n=83$; $M=83,64$; $Md=93,97$; $Sd=21,41$). In der Gruppe der Partner/-innen wurde hingegen die geringste Belastung bei 44,9 (von 100) angegeben, die höchste bei 99,1 ($n=8$; $M=89,68$; $Md=96,32$; $Sd=18,41$). Die Kinder schätzten die „Schlimmheit“, die im Folgenden als „Fatalität“ bezeichnet wird, der politischen Haft der Eltern für sich selbst zwischen 2,6 und 100,0 ein ($n=26$; $M=72,47$; $Md=88,52$; $Sd=33,42$; s. a. Abbildung 10).

In der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten ergab sich ein signifikanter Geschlechtsunterschied bezüglich der Einschätzung der Fatalität der politischen Haft – die Frauen ($n=28$; $M=89,0$; $Sd=21,5$) schätzten sie signifikant höher ein als die Männer ($n=55$; $M=80,9$; $Sd=21,0$; $U=529,5$; $p=0,02$; $d=0,38$).



Visuelle Analogskala zur Frage: „Gemessen an anderen Erlebnissen, wie schlimm war die Inhaftierung [...] damals für Sie?“, mögliche Werte 0-100, mit 0=„gar nicht schlimm“; 100=„schlimmer als alles andere“

Abbildung 10: Angaben der ehemaligen Inhaftierten, der Partner/-innen und der Kinder zur Fatalität der Haft zur Zeit der Haft

Die ehemaligen Inhaftierten wurden zudem gebeten, die psychische Belastung ihrer Partner/-innen und Kinder zu dieser Zeit einzuschätzen. Der Einschätzung „gar nicht belastet“ entspricht dabei dem geringst möglichen Wert (0,0), die Einschätzung „sehr stark belastet“ dem Wert 100,0. Die Belastung der Partner/-innen wurde mit Werten zwischen 7,8 ($n=1$) und 100,0 ($n=7$) eingeschätzt ($n=56$; $M=81,1$; $Md=92,2$; $Sd=25,0$), die der Kinder mit Werten zwischen 0,0 ($n=2$) und 100,0 ($n=5$) ($n=41$; $M=73,2$; $Md=91,9$; $Sd=36,0$).

Es ergaben sich keine signifikanten Unterschiede für die Einschätzung der Belastung der Partner/-innen im Vergleich zur Einschätzung der Belastung der Kinder durch die Indexpersonen (Wilcoxon-Test, $n=39$; $T=201,5$; $p=0,10$; $d=0,55$). Auch in Abhängigkeit vom Geschlecht der befragten Indexperson ergaben sich keine signifikanten Unterschiede (Partner/-innen: $U=324,0$; $p=0,36$; $d=0,24$; Kinder: $U=165,5$; $p=0,31$; $d=0,45$).

Ein Vergleich der Gruppe derer, die eine Inhaftierung des Partners / der Partnerin zusätzlich zu ihrer eigenen angaben ($n=23$) mit der Gruppe derer, die keine Inhaftierung des Partners / der Partnerin angaben ($n=29$), ergab keinen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen, weder hinsichtlich der Einschätzung der Fatalität der Haft für die eigene Person noch der psychischen Belastung der Partnerin / des Partners durch die Haft (Eigene Belastung: $U=288,5$; $p=0,83$; $d=0,17$; Belastung Partner/-in: $U=267,0$; $p=0,85$; $d=0,14$).³⁷

Je höher die angegebene frühere eigene Belastung bzw. Fatalität der politischen Haft war, desto höher waren auch die durch die ehemaligen Inhaftierten eingeschätzte frühere Belastung der Partner/-innen und der Kinder. Der Zusammenhang zwischen diesen Einschätzungen war jedoch mit Korrelationskoeffizienten von 0,54 ($n=40$; $p<0,001$) für den Zusammenhang mit der Belastung der Kinder und 0,32 ($n=56$; $p=0,016$) für den Zusammenhang mit der Belastung der Partner/-innen nur gering. Die Einschätzungen der psychischen Belastung der Partner/-innen und der der Kinder nach Einschätzung der ehemaligen Inhaftierten korrelierten hingegen nicht signifikant miteinander ($n=38$; $r_s=0,25$; $p=0,136$).

6.3 Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen

Von den befragten ehemaligen politisch Inhaftierten gaben 83 (91,2%) an, nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt gewesen zu sein. Diejenigen von ihnen, die Angaben zu den einzelnen Maßnahmen machten, berichteten zwischen einer und 13 verschiedenen Maßnahmen ($n=79$; $M=4,5$; $Md=4,0$; $Sd=2,7$).

³⁷ Untergruppe mit je nur einer Indexperson pro Familie in der Berechnung.

In der Gruppe der Partner/-innen gaben 20 von 35 (57,1%) an, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt zu haben. Hier wurden zwischen zwei und 12 verschiedene Maßnahmen berichtet ($n=19$; $M=2,7$; $Md=2,0$; $Sd=2,6$).

19 der befragten 64 Kinder (29,7%) gaben an, nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt gewesen zu sein. Sie berichteten zwischen einer und acht gegen sie gerichteten Maßnahmen ($n=18$; $M=2,6$; $Md=2,0$; $Sd=2,0$).

Die in allen drei Gruppen am häufigsten berichtete Repressionsmaßnahme war die der Überwachung / Bespitzelung. Eine Ausbürgerung gegen den eigenen Wunsch wurde von niemandem in dieser Befragung berichtet.

Angaben dazu, wie viele Personen in jeder Gruppe welche nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahme berichteten, finden sich in Tabelle 12. Als „sonstige“ nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen wurden in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten in zwei Fällen Maßnahmen im Strafvollzug angegeben, nämlich „Arrestzelle“ bzw. „5mal 21 Tage Arrest“. Weiterhin wurden Maßnahmen genannt, die unter Psychoterror einzuordnen sind („Anschläge, Morddrohungen, Verwüstung der Wohnung“) sowie die Verweigerung verdienter schulischer Auszeichnungen und Ausschluss von der Teilnahme an Sportveranstaltungen.

Die Partner/-innen berichteten zusätzlich zu den gegebenen Antwortoptionen, dass ihnen die Einreise zu einem Besuch in die DDR verweigert wurde ($n=1$) und dass durch das Angebot von Vergünstigungen die Trennung vom inhaftierten Partner herbeigeführt werden sollte ($n=1$). In der Gruppe der Kinder wurden als sonstige Repressionsmaßnahmen die Diskriminierung durch Mitschüler ($n=1$), die Verweigerung der Teilnahme an einer Pionier-Reise ($n=1$) sowie das Ansetzen eines inoffiziellen Mitarbeiters (IM) des MfS als „Liebespartner“ ($n=1$) genannt.

Tabelle 12: Erlebte nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen in den drei Gruppen

	Ehemalige politisch Inhaftierte (n=91)		Partner/ Partnerinnen (n=35)		Kinder (n=64)	
	N	%	n	%	n	%
Unsichtbare Überwachung / Bespitzelung	61	67,0	12	34,3	9	14,1
Deutlich sichtbare Überwachung / Bespitzelung	27	29,7	4	11,4	3	4,7
Hausdurchsuchungen	37	40,7	8	22,9	7	10,9
Berufliche Einschränkungen	41	45,1	2	10,5	1	1,6
Einschränkungen im Ausbildungsbereich	19	20,9	3	8,6	8	12,5
Vorladungen (Behörden, Polizei o.a.)	36	39,6	7	20,0	3	4,7
Ausschluss aus Parteien / Massenorganisationen	9	9,9	-	-	-	-
Verweigerung der Ausreise nach Westdeutschland	27	29,7	3	8,6	5	7,8
Aufenthaltsbeschränkungen / Reiseverbot	28	30,8	5	14,3	3	4,7
Psychoterror	6	6,6	1	2,9	-	-
Versuche d. Einschüchterung durch Beschädigung v. Eigentum o. Gewalt	4	4,4	-	-	1	1,6
Ausbürgerung (gegen den eigenen Wunsch)	-	-	-	-	-	-
Entzug von Dokumenten	17	18,7	1	2,9	2	3,1
Gezielte Kriminalisierung wg. „unpolitischer Delikte“	7	7,7	1	2,9	-	-
Enteignungen, Entzug des Vermögens	15	16,5	2	5,7	-	-
Kompromittierung / Isolierung durch inoffizielle Mitarbeiter/-innen des MfS	8	8,8	1	2,9	1	1,6
Gezielte Gewährung von Vergünstigungen	3	3,8	1	2,9	-	-
Sonstige	7	7,7	1	2,9	3	4,7

Anmerkung: Da Mehrfachangaben möglich waren, übersteigt die Summe 100%.

Für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten war die Berechnung des Abstandes zwischen der frühesten berichteten Repressionsmaßnahme und dem Beginn der Haftzeit sowie zwischen dem Ende der Haft und der spätesten berichteten Repressionsmaßnahme möglich. Der früheste berichtete Zeitpunkt für beginnende nichtstrafrechtliche Maßnahmen lag im Jahr 1948, der späteste Zeitpunkt im Jahr 1989. Im frühesten Fall begannen die nichtstrafrechtlichen Maßnahmen neun Jahre vor der Haft und endeten im „spätesten“ Fall 34 Jahre nach der Haftentlassung. Die Angaben zur Dauer der Maßnahmen waren uneinheitlich und daher

schwer auszuwerten. Unter Vernachlässigung von Unterbrechungen der nichtstrafrechtlichen Repressionen ergaben sich Zeiträume von bis zu 37 Jahren, in denen die Betroffenen diesen ausgesetzt waren ($n=63$; $Min=0$; $Max=37$; $M=11,27$; $Md=7,0$; $Sd=10,62$).

Im Vergleich der Partnern/-innen, die zur Zeit der Haft bereits in Beziehung mit einem bzw. einer politisch Inhaftierten lebten ($n=10$) mit denen, die erst später diese Beziehung begannen ($n=25$), erlebte die erste Gruppe signifikant häufiger nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen ($U=58,5$; $p=0,013$; $d=1,24$). Die Partner/-innen, die bereits zur Haftzeit in einer Beziehung mit dem / der ehemaligen Inhaftierten lebten, erlebten im Mittel 3,3 Maßnahmen, die anderen 0,8.

Die Personen, die erst nach der Entlassung aus der politischen Haft eine Beziehung mit der Indexperson begannen, erlebten signifikant seltener Hausdurchsuchungen und Vorladungen zu Behörden, Polizei oder anderen Einrichtungen (Hausdurchsuchungen: $n=19$; $\chi^2(1)=11,68$; $p=0,001$; $\varphi=0,784$; Vorladungen: $n=19$; $\chi^2(1)=8,65$; $p=0,006$; $\varphi=0,675$).

Wurden die Partner/-innen, die nach der Haftentlassung eine Beziehung mit dem / der ehemaligen Inhaftierten begannen, aus der Analyse ausgeschlossen, berichteten 80,0% der Partnerinnen gegen sie gerichtete nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen. Der Anteil derer, die Repressionen ausgesetzt waren, erhöhte sich in Bezug auf alle Maßnahmen.

Für die Gruppe der Kinder ergab sich ein ähnliches Ergebnis. Die Kinder, die zur Haftzeit eines oder beider Elternteile bereits geboren waren ($n=26$), erlebten signifikant häufiger nichtstrafrechtliche Repressionen als die Kinder, die nach der Haft geboren wurden ($n=38$) ($\chi^2(1)=10,0$; $p=0,002$; $\varphi=0,443$). Auch hinsichtlich der Anzahl der erlebten Maßnahmen unterschieden die Gruppen sich signifikant voneinander ($U=307,0$; $p=0,001$; $d=0,71$). Die Kinder, die vor oder während der Haft geboren wurden, erlebten im Mittel 1,3 Maßnahmen ($Md=0,50$), die anderen 0,3 ($Md=0,00$). In Bezug auf die Häufigkeit einzelner Maßnahmen ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Von den Kindern, die zur Haftzeit bereits geboren waren, erlebten insgesamt 34,6% nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen. Die Hälfte dieser Gruppe berichtete unsichtbare Überwachung, 42,9% berichteten Hausdurchsuchungen und 35,7% Einschränkungen im Ausbildungsbereich.

Beide Gruppen, die der Partner/-innen und die der Kinder, waren also besonders dann nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt, wenn sie zur Zeit der Haft bereits zur Familie der politisch Inhaftierten gehörten. Auch, wenn sie erst nach der Haftentlassung eine Beziehung begannen oder geboren wurden, waren sie aber zum Teil nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt.

6.4 Ausreise

Zur Ausreise wurden die Angaben von jeweils einem Familienmitglied zugrunde gelegt.³⁸ In insgesamt 57 von 91 Familien (62,6%) reisten ein oder mehrere Familienmitglieder vor 1989 dauerhaft aus der DDR aus. In 14 Fällen (15,4%) konnte die Familie gemeinsam ausreisen. Wurden nur die Fälle betrachtet, in denen die Familie zur Haftzeit bereits bestand, berichteten 21 Familien, dass sie zunächst getrennt die DDR verließen und die in der DDR verbliebenen Angehörigen dann nach einiger Zeit ebenfalls ausreisen durften. In der Mehrheit dieser Fälle reiste zunächst ein/-e Partner/-in aus ($n=12$), seltener beide Eltern gemeinsam ($n=7$). Die Dauer der Trennung lag zwischen einem und 78 Monaten ($n=20$; $M=13,13$; $Md=3,00$; $Sd=20,77$).

6.5 Kommunikation über die politische Haft

6.5.1 Kommunikation in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

Adressaten/-innen der Kommunikation

Nicht alle ehemaligen Inhaftierten machten Angaben dazu, wem sie von ihren Erlebnissen während der politischen Haft erzählt hatten.³⁹ Diejenigen, die davon berichteten, gaben vor allem ihre Partner/-innen als diejenigen an, denen sie von der Haft erzählt hatten. Dies war bei 64,8% ($n=59$) der Fall. Der Mutter von der politischen Haft erzählt zu haben, berichteten 53,8% ($n=49$), dem Vater davon erzählt zu haben 31,9% ($n=29$). In 52,7% der Fälle ($n=48$), wurde den Kindern von Erlebnissen in der politischen Haft erzählt. Fast die Hälfte (49,5%; $n=45$) der Befragten gab an, „anderen Personen“, vor allem Freunden/-innen, zum Teil auch der Öffentlichkeit, von Erlebnissen in der politischen Haft erzählt zu haben. Andere Familienmitglieder gaben 35,2% ($n=32$) der ehemaligen Inhaftierten an, Enkelkinder 13,2% ($n=12$). Für die meisten ehemaligen Inhaftierten war der Partner bzw. die Partnerin die Person (oder eine der Personen), mit der sie bisher am intensivsten über die Erlebnisse in politischer Haft gesprochen hatten (63,7%; $n=58$). In neun Fällen (9,9%) wurden die eigenen Kinder als diese Personen benannt, allerdings meistens neben anderen Personen. Nur eine der teilnehmenden Personen berichtete nur das Kind als Person, mit der er/sie bisher am intensivsten über die Haftzeit gesprochen habe.

³⁸ Zum Vorgehen und zur Stichprobe siehe 6.2.1

³⁹ Durch Gespräche mit den Betroffenen und das Vorliegen des Fragebogens von Angehörigen wurde deutlich, dass diese Angaben den wirklichen Anteil eher unterschätzen, also eher Angaben fehlten, als dass es sich wirklich um ein „Nicht-Erzählen“ handelte.

Zehn Personen (11,0%) berichteten die intensivsten Gespräche mit ehemaligen Haftkameraden/-innen, sieben (7,7%) mit Freunden/-innen und sechs (6,6%) mit Personen im therapeutischen Kontext (z. B. „Psychotherapeutin“, „Therapeuten“).

Zeitpunkt der Kommunikation

Zur Berechnung der Zeitspanne zwischen Haftentlassung und dem Erzählen von der Haftzeit wurde das angegebene Jahr des Erzählens vom angegebenen Jahr der Haftentlassung subtrahiert. Aufgrund der vielen fehlenden Werte beziehen sich die folgenden Angaben nur auf die Teilstichproben, in denen Angaben zum Zeitpunkt des Erzählens gemacht wurden (s. o.). Den Müttern und Vätern wurde in der Mehrzahl der Fälle innerhalb der Teilstichprobe im Jahr der Haftentlassung (Mütter: $n=20$, Väter: $n=10$) oder während der Haftzeit (Mütter: $n=4$; Väter: $n=3$) von den Erlebnissen der Haft berichtet (Mütter: $n=34$; $M=2,38$; $Md=0,00$; $Sd=5,51$; Väter: $n=17$; $M=2,82$; $Md=0,00$; $Sd=6,50$).

Die Hälfte der befragten ehemaligen Inhaftierten gab an, dem Partner bzw. der Partnerin im Jahr der Haftentlassung von der Haft erzählt zu haben ($n=21$) während dies in Bezug auf die Kinder bei weniger als einem Fünftel der Fall war ($n=7$ im Jahr der Entlassung und $n=1$ während der Haftzeit) (Partner/-innen: $n=41$; $M=1,83$; $Md=0,00$; $Sd=3,27$; Kinder: $n=39$; $M=12,49$; $Md=12,00$; $Sd=11,15$).

Häufigkeit der Kommunikation

In Abbildung 11 sind die angegebenen Häufigkeiten der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft angegeben, wie sie von den ehemaligen Inhaftierten erinnert wurde. Nur wenige gaben an, in der Familie gar nicht über die Haft gesprochen zu haben – vor 1989 9,9% ($n=9$), 1989-99 7,7% ($n=7$) und gegenwärtig 14,3% ($n=13$). In fünf Fällen wurde dies durchgehend für alle drei Zeiträume angegeben.

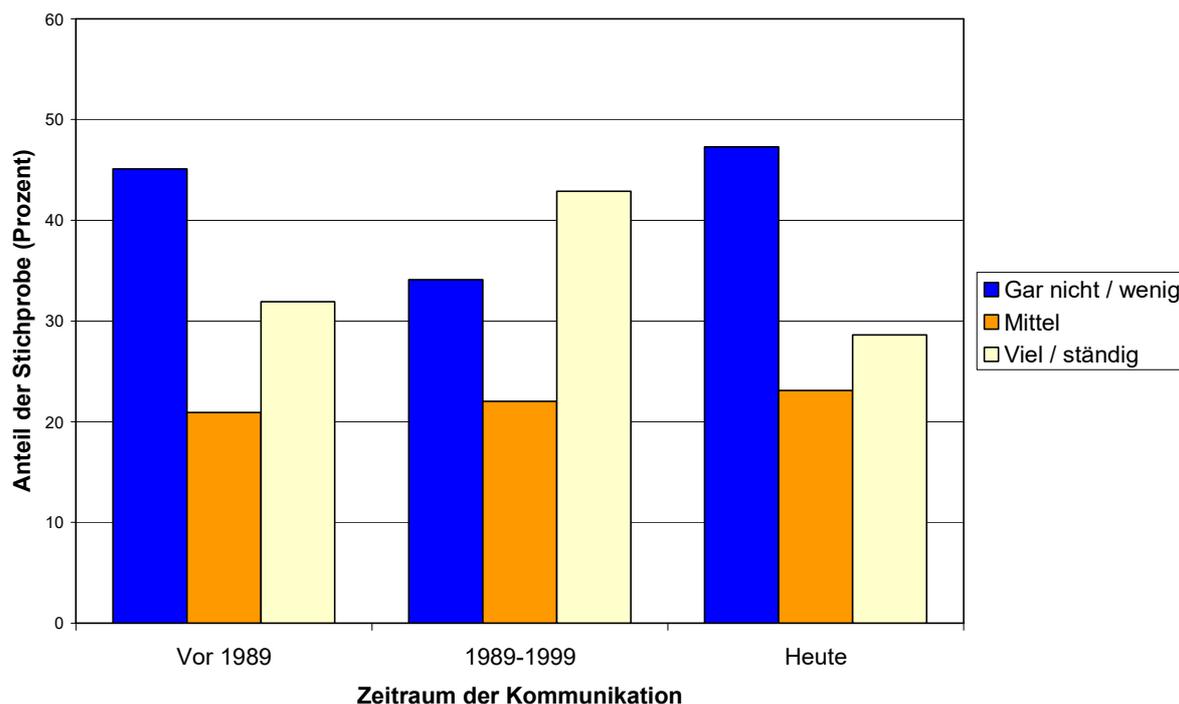


Abbildung 11: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten

Die angegebenen Kommunikationshäufigkeiten unterschieden sich signifikant in den drei Zeiträumen ($n=89$; $\chi^2=13,0$; $p=0,002$).⁴⁰ In den zehn Jahren nach 1989 stieg die Kommunikation nach Angaben der ehemaligen Inhaftierten signifikant an ($n=89$; $T=205,0$; $p=0,013$; $d=0,23$), um dann wieder abzunehmen ($n=90$; $T=108,0$; $p<0,001$; $d=0,32$).

Im nächsten Schritt wurden die Ergebnisse zur Kommunikationshäufigkeit in Beziehung zur Ausreise und dem derzeitigen Wohnort gesetzt. Zwischen der Ausreise vor 1989 aus der DDR und der angegebenen Häufigkeit der Kommunikation ergab sich lediglich für die Kommunikation vor 1989 ein signifikanter Zusammenhang. Die vor 1989 Ausgereisten kommunizierten seltener gar nicht und häufiger moderat oder viel über die politische Haft, während die nicht Ausgereisten häufiger gar nicht und seltener moderat oder viel über die politische Haft kommunizierten ($n=89$; $\chi^2(2)=6,98$; $p=0,031$; $Cramers\ V=0,28$). Für die anderen Zeiträume ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge (Kommunikationshäufigkeit heute: $n=90$; $\chi^2(2)=0,28$; $p=0,869$; $Cramers\ V=0,06$; 1989-99: $n=90$; $\chi^2(2)=1,59$; $p=0,451$; $Cramers\ V=0,13$).

Zwischen dem derzeitigen Wohnort und der Kommunikationshäufigkeit ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge (Vergleich alte ($n=50$) und neue ($n=33$) Bundesländer, Kom-

⁴⁰ Da es sich um verbundene Stichproben handelt, wurden Friedman- und Wilcoxon-Test angewendet.

munikationshäufigkeit heute: $\chi^2(2)=5,27$; $p=0,072$; *Cramers V*=0,25; 1989-99: $\chi^2(2)=0,30$; $p=0,860$; *Cramers V*=0,06; vor 1989: $\chi^2=0,46$; $p=0,793$; *Cramers V*=0,75).

Bewertung der Kommunikation

Die ehemaligen Inhaftierten wurden gebeten, einzuschätzen, wie sie das Sprechen über die politische Inhaftierung innerhalb der Familie „im Allgemeinen“ empfanden. Dazu standen die Kategorien „wichtig“, „belastend“, „erleichternd“, „interessant“ sowie „sonstiges“ zur Verfügung. Die Kategorien konnten zudem in ihrer Intensität, also mit „sehr“, „etwas“, „wenig“ oder „gar nicht“ eingeschätzt werden. 73,6% machten Angaben dazu, wie wichtig sie die Kommunikation fanden, 61,5% dazu, wie belastend sie sie fanden, 59,3% wie erleichternd sie sie fanden und 42,9% dazu, wie interessant sie sie fanden (Abbildung 12). Weitere Angaben zur Kommunikation, die ohne Kategorienvorgabe gemacht wurden, waren „aufregend“ (2,2%), „aufklärend“ (1,1%), „ich fühlte mich wahrgenommen“ (1,1%) sowie „zum Kotzen“ (1,1%).

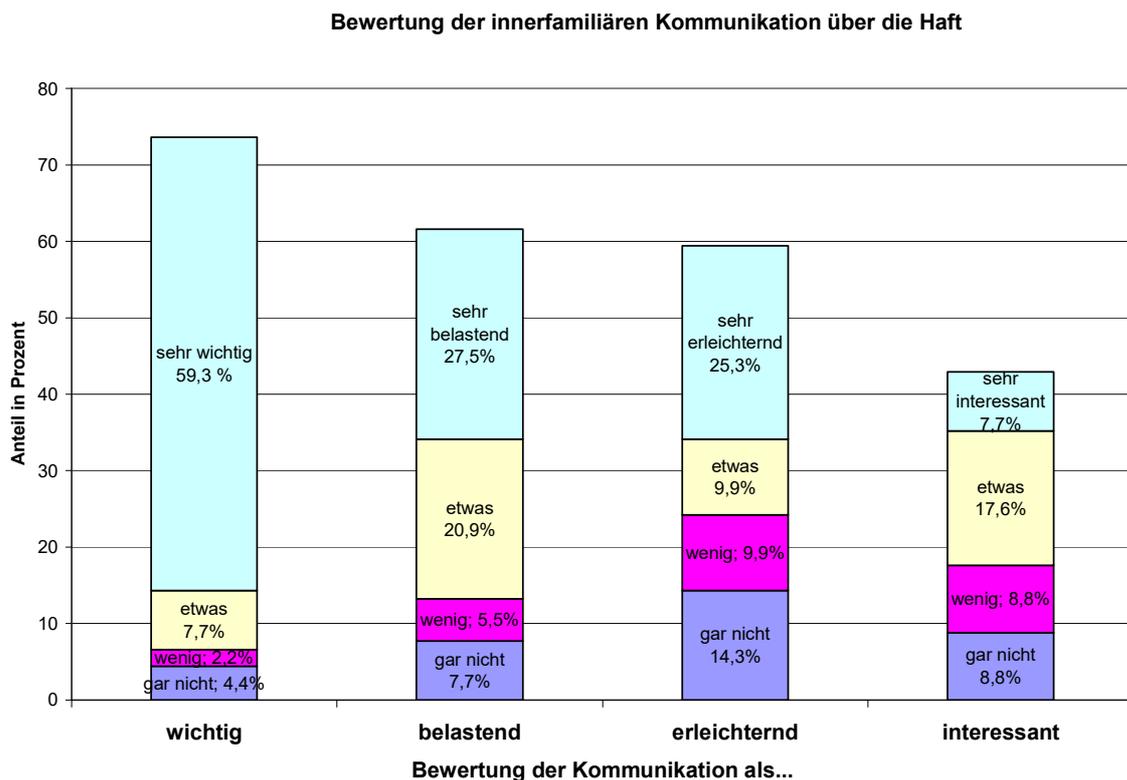


Abbildung 12: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Indexpersonen

Unter Einbezug des Geschlechts und einer Dichotomisierung der Bewertungskategorien⁴¹ ergab sich, dass Frauen die Kommunikation signifikant häufiger als sehr belastend einstufen

⁴¹ Die jeweils extremste Kategorie („sehr wichtig“, „sehr belastend“, „sehr erleichternd“, „sehr interessant“) wurde auf den Wert „1“ gesetzt, alle anderen Kategorien in einer Kategorie „2“ zusammengefasst.

als die Männer ($n=56$; $\chi^2(1)=11,60$; $p=0,001$; $\varphi=0,46$). Für die anderen Kategorien wurde dieser Unterschied nicht signifikant (Wichtig: $n=67$; $\chi^2(1)=2,93$; $p=0,114$; $\varphi=0,21$; erleichternd: $n=54$; $\chi^2(1)=0,06$; $p=0,811$; $\varphi=0,03$; interessant: $n=39$; $\chi^2(1)=3,35$; $p=0,159$; $\varphi=0,29$).

Die Kommunikation über die politische Haft empfanden zudem diejenigen, die zur Haftzeit bereits Kinder hatten signifikant häufiger als sehr belastend als diejenigen, die später Kinder bekommen hatten ($n=56$; $\chi^2(1)=9,13$; $p=0,003$; $\varphi=0,40$). Hinsichtlich der anderen Kategorien ergaben sich in Abhängigkeit von diesem Faktor keine Unterschiede (Wichtig: $n=66$; $\chi^2(1)=0,57$; $p=0,450$; $\varphi=0,09$; erleichternd: $n=54$; $\chi^2(1)=0,19$; $p=0,667$; $\varphi=0,06$; interessant: $n=39$; $\chi^2(1)=0,55$; $p=0,678$; $\varphi=0,12$). Ebenfalls ergaben sich mit dem Chi-Quadrat-Test keine signifikanten Unterschiede in Abhängigkeit davon, ob sich die Befragten zur Haftzeit in einer Partnerschaft befanden oder nicht und auch nicht in Abhängigkeit vom derzeitigen Beziehungsstatus.

Die Befragten, die zur Zeit der Befragung in den neuen Bundesländern lebten, bewerteten die Kommunikation über die politische Haft signifikant häufiger als sehr erleichternd als die Befragten in den alten Bundesländern ($n=52$; $\chi^2(1)=4,35$; $p=0,037$; $\varphi=0,29$), nicht jedoch als belastender ($n=53$; $\chi^2(1)=3,17$; $p=0,075$; $\varphi=0,24$), wichtiger ($n=63$; $\chi^2(1)=1,48$; $p=0,314$; $\varphi=0,15$) oder interessanter ($n=37$; $\chi^2(1)=0,43$; $p=0,659$; $\varphi=0,11$).

Zwischen der Ausreise vor 1989 und der Bewertung der Kommunikation über die Haft ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge.

Häufigkeit und Bewertung der Kommunikation in den drei erfassten Zeiträumen

Wurde der Zusammenhang zwischen den dichotomisierten Bewertungskategorien und den Kommunikationshäufigkeiten über die drei erfassten Zeiträume untersucht, ergaben sich größere Kommunikationshäufigkeiten in den Gruppen derer, die die Kommunikation als sehr wichtig oder sehr erleichternd empfanden (Tabelle 13). Hier wurden der Unterschied in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Wichtigkeit in allen drei Zeiträumen sowie der Unterschied in Abhängigkeit vom Gefühl der Erleichterung in zwei Zeiträumen, 1989-1999 und heute, signifikant. Die Gruppe der Personen, die die Kommunikation über die Haftzeit im Allgemeinen als sehr wichtig empfanden, gab jeweils häufigere Kommunikation an (vor 1989: $M=3,20$; $Md=3,0$; 1989-1999: $M=3,41$; $Md=4,00$; Heute: $M=2,96$, $Md=3,0$, $n=54$ vs. vor 1989: $M=2,25$; $Md=2,0$; 1989-1999: $M=2,50$; $Md=2,00$; Heute: $M=2,25$; $Md=2,0$; $n=12$). Die Gruppe, die die Kommunikation als sehr erleichternd empfanden, gab ebenfalls häufigere Kommunikation an (vor 1989: $M=3,30$; $Md=4,0$; 1989-1999: $M=3,74$; $Md=4,00$; Heute: $M=3,22$; $Md=3,0$; $n=23$ vs. vor 1989: $M=2,81$; $Md=3,0$; 1989-1999: $M=3,00$; $Md=3,00$; Heute: $M=2,61$;

$Md=2,0$; $n=31$). Da die Gruppe der Personen, die die Kommunikation als „sehr interessant“ bewerteten, sehr klein war ($n=7$) wurden hier keine U-Tests durchgeführt.

Tabelle 13: Häufigkeit der Kommunikation über die Haft in Abhängigkeit von ihrer Bewertung (Indexpersonen)

	Kommunikation vor 1989				Kommunikation 1989-1999				Kommunikation heute			
	<i>n</i>	<i>Z</i>	<i>U</i>	<i>p</i>	<i>n</i>	<i>Z</i>	<i>U</i>	<i>p</i>	<i>n</i>	<i>Z</i>	<i>U</i>	<i>p</i>
Wichtig	66	-2,73	166,00	0,006	66	-2,62	174,50	0,009	66	-2,05	206,00	0,040
Belastend	55	-1,26	304,50	0,209	56	-0,29	371,0	0,776	56	-0,49	359,00	0,623
Erleichternd	54	-1,65	267,50	0,100	54	-2,75	209,50	0,006	54	-2,04	244,50	0,041

Anmerkung: Extremgruppe (z. B. „sehr wichtig“, „sehr belastend“) im Vergleich mit allen anderen Gruppen (z. B. „etwas wichtig“, „wenig wichtig“ und „gar nicht wichtig“ zusammengefasst).

Die Effektgrößen betragen, chronologisch vorgehend, für die Gruppenvergleiche in Abhängigkeit von der Bewertung als „wichtig“ $d=0,62$; $d=0,94$; $d=0,97$; „belastend“ $d=0,26$; $d<0,01$; $d=0,14$; „erleichternd“: $d=0,38$; $d=0,84$ und $d=0,14$.

6.5.2 Kommunikation in der Gruppe der Partner/-innen

Erfahren von der politischen Haft

32 Partner/-innen machten Angaben dazu, wie sie von der politischen Haft erfuhren. In der Mehrzahl der Fälle (62,9%; $n=22$) erfuhren sie vom Partner bzw. von ihrer Partnerin von der Haft. Fünf Personen gaben an, von der Staatssicherheit davon erfahren zu haben, eine weitere Person wurde von den Beamten, die den Partner abholten, informiert. Durch Verwandte, nämlich die Schwiegereltern, eine Cousine, die „Verwandschaft“ oder die eigenen Eltern, erfuhr je eine Person von der politischen Haft des Partners / der Partnerin. Zwei erfuhren durch Freunde oder Bekannte davon.

Zeitpunkt der Kommunikation

Als die befragten Partner/-innen von der Haft erfuhren, waren sie zwischen 17 und 66 Jahre alt ($n=33$; $M=27,2$; $Sd=11,4$). Sie erfuhren in der Mehrheit der Fälle ($n=15$; 42,9%) im Jahr der Entstehung der Partnerschaft davon. Zehn Personen gaben an, bereits ein bis sieben Jahre vor Beginn der Partnerschaft davon gewusst zu haben ($M=-3,7$; $Sd=2,4$) und die fünf weiteren Personen, die Angaben zu dieser Frage machten, berichteten, dass sie ein bis sieben Jahre nach der Entstehung der Partnerschaft von der Haft erfuhren ($M=5,0$; $Sd=6,7$).

Häufigkeit der Kommunikation

Zur Häufigkeit der Kommunikation über die politische Haft in ihrer Familie machten 35 Partner/-innen Angaben. Diese finden sich in Abbildung 13.

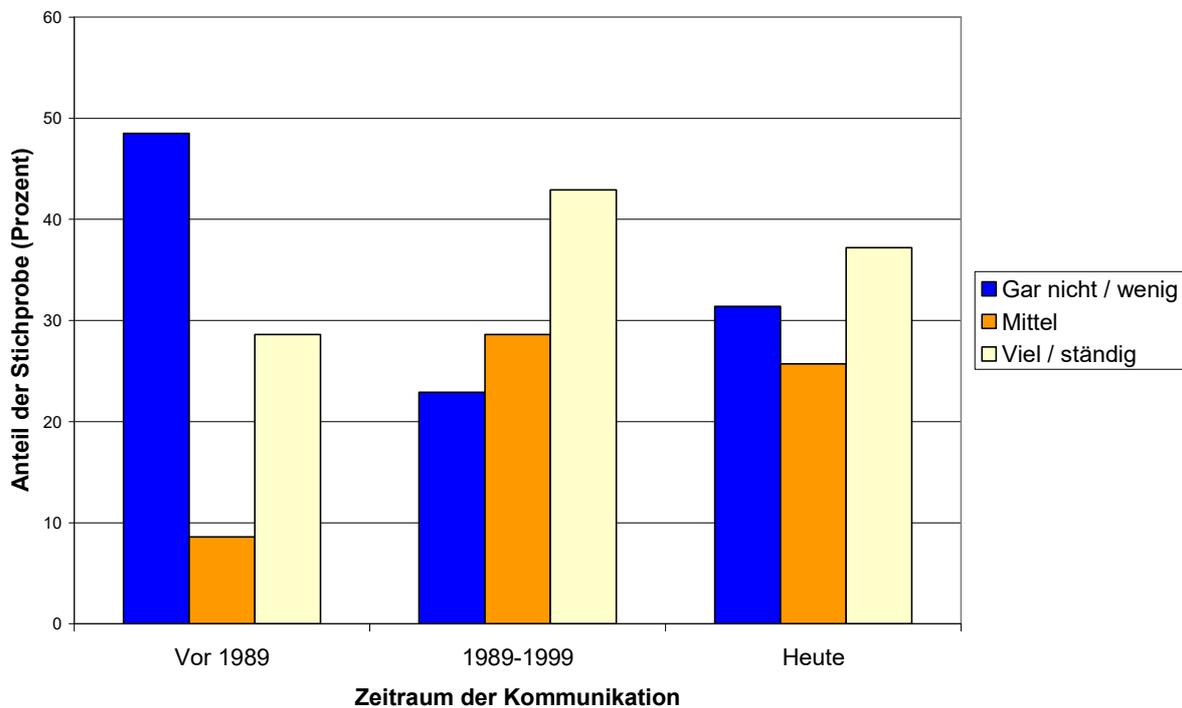


Abbildung 13: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der Partner/-innen

Vier Partner/-innen (11,4%) erinnerten, dass vor 1989 in ihrer Familie gar nicht über die politische Haft gesprochen wurde. Für die zehn Jahre nach 1989 berichtete dies nur noch eine Person (2,9%). Dass in der Familie ständig über die Haft gesprochen worden sei, gab je ein/-e Partner/-in für den Zeitraum vor 1989 und „heute“ an (je 2,9%). Für die Zeit zwischen 1989 und 1999 gaben dies drei Partner/-innen (8,6%) an.

Ähnlich wie in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten berichteten auch die Partner/-innen einen Anstieg der Kommunikation in den 10 Jahren nach 1989 und eine aktuell geringere Kommunikation als in dieser Zeit. Hier wurde allerdings nur der Unterschied zwischen der Einschätzung der Kommunikation vor 1989 und nach 1989 signifikant ($n=30$; Friedman-Test: $\chi^2(2)=5,78$; $p=0,056$; Wilcoxon-Test mit den Variablen Kommunikation vor 1989 und Kommunikation 1989-99: $T=30,0$; $p=0,013$; $d=0,49$).

Bewertung der Kommunikation

Auch die Partner/-innen wurden gebeten, einzuschätzen, wie sie das Sprechen über die politische Haft innerhalb der Familie im Allgemeinen empfanden. 69,4% machten Angaben dazu, wie „wichtig“ sie die Kommunikation fanden, 68,6% dazu, wie „belastend“ sie sie fanden,

48,6% wie „erleichternd“ sie sie fanden und 54,2% dazu, wie „interessant“ sie sie fanden (Abbildung 13).

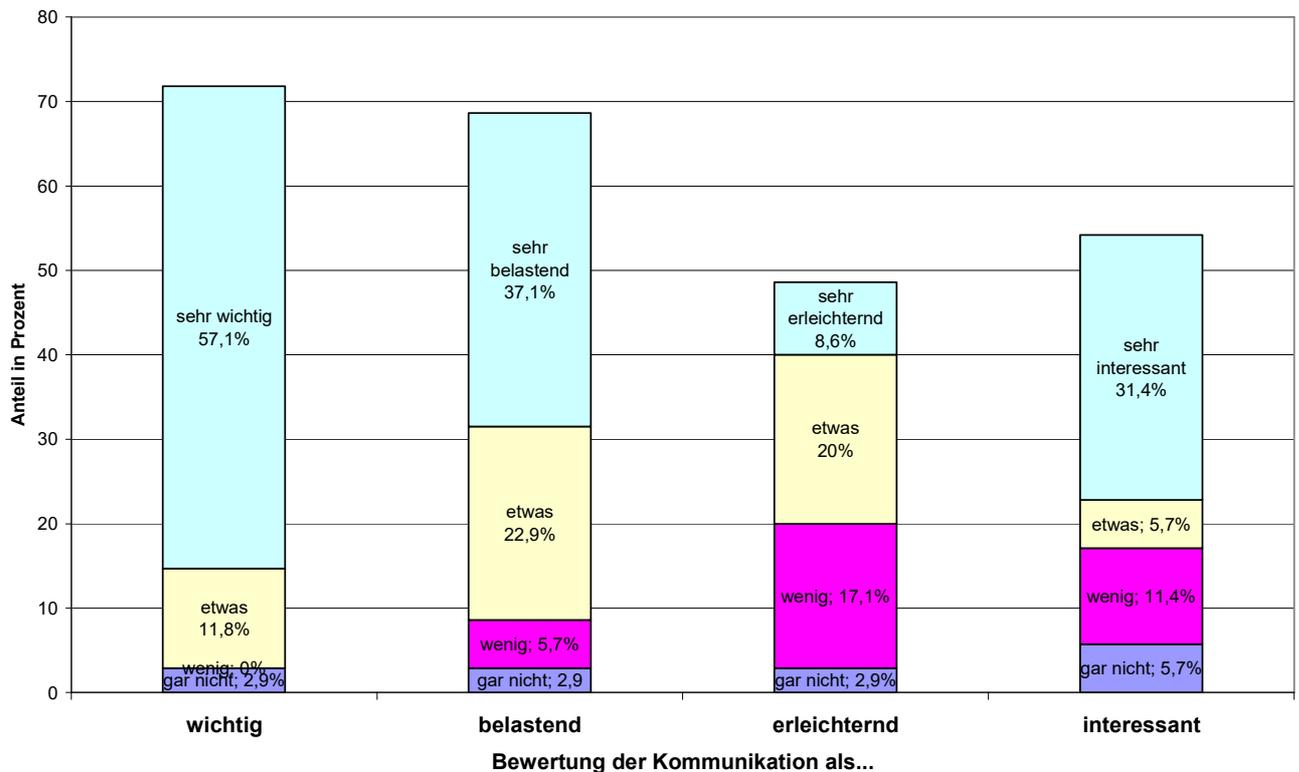


Abbildung 14: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Partner/-innen

Bei der Bildung von Extremgruppen hinsichtlich des Empfindens der Kommunikation ergaben sich sehr kleine Stichproben. Hier konnte lediglich die Gruppe der Partner/-innen, die die Kommunikation als sehr belastend empfanden ($n=13$) mit der Gruppe derer verglichen werden, die die Kommunikation als etwas, wenig oder gar nicht belastend empfanden ($n=11$). Der Gruppenunterschied hinsichtlich derjenigen, die die Kommunikation als sehr belastend erlebten im Vergleich zu denen, die die Kommunikation als etwas, wenig oder gar nicht belastend empfanden, ergab für den Zeitraum 1989-1999 einen signifikanten Unterschied. Die Partner/-innen, die die Kommunikation als sehr belastend berichteten, gaben hier eine häufigere Kommunikation über die politische Haft an ($n=24$; $U=34,00$; $p=0,022$; $d=1,12$).

6.5.3 Kommunikation in der Gruppe der Kinder

Erfahren von der politischen Haft

Alle 64 Befragten in der Gruppe der Kinder machten Angaben dazu, wie sie von der politischen Haft erfahren hatten. Zehn gaben zwei Personen bzw. Instanzen an, drei weitere Befragte berichteten drei verschiedene Personen bzw. Instanzen. Gaben die Kinder nur eine

Person an, durch die sie von der politischen Haft erfahren hatten, war dies in 22 Fällen (34,4%) der Vater, in 14 Fällen (21,9%) die Mutter, in je sechs Fällen die Großmutter oder andere Personen (9,4%) und in vier Fällen die Staatssicherheit (6,3%). „Andere“, die davon erzählt hatten, waren in zwei Fällen Geschwister, zwei Personen waren bei der Verhaftung dabei und erfuhren so von der Haft. Je einmal berichtete die Tante bzw. ein anderes Kind davon. Sieben der Befragten gaben an, durch beide Eltern von der Haft erfahren zu haben (10,9%) und je eine Person durch Mutter und Großmutter, beide Großeltern oder die Staatssicherheit und die Mutter (je 1,6%). Waren mehr als zwei Personen bzw. Instanzen beteiligt, waren dies hier Mutter, Großmutter und Großvater (1,6%), Mutter, Vater und die Staatssicherheit (1,6%) sowie Großmutter, Onkel und Tante (1,6%).

42,2% der Kinder ($n=27$) gaben an, dass ihr Vater mehr über die politische Haft gesprochen habe, 35,9% ($n=23$), dass ihre Mutter mehr darüber gesprochen habe und 18,8% ($n=12$), dass beide Eltern gleich viel darüber gesprochen hätten. Da in dieser Stichprobe häufiger die Väter als die Mütter in politischer Haft waren (s. 6.2), folgt aus diesen Angaben, dass die Mutter zum Teil auch dann mit den Kindern über die Haft sprach, wenn sie selbst nicht inhaftiert war. Sieben der Befragten (10,9%) gaben an, dass ihre Mutter nicht politisch inhaftiert war und mehr über die politische Haft gesprochen habe als der Vater, fünf der Befragten gaben an, dass die Mutter nicht inhaftiert war und Mutter und Vater gleich viel über die Haft sprachen (7,8%). Hingegen wurde in zwei Fällen, in denen beide Eltern inhaftiert waren, berichtet, dass der Vater mehr über die Haft gesprochen habe (3,1%). Keine der befragten Personen berichtete, dass ein nicht-inhaftierter Vater mehr oder gleichviel wie die Mutter über die Haft sprach.

Zeitpunkt der Kommunikation

Die Kinder waren nach eigener Angabe zwischen zwei und 23 Jahre alt, als sie von der politischen Haft erfuhren ($n=54$; $M=9,8$; $Sd=4,9$; $Md=10,0$). Die Gruppe derer, die zur Zeit der Haft bereits geboren waren, war zwischen zwei und 20 Jahre alt, als sie davon erfuhren ($n=23$; $M=9,8$; $Sd=4,6$), die Gruppe derer, die erst später geboren wurden, zwischen zwei und 23 Jahre alt ($n=31$; $M=9,7$; $Sd=5,2$). Es ergab sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen hinsichtlich des Alters beim ersten Erfahren von der politischen Haft ($U=350,0$; $p=0,909$; $d=0,02$).

Nach der Haftentlassung dauerte es zwischen vier und 33 Jahre, bis die Kinder, die nach der Haftentlassung geboren wurden, von der politischen Haft der Eltern erfuhren. Nach der Haftentlassung der Mütter dauerte es durchschnittlich 14,3 Jahre ($n=6$; $Md=13,5$; $Sd=8,3$), nach der Haftentlassung der Väter durchschnittlich 17,2 Jahre ($n=24$; $Md=15,0$; $Sd=7,1$).

Allerdings befanden sich auch in der Gruppe derer, die zur Haftzeit bereits geboren waren, Personen, die nicht gleich während der Haft oder unmittelbar nach der Haftentlassung von

der Haft erfahren. In zwei Fällen war dies bezüglich der politischen Haft der Mutter der Fall, mit einer Verzögerung von einem bzw. sechs Jahren. In vier Fällen wurde dies bezüglich der Haft des Vaters berichtet – hier ergaben sich Zeiträume von einem, drei, vier und 17 Jahren.

Nach der Häufigkeit der Kommunikation über die Haftzeit in ihren Familien gefragt, gaben 14 Personen (21,9%) in der Gruppe der Kinder keinerlei innerfamiliäre Kommunikation über die Haftzeit vor 1989 an, in den anderen beiden Zeiträume waren es zwei (3,1%) und sechs Personen (9,4%).⁴² Dass ständig darüber gesprochen werde, berichtete eine Person (1,6%) für den Zeitraum vor 1989 und je zwei (3,1%) für 1989-99 und „heute“. Die Angaben der Kinder befinden sich zusammengefasst in Abbildung 15.

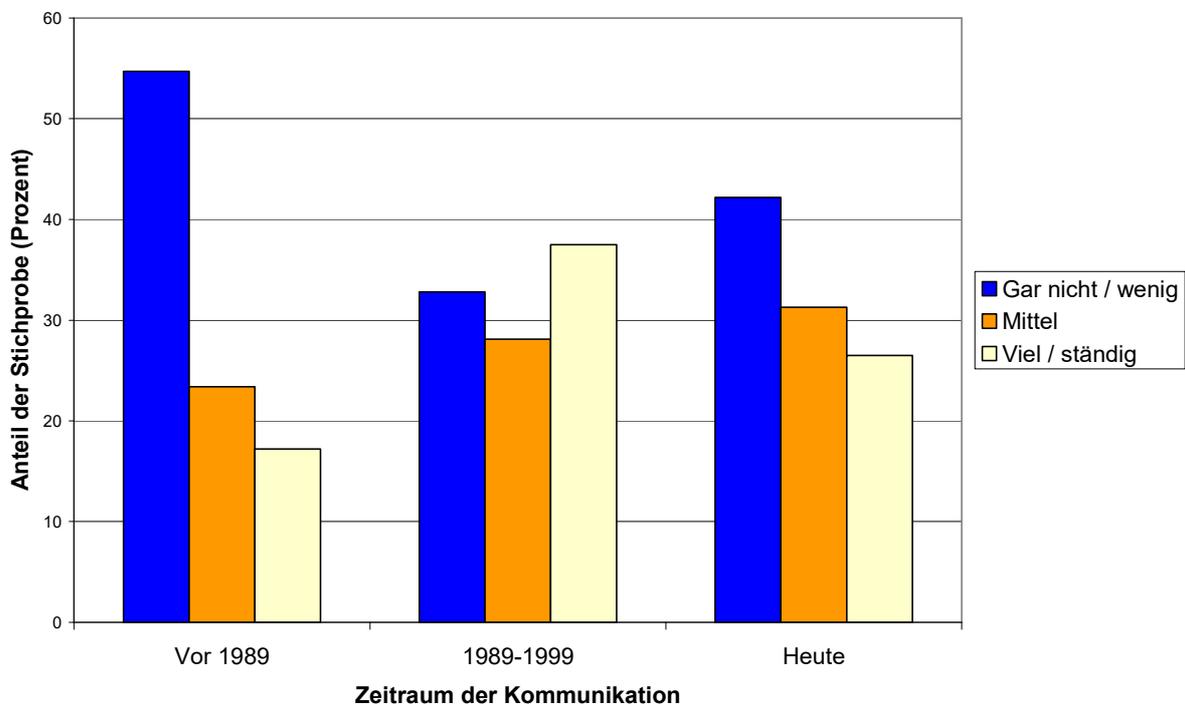


Abbildung 15: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der Kinder

Über die Gruppe der Kinder hinweg ergab sich ein signifikanter Unterschied zwischen den drei Zeiträumen (Friedman-Test: $n=61$; $\chi^2(2)=22,9$; $p<0,001$). Alle drei Zeiträume unterschieden sich signifikant, und zwar dergestalt, dass für die zehn Jahre nach 1989 mehr Gespräche über die politische Haft angegeben wurden als für vor 1989 ($n=61$; $T=70,5$; $p<0,001$; $d=0,65$) und gegenwärtig ($n=61$; $T=168,0$; $p=0,039$; $d=0,39$). Die befragten Nachkommen gaben zudem an, dass heute signifikant häufiger über die politische Haft gesprochen werde als vor 1989 ($n=61$; $T=196,0$; $p=0,013$; $d=0,27$).

⁴² Drei Kinder, die 1989 oder später geboren wurden, machten Angaben zum Zeitraum vor 1989. Sie schätzten die Häufigkeit der Kommunikation als „mittel“ ($n=2$) oder „viel“ ($n=1$) ein.

Die Kinder wurden ebenfalls gebeten, einzuschätzen, wie sie das Sprechen über die politische Haft innerhalb der Familie im Allgemeinen empfanden. 92,2% machten Angaben dazu, wie „wichtig“ sie die Kommunikation fanden, 87,5% dazu, wie „belastend“ sie sie fanden, 79,7% wie „erleichternd“ sie sie fanden und 85,9% dazu, wie „interessant“ sie sie fanden (Abbildung 16). Sieben Personen machten außerhalb der vorgegebenen Kategorien weitere Anmerkungen dazu, wie sie die Kommunikation über die Haft empfunden hatten. Diese Anmerkungen waren mit jeweils einer Nennung: „Am liebsten aus dem Kopf streichen, vergessen können“, „beklemmend“, „dominant“, „Mehr wäre besser gewesen! So war es immer ein großes Geheimnis!“, „nachvollziehbar“, „schmerzhaft“, „unbefriedigend“, „unreal“, und „verbindend als Familie“.

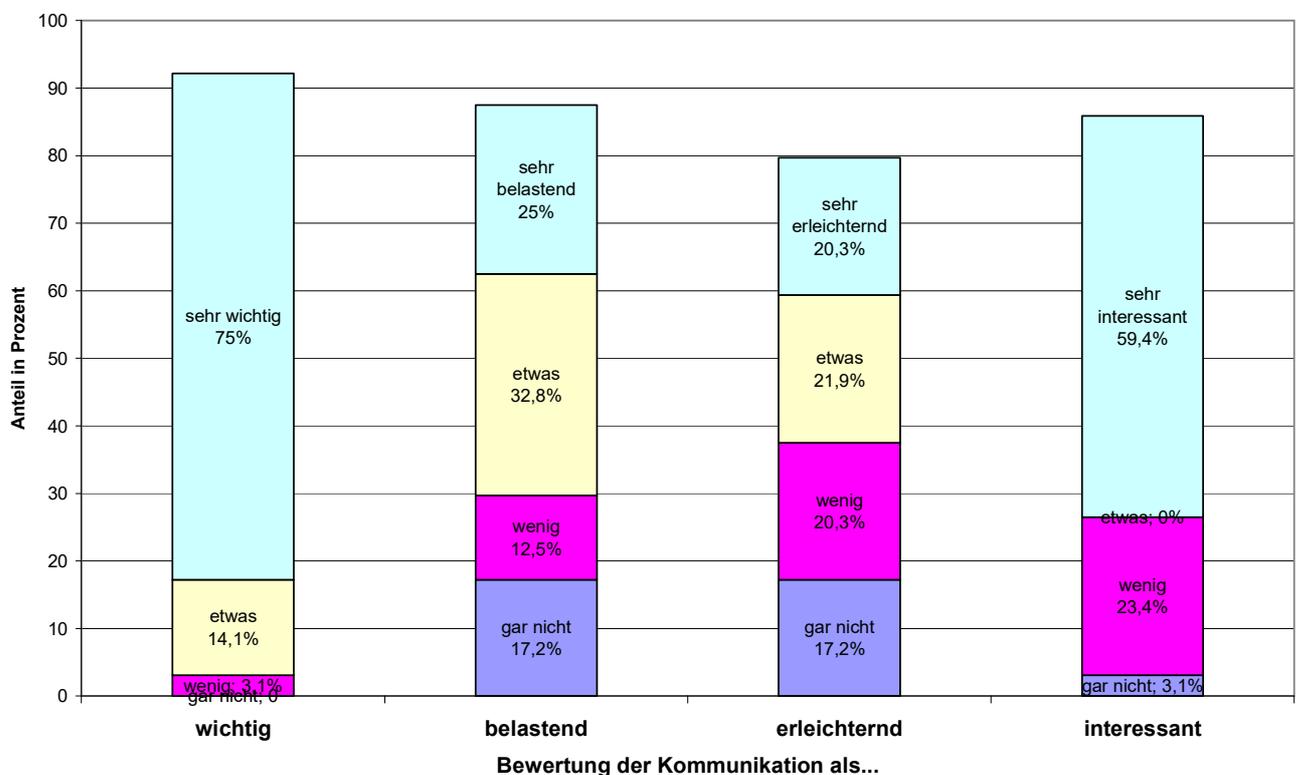


Abbildung 16: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Kinder

Unter Einbezug des Geschlechts und einer Dichotomisierung der Bewertungskategorien (s. o.) ergab sich, dass Frauen die Kommunikation signifikant häufiger als sehr belastend einstufen als die Männer ($n=56$; $\chi^2(1)=4,14$; $p=0,042$; $\phi=0,27$). Für die anderen Kategorien wurde dieser Unterschied nicht signifikant (Wichtig: $n=59$; $\chi^2(1)=0,02$; $p=0,883$; $\phi=0,02$; erleichternd: $n=51$; $\chi^2(1)=0,32$; $p=0,570$; $\phi=0,08$; interessant: $n=55$; $\chi^2(1)=0,04$; $p=0,840$; $\phi=0,03$).

Der Chi-Quadrat-Test ergab keine signifikanten Zusammenhänge zwischen den Einschätzungen der Kommunikation und dem Zeitpunkt der Geburt vor oder nach der politischen Haft der Eltern (Wichtig: $n=59$; $\chi^2(1)=0,04$; $p=1,000$; $\varphi=0,03$; belastend: $n=56$; $\chi^2(1)=2,70$; $p=0,100$; $\varphi=0,22$; erleichternd: $n=51$; $\chi^2(1)=1,16$; $p=0,282$; $\varphi=0,15$; interessant: $n=55$; $\chi^2(1)=3,63$; $p=0,057$; $\varphi=0,26$).

Hinsichtlich des Wohnortes (alte oder neue Bundesländer) ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge mit der Bewertung der Kommunikation (Wichtig: $n=49$; $\chi^2(1)=0,002$; $p=1,000$; $\varphi=0,01$; belastend: $n=48$; $\chi^2(1)=0,003$; $p=1,000$; $\varphi=0,01$; erleichternd: $n=43$; $\chi^2(1)=1,42$; $p=0,248$; $\varphi=0,18$; interessant: $n=47$; $\chi^2(1)=0,50$; $p=0,480$; $\varphi=0,10$).

Wurde die angegebene Häufigkeit über die drei Zeiträume in Abhängigkeit von der dichotomisierten Bewertung der Kommunikation mit dem U-Test verglichen, ergaben sich keinerlei signifikante Unterschiede. Die Nachkommen, die die Kommunikation als sehr wichtig, sehr belastend, sehr erleichternd oder sehr interessant bewerteten, unterschieden sich hinsichtlich der angegebenen Häufigkeiten der Kommunikation über die Haft nicht von der Gruppe derer, die sie weniger extrem bewerteten.

6.5.4 Einschätzung des Wissens über die politische Haft

Die Teilnehmenden in den drei Gruppen wurden zudem gebeten, einzuschätzen, wie viel Partner/-innen und Kinder über die Erlebnisse der inhaftierten Familienmitglieder wüssten. Die Personen, die selbst politisch inhaftiert waren, wurden gebeten, das Wissen ihrer Partner/-innen und Kinder diesbezüglich einzuschätzen, die Partner/-innen sollten ihr eigenes Wissen und das der Kinder einschätzen und die Kinder ihr eigenes Wissen. Auf der Grundlage dieser Einschätzungen wussten die Partner/-innen mehr von den Erlebnissen während der Haft als die Kinder (Tabelle 14). Fast ein Viertel der ehemaligen Inhaftierten waren der Meinung, dass ihr Partner / ihre Partnerin „alles“ von der Haft wisse und 11,0% vermuteten dies für ihre Kinder. Deutlich wurde der Unterschied in der Einschätzung der ehemaligen Inhaftierten auch im Ergebnis des Vergleichs mit dem Wilcoxon-Test – hier ergab sich mit $T=231,0$ und $p<0,001$ ($d=0,52$) ein signifikanter Unterschied zwischen Partnern/-innen und Kindern.

Wurden die Indexpersonen, die zur Haftzeit in einer Partnerschaft waren, hinsichtlich der Einschätzung des Wissens bei ihren Partnern/-innen und Kindern mit denen verglichen, die zur Haftzeit nicht in einer Partnerschaft waren, ergaben sich keine signifikanten Unterschiede (Partner/-innen: $n=87$; $U=791,0$; $p=0,985$; $d=0,01$; Kinder: $n=84$; $U=738,5$; $p=0,877$; $d=0,05$).

Die ehemaligen Inhaftierten, deren Partner/-in ebenfalls in Haft war, schätzten das Wissen ihres/-r Partners/-in als signifikant größer ein als diejenigen, deren Partner/-in nicht inhaftiert war ($n=88$; $U=622,5$; $p=0,014$; $d=0,56$). Hinsichtlich des Wissens der Kinder ergaben sich hier keine Unterschiede ($n=85$; $U=791,5$; $p=0,884$; $d=0,06$).

Die ehemaligen Inhaftierten, die zur Haftzeit Kinder hatten, schätzten das Wissen ihrer Kinder bezüglich der Haft nicht höher oder geringer ein als diejenigen, die erst später Kinder bekommen hatten ($n=88$; $U=880,5$; $p=0,993$; $d=0,02$).

Es ergaben sich keine Geschlechtsunterschiede hinsichtlich des eingeschätzten Wissens der Partner/-innen ($n=88$; $U=805,0$; $p=0,642$; $d=0,02$) oder der Kinder ($n=85$; $U=754,5$; $p=0,580$; $d=0,10$).

Tabelle 14: Einschätzung des Wissens über die Haft bei Partner/-innen und Kindern

	Ehemalige Inhaftierte ($n=91$)		Partner/ Partnerinnen ($n=35$)		Kinder ($n=64$)	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%
Einschätzung Wissen über die Haft Partner/-innen						
Gar nichts	5	5,5	-	-		
Wenig	16	17,6	4	11,4		
Mittel	12	13,2	8	22,9		
Vieles	31	34,1	17	48,6		
Alles	24	26,4	4	11,4		
Einschätzung Wissen über die Haft Kinder						
Gar nichts	6	6,6	1	2,9	2	3,1
Wenig	30	33,0	17	48,6	25	39,1
Mittel	18	19,8	10	28,6	13	20,3
Vieles	21	23,1	5	14,3	21	32,8
Alles	10	11,0	-	-	2	3,1

Die Kinder, deren beide Eltern in politischer Haft waren, wurden gebeten, einzuschätzen, über wessen Hafterlebnisse sie mehr wüssten. Hier gaben 57,1% ($n=12$) an, dass es die Erlebnisse ihrer Mutter seien, 9,5% ($n=2$), dass es die ihres Vaters seien und 33,3% ($n=7$), dass sie über die Hafterlebnisse beider Eltern gleich viel wüssten.

6.6 Primäre Traumatisierung

6.6.1 Subjektive psychische Belastung und Bedeutsamkeit der politischen Haft für das eigene Leben

Die Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten

Die ehemaligen politisch Inhaftierten wurden zunächst gebeten, einzuschätzen, wie sehr die politische Haft sie insgesamt psychisch belastet habe. Diese Einschätzung konnten sie auf einer visuellen Analogskala (VAS) durch eine Markierung vornehmen. Die Position auf der Skala wurde dann transformiert, so dass die Einschätzung „gar nicht belastet“ dem Wert „0“, „sehr stark belastet“ dem Wert 100 entsprach.

Die befragten Indexpersonen schöpften das ganze Spektrum der VAS aus ($n=89$; $Min=0,0$; $Max=100$; $M=75,7$; $Sd=27,9$). Die psychische Belastung ihrer Partner/-innen und Kinder lag nach ihrer Einschätzung ebenfalls zwischen 0 und 100 (Partner/-innen: $n=82$; $M=66,5$; $Sd=34,6$; Kinder: $n=79$; $M=51,3$; $Sd=37,9$). Die subjektive Bedeutsamkeit der politischen Haft lag im Mittel bei 77,6 (mit „0“=„gar nicht bedeutsam“, „100“=„[Die Haft] ist die bedeutsamste Erfahrung meines Lebens“; $n=89$; $Min=0,0$; $Max=100$; $Sd=27,2$).

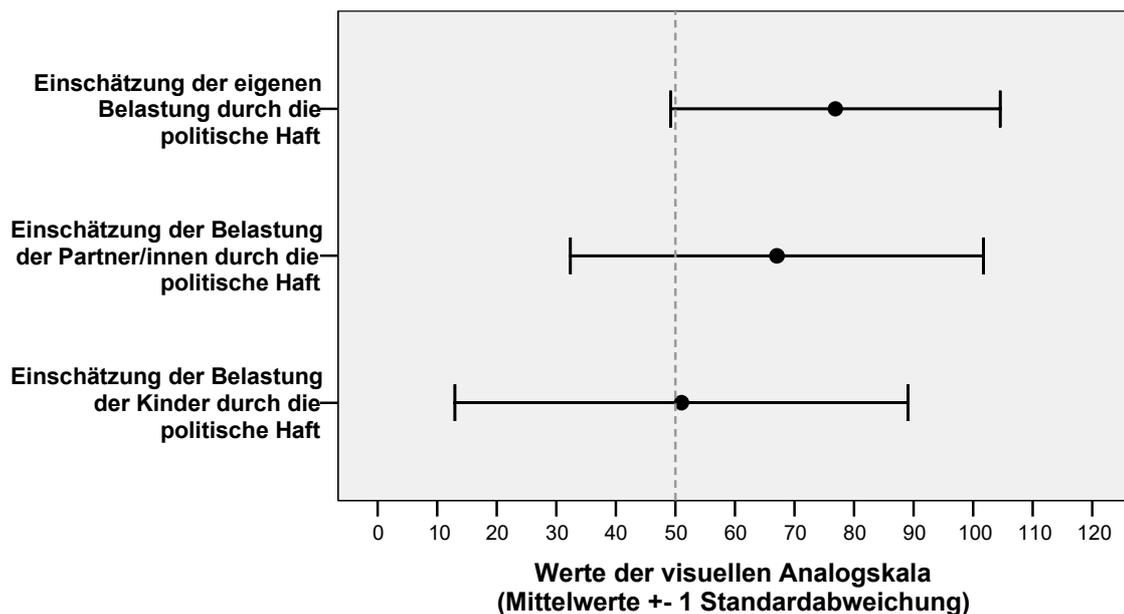


Abbildung 17: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

Ein Vergleich der ehemaligen Inhaftierten, die zur Zeit der Haft Kinder hatten ($n=43$) mit der Gruppe derer, die zu diesem Zeitpunkt keine Kinder hatten ($n=47$) ergab signifikante Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der psychischen Belastung der Kinder und der Partner/-innen. Diejenigen, die zur Haftzeit Kinder hatten, gaben signifikant höhere insgesamt Belastungen ihrer Kinder ($U=423,5$; $p=0,001$; $d=0,86$) und Partner/-innen ($U=413,0$; $p<0,001$; $d=0,91$) an. Hinsichtlich der eigenen Belastung und der Bedeutsamkeit der Haft ergaben sich

keine Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen (eigene Belastung früher: $U=687,0$; $p=0,112$; $d=0,17$; eigene Belastung insgesamt: $U=870,5$; $p=0,437$; $d=0,10$; Bedeutsamkeit: $U=793,5$; $p=0,155$; $d=0,04$).

Ein Vergleich der weiblichen ehemaligen Inhaftierten mit den männlichen ehemaligen Inhaftierten ergab hinsichtlich der eingeschätzten psychischen Belastung der Kinder einen signifikanten Gruppenunterschied ($U=376,5$; $p=0,001$; $d=0,89$) – die Frauen schätzten die Belastung der Kinder im Mittel mit 71,8 ein, die Männer mit 40,6.⁴³ Hinsichtlich der anderen Einschätzungen ergaben sich keine signifikanten Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht (Belastung Partner/-in: $U=742,5$; $p=0,895$; $d=0,03$; eigene Belastung insgesamt: $U=698,0$; $p=0,105$; $d=0,33$; Bedeutsamkeit: $U=748,5$; $p=0,287$; $d=0,33$).

Ein Vergleich der männlichen Teilnehmer, deren Partnerinnen ebenfalls inhaftiert waren, mit den männlichen Teilnehmern, die keine Inhaftierung ihrer Partnerin angaben, ergab signifikante Unterschiede hinsichtlich der Einschätzungen der Belastung durch die Haft. Die Gruppe derer, deren Partnerin ebenfalls politisch inhaftiert war, berichteten keine signifikant höhere Belastung der Partnerinnen ($n=54$; $U=181,5$; $p=0,052$; $d=0,70$), jedoch eine signifikant höhere Belastung der Kinder ($n=52$; $U=142,0$; $p=0,018$; $d=0,81$) und eine signifikant geringere eigene psychische Belastung ($n=59$; $U=181,5$; $p=0,010$; $d=0,67$). Im Vergleich der weiblichen Teilnehmerinnen, deren Partner auch inhaftiert war mit denen, deren Partner nicht inhaftiert war, ergaben sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der psychischen Belastung.

Die Gruppe der Partner/-innen

Die Partner/-innen schätzten ihre eigene psychische Belastung durch die politische Haft ihres Partners / ihrer Partnerin im Durchschnitt knapp rechts von der Mitte der VAS ein ($n=31$; $Min=0,87$; $Max=100,0$; $M=64,6$; $Sd=33,7$). Schätzten sie die Belastung ihrer (ehemals inhaftierten) Partner/-innen ein, lag diese zwischen 12,5 und 100 ($n=32$; $M=77,0$; $Sd=29,4$) und die der Kinder zwischen 0 und 100 ($n=29$; $M=42,0$; $Sd=36,1$). Die eingeschätzte Bedeutsamkeit der politischen Haft für ihr eigenes Leben lag in dieser Gruppe bei einem Mittelwert von 70,6 ($n=30$; $Sd=25,8$; $Min=11,3$; $Max=100,0$).

⁴³ Ein Vergleich der Männer und der Frauen ergab keinen signifikanten Unterschied bezüglich des Kinder-Habens zum Zeitpunkt der Haft.

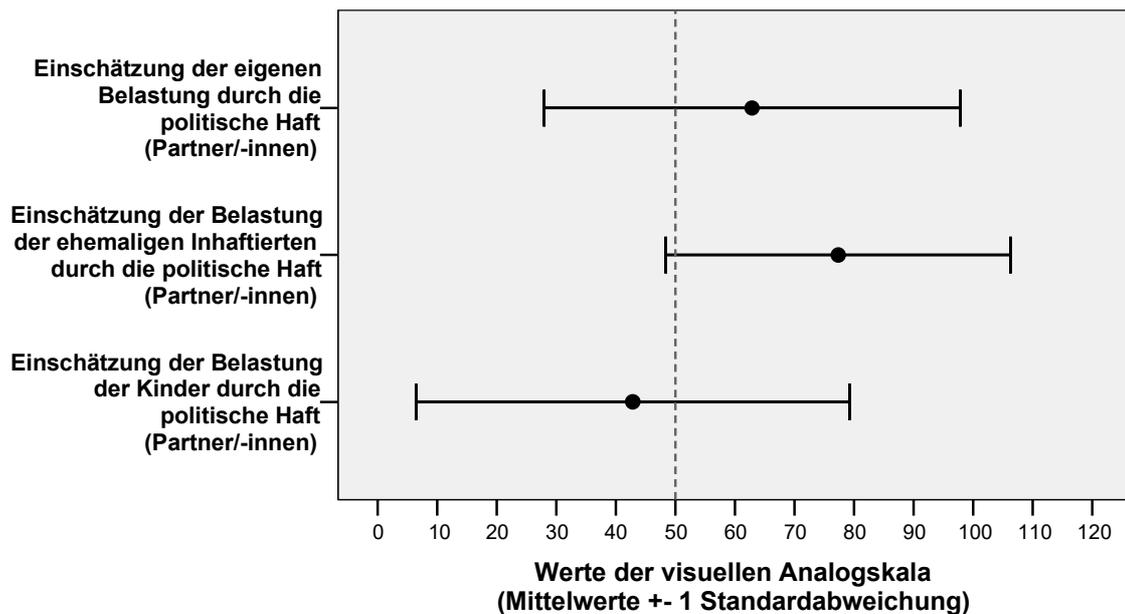


Abbildung 18: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der Partner/-innen

Ein Vergleich der Partner/-innen, die zur Haftzeit bereits in einer Beziehung mit der / dem ehemals Inhaftierten lebten ($n=8$), mit denen, die nach der Haftentlassung eine Beziehung mit ihm / ihr begannen ($n=24$), ergab keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der eigenen Belastung durch die politische Haft, der subjektiven Bedeutsamkeit der politischen Haft oder der Einschätzung der Belastung der Indexpersonen und Kinder (eigene Belastung: s. S. 129; Bedeutsamkeit: $U=48,0$; $p=0,061$; $d=0,85$; Belastung Indexpersonen: $U=77,0$; $p=0,408$; $d=0,46$; Belastung Kinder: $U=74,0$; $p=0,878$; $d=0,04$). Aufgrund der geringen Stichprobengröße wurden keine weiteren Gruppenvergleiche durchgeführt.

Die Gruppe der Kinder

Die Gruppe der Kinder gab als mittleren Belastungswert 50,3 auf der visuellen Analogskala an ($n=63$; $Sd=32,9$; $Min=4,3$; $Max=100$). Die wahrgenommene Belastung der Mütter lag zwischen Werten von 4,3 und 100 ($n=51$; $M=75,2$; $Sd=28,3$), die der Väter zwischen 25,0 und 100 ($n=57$; $M=77,3$; $Sd=19,8$).

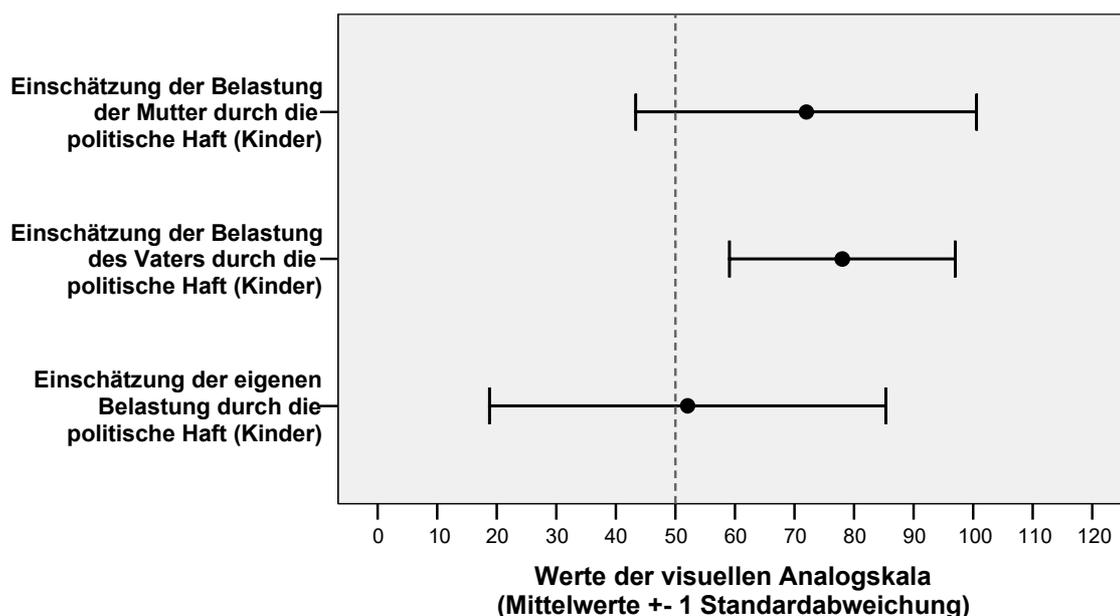


Abbildung 19: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der Kinder

Ein Vergleich der Kinder, die zur Haftzeit geboren waren oder wurden ($n=26$) mit den Kindern, die nach der Haftentlassung geboren wurden ($n=37$) ergab signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Sowohl die eigene Belastung ($U=168,0$; $p<0,001$; $d=1,31$, s. S. 129 f.) als auch die Bedeutsamkeit der politischen Haft für das eigene Leben ($U=160,5$; $p<0,001$; $d=1,36$) und die psychische Belastung der Mütter ($U=147,5$; $p=0,001$; $d=1,14$) und Väter ($U=252,5$; $p=0,024$; $d=0,59$) wurden signifikant höher eingeschätzt, wenn die Kinder zur Zeit der Haft bereits geboren waren bzw. geboren wurden.

Die Einschätzung der eigenen Belastung durch die politische Haft und der Bedeutsamkeit der politischen Haft war außerdem in der Gruppe der Kinder, deren beide Eltern in politischer Haft waren, signifikant höher als in der Gruppe der Kinder, die ein inhaftiertes Elternteil und ein nicht-inhaftiertes Elternteil berichteten (eigene Belastung: $U=224,5$; $p=0,004$; $d=0,81$; Bedeutsamkeit: $U=206,5$; $p=0,002$; $d=0,75$; Belastung Mutter: $U=210,5$; $p=0,068$; $d=0,58$; Belastung Vater: $U=352,0$; $p=0,879$; $d=0,04$). Waren beide Eltern inhaftiert, wurde die Belastung der Mütter tendenziell, aber nicht signifikant höher eingeschätzt als die der Väter ($n=19$; $T=28$; $p=0,069$; $d=0,41$).⁴⁴

Die Einschätzungen der Belastungen und der Bedeutsamkeit unterschieden sich in der Gruppe der Kinder nicht in Abhängigkeit von ihrem eigenen Geschlecht (eigene Belastung: $U=482,5$; $p=0,917$; $d=0,04$; Bedeutsamkeit: $U=428,5$; $p=0,395$; $d=0,21$; Belastung Mutter: $U=310,5$; $p=0,871$; $d=0,16$; Belastung Vater: $U=387,0$; $p=0,798$; $d=0,12$).

⁴⁴ Wilcoxon-Test.

6.6.2 Familienfunktionen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie wurden gebeten, ihre Familienbeziehungen mithilfe des FAD und FACES III einzuschätzen. Zudem konnten sie auf einer weiteren visuellen Analogskala angeben, wie stark die politische Haft ihre Familienbeziehungen insgesamt belastet habe.

Subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft

Die drei Gruppen unterschieden sich nicht signifikant hinsichtlich ihrer Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft (Abbildung 20).

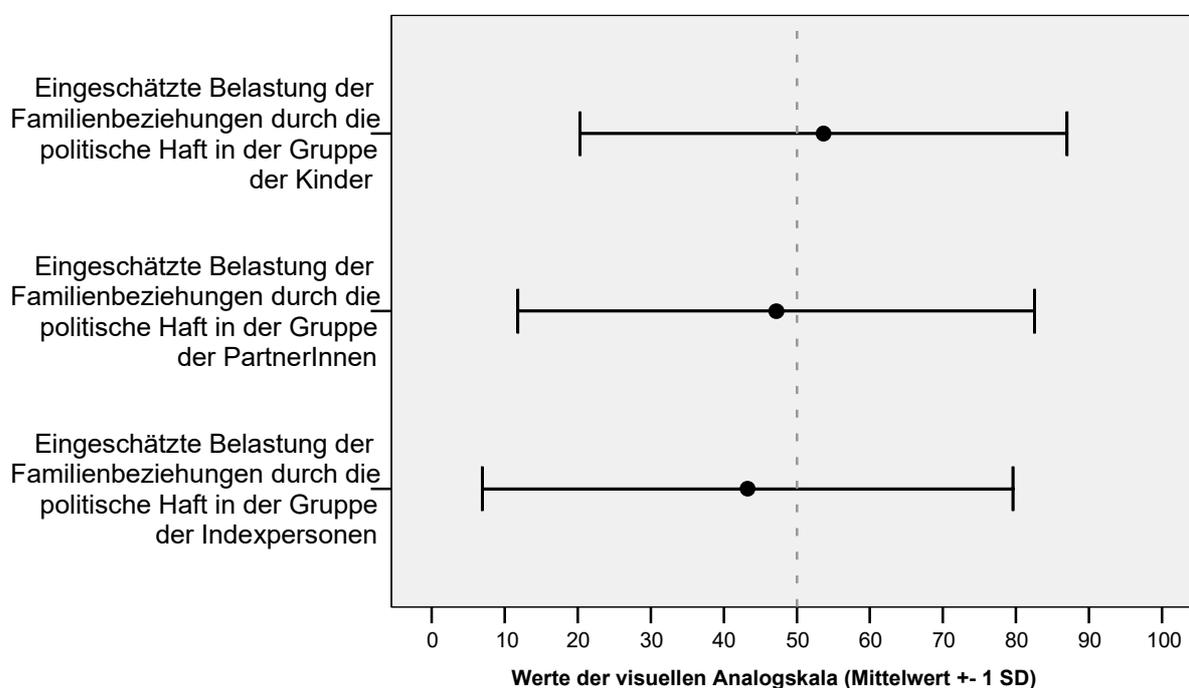


Abbildung 20: Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in den drei Gruppen

Es ergaben sich keine Geschlechtsunterschiede in Bezug auf die Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft.

Die ehemaligen Inhaftierten bewerteten die Belastung ihrer Familienbeziehung weniger stark, desto jünger sie waren ($r_s = -0,258$; $p = 0,019$). In den Gruppen der Partner/-innen und Kinder ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge zum Alter.

Für die ehemaligen politisch Inhaftierten ergab sich hinsichtlich der subjektiven Belastung der Familienbeziehungen kein Unterschied in Abhängigkeit davon, ob sie zur Haftzeit Kinder hatten oder nicht ($n = 81$; $U = 666,0$; $p = 0,153$). Auch für die Partner/-innen ergab sich hier kein Unterschied ($n = 32$; $U = 77,5$; $p = 0,428$). Die Kinder, die zur Zeit der Haft bereits geboren waren ($n = 25$; $M = 65,94$; $Md = 68,10$; $Sd = 33,11$), gaben hingegen eine signifikant stärkere Belas-

tung der Familienbeziehungen durch die Haft an als die, die später geboren waren ($n=37$; $M=46,03$; $Md=47,03$; $Sd=31,72$; $U=307,5$; $p=0,026$; $d=0,59$).

Funktionalität der Familienbeziehungen und der innerfamiliären Kommunikation

Insgesamt lagen 22,6% der Gesamtstichprobe über dem Cutoff-Wert, also im von Epstein und Kollegen/-innen (1987) als dysfunktional eingestuften Bereich (s. 5.2), in Bezug auf die Funktionalität der Familienbeziehungen ($n=43$; 18,7% der ehemaligen politisch Inhaftierten; 20,0% der Partner/-innen, 29,7% der Gruppe der Kinder) und 28,4% über dem Cutoff-Wert in Bezug auf die Funktionalität der Kommunikation ($n=54$; 22,0% der ehemaligen politisch Inhaftierten; 20,0% der Partner/-innen; 42,2% der Gruppe der Kinder).

Es ergaben sich keine Geschlechtsunterschiede hinsichtlich der Einschätzung der Familienfunktionen oder der Funktionalität der innerfamiliären Kommunikation in den drei Gruppen. Hinsichtlich des Alters ergab sich lediglich in der Gruppe der Kinder ein signifikanter positiver Zusammenhang mit der Einschätzung der allgemeinen Funktionalität der Familienbeziehungen – je älter die Befragten waren, desto dysfunktionaler schätzten sie die Beziehungen in ihrer Herkunftsfamilie ein ($n=59$; $r_s=0,310$; $p=0,017$).

In allen drei Gruppen ergaben sich keine Unterschiede hinsichtlich der eingeschätzten Funktionalität der Familienbeziehungen und der innerfamiliären Kommunikation beim Vergleich von zur Haftzeit bestehenden Familien mit zur Haftzeit noch nicht bestehenden Familien.

Innerfamiliäre Kohäsion und Flexibilität

Hinsichtlich der Einschätzungen von Kohäsion und Flexibilität lagen 31,6% der Gesamtstichprobe im Bereich der extrem niedrigen Kohäsion (s. 5.2; $n=56$; 26,8% der ehemaligen politisch Inhaftierten; 26,5% der Partner/-innen; 41,0% der Kinder) und 6,7% im Bereich extrem geringer Flexibilität ($n=11$; 1,4% der ehemaligen politisch Inhaftierten; 3,1% der Partner/-innen; 15,5% der Kinder).

Geschlecht und Alter wiesen in den Gruppen der Indexpersonen sowie der Partner/-innen keine signifikanten Zusammenhänge mit der Einschätzung der Kohäsion oder Flexibilität der Familienbeziehungen auf. Die Kinder schätzten, je älter sie waren, die Kohäsion und Flexibilität geringer ein (Kohäsion: $n=59$; $r_s=-0,257$; $p=0,049$; Flexibilität: $n=56$; $r_s=0,280$; $p=0,037$). Hinsichtlich des Bestehens der Familie zur Haftzeit ergab sich lediglich in der Gruppe der Indexpersonen ein signifikanter Gruppenunterschied. Die Indexpersonen, die zur Haftzeit Kinder hatten, berichteten eine signifikant geringere familiäre Flexibilität ($n=34$; $M=28,76$; $Md=28,50$; $Sd=6,21$) als diejenigen, die später Kinder bekommen hatten ($n=40$; $M=31,88$; $Md=32,50$; $Sd=5,51$): $U=482,00$; $p=0,031$; $d=0,53$.

6.6.3 Beschreibung der Vergleichsstichproben

Um die Frage danach zu beantworten, ob die ehemaligen politisch Inhaftierten, ihre Partner/-innen und Kinder psychisch stärker belastet sind als die Allgemeinbevölkerung wurden Vergleichsgruppen aus Repräsentativbefragungen generiert. Es lagen Daten aus Repräsentativbefragungen mit den Fragebogenverfahren SCL-27 sowie PDS vor (SCL-27: Repräsentativbefragung Juli 2003, zum Vorgehen s. Hardt et al., 2004; PDS: Repräsentativbefragung Juni 2007, zum Vorgehen s. Glaesmer et al., 2010). Aus beiden Befragungen wurden je drei Vergleichsgruppen gebildet, die hinsichtlich des Anteils von Frauen und Männern sowie des mittleren Alters annähernd mit den Gruppen der ehemaligen Inhaftierten, Partner/-innen und Nachkommen übereinstimmten.⁴⁵ Diese Angaben sind in Tabelle 15, Tabelle 16 und Tabelle 17 aufgeführt. Zum direkten Vergleich befinden sich die Angaben zu den Gruppen der ehemaligen Inhaftierten, der Partner/-innen und Kinder ebenfalls in den Tabellen.

Tabelle 15: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	Ehemalige politisch Inhaftierte (<i>n</i> =91)		Vergleichsgruppe B (SCL-27) (<i>n</i> =1099)		Vergleichsgruppe C (PDS) (<i>n</i> =1012)	
Alter	<i>M</i> =64,1 J. (43-85 J.)		<i>M</i> =63,6 J. (41-92 J.)		<i>M</i> =63,6 J. (43-93 J.)	
	<i>N</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%
Geschlecht						
weiblich	31	34,1	371	33,8	348	34,4
männlich	60	65,9	728	66,2	664	65,5

Tabelle 16: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der Partner/-innen

	Partner/-innen (<i>n</i> =35)		Vergleichsgruppe B (SCL-27) (<i>n</i> =1116)		Vergleichsgruppe C (PDS) (<i>n</i> =1171)	
Alter	<i>M</i> =58,9 J. (40-75 J.)		<i>M</i> =59,5 J. (37-92 J.)		<i>M</i> =58,1 J. (35-93 J.)	
	<i>N</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%
Geschlecht						
weiblich	31	88,6	981	87,9	1035	88,4
männlich	4	11,4	135	12,1	136	11,6

⁴⁵ Bei der Auswahl der Vergleichsstichproben blieb die Varianz des Alters unberücksichtigt. Weitere Angaben zu den Vergleichsstichproben finden sich unter 5.3.3 und bei Böhm (2014).

Tabelle 17: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der Nachkommen

	Nachkommen (<i>n</i> =64)		Vergleichs- gruppe B (SCL-27) (<i>n</i> =1313)		Vergleichs- gruppe C (PDS) (<i>n</i> =1331)	
Alter	<i>M</i> =36,9 J. (18-71 J.)		<i>M</i> =37,3 J. (18-53 J.)		<i>M</i> =37,5 J. (18-53 J.)	
	<i>N</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%
Geschlecht						
weiblich	36	56,3	733	55,8	743	55,8
männlich	28	43,8	580	44,2	588	44,2

In der Befragung mit der PDS wurde eine andere Traumatliste zur Erfassung des A-Kriteriums verwendet. Zudem wurde das F-Kriterium (s. Tabelle 2) nicht erfasst. Deshalb wurden für die Gruppenvergleiche die PTEs teilweise zu umfassenderen Kategorien zusammengefasst und die Diagnose der PTBS wurde ohne das F-Kriterium berechnet.

Zum Vergleich der jeweils zwei Stichproben wurde der Mediantest verwendet.

6.6.4 Trauma / PTBS

Potenziell traumatische Erlebnisse

Die Befragten wurden gebeten, hinsichtlich verschiedener potenziell traumatischer Erlebnisse anzugeben, ob sie sie erlebt hatten. Ihre Angaben sind in Tabelle 18 aufgeführt.

Tabelle 18: Angegebene traumatische Erlebnisse in den drei Gruppen

	Ehemalige Inhaftierte (n=91)		Partner/ Partnerinnen (n=35)		Kinder (n=64)	
	n	%	n	%	n	%
Naturkatastrophe	7	7,7	1	2,9	5	7,8
Schwerer Unfall	14	15,4	5	14,3	10	15,6
Gewalttätiger Angriff	15	16,5	7	20,0	11	17,2
Sexueller Angriff	6	6,6	6	17,1	2	3,1
Sexueller Missbrauch als Kind	3	3,3	3	8,6	4	6,3
Kriegseinsatz / Aufenthalt Kriegsgebiet	7	7,7	1	2,9	-	-
Gefangenschaft	46	50,5	-	-	1	1,6
Entführung	2	2,2	-	-	-	-
Folter	27	29,7	-	-	-	-
Lebensbedrohliche Krankheit	15	16,5	7	20,0	3	4,7
Zeuge / Zeugin	27	29,7	5	14,3	14	21,9
Anderes Ereignis	43	47,3	11	31,4	21	32,8

Anmerkung: Mehrfachangaben möglich.

In der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten waren „andere“ traumatische Erlebnisse in über der Hälfte der Fälle ($n=24$) die politische Haft oder mit der Haft zusammenhängende Erlebnisse wie zum Beispiel die Verhaftung. Neun der ehemaligen Inhaftierten kreuzten im Fragebogen nicht an, in „Gefangenschaft“ gewesen zu sein, nannten die politische Haft jedoch als „anderes traumatisches Erlebnis“.

Vier (4,3%) der weiblichen ehemaligen Inhaftierten berichteten als „anderes traumatisches Erlebnis“ traumatische Erfahrungen im Rahmen der politischen Haft, die mit ihren Kindern zu tun hatten – dies waren ein gegen den eigenen Willen durchgeführter Schwangerschaftsabbruch, die Wegnahme des Kindes und die Geburt im Haftkrankenhaus.

Auch Partner/-innen und Kinder nannten als „andere“ Erlebnisse mit der politischen Haft in Verbindung stehende Erlebnisse. Bei den Partnern/-innen war dies in vier Fällen (11,4%) die politische Haft selbst oder Berichte darüber, in zwei Fällen (5,7%) waren es Repressionsmaßnahmen: „Bespitzelung und Flucht“ bzw. „Zwangsaussiedlung“. Bei den Kindern gaben sechs Kinder (9,4%) die Haft oder ihre Erlebnisse nach der Verhaftung, beispielsweise „Abtransport in die Pflegefamilie“, als weitere traumatische Erlebnisse an.

Anzahl traumatischer Erlebnisse

Die ehemaligen Inhaftierten gaben bis zu sieben traumatische Ereignisse an, 11 von ihnen gaben kein traumatisches Erlebnis an ($n=11$; 12,1%; Gesamtgruppe: $n=91$; $M=2,33$; $Md=2,0$; $Sd=1,69$). Zwischen der Anzahl erlebter Traumatisierungen und der Symptomschwere der PTBS ergaben sich in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten signifikante, wenn auch geringe Korrelationen (PTBS_{GES}: $n=83$; $r_s=0,35$; $p=0,001$; PTBS_{INTRUS}: $n=84$; $r_s=0,33$; $p=0,002$; PTBS_{VERM}: $n=83$; $r_s=0,28$; $p=0,011$; PTBS_{HYPER}: $n=84$; $r_s=0,32$; $p=0,003$).

Die Partnerinnen gaben maximal vier ($n=3$; 8,6%) und zum Großteil keine ($n=12$; 34,3%) traumatischen Erlebnisse an ($n=35$; $M=1,31$; $Md=1,0$; $Sd=1,32$). Die Kinder berichteten zu etwas weniger als einem Drittel kein traumatisches Erlebnis ($n=20$; 31,3%) und bis zu vier traumatische Erlebnisse ($n=1$; 1,6%; Kinder Gesamt: $n=64$; $M=1,11$; $Md=1,0$; $Sd=0,99$).

In den Gruppen der Partner/-innen und der Kinder ergaben sich keine signifikanten Korrelationen zwischen der Anzahl der Traumatisierungen und der allgemeinen Symptomschwere. In der Gruppe der Partner/-innen bestand jedoch eine signifikante Korrelation zwischen der Anzahl erlebter Traumatisierungen und der Schwere von Übererregungs-Symptomen ($n=28$; $r_s=0,42$; $p=0,027$). In der Gruppe der Kinder bestand eine Korrelation zwischen der Anzahl erlebter Traumatisierungen und der Schwere der Vermeidungs-Symptome ($n=47$; $r_s=0,36$; $p=0,013$).

Belastendste Erlebnisse in den drei Gruppen

Zur Erfassung einer PTBS wurde neben dem Vorliegen des A1-Kriteriums, also dem Vorliegen eines PTEs, auch das für die Befragten belastendste Erlebnis erfragt. Auf dieses beziehen sich die darauf folgend genannten Symptome (s. 3.2).

Die ehemaligen politisch Inhaftierten gaben als das Erlebnis, das sie am meisten belastete, in 24 Fällen (26,4%) ein „anderes“ Erlebnis an. In 15 Fällen (16,5%) wurde dieses Erlebnis als die Verhaftung (z. B.: „Festnahme durch bewaffnete Grenzpolizei“, „Verhaftung“), die Haftzeit selbst oder als Erlebnisse während der Haftzeit (z. B.: „Zelle ohne Licht, Angriffe von Gefangenen“, „Schwangerschaftsunterbrechung während der Haft gegen meinen Willen“) spezifiziert. Gefangenschaft wurde von 18 Personen (19,8%) als traumatischstes Erlebnis angegeben. Fünf Personen nannten Folter als traumatischstes Erlebnis (5,5%). Diese fiel stets in den Zeitraum der politischen Haft, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sie im Zusammenhang damit geschah. Insgesamt wurden also von 38 Personen (41,8% der befragten ehemaligen Inhaftierten) als belastendste Ereignisse solche genannt, die mit der politischen Haft in Zusammenhang standen. Das am dritthäufigsten genannte belastendste Erlebnis in dieser Gruppe war mit sechs Nennungen (6,6%) eine lebensbedrohliche Krankheit.

Die Partner/-innen gaben als das Erlebnis, das sie am meisten belastete oder als einziges Erlebnis in sieben Fällen (20,0%) ein „anderes“ Erlebnis und in vier Fällen (11,4%) eine lebensbedrohliche Krankheit an. In drei Fällen war das „andere“ Erlebnis mit politischer Repression in der DDR bzw. der Haft des Partners / der Partnerin verknüpft (z. B.: „Bespitzelung und Flucht aus der DDR“; „Haftzeit meines Ehemannes / Berichte [über die] Folter“). Zwei Partner/-innen gaben an, im Jahr der Entstehung der Partnerschaft mit der Indexperson das belastendste Erlebnis gehabt zu haben, fünf gaben an, es sei 24 bis zwei Jahre vor der Entstehung der Partnerschaft geschehen und sieben gaben an, dass es zwei bis 31 Jahre nach Entstehung der Partnerschaft geschehen sei.

Die Kinder gaben ebenfalls „andere“ Erlebnisse am häufigsten als ihr belastendstes Erlebnis an ($n=18$; 28,1%), gefolgt von gewalttätigen Angriffen und sexuellen Angriffen in je sechs Fällen (9,4%). Die „anderen“ Erlebnisse waren in fünf Fällen mit der politischen Haft der Eltern verknüpft (z. B.: „Verhaftung meiner Eltern“, „politische Haft meiner Eltern“, „das Abholen meiner Mutter [...] von der Stasi“; „Abtransport nach der Inhaftierung der Mutter durch fremde Leute (Stasi) ohne zu wissen, was ist“). In zwei Fällen wurden als andere Erlebnisse Gewalterfahrungen in der Herkunftsfamilie berichtet.

Die Kinder waren zwischen drei und 63 Jahre alt, als sie das für sie belastendste Erlebnis hatten.

PTBS-Diagnose

Insgesamt wurde auf Basis der Fragebogenangaben für 22,1% ($n=42$) der Gesamtstichprobe die Diagnose einer PTBS vergeben. 27 der ehemaligen politisch Inhaftierten (29,7%), sieben der Partner/-innen (20%) sowie acht Personen aus der Gruppe der Nachkommen (12,5%) wiesen demnach zum Zeitpunkt ihrer Teilnahme eine PTBS auf (Abbildung 21).

Eine partielle PTBS wiesen 16 Personen auf (8,4%), eine „PTBS 2“ 5 Personen (2,6%) und eine „Partielle PTBS 2“ 3 Personen (1,6%) (Abbildung 21).⁴⁶

Über die drei Gruppen hinweg ergab sich eine mittlere Symptomschwere von 11,54 ($n=158$; $Min=0$; $Max=48,0$; $Md=6,0$; $Sd=13,03$). Die ehemaligen Inhaftierten berichteten die stärksten PTBS-Symptome ($n=83$; $M=14,9$; $Md=12,0$; $Sd=14,29$), gefolgt von den Partner/-innen ($n=28$; $M=10,2$; $Md=6,5$; $Sd=12,31$) und den Kindern ($n=47$; $M=6,5$; $Md=4,0$; $Sd=8,9$).

⁴⁶ Die Befragten wurden jeweils der Diagnose mit den meisten zu erfüllenden Kriterien zugeordnet.

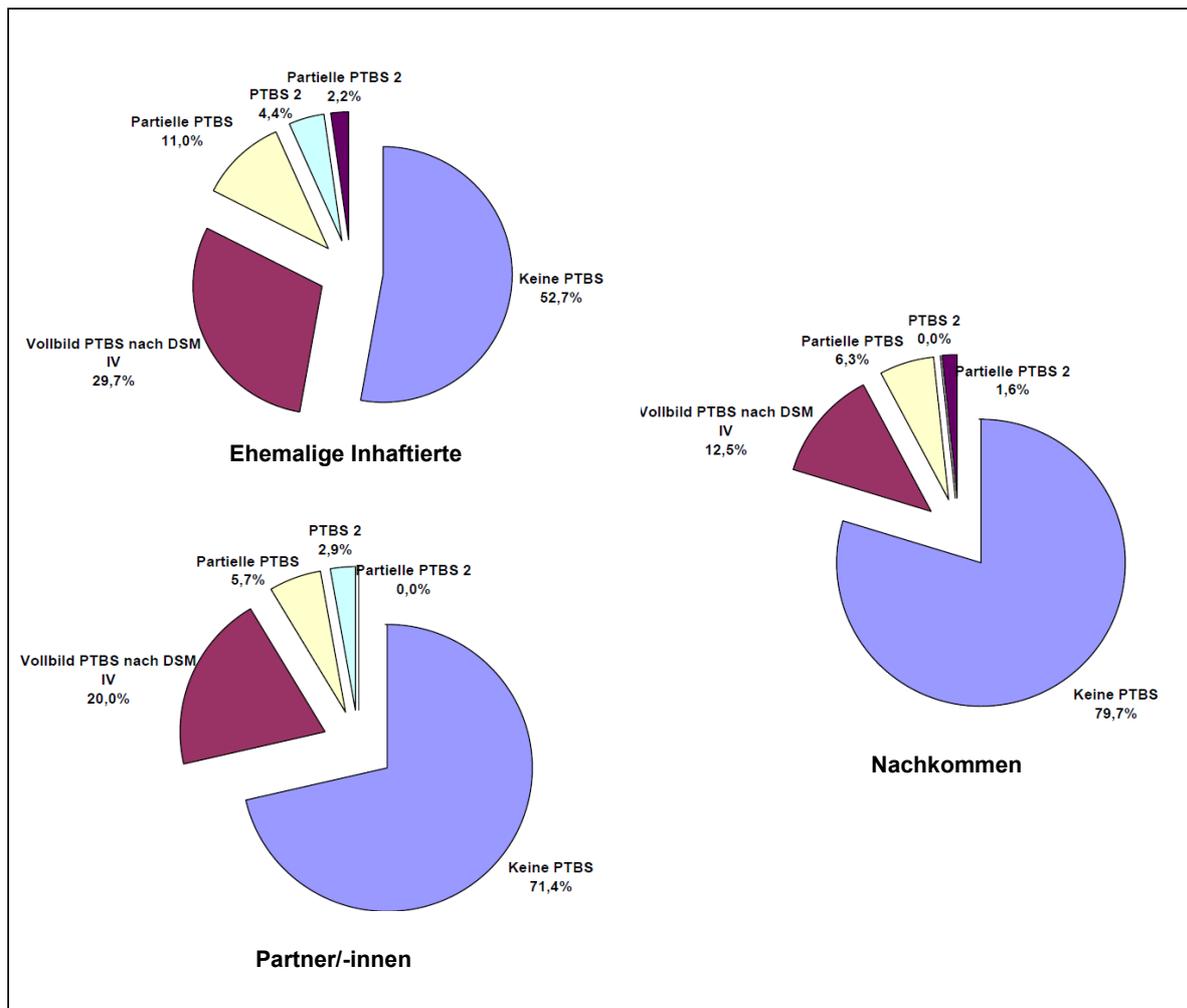


Abbildung 21: Häufigkeit der PTBS-Diagnosen in den drei Gruppen

Aus der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten mit irgendeiner Form der PTBS (s. o.) gaben 19 von 43 Personen als belastendstes Erlebnis die Haft oder mit der politischen Haft zusammenhängende Erlebnisse an (44,2% der ehemaligen Inhaftierten mit PTBS), 15 (34,9%) benannten das belastendste Erlebnis nicht.

Von den 10 Partnern/-innen mit irgendeiner Form der PTBS nannten drei die Haft ihres Partners als belastendstes Erlebnis (30,0%). Davon waren zwei Partnerinnen zur Haftzeit bereits mit ihrem Partner zusammen, eine Person nannte die Berichte über die Haft als Auslöser der PTBS. Zwei weitere Partner/-innen nannten das für sie belastendste Erlebnis nicht (20,0%).

Zwei von 13 Nachkommen mit irgendeiner Form der PTBS nannten die Verhaftung der Eltern als belastendstes Erlebnis (15,4%), eines nannte die eigene Gefangenschaft in der DDR als belastendstes Erlebnis (7,7%) und zwei nannten sexuellen Missbrauch als belastendstes Erlebnis (15,4%).

Dauer der PTBS

Die ehemaligen politisch Inhaftierten, die mindestens ein Symptom der PTBS berichteten, gaben als Dauer des oder der Symptome bis zu 58 Jahre an ($n=53$; $M=26,7$; $Md=28,0$;

Sd=17,41). Diejenigen mit dem Vollbild der PTBS berichteten zwischen 13 und 57 Jahren Dauer der Symptome ($n=23$; $M=34,0$; $Md=34,0$; $Sd=13,7$), diejenigen mit partieller PTBS berichteten zwischen einem und 15 Jahren Dauer der Symptome ($n=12$, $M=19,8$; $Md=25,0$; $Sd=14,7$).

Die Partner/-innen, die mindestens ein Symptom der PTBS berichteten, gaben als Dauer des oder der Symptome bis zu 50 Jahre an ($n=14$; $M=25,3$; $Md=29,5$; $Sd=17,77$). Diejenigen mit dem Vollbild der PTBS berichteten zwischen einem und 50 Jahren Dauer der Symptome ($n=6$; $M=20,2$; $Md=16,5$; $Sd=18,2$). Nur ein/-e Partner/-in mit partieller PTBS gab die Dauer der Symptome an, diese betrug 40 Jahre.

Die Kinder, die mindestens ein Symptom der PTBS berichteten, gaben als Dauer ihrer Symptome zwischen einem und 50 Jahren an ($n=21$; $M=15,9$; $Md=8,0$; $Sd=16,77$). Diejenigen mit dem Vollbild der PTBS berichteten zwischen drei und 50 Jahren Dauer der Symptome ($n=6$; $M=29,2$; $Md=30,5$; $Sd=18,65$), diejenigen mit partieller PTBS berichteten zwischen einem und 20 Jahren Dauer der Symptome ($n=4$; $M=7,3$; $Md=4,0$; $Sd=8,77$).

PTBS-Symptomschwere, Geschlecht und Alter

Die weiblichen ehemaligen Inhaftierten wiesen signifikant stärkere Symptome der PTBS in den Symptomclustern Intrusionen und Vermeidung und der Gesamtsymptome auf ($n=84$; $PTBS_{GES}$: $U=498,50$; $p=0,012$; $d=0,68$; $PTBS_{INTRUS}$: $U=502,00$; $p=0,007$; $d=0,68$; $PTBS_{VERM}$: $U=463,50$; $p=0,002$; $d=0,71$; $PTBS_{HYP}$: $U=590,50$; $p=0,084$; $d=0,49$).

In der Gruppe der Partnerinnen und Kinder ergaben sich keine signifikanten Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht.

Das Alter korrelierte in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten nicht signifikant mit der PTBS-Symptomschwere.

Das Alter korrelierte in der Gruppe der Partner/-innen negativ mit den Vermeidungs- und Übererregungs-Symptomen der PTBS ($n=28$; $PTBS_{GES}$: $r_S=-0,352$; $p=0,066$; $PTBS_{INTRUS}$: $r_S=-0,247$; $p=0,205$; $PTBS_{VERM}$: $r_S=-0,388$; $p=0,046$; $PTBS_{HYP}$: $r_S=-0,471$; $p=0,011$).

Das Alter korrelierte in der Gruppe der Kinder nicht signifikant mit der PTBS-Symptomschwere.

PTBS-Diagnose und Ausreise, Wohnort, Partnerschaftsstatus und Geschlecht in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

Der Chi-Quadrat-Test ergab für die ehemaligen Inhaftierten einen Zusammenhang zwischen der Ausreise aus der DDR und dem Vorliegen einer PTBS. Zunächst ergab sich im Vergleich eine signifikant häufigere PTBS-Diagnose für die ehemaligen Inhaftierten, die vor der Wiedervereinigung ausgereist waren ($n=91$; $\chi^2(1)=4,13$; $p=0,042$; $\phi=0,21$). Bei genauerer Analyse zeigte sich, dass es vor allem die Gruppe derjenigen, die zunächst in die DDR entlassen

wurden, war, die eine erhöhte Rate an PTBS im Vergleich zu den Nicht-Ausgereisten und den unmittelbar aus der Haft Ausgereisten aufwies ($n=91$; $\chi^2(2)=5,99$; $p=0,050$; $\varphi=0,26$). Eine weitere Analyse zeigte, dass die ehemaligen Inhaftierten, die zum Zeitpunkt der Befragung in den neuen Bundesländern lebten, signifikant seltener eine PTBS aufwiesen als diejenigen, die in den alten Bundesländern lebten ($n=84$; $\chi^2(1)=6,19$; $p=0,013$; $\varphi=0,27$). Es ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge zwischen PTBS-Diagnose und Geschlecht ($n=91$; $\chi^2(1)=1,84$; $p=0,175$; $\varphi=0,14$), dem derzeitigen Bestehen einer Partnerschaft ($n=83$; $\chi^2(1)=0,513$; $p=0,261$; $\varphi=0,08$), oder der Tatsache, ob jemand allein an der Befragung teilnahm ($n=91$; $\chi^2=1,00$; $df=1$; $p=0,318$; $\varphi=0,11$).

PTBS-Symptomschwere und Partnerschaft in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

In Abhängigkeit von den Angaben der ehemaligen Inhaftierten zur Partnerschaft wurden Gruppenvergleiche mit der Zielgröße der PTBS-Symptomschwere durchgeführt. Hier ergaben sich signifikante Unterschiede dergestalt, dass die ehemaligen Inhaftierten, die zur Haftzeit eine Partnerschaft gehabt hatten, die gegenwärtig nicht mehr bestand, im Gegensatz zu denjenigen, die keine Partnerschaft zur Haftzeit hatten und denjenigen, die noch immer in der Partnerschaft lebten, in der sie zur Haftzeit gelebt hatten, signifikant höhere Symptome der PTBS berichteten (Tabelle 19).

Die Effektstärken für die einzelnen Gruppenvergleiche sind nachfolgend aufgeführt:

Keine Partnerschaft zur Haftzeit / Partnerschaft, die gegenwärtig nicht mehr besteht:

PTBS_{GES}: $d=0,67$; PTBS_{INTRUS}: $d=0,30$; PTBS_{VERM}: $d=0,76$; PTBS_{HYP}: $d=0,79$;

Keine Partnerschaft zur Haftzeit / Partnerschaft bis heute:

PTBS_{GES}: $d=0,15$; PTBS_{INTRUS}: $d=0,40$; PTBS_{VERM}: $d<0,01$; PTBS_{HYP}: $d=0,03$;

Partnerschaft, die gegenwärtig nicht mehr besteht / Partnerschaft bis heute:

PTBS_{GES}: $d=0,72$; PTBS_{INTRUS}: $d=0,63$; PTBS_{VERM}: $d=0,65$; PTBS_{HYP}: $d=0,72$.

Tabelle 19: Vergleich der PTBS-Symptomschwere in Abhängigkeit vom Partnerschaftsstatus in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	Keine Partnerschaft zur Haftzeit (n=27)			Partnerschaft zur Haftzeit, die gegenwärtig nicht mehr besteht (n=26)			Partnerschaft zur Haftzeit, die bis heute besteht (n=31)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
PTBS Gesamt	12,46	13,00	10,28	21,23	24,00	15,14	10,57	3,00	14,36	227,00	0,042	2>1
										252,50	0,023	2>3
PTBS Intrusionen	4,81	5,00	3,68	6,12	6,00	4,88	3,10	1,00	4,74	280,50	0,049	1>3
										252,00	0,021	2>3
PTBS Vermeidung	3,70	3,00	4,00	7,52	7,00	5,96	3,70	1,00	5,80	213,00	0,021	2>1
										237,00	0,017	2>3
PTBS Übererregung	3,88	3,50	3,72	7,42	8,00	5,18	4,00	2,00	4,40	208,50	0,017	2>1
										258,50	0,020	2>3

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: keine Partnerschaft zur Haftzeit, 2: Partnerschaft zur Haftzeit, die zur Zeit der Studienteilnahme nicht mehr bestand; 3: Partnerschaft, die seit der Haftzeit besteht

Die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A1.1) Traumatische Erlebnisse (A1-Kriterium)

Während die ehemaligen Inhaftierten im Mittel 2,0 ($Md=2,0$; $Sd=1,29$) traumatische Erlebnisse berichteten, berichtete die Vergleichsgruppe im Mittel 0,6 ($Md=0,0$; $Sd=1,07$) traumatische Erlebnisse ($n=1103$; $\chi^2(1)=109,3$; $p<0,001$; $d=1,29$). Das in der Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung mit 12,1% am häufigsten berichtete potenziell traumatische Erlebnis war die Zeugenschaft, gefolgt von Kriegseinsätzen mit 11,5% (vgl. Tabelle 18 für Angaben der ehemaligen Inhaftierten). Lediglich 2,2% der Vergleichsstichprobe gaben an, eine Gefangenschaft, Geiselnahme und / oder Entführung⁴⁷ erlebt zu haben. Hinsichtlich des Erlebens sexuellen Missbrauchs als Kind ergab sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen ($n=1099$; $\chi^2(1)=4,0$; $p=0,081$; $Cramers V=0,046$). Kriegserlebnisse wurden signifikant häufiger von der Vergleichsgruppe angegeben ($n=1100$; $\chi^2(1)=4,4$; $p=0,035$; $\phi=-0,064$). Alle anderen potenziell traumatisierenden Erlebnisse wurden signifikant häufiger in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten berichtet.

PTBS

Zum Vergleich mit der Stichprobe aus der Repräsentativbefragung wurden die diagnostischen Kriterien für die PTBS modifiziert.⁴⁸ Die Stichprobe der ehemaligen Inhaftierten wies

⁴⁷ Die Kategorien Gewalttätiger Angriff, Bedrohung, Verletzung, Folter, Qual, Geiselnahme, Gefangenschaft, Entführung wurden zusammengefasst, da die Kategorien sich in den Befragungen unterschieden.

⁴⁸ In der Repräsentativbefragung war die Beeinträchtigung (F-Kriterium) durch die Symptome nicht erfasst. Eine PTBS-Diagnose wurde vergeben, wenn $A1 \geq 1 + \text{Wiedererleben} \geq 1 + \text{Vermeidung} \geq 3 + \text{Übererregung} \geq 2$.

nun eine PTBS-Rate von 36,3% auf, die Vergleichsstichprobe eine PTBS-Rate von 4,4%. Der Chi-Quadrat-Test wies bezüglich der PTBS-Diagnose einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen aus ($n=1103$; $\chi^2(1)=128,6$; $p<0,001$; $\phi=0,341$).

Für die Schwere der einzelnen Symptomcluster sowie für die Gesamtschwere der PTBS-Symptomatik ergaben sich signifikant höhere Werte in der Gruppe der Indexpersonen (PTBS_{GES}: $n=1068$; $\chi^2(1)=99,4$; $p<0,001$; $d=2,11$; PTBS_{INTRUS}: $n=1072$; $\chi^2(1)=133,3$; $p<0,001$; $d=1,79$; PTBS_{VERM}: $n=1068$; $\chi^2(1)=97,6$; $p<0,001$; $d=1,76$; PTBS_{HYPER}: $n=1072$; $\chi^2(1)=105,7$; $p<0,001$; $d=2,32$).

Die signifikanten Unterschiede blieben bestehen, wenn diejenigen, die kein traumatisches Erlebnis angaben, aus den Gruppen ausgeschlossen wurden (PTBS_{GES}: $n=402$; $\chi^2(1)=17,9$; $p<0,001$; $d=1,15$; PTBS_{INTRUS}: $n=403$; $\chi^2(1)=21,8$; $p<0,001$; $d=0,91$; PTBS_{VERM}: $n=402$; $\chi^2(1)=15,0$; $p<0,001$; $d=0,93$; PTBS_{HYPER}: $n=403$; $\chi^2(1)=30,4$; $p<0,001$; $d=1,39$).

Die ehemaligen politisch Inhaftierten zeigten sich in der Ausprägung der einzelnen Symptombereiche der PTBS signifikant stärker belastet und litten signifikant häufiger an einer PTBS als die Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung.

Die Hypothese A1.1 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

Die Gruppe der Partner/-innen im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A2.1)

Traumatische Erlebnisse

Die Partner/-innen berichteten im Mittel 1,3 traumatische Erlebnisse ($Md=1,0$; $Sd=1,32$), die Vergleichsgruppe 0,61 ($Md=0,0$; $Sd=1,27$). Der Unterschied zwischen den Gruppen wurde statistisch signifikant ($n=1206$; $\chi^2(1)=21,46$; $p<0,0001$; $d=0,54$).

Die in der Vergleichsgruppe am häufigsten angegebenen traumatischen Erlebnisse waren Kriegserlebnisse (12,5%) und Zeugenschaft (11,4%) (vgl. Tabelle 18). Hier gaben 4,7% an, Gefangenschaft, Geiselnahme und / oder Entführung erlebt zu haben. Vergleiche mit dem exakten Test nach Fisher ergaben, dass sich die Gruppen hinsichtlich des Erlebens von traumatischen Erlebnissen anderer (Zeugenschaft), hinsichtlich des Erlebens von Naturkatastrophen und hinsichtlich des Erlebens von Kriegereignissen nicht unterschieden. Die Partner/-innen ehemaliger politisch Inhaftierter berichteten jedoch signifikant häufiger gewalttätige Angriffe, Entführung, Bedrohung u. ä., zudem häufiger Vergewaltigung, sexuellen Missbrauch als Kind, schwere Unfälle, die Diagnose lebensbedrohlicher Krankheiten und „andere“ Ereignisse.

PTBS

Zum Vergleich mit der Stichprobe aus der Repräsentativbefragung wurden die diagnostischen Kriterien für die PTBS modifiziert (s. oben). Die Stichprobe der Partner/-innen wies nun eine PTBS-Rate von 25,7% auf, die Vergleichsstichprobe eine PTBS-Rate von 4,4%. Der Vergleich mit dem Fisher-Yates-Test ergab einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen ($n=1206$; $\chi^2(1)=32,03$; $p<0,001$; $\phi=0,163$).

Für die Schwere der einzelnen Symptomcluster sowie für die Gesamtschwere der PTBS-Symptomatik ergaben sich signifikant höhere Werte in der Gruppe der Partner/-innen (PTBS_{GES}: $n=1157$; $\chi^2(1)=19,72$; $p<0,001$; $d=1,52$; PTBS_{INTRUS}: $n=1162$; $\chi^2(1)=20,68$; $p<0,001$; $d=1,07$; PTBS_{VERM}: $n=1157$; $\chi^2(1)=21,70$; $p<0,001$; $d=1,43$; PTBS_{HYPER}: $n=1158$; $\chi^2(1)=28,74$; $p<0,001$; $d=1,68$).

Wurden nur diejenigen miteinander verglichen, die mindestens ein traumatisches Erlebnis angegeben hatten, blieb der Unterschied zwischen den Gruppen für die Schwere der Übererregungs-Symptome sowie die Gesamtsymptomatik signifikant (PTBS_{GES}: $n=353$; $\chi^2(1)=5,16$; $p=0,023$; $d=0,85$; PTBS_{HYPER}: $n=353$; $\chi^2(1)=11,83$; $p=0,001$; $d=1,18$).

Die Partner/-innen zeigten sich in der Ausprägung der einzelnen Symptombereiche der PTBS signifikant stärker belastet und litten signifikant häufiger an einer PTBS als die Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung.

Die Hypothese A 2.1 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

Die Gruppe der Kinder im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A3.1)**Traumatische Erlebnisse (A1-Kriterium)**

Während die Gruppe der Nachkommen im Mittel 1,11 ($Md=1,0$; $Sd=0,99$) traumatische Erlebnisse berichteten, berichtete die Vergleichsgruppe im Mittel 0,24 ($Md=0,0$; $Sd=0,69$) traumatische Erlebnisse ($n=1395$; $\chi^2(1)=117,8$; $p<0,001$; $d=1,23$). Das in dieser Vergleichsgruppe am häufigsten angegebene traumatische Erlebnis war mit 7,1% die Zeugenschaft, gefolgt von „anderen“ Ereignissen mit 5,0%. In dieser Vergleichsgruppe gaben 2,5% an, eine Gefangenschaft, Geiselnahme und / oder Entführung erlebt zu haben. Zwischen den Gruppen ergaben sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit des Erlebens von Kriegereignissen, Vergewaltigung oder der Diagnose lebensbedrohlicher Erkrankungen. Hinsichtlich aller anderen traumatischen Erlebnisse berichteten die Nachkommen ehemaliger politisch Inhaftierter signifikant häufiger, ein solches Ereignis erlebt zu haben.

PTBS

Zum Vergleich mit der Stichprobe aus der Repräsentativbefragung wurden die diagnostischen Kriterien für die PTBS modifiziert (s. oben). Die Stichprobe der Kinder wies nun eine PTBS-Rate von 12,5% auf, die Vergleichsstichprobe eine PTBS-Rate von 3,2%. Der Vergleich mit dem Fisher-Yates-Test ergab auch hier einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen ($n=13095$; $\chi^2(1)=14,90$; $p=0,002$; $\phi=0,103$).

Für die Schwere der einzelnen Symptomcluster sowie für die Gesamtschwere der PTBS-Symptomatik ergaben sich signifikant höhere Werte in der Gruppe der der Nachkommen ehemals politisch Inhaftierter (PTBS_{GES}: $n=1328$; $\chi^2(1)=51,84$; $p<0,001$; $d=1,01$; PTBS_{INTRUS}: $n=1334$; $\chi^2(1)=57,40$; $p<0,001$; $d=0,54$; PTBS_{HYP}: $n=1329$; $\chi^2(1)=43,44$; $p<0,001$; $d=1,06$; PTBS_{VERM}: $n=1330$; $\chi^2(1)=55,69$; $p<0,001$; $d=0,91$).

Wurden diejenigen, die kein traumatisches Erlebnis angegeben hatten, aus dem Gruppenvergleich ausgeschlossen, ergab sich lediglich hinsichtlich der Schwere der Übererregungssymptomatik eine signifikant höhere Ausprägung in der Gruppe der Nachkommen ehemaliger Inhaftierter ($n=243$; $\chi^2(1)=4,54$; $p=0,033$; $d=0,19$).

Die Kinder zeigten sich in der Ausprägung der einzelnen Symptombereiche der PTBS signifikant stärker belastet und litten signifikant häufiger an einer PTBS als die Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung.

Die Hypothese A 3.1 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

6.6.5 Belastung durch Symptome psychischer Störungen

Die Belastung durch Symptome psychischer Störungen in den drei Gruppen wurde über die SCL-27 erhoben.

Zwischen 18,9% (Symptome sozialer Phobie) und 33,2% (dysthyme Symptome) der Gesamtgruppe wiesen Werte oberhalb der von Hardt und Kollegen (2006) angegebenen Cutoff-Werte auf (Abbildung 22). Dabei berichteten die ehemaligen Inhaftierten in fast allen Symptombereichen die vergleichsweise höchsten Symptome (s. Abbildung 22 - Abbildung 25).

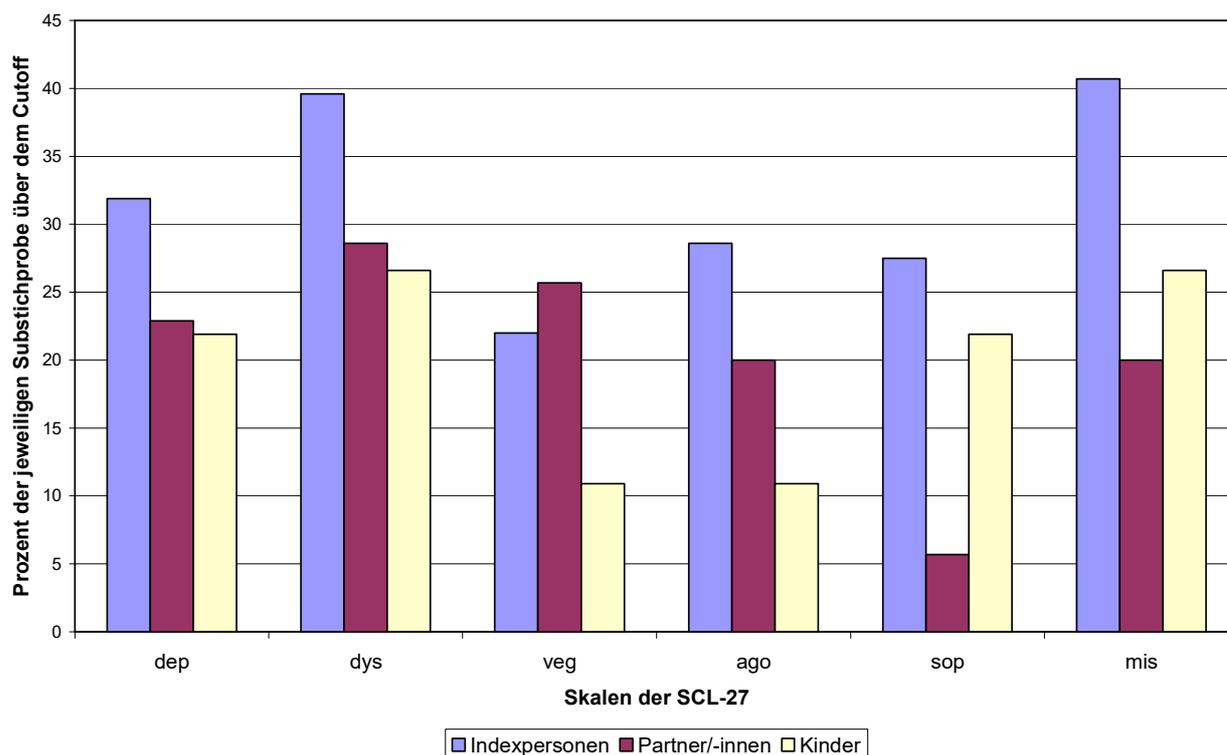


Abbildung 22: Anteil der über den Cut-Off-Werten liegenden Anteile in den drei Gruppen (SCL-27)

Symptomschwere, Geschlecht und Alter

Die weiblichen ehemaligen Inhaftierten wiesen eine höhere Symptombelastung durch vegetative und agoraphobische Symptome auf (vegetative Symptome: $n=86$; $U=621,0$; $p=0,041$; $d=0,43$; agoraphobische Symptome: $n=86$; $U=621,0$; $p=0,041$; $d=0,81$). In den Gruppen der Partner/-innen und Kinder ergaben sich keine signifikanten Geschlechtsunterschiede.

Zwischen dem Alter und depressiven Symptomen sowie dem Alter und sozial phobischen Symptomen ergaben sich negative signifikante Korrelationen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten (depressive Symptome: $n=86$; $r_s=-0,281$; $p=0,043$; sozialphobische Symptome: $n=86$; $r_s=-0,215$; $p=0,047$).

In den Gruppen der Partner/-innen und Kinder ergaben sich keine signifikanten Alterseffekte.

Vergleich mit den Repräsentativstichproben

Die ehemaligen politisch Inhaftierten, die Partner/-innen und die Kinder wurden im Folgenden mit der jeweiligen Vergleichsgruppe hinsichtlich der Ausprägung der Symptomschwere auf den Skalen der SCL-27 verglichen (s. Tabelle 15; Tabelle 16; Tabelle 17). In Abbildung 23, Abbildung 24 und Abbildung 25 finden sich die Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen getrennt für die drei Gruppen (ehemalige Inhaftierte, Partner/-innen, Kinder) mit denen der jeweiligen Vergleichsgruppe. Auf jeder Skala der SCL-27 ergaben sich für die Untersuchungsgruppen höhere Werte als für die jeweilige Vergleichsgruppe.

Der Vergleich der Gruppen mit dem Mediantest ergab hinsichtlich der meisten Skalen der SCL-27 signifikante Unterschiede. Diese sind nachfolgend im Detail aufgeführt.

Die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A1.2)

Die Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten wies hinsichtlich der Belastung durch psychische und körperliche Symptome (GSI-27), depressiver Symptome, dysthymen Symptome, agoraphobischer und sozial phobischer Symptome sowie Symptomen des Misstrauens gegenüber anderen Menschen signifikant höhere Werte auf als die Vergleichsstichprobe aus der Repräsentativbefragung (Tabelle 20). Hinsichtlich vegetativer Symptombelastung wurde der Unterschied mit dem Median-Test nicht signifikant (Tabelle 20).

Tabelle 20: Mediane und Mediantestwerte der SCL- 27 in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	Ehemalige Inhaftierte (n=91)	Vergleichsstichprobe (n=1099)	χ^2	df	p	D
	Md	Md				
GSI-27	0,50	0,22	15,08	1	<0,001	0,75
Depressive S.	0,50	0,25	16,90	1	<0,001	0,66
Dysthyme S.	0,75	0,25	17,32	1	<0,001	0,62
Vegetative S.	0,17	0,17	3,78	1	0,067	0,51
Agoraphob. S.	0,00	0,00	7,76	1	0,008	0,52
Sozialphob. S.	0,25	0,00	16,73	1	<0,001	0,58
Misstrauen	0,75	0,25	26,43	1	<0,001	0,87

Zum Vergleich sind in Abbildung 23 Mittelwerte und Standardabweichung der einzelnen Skalen der Untersuchungs- und Vergleichsgruppe angegeben.

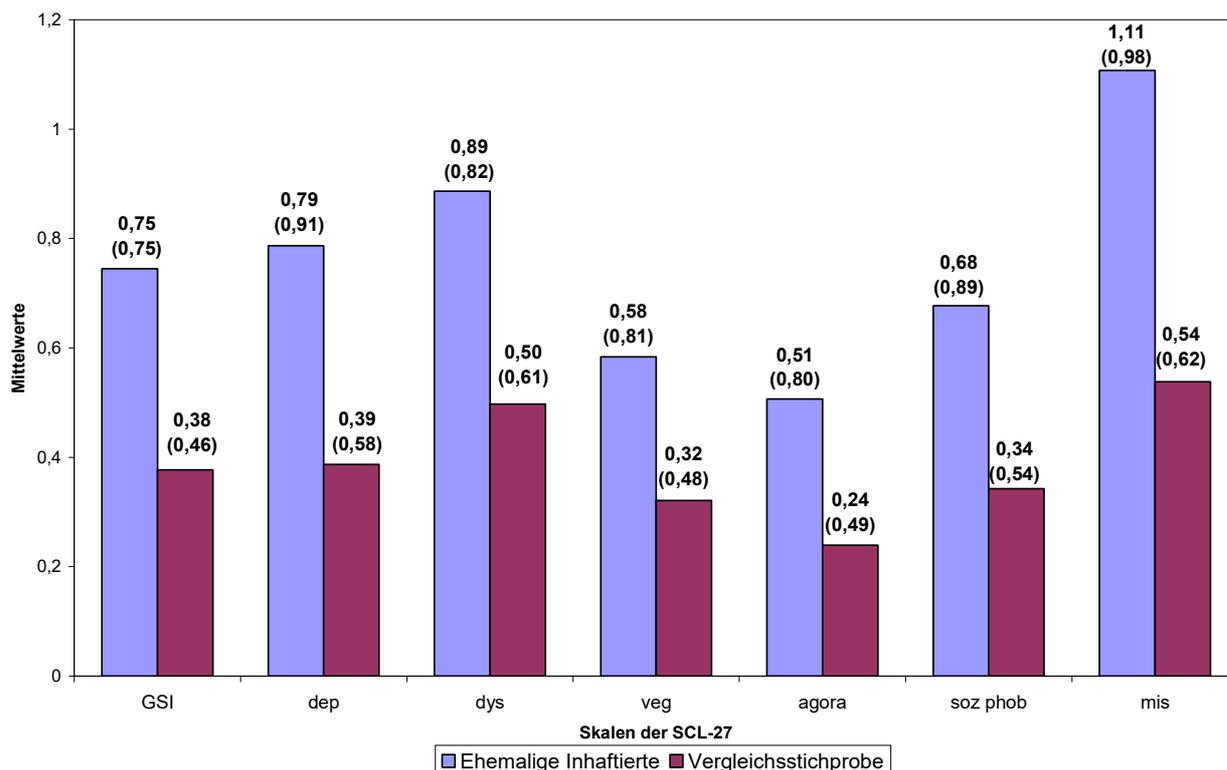


Abbildung 23: Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen der SCL-27 in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten und der Vergleichsgruppe

Die Hypothese A1.2 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

Die Gruppe der Partner/-innen im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A2.2)

Die Gruppe der Partner/-innen wies hinsichtlich der Belastung durch psychische und körperliche Symptome (GSI-27), hinsichtlich der Ausprägung depressiver Symptome, dysthymischer Symptome, vegetativer Symptome, sozial phobischer Symptome sowie Symptomen des Misstrauens gegenüber anderen Menschen signifikant höhere Werte auf als die Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung (Tabelle 21).

Tabelle 21: Mediane und Mediantestwerte der SCL-27 in der Gruppe der Partner/-innen

	Partner / Partnerinnen (n=35)	Vergleichs- stichprobe (n=1116)	χ^2	df	p	D
	<i>Md</i>	<i>Md</i>				
GSI-27	0,46	0,22	10,39	1	0,001	0,39
Depressive S.	0,50	0,25	6,61	1	0,010	0,53
Dysthyme S.	0,50	0,25	8,14	1	0,004	0,41
Vegetative S.	0,33	0,17	8,19	1	0,004	0,24
Agoraphob. S.	0,00	0,00	1,14	1	0,286	0,16
Sozialphob. S.	0,25	0,00	6,43	1	0,011	0,21
Misstrauen	0,75	0,25	12,45	1	<0,001	0,46

In Abbildung 24 sind die Mittelwerte und Standardabweichungen der beiden Gruppen abzulesen.

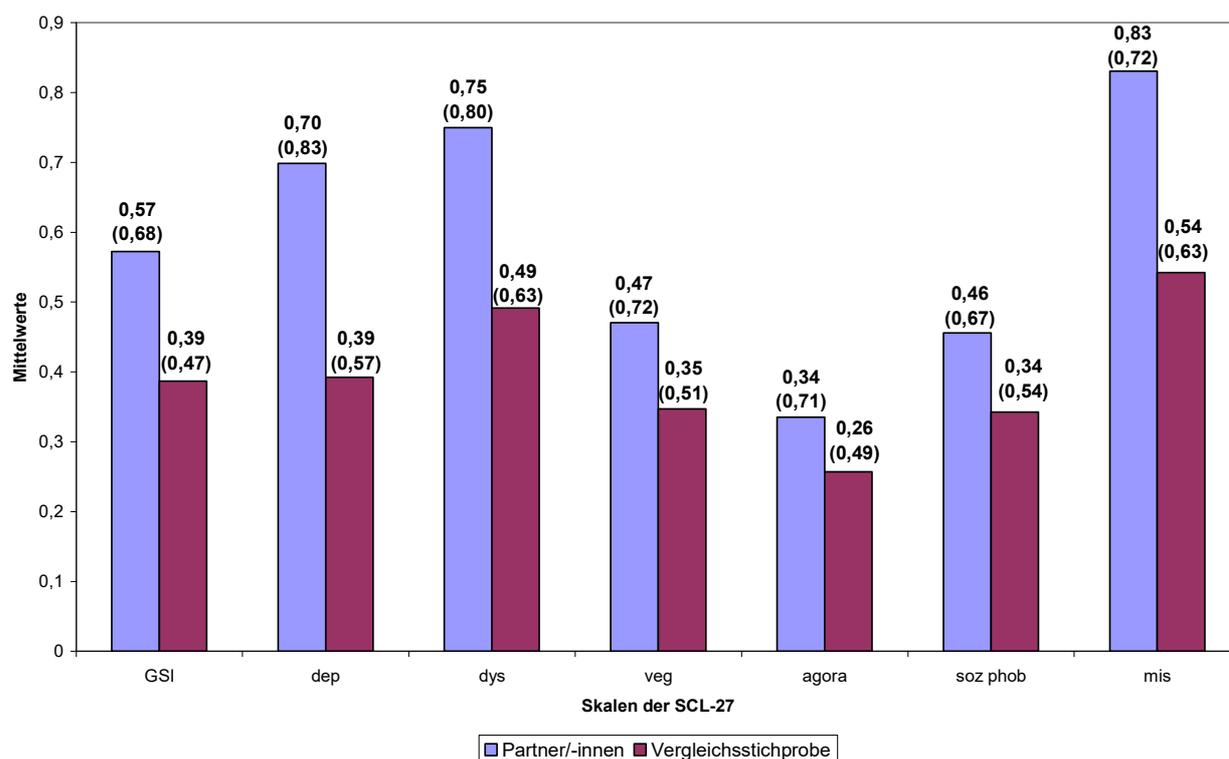


Abbildung 24: Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen der SCL-27 in der Gruppe der Partner/-innen und der Vergleichsgruppe

Die Hypothese A2.2 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

Die Gruppe der Kinder im Vergleich zur Vergleichsstichprobe (A3.2)

Die Gruppe der Kinder wies hinsichtlich der Belastung durch psychische und körperliche Symptome (GSI-27), hinsichtlich der Ausprägung depressiver Symptome, dysthymen Symptome, sozial phobischer Symptome sowie Symptomen des Misstrauens gegenüber anderen

Menschen signifikant höhere Werte auf als die Vergleichsgruppe aus der Repräsentativbefragung (Tabelle 22).

Tabelle 22: Mediane und Mediantestwerte der SCL-27 in der Gruppe der Kinder

	Kinder ehem. Inhaftierter (n=64)	Vergleichs- stichprobe (n=1313)	χ^2	df	p	D
	<i>Md</i>	<i>Md</i>				
GSI-27	0,28	0,15	8,61	1	0,003	0,47
Depressive S.	0,25	0,00	36,75	1	<0,001	0,58
Dysthyme S.	0,50	0,00	21,75	1	<0,001	0,76
Vegetative S.	0,17	0,00	1,41	1	0,235	0,09
Agoraphob. S.	0,00	0,00	1,34	1	0,247	0,04
Sozialphob. S.	0,25	0,00	6,41	1	0,011	0,42
Misstrauen	0,50	0,25	4,57	1	0,032	0,50

Mittelwerte und Standardabweichungen für die einzelnen Skalen in der Untersuchungs- und der Vergleichsgruppe sind in Abbildung 25 abzulesen.

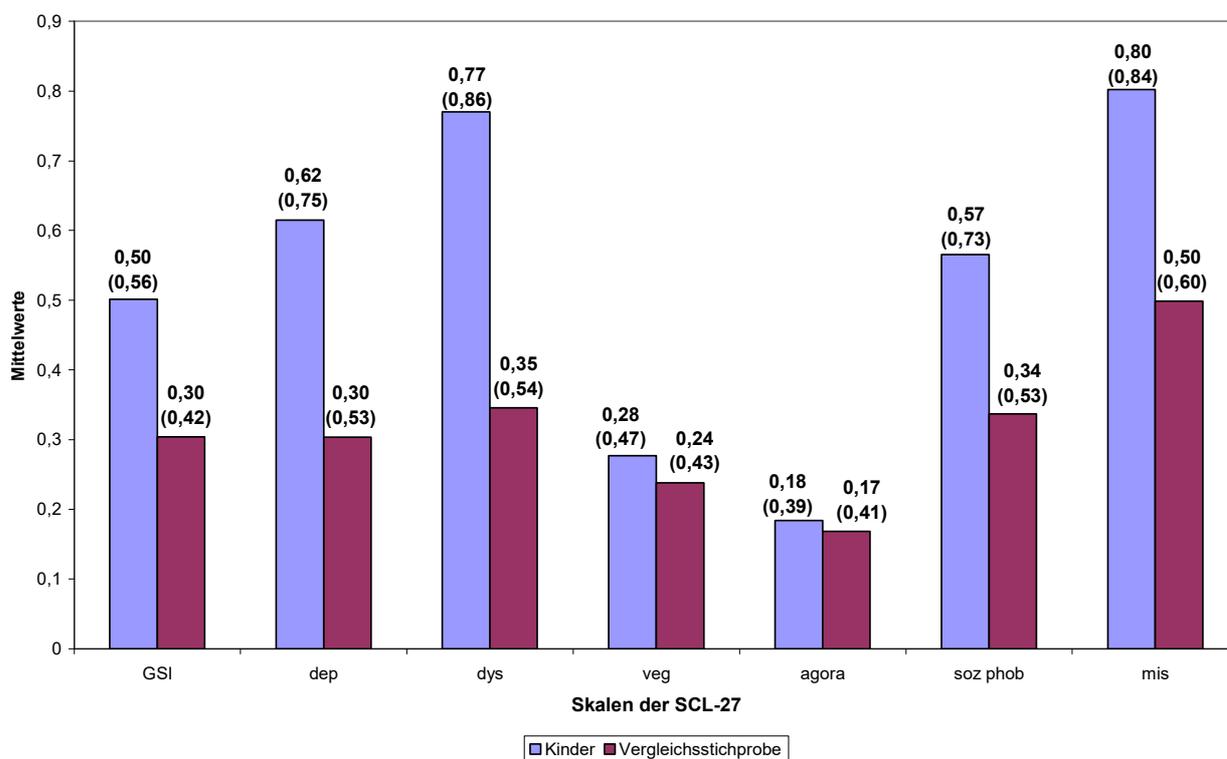


Abbildung 25: Mittelwerte und Standardabweichungen der SCL-27 in der Gruppe der Kinder und der Vergleichsgruppe

Die Hypothese A3.2 wird durch die Ergebnisse gestützt und als gültig angenommen.

6.6.6 Zusammenhänge zwischen erlebten Stressoren und psychischer Belastung

Miterleben der politischen Haft – Partner/-innen (B1.1)

Die Gruppe der Partner/-innen, die zur Zeit der politischen Haft in einer Beziehung mit einer politisch inhaftierten Person waren, unterschied sich hinsichtlich der Schwere der Symptomatik der PTBS, der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen sowie der subjektiven Belastung durch die politische Haft nicht signifikant von der Gruppe der Partner/-innen, die nach der Haftentlassung eine Beziehung mit der politisch inhaftierten Person begannen (Tabelle 23).

Tabelle 23: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen Partnerschaft zur Haftzeit vs. Partnerschaft nach Haftentlassung (Partner/-innen)

	Haftzeit erlebt (n=10)		Haftzeit nicht erlebt (n=25)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	85,34 (18,00)	91,04	57,35 (35,13)	61,64	53,50	0,082	0,88
PTBS Gesamt	11,89 (11,73)	11,00	9,42 (12,82)	5,00	69,50	0,438	0,20
PTBS Intrusionen	2,56 (3,17)	2,00	3,00 (4,94)	0,00	72,00	0,530	0,10
PTBS Vermeidung	4,67 (6,00)	3,00	3,39 (5,36)	0,00	64,50	0,403	0,23
PTBS Übererregung	4,67 (4,64)	3,00	3,11 (3,70)	0,00	66,50	0,357	0,39
GSI-27	0,64 (0,40)	0,59	0,55 (0,76)	0,37	76,50	0,163	0,13
Depressive S.	0,72 (0,79)	0,25	0,69 (0,85)	0,50	111,50	0,969	0,04
Dysthyme S.	0,83 (0,65)	0,75	0,72 (0,85)	0,50	90,50	0,397	0,14
Vegetative S.	0,44 (0,34)	0,33	0,48 (0,82)	0,33	91,50	0,419	0,05
Agoraphob. S.	0,33 (0,39)	0,20	0,34 (0,80)	0,00	94,00	0,489	<0,01
Sozialphob. S.	0,58 (0,57)	0,25	0,41 (0,70)	0,25	77,00	0,175	0,26
Misstrauen	1,06 (0,60)	1,00	0,75 (0,76)	0,75	72,00	0,120	0,42

Die Hypothese B1.1 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

Miterleben der politischen Haft – Kinder (B1.2)

Die Gruppe der Kinder, die zur Haftzeit eines oder beider Elternteile bereits geboren waren oder geboren wurden, unterschied sich hinsichtlich der Schwere der Symptomatik der PTBS sowie hinsichtlich der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen nicht signifikant von der Gruppe der Kinder, die nach der Haftentlassung eines oder beider Elternteile geboren wurden (Tabelle 24). Sie berichteten jedoch eine signifikant höhere subjektive psychische Belastung durch die politische Haft der Eltern (Tabelle 24).

Tabelle 24: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen geboren zur Haftzeit vs. geboren nach Haftentlassung (Nachkommen)

	Haftzeit erlebt (n=26)		Haftzeit nicht erlebt (n=38)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	71,61 (27,91)	80,11	35,23 (27,68)	31,47	168,00	<0,001	1,31
PTBS Gesamt	7,38 (11,65)	2,00	5,77 (6,01)	4,00	250,00	0,617	0,18
PTBS Intrusionen	2,05 (2,96)	1,00	1,46 (2,08)	0,50	253,00	0,648	0,23
PTBS Vermeidung	2,67 (5,56)	0,00	2,15 (2,99)	1,00	210,50	0,153	0,12
PTBS Übererregung	2,67 (3,89)	1,00	2,15 (2,20)	2,00	254,50	0,680	0,17
GSI-27	0,54 (0,68)	0,26	0,47 (0,47)	0,28	463,50	0,949	0,12
Depressive S.	0,68 (0,99)	0,25	0,57 (0,53)	0,50	436,00	0,519	0,15
Dysthyme S.	0,77 (0,91)	0,50	0,77 (0,83)	0,75	454,50	0,845	<0,01
Vegetative S.	0,33 (0,61)	0,08	0,24 (0,35)	0,17	455,50	0,850	0,18
Agoraphob. S.	0,23 (0,51)	0,00	0,15 (0,28)	0,00	457,50	0,859	0,21
Sozialphob. S.	0,58 (0,80)	0,25	0,56 (0,69)	0,25	432,50	0,792	0,03
Misstrauen	0,86 (0,94)	0,63	0,76 (0,77)	0,50	454,00	0,840	0,11

Die Hypothese B1.2 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

Potenziell belastende Erlebnisse im Zusammenhang mit der Haft – Partner/-innen (B2.1)

Die Gruppe der Partner/-innen, die angegeben hatten, ein oder mehrere potenziell belastende Erlebnisse in Zusammenhang mit der Verhaftung ihres Partners bzw. ihrer Partnerin gehabt zu haben (s. S. 84f.; Abbildung 8), unterschied sich hinsichtlich der Stärke der PTBS-Symptome, der Stärke der Symptome psychischer Störungen sowie der subjektiven psychischen Belastung durch die politische Haft nicht von der Gruppe der Partner/-innen, die keine solchen Erlebnisse angegeben hatten (Tabelle 25).

Tabelle 25: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen potenziell belast. Erlebnisse vs. keine potenziell belast. Erlebnisse in Zusammenhang mit der Haft (Partner/-innen)

	Potenziell belastende Ereignisse um die Verhaftung erlebt (n=8)		Keine potenziell belastenden Ereignisse um die Verhaftung erlebt (n=27)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	85,34 (18,00)	91,04	57,35 (35,13)	61,64	53,50	0,082	0,88
PTBS Gesamt	9,00 (8,45)	9,50	10,70 (13,73)	5,50	76,50	0,862	0,14
PTBS Intrusionen	1,63 (1,60)	1,50	3,35 (5,06)	0,00	77,50	0,901	0,39
PTBS Vermeidung	2,88 (2,85)	2,50	4,21 (6,32)	0,00	72,50	0,856	0,24
PTBS Übererregung	4,50 (4,93)	2,50	3,25 (3,65)	3,00	69,50	0,601	0,31
GSI-27	0,63 (0,43)	0,54	0,56 (0,74)	0,41	76,50	0,270	0,11
Depressive S.	0,63 (0,79)	0,25	0,72 (0,85)	0,63	93,50	0,676	0,11
Dysthyme S.	0,84 (0,69)	0,75	0,72 (0,83)	0,50	86,50	0,485	0,15
Vegetative S.	0,50 (0,32)	0,42	0,46 (0,81)	0,33	71,50	0,191	0,05
Agoraphob. S.	0,38 (0,39)	0,30	0,32 (0,79)	0,00	77,50	0,288	0,07
Sozialphob. S.	0,56 (0,61)	0,25	0,42 (0,69)	0,25	80,50	0,347	0,21
Misstrauen	1,00 (0,61)	0,88	0,78 (0,76)	0,75	77,50	0,288	0,30

Die Hypothese B2.1 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

Potenziell belastende Erlebnisse im Zusammenhang mit der Haft – Kinder (B2.2)

Die Gruppe der Nachkommen, die angegeben hatten, ein oder mehrere potenziell belastende Erlebnisse in Zusammenhang mit der Verhaftung ihres Vaters bzw. ihrer Mutter oder beider gehabt zu haben (s. S. 85ff.; Abbildung 9), unterschieden sich hinsichtlich der Stärke der PTBS-Symptome sowie der Stärke der Symptome psychischer Störungen nicht von der Gruppe der Nachkommen, die keine solchen Erlebnisse angegeben hatten (Tabelle 26). Sie berichteten jedoch eine signifikant höhere subjektive psychische Belastung durch die politische Haft der Eltern (Tabelle 26).

Zwischen der Anwesenheit bei der Verhaftung und dem Erleben von PTEs in Zusammenhang mit der elterlichen Haft ergab sich kein signifikanter Zusammenhang ($n=25$;

$\chi^2(1)=0,503$; $p=0,637$; $\phi=0,14$).⁴⁹

⁴⁹ Im Gruppenvergleich (U-Test) ergaben sich keine signifikanten Unterschiede der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der Anwesenheit während der Verhaftung der Eltern.

Tabelle 26: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen potenziell belast. Erlebnisse vs. keine potenziell belast. Erlebnisse in Zusammenhang mit der Haft (Nachkommen)

	Potenziell belastende Ereignisse um die Verhaftung erlebt (n=19)		Keine potenziell belastenden Ereignisse um die Verhaftung erlebt (n=7)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	79,48 (24,37)	90,95	50,25 (27,15)	50,86	24,00	0,013	1,16
PTBS Gesamt	7,60 (12,78)	3,00	6,83 (9,24)	2,00	36,50	0,519	0,06
PTBS Intrusionen	2,33 (3,29)	1,00	1,33 (1,97)	0,50	39,50	0,677	0,32
PTBS Vermeidung	2,93 (6,40)	0,00	2,00 (2,90)	0,50	38,00	0,622	0,16
PTBS Übererregung	2,33 (3,72)	0,00	3,50 (4,55)	2,00	35,50	0,470	0,30
GSI-27	0,50 (0,69)	0,22	0,66 (0,66)	0,44	43,0	0,188	0,23
Depressive S.	0,62 (0,97)	0,25	0,86 (1,11)	0,25	51,00	0,395	0,24
Dysthyme S.	0,96 (0,93)	0,75	0,70 (0,92)	0,50	44,50	0,209	0,28
Vegetative S.	0,25 (0,51)	0,00	0,52 (0,84)	0,33	52,00	0,427	0,44
Agoraphob. S.	0,25 (0,56)	0,00	0,17 (0,37)	0,00	63,50	0,866	0,15
Sozialphob. S.	0,53 (0,79)	0,25	0,75 (0,87)	0,50	46,00	0,514	0,27
Misstrauen	0,82 (1,04)	0,50	0,96 (0,64)	0,75	47,00	0,279	0,15

Die Hypothese B2.2 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen – Betroffene (B3.1)

Da die überwiegende Mehrheit der ehemaligen politisch Inhaftierten in dieser Stichprobe angegeben hatte, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt zu haben, konnte die Hypothese B3.1 nicht wie geplant geprüft werden. Dem explorativen Charakter der Studie entsprechend wurden stattdessen anhand des Medians der Anzahl der angegebenen Maßnahmen zwei Vergleichsgruppen gebildet.

Die Gruppe derjenigen, die höchstens drei nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen berichteten, wurden hinsichtlich der psychischen Belastung mit der Gruppe derjenigen verglichen, die vier oder mehr Repressionsmaßnahmen berichteten (s. 6.3). Hier ergaben sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Höhe der Symptome psychischer Belastung (Tabelle 27).⁵⁰

⁵⁰ Eine Berechnung der korrelativen Zusammenhänge zwischen der Anzahl der Maßnahmen und der Ausprägung der Symptome psychischer Störungen ergab ebenfalls keine signifikanten Ergebnisse.

Tabelle 27: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der Anzahl erlebter Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten

	0-3 nichtstrafrechtliche Repressions- maßnahmen (n=48)		> 4 nichtstrafrechtliche Repressions- maßnahmen (n=41)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	73,25 (30,82)	87,23	78,57 (24,12)	88,66	954,00	0,805	0,19
PTBS Gesamt	13,93 (13,76)	10,00	15,95 (15,00)	14,00	799,00	0,608	0,14
PTBS Intrusionen	4,63 (4,47)	4,00	4,76 (4,87)	2,00	855,50	0,866	0,03
PTBS Vermeidung	4,49 (5,42)	2,00	5,58 (5,88)	4,50	755,00	0,349	0,19
PTBS Übererregung	4,74 (4,51)	3,50	5,61 (5,05)	5,00	789,00	0,491	0,18
GSI-27	0,74 (0,75)	0,52	0,75 (0,75)	0,41	901,00	0,893	<0,01
Depressive S.	0,71 (0,79)	0,50	0,88 (1,03)	0,50	880,00	0,748	0,19
Dysthyme S.	0,84 (0,82)	0,50	0,94 (0,82)	0,75	848,50	0,552	0,12
Vegetative S.	0,56 (0,85)	0,17	0,61 (0,76)	0,33	847,50	0,537	0,05
Agoraphob. S.	0,54 (0,82)	0,20	0,46 (0,77)	0,00	827,50	0,508	0,10
Sozialphob. S.	0,68 (0,90)	0,50	0,67 (0,88)	0,25	916,00	0,996	0,01
Misstrauen	1,16 (0,95)	1,00	1,04 (1,01)	0,75	810,50	0,355	0,13

Die Hypothese B3.1 kann auf Basis der vorliegenden Daten nicht geprüft werden.

Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen – Partner/-innen (B3.2)

Die Partner/-innen, die angaben, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt zu haben, unterschieden sich von den Partner/-innen, die keine gegen sich gerichtete Repressionsmaßnahmen berichteten, hinsichtlich der Schwere der Symptomatik der PTBS sowie hinsichtlich der Belastung durch Symptome psychischer Störungen nicht signifikant voneinander (Tabelle 28).

Tabelle 28: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom Erleben nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der Partner/-innen

	Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt (n=20)		Keine nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen erlebt (n=11)		U	P	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	76,21 (29,46)	89,44	54,24 (35,14)	60,84	54,50	0,089	0,70
PTBS Gesamt	10,88 (13,03)	7,5	8,78 (12,57)	1,00	63,50	0,637	0,16
PTBS Intrusionen	2,56 (4,08)	1,00	2,89 (4,34)	0,00	69,50	0,890	0,08
PTBS Vermeidung	4,06 (5,47)	1,50	3,56 (6,29)	0,00	64,50	0,677	0,09
PTBS Übererregung	4,19 (4,79)	3,00	2,33 (2,83)	1,00	58,00	0,452	0,44
GSI-27	0,66 (0,84)	0,48	0,40 (0,31)	0,37	90,00	0,427	0,38
Depressive S.	0,74 (0,97)	0,38	0,59 (0,56)	0,75	108,00	0,951	0,27
Dysthyme S.	0,81 (0,94)	0,63	0,59 (0,50)	0,50	101,00	0,730	0,27
Vegetative S.	0,54 (0,87)	0,33	0,30 (0,44)	0,33	85,50	0,317	0,32
Agoraphob. S.	0,50 (0,89)	0,30	0,11 (0,19)	0,00	66,50	0,072	0,54
Sozialphob. S.	0,56 (0,82)	0,25	0,25 (0,32)	0,00	80,00	0,227	0,45
Misstrauen	0,94 (0,83)	0,75	0,64 (0,58)	0,75	91,00	0,451	0,40

Die Hypothese B3.2 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen – Kinder (B3.3)

Die Kinder, die angaben, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt zu haben, unterschieden sich von den Kindern, die keine gegen sich gerichteten Repressionsmaßnahmen angaben, hinsichtlich der Schwere der Symptomatik der PTBS sowie hinsichtlich der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen nicht signifikant voneinander (Tabelle 29). Jedoch gaben die Nachkommen, die Repressionsmaßnahmen erlebten, eine signifikant höhere subjektive psychische Belastung durch die politische Haft an (Tabelle 29).

Tabelle 29: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom Erleben nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der Kinder

	Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebt (n=19)		Keine nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen erlebt (n=32)		U	P	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	68,24 (26,50)	72,88	46,56 (32,06)	51,72	181,00	0,023	0,72
PTBS Gesamt	10,42 (14,01)	3,00	5,62 (6,81)	3,50	143,50	0,687	0,50
PTBS Intrusionen	2,33 (3,60)	0,50	1,65 (2,19)	0,50	151,00	0,866	0,25
PTBS Vermeidung	4,50 (6,90)	0,00	1,88 (3,00)	1,00	146,50	0,749	0,57
PTBS Übererregung	3,58 (4,23)	1,50	2,08 (2,73)	2,00	134,50	0,481	0,46
GSI-27	0,61 (0,75)	0,22	0,52 (0,54)	0,31	268,60	0,941	0,15
Depressive S.	0,75 (0,98)	0,25	0,64 (0,70)	0,50	280,00	0,869	0,13
Dysthyme S.	0,94 (0,98)	0,75	0,74 (0,94)	0,38	218,00	0,249	0,21
Vegetative S.	0,27 (0,52)	0,17	0,29 (0,52)	0,17	271,00	0,982	0,03
Agoraphob. S.	0,21 (0,54)	0,00	0,22 (0,37)	0,00	243,50	0,487	0,02
Sozialphob. S.	0,74 (0,99)	0,00	0,56 (0,69)	0,25	255,00	0,850	0,21
Misstrauen	1,04 (1,20)	0,00	0,84 (0,71)	0,75	270,50	0,975	0,23

Die Hypothese B3.3 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

6.7 Sekundäre Traumatisierung

6.7.1 PTBS der Indexperson und Symptome psychischer Störungen der Angehörigen

Die Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS (C1.1)

Für einen Vergleich der Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS mit Partner/-innen von Indexpersonen ohne PTBS wurden die Fälle PTBS-Vollbild ($n=9$), partielle PTBS ($n=5$) und PTBS 2 ($n=1$) der zugehörigen Indexpersonen zusammengefasst. Personen, deren Partner/-in (Indexperson) nicht an der Studie teilnahm, wurden nicht in die Berechnung einbezogen. So ergaben sich zwei Vergleichsgruppen mit je 15 Partnern/-innen (Tabelle 30). Die psychische Belastung der Partner/-innen unterschied sich in der Mehrheit der erfassten Symptombereiche nicht in Abhängigkeit von der PTBS der Indexpersonen. Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS wiesen lediglich im Bereich depressiver Symptome signifikant höhere Werte auf und schätzten die subjektive psychische Belastung durch die politische Haft tendenziell höher ein (Tabelle 30).

Tabelle 30: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Partner/-innen

	Partner/-in von Indexperson mit PTBS (n=15)		Partner/-in von Indexperson ohne PTBS (n=15)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	76,00 (20,20)	79,31	64,95 (26,83)	60,00	51,00	0,052	0,83
PTBS Gesamt	11,50 (11,31)	11,00	6,91 (8,20)	5,00	58,00	0,290	0,46
PTBS Intrusionen	3,14 (4,40)	1,00	1,91 (3,08)	0,00	66,50	0,542	0,32
PTBS Vermeidung	5,23 (5,89)	4,00	1,55 (2,38)	0,00	46,50	0,127	0,79
PTBS Übererregung	3,36 (3,10)	3,00	3,45 (3,96)	3,00	74,00	0,867	0,03
GSI-27	0,59 (0,35)	0,48	0,36 (0,25)	0,33	77,50	0,146	0,75
Depressive S.	0,83 (0,62)	0,75	0,35 (0,32)	0,25	62,50	0,035	0,97
Dysthyme S.	0,78 (0,50)	0,75	0,47 (0,52)	0,25	70,50	0,077	0,62
Vegetative S.	0,49 (0,44)	0,33	0,27 (0,29)	0,33	78,50	0,145	0,60
Agoraphob. S.	0,24 (0,33)	0,00	0,24 (0,28)	0,00	110,50	0,928	<0,01
Sozialphob. S.	0,43 (0,52)	0,25	0,30 (0,25)	0,25	102,50	0,668	0,33
Misstrauen	0,87 (0,46)	0,25	0,60 (0,36)	0,75	71,00	0,078	0,64

Wurde der Gruppenvergleich auf Basis des Vollbilds der PTBS einerseits und keiner Form der PTBS andererseits durchgeführt, wurden Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der subjektiven psychischen Belastung durch die Haft sowie die Ausprägung dysthymischer und vegetativer Symptome signifikant (Belastung_{VAS}: $n=22$; $U=25,00$; $p=0,025$; $d=1,05$; Dys_{SCL-27}: $n=24$; $U=34,00$; $p=0,048$; $d=1,03$; Veg_{SCL-27}: $n=24$; $U=32,5$; $p=0,035$; $d=1,13$), jedoch keine anderen Gruppenunterschiede.

Der χ^2 -Test wurde auf Basis von 25 Fällen als exakter Test nach Fisher durchgeführt. Hier ergab sich zwischen dem Vorliegen einer PTBS (Vollbild) der beiden Partner/-innen mit $\chi^2(1)=5,25$ und $p=0,040$ ein signifikanter Zusammenhang ($n=25$; $\phi=0,40$). Wurden Fälle partieller PTBS mit einbezogen, ergab sich mit $\chi^2(1)=0,68$ und $p=0,68$ kein signifikanter Zusammenhang zwischen den Partnern/-innen ($n=30$; $\phi=0,15$).

Die Hypothese C1.1 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

Die Kinder von Indexpersonen mit PTBS (C1.2)

Personen, die ohne ein Elternteil, das politisch inhaftiert war, teilnahmen, wurden aus den Berechnungen ausgeschlossen. Geschwisterkinder wurden in der Stichprobe belassen ($n=8$ Dyaden, $n=1$ Triade). Den Berechnungen liegen somit Angaben von 52 Fällen zugrunde. Zur Kategorie „PTBS“ wurden das Vollbild der PTBS, partielle PTBS und PTBS 2 der Indexperson gezählt.

Die psychische Belastung der Nachkommen unterschied sich in der Mehrheit der erfassten Symptombereiche nicht in Abhängigkeit von der PTBS der Indexpersonen. Kinder von Indexpersonen mit PTBS wiesen lediglich im Bereich Symptome des Misstrauens gegenüber anderen Menschen sowie hinsichtlich der subjektiven psychischen Belastung durch die politische Haft signifikant höhere Werte auf (Tabelle 31). Für die Stärke der Vermeidungssymptome der Nachkommen wurde der Gruppenvergleich nahezu signifikant (Tabelle 31).

Tabelle 31: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Kinder

	Mindestens ein Elternteil mit PTBS (n=24)		Kein Elternteil mit PTBS (n=28)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive psychische Belastung (VAS)	55,71 (28,57)	56,03	39,16 (33,17)	28,23	218,50	0,050	0,53
PTBS Gesamt	9,60 (11,77)	7,00	4,09 (5,50)	3,00	111,00	0,090	0,64
PTBS Intrusionen	2,53 (3,42)	1,00	1,05 (1,36)	0,00	133,00	0,285	0,62
PTBS Vermeidung	4,07 (5,91)	2,00	1,41 (3,14)	0,00	106,50	0,053	0,60
PTBS Übererregung	3,00 (3,46)	2,00	1,64 (2,08)	1,00	126,00	0,209	0,50
GSI-27	0,56 (0,51)	0,48	0,34 (0,44)	0,20	221,50	0,078	0,46
Depressive S.	0,69 (0,73)	0,50	0,40 (0,49)	0,25	237,00	0,092	0,47
Dysthyme S.	0,85 (0,85)	0,75	0,57 (0,73)	0,38	242,00	0,167	0,36
Vegetative S.	0,22 (0,23)	0,17	0,21 (0,37)	0,08	267,00	0,354	0,06
Agoraphob. S.	0,14 (0,28)	0,00	0,15 (0,32)	0,00	296,00	0,701	0,01
Sozialphob. S.	0,76 (0,91)	0,50	0,38 (0,55)	0,25	237,50	0,200	0,52
Misstrauen	1,00 (0,95)	0,75	0,50 (0,60)	0,25	195,50	0,022	0,64

Wurden die Gruppen auf Basis eines rigideren Umgangs mit der PTBS-Diagnose gebildet, wurde also die Gruppe der Kinder von Eltern mit Vollbild PTBS (n=16) nach DSM-IV-TR mit der Gruppe der Kinder ohne Eltern mit PTBS (n=28; Ausschluss von partieller und PTBS 2) verglichen, ergaben sich signifikant höhere PTBS-Symptome der Nachkommen in der erstgenannten Gruppe (n=33; PTBS_{GES}: U=57,50; p=0,014; d=0,98; PTBS_{INTRUS}: U=69,00; p=0,036; d=1,04; PTBS_{VERM}: U=62,50; p=0,017; d=0,88; PTBS_{HYP}: U=74,00; p=0,064; d=0,72). Die Nachkommen von mindestens einem Elternteil mit dem Vollbild der PTBS wiesen zudem höhere Symptome des Misstrauens gegenüber anderen Menschen auf (n=42; U=132,50; p=0,047; d=0,69).

Hinsichtlich anderer Symptome psychischer Störungen unter Verwendung des SCL-27 oder der subjektiven Belastung durch die politische Haft ergaben sich in diesem Gruppenvergleich keine signifikanten Unterschiede.

Der exakte Test nach Fisher ergab mit $\chi^2(1)=5,449$ und $p=0,049$ einen signifikanten Zusammenhang zwischen der PTBS-Diagnose (Vollbild) der Eltern und einer PTBS-Diagnose der Kinder ($n=42$; $\phi=0,360$).

Die Hypothese C1.2 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

6.7.2 PTBS der Indexperson und Einschätzung der Familienbeziehungen

PTBS und Familienfunktionen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten (C2.1)

Die ehemaligen politisch Inhaftierten, die die diagnostischen Kriterien für eine PTBS erfüllten, berichteten eine höhere Belastung ihrer Familienbeziehungen durch die politische Haft insgesamt und eine geringere Funktionalität ihrer innerfamiliären Beziehungen sowie der innerfamiliären Kommunikation (Tabelle 32).

Tabelle 32: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	PTBS ($n=25$)		Keine PTBS ($n=60$)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	59,35 (34,81)	70,69	37,35 (35,38)	20,47	456,00	0,033	0,63
FAD Gesamt	1,97 (0,68)	1,86	1,54 (0,48)	1,46	426,00	0,006	0,79
FAD Kommunikation	2,15 (0,59)	2,25	1,85 (0,56)	1,83	455,00	0,014	0,52
FACES Kohäsion	35,60 (8,59)	38,00	38,65 (6,48)	40,00	564,50	0,135	0,42
FACES Flexibilität	30,12 (6,81)	30,00	30,61 (5,62)	31,00	568,50	0,766	0,08

Anmerkungen: VAS $Min=0$ (gar nicht belastet), $Max=100$ (sehr stark belastet); FAD $Min=1,0$ (hohe Funktionalität), $Max=4,0$ (geringe Funktionalität); FACES $Min=15,0$ (geringe Kohäsion / Flexibilität), $Max=49,0$ (hohe Kohäsion / Flexibilität), s. Abschnitt 5.2

Wurde die PTBS-Gruppe auf Basis aller PTBS-Formen gebildet ($n=43$) und mit der Gruppe derer verglichen, die keine Form der PTBS aufwiesen ($n=48$), ergaben sich signifikant höhere Werte hinsichtlich der allgemeinen Familienfunktionalität und der subjektiven Belastung der Familienbeziehungen durch die Haftzeit (Belastung_{VAS}: $n=82$; $U=515,50$; $p=0,003$; $d=0,78$; FAD_{GES}: $n=82$; $U=604,50$; $p=0,029$; $d=0,49$; FAD_{KOMM}: $n=82$; $U=715,50$; $p=0,251$; $d=0,27$; FACES_{KOH}: $n=82$; $U=717,50$; $p=0,260$; $d=0,29$; FACES_{FLEX}: $n=74$; $U=636,00$; $p=0,632$; $d=0,12$).

Die Hypothese C2.1 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

PTBS der Indexperson und Familienfunktionen in der Gruppe der Partner/-innen (C2.2)

Die Partner/-innen von Indexpersonen, die die diagnostischen Kriterien für irgendeine der erhobenen Formen der PTBS erfüllten, berichteten eine tendenziell höhere Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft sowie eine geringere Funktionalität der Familienbeziehungen (Tabelle 33). Jedoch ergab sich nur hinsichtlich der Einschätzung der Funktionalität der Familienbeziehungen ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen (Tabelle 33).

Tabelle 33: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Partner/-innen

	Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS (n=15)		Partner/-innen von Indexpersonen ohne PTBS (n=15)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	56,17 (33,56)	68,97	37,95 (35,77)	27,77	72,00	0,232	0,53
FAD Gesamt	1,78 (0,62)	1,58	1,39 (0,32)	1,29	59,00	0,043	0,78
FAD Kommunikation	1,90 (0,67)	2,00	1,77 (0,34)	1,83	87,50	0,440	0,24
FACES Kohäsion	37,73 (7,81)	37,00	39,07 (5,50)	38,00	98,50	0,560	0,20
FACES Flexibilität	29,86 (5,10)	31,00	31,50 (4,97)	32,00	79,00	0,380	0,33

Anmerkungen: VAS *Min*=0 (gar nicht belastet), *Max*=100 (sehr stark belastet); FAD *Min*=1,0 (hohe Funktionalität), *Max*=4,0 (geringe Funktionalität); FACES *Min*=15,0 (geringe Kohäsion / Flexibilität), *Max*=49,0 (hohe Kohäsion / Flexibilität), s. Abschnitt 5.2

Wurden die Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS-Vollbild (*n*=9) mit der Gruppe der Partner/-innen von Indexpersonen, die keine PTBS aufwiesen (*n*=15), verglichen, ergaben sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der Familienbeziehungen (Belastung_{VAS}: *n*=23; *U*=40,00; *p*=0,159; *d*=0,67; FAD_{GES}: *n*=23; *U*=35,50; *p*=0,083; *d*=0,83; FAD_{KOMM}: *n*=23; *U*=42,50; *p*=0,201; *d*=0,47; FACES_{KOH}: *n*=24; *U*=63,00; *p*=0,815; *d*=0,15; FACES_{FLEX}: *n*=22; *U*=56,00; *p*=1,00; *d*=0,05).

Die Hypothese C2.2 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

PTBS der Indexperson und Familienfunktionen in der Gruppe der Kinder (C2.3)

Die Kinder, die mindestens ein Elternteil mit irgendeiner Form der PTBS hatten, wiesen hinsichtlich der allgemeinen Funktionalität der Familienbeziehungen, der Einschätzung der Kohäsion sowie der Flexibilität keine signifikant höheren Werte auf. Sie schätzten die Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft sowie die innerfamiliäre Kommunikation jedoch tendenziell stärker bzw. schlechter ein (Tabelle 34).

Tabelle 34: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Kinder

	Kinder von Indexpersonen mit PTBS (n=24)		Kinder von Indexpersonen ohne PTBS (n=28)		U	p	d
	M (Sd)	Md	M (Sd)	Md			
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	59,73 (30,02)	65,52	41,99 (34,09)	37,07	220,50	0,055	0,29
FAD Gesamt	1,75 (0,66)	1,75	1,75 (0,61)	1,75	309,50	0,984	0,14
FAD Kommunikation	2,29 (0,67)	2,33	1,97 (0,60)	2,00	211,50	0,053	0,25
FACES Kohäsion	34,29 (8,63)	35,00	35,50 (8,49)	37,00	275,00	0,472	0,01
FACES Flexibilität	26,76 (6,96)	27,00	28,19 (6,31)	29,00	226,50	0,319	0,12

Anmerkungen: VAS *Min*=0 (gar nicht belastet), *Max*=100 (sehr stark belastet); FAD *Min*=1,0 (hohe Funktionalität), *Max*=4,0 (geringe Funktionalität); FACES *Min*=15,0 (geringe Kohäsion / Flexibilität), *Max*=49,0 (hohe Kohäsion / Flexibilität), s. Abschnitt 5.2

Wurden die Gruppen auf Basis des Vollbilds der PTBS mindestens eines Elternteils gebildet, ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen in Bezug auf die Einschätzung der Familienfunktionen (Belastung_{VAS}: $n=44$; $U=157,50$; $p=0,062$; $d=0,59$; FAD_{GES}: $n=42$; $U=188,50$; $p=0,712$; $d=0,11$; FAD_{KOMM}: $n=42$; $U=158,50$; $p=0,246$; $d=0,37$; FACES_{KOH}: $n=42$; $U=181,50$; $p=0,492$; $d=0,15$; FACES_{FLEX}: $n=39$; $U=133,00$; $p=0,282$; $d=0,27$).

Die Hypothese C2.3 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

6.7.3 Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung der Familienmitglieder

Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und der Partner/-innen (C3.1) – PTBS der Indexpersonen

Je höher die PTBS-Symptome der Indexperson, desto höher war die wahrgenommene subjektive eigene psychische Belastung durch die politische Haft bei ihren Partnern/-innen (Tabelle 35). Hinsichtlich der Symptome psychischer Störungen ergab sich lediglich zwischen der Stärke der Vermeidungssymptome der Indexpersonen und der Ausprägung vegetativer Symptome der Partner/-innen ein signifikanter positiver Zusammenhang (Tabelle 35)

Tabelle 35: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomschwere der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen (n=30)

	1	2	3	4
Subjektive psychische Belastung (VAS)	0,546**	0,465*	0,454*	0,616**
PTBS Gesamt	0,024	0,017	0,013	-0,032
PTBS Intrusionen	-0,064	-0,037	-0,015	-0,139
PTBS Vermeidung	0,124	0,079	0,077	0,052
PTBS Übererregung	-0,042	-0,070	-0,031	-0,041
GSI-27	0,322	0,183	0,294	0,253
Depressive S.	0,284	0,175	0,236	0,246
Dysthyme S.	0,322	0,169	0,246	0,324
Vegetative S.	0,337	0,235	0,421*	0,179
Agoraphob. S.	0,298	0,210	0,285	0,170
Sozialphob. S.	0,066	-0,060	0,031	0,066
Misstrauen	0,263	0,117	0,201	0,301

Zahlen von 1 bis 4 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson: 1=PTBS Gesamt, 2=PTBS Intrusionen, 3=PTBS Vermeidung, 4=PTBS Übererregung; * $p \leq 0,05$; ** $p \leq 0,01$

Wurden die Korrelationen nur für die Paare berechnet, innerhalb derer die Indexperson eine Form der PTBS aufwies ($n=15$), ergaben sich keine signifikanten Korrelationen zwischen der Ausprägung der PTBS-Symptome der Indexpersonen und den Symptomen psychischer Störungen bei den Partner/-innen.

Symptome anderer psychischer Störungen der Indexpersonen

Wurden die Korrelationen zwischen den Ausprägungen verschiedener Symptome psychischer Störungen der Indexpersonen und der Ausprägung der Symptome der PTBS sowie anderer Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen berechnet, ergaben sich verschiedene signifikante positive Zusammenhänge (Tabelle 36).

Auf Seiten der Partner/-innen waren vor allem die subjektive psychische Belastung durch die politische Haft sowie die Symptome des Misstrauens gegenüber anderen Menschen positiv mit der Belastung durch verschiedene Symptome psychischer Störungen bei den Indexpersonen verknüpft (Tabelle 36).

Tabelle 36: Korrelationen zwischen der Symptomschwere (SCL-27) der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen

	5	6	7	8	9	10	11
Subjektive psychische Belastung (VAS)	0,468*	0,314	0,382	0,441*	0,403*	0,420*	0,294
PTBS Gesamt	0,237	0,241	0,091	0,104	0,241	0,084	0,241
PTBS Intrusionen	0,120	0,055	-0,006	0,078	0,179	0,041	0,102
PTBS Vermeidung	0,324	0,287	0,143	0,194	0,310	0,211	0,281
PTBS Übererregung	0,086	0,165	0,046	-0,065	-0,024	-0,109	0,176
GSI-27	0,419*	0,335	0,305	0,344	0,232	0,291	0,339
Depressive S.	0,363	0,498**	0,316	0,283	0,199	0,159	0,230
Dysthyme S.	0,363	0,467*	0,177	0,298	0,195	0,226	0,252
Vegetative S.	0,268	0,192	0,057	0,382*	0,211	0,156	0,279
Agoraphob. S.	0,143	0,051	0,185	0,076	0,135	0,129	0,110
Sozialphob. S.	0,208	0,091	0,199	-0,098	0,037	0,221	0,278
Misstrauen	0,496**	0,327	0,476**	0,354	0,290	0,343	0,458*

Zahlen von 5 bis 11 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson; 5=GSI-27, 6=depressive S., 7=dysthyme S., 8=vegetative S., 9=agoraphobische S., 10=sozialphobische S., 11=Symptome des Misstrauens ggü. anderen Menschen;

* $p \leq 0,05$; ** $p \leq 0,01$

Die Hypothese C3.1 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und der Kinder (C3.2) – PTBS der Indexpersonen

Zur Berechnung der nachfolgenden Korrelationen wurden Paare aus je einem Elternteil und einem Kind pro Familie gebildet. Die Auswahl erfolgte zufällig. Pro Familie wurde nur ein Paar gebildet, so dass den Berechnungen 42 Paare zugrunde lagen.

Zwischen der Ausprägung der PTBS-Symptome der Indexpersonen und der Ausprägung der Symptome der PTBS sowie der Symptome anderer psychischer Störungen der Nachkommen ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge (Tabelle 37). Hinsichtlich der subjektiven psychischen Belastung durch die elterliche politische Haft ergab sich lediglich ein signifikanter positiver Zusammenhang zur Schwere der Vermeidungssymptome der Indexperson (Tabelle 37).

Tabelle 37: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomschwere der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Nachkommen

	1	2	3	4
Subjektive psychische Belastung (VAS)	0,272	0,274	0,331*	0,215
PTBS Gesamt	0,135	0,192	0,158	0,068
PTBS Intrusionen	0,142	0,179	0,212	0,125
PTBS Vermeidung	0,015	0,059	0,010	-0,034
PTBS Übererregung	0,184	0,248	0,150	0,116
GSI-27	0,244	0,241	0,169	0,222
Depressive S.	0,264	0,256	0,152	0,219
Dysthyme S.	0,185	0,184	0,151	0,112
Vegetative S.	0,217	0,254	0,205	0,181
Agoraphob. S.	-0,055	0,019	-0,098	-0,089
Sozialphob. S.	0,158	0,141	0,068	0,143
Misstrauen	0,239	0,257	0,139	0,225

Zahlen von 1 bis 4 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson: 1=PTBS Gesamt, 2=PTBS Intrusionen, 3=PTBS Vermeidung, 4=PTBS Übererregung; * $p \leq 0,05$

Wurden nur die Paare, in denen die Indexperson eine Form der PTBS aufwies, für die Berechnung verwendet ($n=17$), ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge zwischen den PTBS-Symptomen der Eltern und der psychischen Belastung der Kinder.

Symptome anderer psychischer Störungen der Indexpersonen

Wurden die Korrelationen zwischen den Ausprägungen verschiedener Symptome psychischer Störungen der Indexpersonen und der Ausprägung der Symptome der PTBS-Symptome sowie der Symptome psychischer Belastung der Nachkommen berechnet, ergaben sich verschiedene signifikante positive Zusammenhänge (Tabelle 38). Die Symptome von Agoraphobie der ehemaligen politisch Inhaftierten wiesen mit $p=0,064$ eine nahezu signifikante Assoziation mit Symptomen der PTBS der Nachkommen auf und die Höhe der Intrusionen der Nachkommen waren nahezu signifikant mit der Höhe des GSI und agoraphobischer Symptome der Eltern korreliert ($p=0,066$ und $p=0,072$).

Die meisten Korrelationen auf einem Signifikanzniveau von kleiner oder gleich $p=0,01$ ergaben sich für die Symptome des Misstrauens der ehemaligen Inhaftierten mit den Ausprägungen verschiedener Symptombereiche ihrer Kinder (Tabelle 38).

Tabelle 38: Korrelationen zwischen der Symptomschwere (SCL-27) der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Nachkommen

	5	6	7	8	9	10	11
Subjektive psychische Belastung (VAS)	0,330*	0,273	0,270	0,286	0,280	0,159	0,369*
PTBS Gesamt	0,260	0,100	0,132	0,147	0,349	0,163	0,326
PTBS Intrusionen	0,346	0,214	0,101	0,234	0,339	0,201	0,318
PTBS Vermeidung	0,166	0,054	0,210	0,007	0,214	0,188	0,326
PTBS Übererregung	0,168	-0,048	0,071	0,145	0,338	0,109	0,227
GSI-27	0,393*	0,254	0,349*	0,225	0,302	0,362*	0,463**
Depressive S.	0,418**	0,334*	0,403**	0,243	0,304	0,362*	0,437**
Dysthyme S.	0,265	0,198	0,214	0,076	0,249	0,206	0,280
Vegetative S.	0,304	0,229	0,250	0,335*	0,242	0,159	0,370*
Agoraphob. S.	0,147	0,040	0,142	0,141	0,126	0,139	0,246
Sozialphob. S.	0,273	0,178	0,239	0,150	0,208	0,287	0,352*
Misstrauen	0,409**	0,192	0,417**	0,219	0,235	0,427**	0,533**

Zahlen von 5 bis 11 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson; 5=GSI-27, 6=depressive S., 7=dysthyme S., 8=vegetative S., 9=agoraphobische S., 10=sozialphobische S., 11=Symptome des Misstrauens ggü. anderen Menschen;

* $p \leq 0,05$; ** $p \leq 0,01$

Die Hypothese C3.2 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

6.7.4 Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienbeziehungen

Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen und der Einschätzung der Familienfunktionalität in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten (C4.1)

Die Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft hing in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten signifikant mit der Höhe der Symptome der PTBS zusammen. Zudem schätzten sie ihre Familienbeziehungen umso schlechter ein, je stärker ihre Symptome der PTBS, besonders die Symptome der Übererregung, ausgeprägt waren (Tabelle 39).

Tabelle 39: Korrelationen zwischen den Symptomen der PTBS sowie den Familienfunktionen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	1	2	3	4
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,386**	0,345**	0,437**	0,322**
FAD Gesamt	0,314**	0,270*	0,273*	0,306**
FAD Kommunikation	0,220	0,202	0,251*	0,201
FACES Kohäsion	-0,086	-0,022	-0,092	-0,083
FACES Flexibilität	-0,074	-0,043	-0,066	-0,126

Zahlen von 1 bis 4 beziehen sich auf Werte der Indexperson: 1=PTBS Gesamt, 2=PTBS Intrusionen, 3=PTBS Vermeidung, 4=PTBS Übererregung;

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$

Es ergaben sich verschiedene signifikante Korrelationen zwischen der Ausprägung der Symptome verschiedener psychischer Störungen und den wahrgenommenen Familienfunktionen sowie der Belastung der Familienbeziehungen durch die Haftzeit (Tabelle 40).

Tabelle 40: Korrelationen zwischen den Symptomen psychischer Störungen (SCL-27) sowie den Familienfunktionen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten

	5	6	7	8	9	10	11
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,455**	0,478**	0,377**	0,337**	0,291**	0,320**	0,351**
FAD Gesamt	0,406**	0,368**	0,367**	0,227*	0,275*	0,283*	0,440**
FAD Kommunikation	0,316**	0,296**	0,227*	0,136	0,143	0,244*	0,407**
FACES Kohäsion	-0,291**	-0,223*	-0,234*	-0,060	-0,173	-0,200	-0,405**
FACES Flexibilität	-0,278**	-0,144	-0,254*	-0,141	-0,172	-0,233*	-0,349**

Zahlen von 5 bis 11 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson; 5=GSI-27, 6=depressive S., 7=dysthyme S., 8=vegetative S., 9=agoraphobische S., 10=sozialphobische S., 11=Symptome des Misstrauens ggü. anderen Menschen;

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$

Die Schwere der Symptome der PTBS sowie anderer psychischer Störungen korrelierte signifikant mit der wahrgenommenen Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft sowie der Funktionalität der Familienbeziehungen.

Die Hypothese C4.1 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienfunktionalität in der Gruppe der Partner/-innen (C4.2)

Zwischen der Ausprägung der Symptome der PTBS der ehemaligen politisch Inhaftierten und der Einschätzung der Funktionalität der Familienbeziehungen durch ihre Partner/-innen ergaben sich in dieser Analyse lediglich Zusammenhänge zur Einschätzung der Belastung

der Familienbeziehungen durch die Haftzeit, insbesondere zu Symptomen der Vermeidung der Indexpersonen (Tabelle 41).

Tabelle 41: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen in der Gruppe der Partner/-innen

	1	2	3	4
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,358*	0,359	0,432*	0,219
FAD Gesamt	0,235	0,146	0,187	0,163
FAD Kommunikation	0,048	-0,017	0,023	0,009
FACES Kohäsion	0,041	0,050	0,117	0,102
FACES Flexibilität	-0,051	-0,018	0,042	-0,092

Zahlen von 1 bis 4 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson: 1=PTBS

Gesamt, 2=PTBS Intrusionen, 3=PTBS Vermeidung, 4=PTBS Übererregung;

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$

Hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen den Ausprägungen von Symptomen verschiedener psychischer Störungen in der Gruppe der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienbeziehungen durch ihre Partner/-innen ergaben sich lediglich hinsichtlich depressiver und dysthymen Symptome sowie Symptomen des Misstrauens geringe Korrelationen (Tabelle 42).

Tabelle 42: Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen der Partner/-innen

	5	6	7	8	9	10	11
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,246	0,279	0,311	0,236	0,148	0,192	0,149
FAD Gesamt	0,332	0,451*	0,279	0,251	0,097	0,142	0,266
FAD Kommunikation	0,097	0,296	0,052	-0,055	-0,059	-0,084	0,215
FACES Kohäsion	-0,286	-0,448*	-0,082*	-0,094	-0,148	-0,157	-0,314
FACES Flexibilität	-0,280	-0,210	-0,251	-0,079	-0,237	-0,244	-0,398*

Zahlen von 5 bis 11 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson; 5=GSI-27, 6=depressive S., 7=dysthyme S., 8=vegetative S., 9=agoraphobische S., 10=sozialphobische S., 11=Symptome des Misstrauens ggü. anderen Menschen;

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$

Die Hypothese C4.2 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienfunktionalität in der Gruppe der Kinder (C4.3)

Zwischen der Ausprägung der Symptome der PTBS der ehemaligen politisch Inhaftierten und der Einschätzung der Funktionalität der Familienbeziehungen durch ihre Kinder ergaben sich in dieser Analyse keine signifikanten korrelativen Zusammenhänge (Tabelle 43).

Tabelle 43: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen in der Gruppe der Nachkommen

	1	2	3	4
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,195	0,250	0,196	0,136
FAD Gesamt	-0,037	-0,042	-0,100	-0,056
FAD Kommunikation	-0,070	-0,065	-0,138	-0,099
FACES Kohäsion	0,065	0,014	0,099	0,117
FACES Flexibilität	0,120	0,056	0,168	0,182

Zahlen von 1 bis 4 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson: 1=PTBS

Gesamt, 2=PTBS Intrusionen, 3=PTBS Vermeidung, 4=PTBS Übererregung;

* $p \leq 0,05$; ** $p \leq 0,01$

Hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen den Ausprägungen von Symptomen verschiedener psychischer Störungen in der Gruppe der Indexpersonen und der Einschätzung der Familienbeziehungen durch ihre Kinder ergaben sich ebenfalls keine signifikanten Zusammenhänge (Tabelle 44).

Tabelle 44: Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen der Nachkommen

	5	6	7	8	9	10	11
Subjektive Belastung der Familienbeziehungen (VAS)	0,288	0,150	0,225	0,215	0,170	0,050	0,296
FAD Gesamt	0,032	-0,069	-0,032	-0,009	-0,012	-0,108	0,042
FAD Kommunikation	0,089	0,056	0,112	0,015	-0,088	-0,033	0,117
FACES Kohäsion	-0,094	0,010	-0,122	0,160	0,031	-0,085	-0,195
FACES Flexibilität	-0,015	0,142	-0,117	0,219	0,038	-0,084	-0,007

Zahlen von 5 bis 11 beziehen sich auf Werte der zugeordneten Indexperson; 5=GSI-27, 6=depressive S., 7=dysthyme S., 8=vegetative S., 9=agoraphobische S., 10=sozialphobische S., 11=Symptome des Misstrauens ggü. anderen Menschen;

* $p \leq 0,05$; ** $p \leq 0,01$

Die Hypothese C4.3 wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und deshalb verworfen.

6.7.5 Kommunikation und psychische Belastung

Um die Hypothese, dass sehr seltene und sehr häufige Kommunikation über die politische Haft mit höherer Ausprägung von Symptomen psychischer Störungen sowie geringerer Ausprägung der Familienfunktionalität in allen drei Gruppen zusammenhing, zu prüfen, wurden aus den Angaben zur derzeitigen Kommunikationshäufigkeit drei Gruppen gebildet: seltene Kommunikation umfasste die Angaben „gar nicht“ und „wenig“, moderate Kommunikation die Angabe „mittel“ und häufige Kommunikation die Angaben „viel“ und „ständig“ (vgl. 6.5).

Kommunikation und Symptome psychischer Störungen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten (D 1.1)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Mit dem Kruskal-Wallis-Test durchgeführte Gruppenvergleiche ergaben signifikante Unterschiede zwischen den drei Gruppen hinsichtlich der Skala Intrusionen (PTBS) sowie allen Skalen der SCL-27 mit Ausnahme der Schwere dysthymen und vegetativer Symptome. Daraufhin durchgeführte Mann-Whitney-U-Tests ergaben vor allem für diejenigen, die geringe oder gar keine Kommunikation vor 1989 angaben signifikant höhere Symptome psychischer Belastung als für diejenigen, die häufige Kommunikation über die politische Haft vor 1989 angaben (Tabelle 45).

Tabelle 45: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation vor 1989 (n=41)			Moderate Kommunikation vor 1989 (n=19)			Häufige Kommunikation vor 1989 (n=29)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	77,45	94,61	30,91	69,56	77,16	26,24	77,78	87,47	24,85	-	-	n.s.
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	77,03	93,28	29,08	81,03	87,07	22,32	78,20	88,95	25,13	-	-	n.s.
PTBS Gesamt	18,73	19,00	15,31	16,53	13,00	14,47	9,07	3,00	11,09	350,00	0,025	1>3
PTBS Intrusionen	5,66	5,00	4,87	5,59	6,00	4,66	2,96	1,00	3,89	355,50	0,019	1>3
PTBS Vermeidung	6,59	5,00	6,20	5,18	3,00	5,68	2,93	1,00	4,12	169,50	0,048	2>3
PTBS Übererregung	6,22	6,00	4,92	5,71	5,00	5,30	3,18	2,00	3,67	344,00	0,018	1>3
GSI-27	1,02	0,89	0,81	0,68	0,41	0,64	0,39	0,24	0,40	275,50	0,001	1>3
Depressive S.	1,14	0,88	1,11	0,61	0,33	0,70	0,42	0,25	0,46	308,50	0,003	1>3
Dysthyme S.	1,09	0,75	0,95	0,89	0,75	0,77	0,57	0,50	0,52	369,50	0,033	1>3
Vegetative S.	0,76	0,50	0,91	0,52	0,17	0,77	0,33	0,17	0,55	368,50	0,029	1>3
Agoraphob. S.	0,79	0,40	0,89	0,45	0,00	0,85	0,18	0,00	0,44	278,50	0,001	1>3
Sozialphob. S.	0,97	0,50	1,11	0,71	0,50	0,76	0,25	0,25	0,35	288,50	0,001	1>3
Misstrauen	1,47	1,50	1,03	1,03	0,75	0,89	0,68	0,50	0,79	153,50	0,011	2>3
										283,00	0,001	1>3

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken betragen: $PTBS_{GES}$ $d=0,71$ (1 > 3); $PTBS_{INTRUS}$: $d=0,60$ (1 > 3) und $d=0,63$ (2 > 3); $PTBS_{VERM}$: $d=0,68$ (1 > 3); $PTBS_{HYPER}$: $d=0,69$ (1 > 3); $GSI-27$: $d=0,87$ (1 > 3); Dep_{SCL-27} : $d=0,79$ (1 > 3); Dys_{SCL-27} : $d=0,65$ (1 > 3); Veg_{SCL-27} : $d=0,54$ (1 > 3); $Agora_{SCL-27}$: $d=0,84$ (1 > 3); Soz_{SCL-27} : $d=0,82$ (1 > 3) und $d=0,84$ (2 > 3); Mis_{SCL-27} : $d=0,85$ (1 > 3).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

Der Kruskal-Wallis-Test ergab für den GSI-27 sowie die Schwere depressiver, agoraphobischer und sozial phobischer Symptome signifikante Unterschiede zwischen den drei Gruppen in Abhängigkeit von Angaben zur Häufigkeit der Kommunikation über die politische Haft in den zehn Jahren nach 1989.

Daraufhin durchgeführte Mann-Whitney-U-Tests ergaben vor allem für diejenigen, die geringe oder gar keine Kommunikation in den zehn Jahren nach 1989 angaben, signifikant höhere Symptome psychischer Belastung als für diejenigen, die häufige Kommunikation über die politische Haft vor 1989 angaben (Tabelle 46).

Tabelle 46: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation 1989-1999 (n=31)			Moderate Kommunikation 1989-1999 (n=20)			Häufige Kommunikation 1989-1999 (n=39)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	70,98	87,66	32,69	75,65	87,86	26,08	78,96	88,71	25,04	-	-	n.s.
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	69,69	83,84	33,62	76,39	86,64	25,69	83,87	94,40	21,01	-	-	n.s.
PTBS Gesamt	19,24	19,00	14,23	15,35	13,00	14,60	11,71	4,50	13,73	331,00	0,042	1>3
PTBS Intrusionen	5,65	6,00	4,52	4,85	4,00	4,92	3,95	2,00	4,54	-	-	n.s.
PTBS Vermeidung	6,77	6,50	5,93	5,32	5,00	5,85	3,61	1,00	5,05	340,00	0,030	1>3
PTBS Übererregung	6,64	7,00	4,51	4,85	4,00	4,65	4,13	2,00	4,78	317,00	0,025	1>3
GSI-27	0,96	0,81	0,78	0,70	0,60	0,55	0,61	0,26	0,79	342,50	0,014	1>3
Depressive S.	1,14	1,00	1,07	0,65	0,29	0,75	0,59	0,25	0,78	349,00	0,016	1>3
Dysthyme S.	1,13	0,75	0,82	0,86	0,88	0,72	0,72	0,50	0,83	356,50	0,022	1>3
Vegetative S.	0,76	0,45	0,90	0,50	0,42	0,60	0,50	0,17	0,82	-	-	n.s.
Agoraphob. S.	0,73	0,33	0,91	0,49	0,20	0,69	0,35	0,00	0,74	351,50	0,015	1>3
										264,00	0,048	2>3
Sozialphob. S.	0,83	0,50	0,96	0,79	0,50	0,80	0,51	0,25	0,87	363,50	0,024	1>3
										227,50	0,010	2>3
Misstrauen	1,31	1,25	0,90	1,08	1,00	0,86	0,97	0,50	1,08	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken betragen: $PTBS_{GES}$: $d=0,54$ ($1 > 3$); $PTBS_{VERM}$: $d=0,58$ ($1 > 3$); $PTBS_{HYPER}$: $d=0,54$ ($1 > 3$); GSI_{SCL-27} : $d=0,45$ ($1 > 3$); Dep_{SCL-27} : $d=0,60$ ($1 > 3$); Dys_{SCL-27} : $d=0,50$ ($1 > 3$); $Agora_{SCL-27}$: $d=0,48$ ($1 > 3$) und $d=0,19$ ($2 > 3$); Soz_{SCL-27} : $d=0,36$ ($1 > 3$) und $d=0,33$ ($2 > 3$).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Der H-Test nach Kruskal und Wallis ergab für den Vergleich der drei Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung von Symptomen psychischer Störungen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten.

Mit dem U-Test nach Mann und Whitney durchgeführte Vergleiche von jeweils zwei Gruppen ergaben lediglich in Bezug auf dysthyme Symptome einen signifikanten Unterschied: hier wurden der Gruppe derjenigen, die seltene Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie angaben, signifikant häufiger höhere Ränge zugewiesen als der Gruppe, die moderate Kommunikation angaben (Tabelle 47).

Tabelle 47: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation heute (n=43)			Moderate Kommunikation heute (n=21)			Häufige Kommunikation heute (n=26)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	72,22	85,34	31,27	75,60	88,66	25,30	80,55	91,30	24,62	-	-	n.s.
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	74,10	88,36	30,26	79,74	88,28	22,51	80,99	95,91	25,91	-	-	n.s.
PTBS Gesamt	16,94	15,00	13,89	13,43	10,00	14,63	13,12	5,50	14,74	-	-	n.s.
PTBS Intrusionen	5,14	6,00	4,42	4,24	4,00	4,64	4,42	2,00	5,04	-	-	n.s.
PTBS Vermeidung	5,95	5,00	5,80	4,35	2,00	5,66	4,11	1,50	5,35	-	-	n.s.
PTBS Übererregung	5,75	5,00	4,51	4,48	4,00	5,04	4,58	2,00	4,86	-	-	n.s.
GSI-27	0,83	0,60	0,73	0,61	0,30	0,61	0,73	0,37	0,88	-	-	n.s.
Depressive S.	0,90	0,50	0,98	0,72	0,50	0,78	0,67	0,25	0,89	-	-	n.s.
Dysthyme S.	1,01	0,75	0,75	0,68	0,50	0,80	0,87	0,75	0,93	289,50	0,046	1>2
Vegetative S.	0,65	0,33	0,83	0,40	0,17	0,55	0,63	0,17	0,94	-	-	n.s.
Agoraphob. S.	0,61	0,20	0,87	0,37	0,00	0,55	0,45	0,00	0,85	-	-	n.s.
Sozialphob. S.	0,74	0,50	0,91	0,55	0,25	0,80	0,68	0,25	0,94	-	-	n.s.
Misstrauen	1,20	1,25	0,85	1,05	0,75	1,06	1,01	0,50	0,85	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärke für den Vergleich dysthymen Symptome in Abhängigkeit von geringer und häufiger Kommunikation betrug $d=0,43$.

Die Hypothese D1.1 wird nur für die Zeiträume vor 1989 und 1989-1999 und lediglich hinsichtlich einer stärkeren psychischen Belastung bei geringer, nicht aber häufiger Kommunikation über die Haft, durch die Ergebnisse gestützt.

Kommunikation und Symptome psychischer Störungen in der Gruppe der Partner/-innen (D1.2)

Aufgrund der geringen Stichprobengröße werden Mittelwerte, Mediane und Standardabweichungen für die einzelnen Untergruppen in der Gruppe der Partner/-innen nicht angegeben (vgl. 6.5).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Der H-Test nach Kruskal-Wallis ergab für den Vergleich der drei Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung subjektiver psychischer Belastung durch die politische Haft und auch nicht hinsichtlich der Ausprägung psychopathologischer Symptome. Auch Vergleiche der einzelnen Gruppen mit dem U-Test nach Mann und Whitney ergaben keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

Der H-Test nach Kruskal-Wallis ergab für den Vergleich der drei Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung subjektiver psychischer Belastung durch die politische Haft und auch nicht hinsichtlich der Ausprägung psychopathologischer Symptome. Einzelne Gruppenvergleiche mit dem U-Test nach Mann und Whitney ergaben signifikant höhere Ränge für vegetative Symptome in der Gruppe der Partner/-innen, die häufige innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft in den zehn Jahren nach 1989 angegeben hatten ($n=15$) im Vergleich zu denen, die eine moderate Kommunikation für diesen Zeitraum angegeben hatten ($n=10$; $U=38,00$; $p=0,041$; $d=0,71$).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Der H-Test nach Kruskal-Wallis ergab für den Vergleich der drei Gruppen keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Ausprägung subjektiver psychischer Belastung durch die politische Haft und auch nicht hinsichtlich der Ausprägung psychopathologischer Symptome. Einzelne Gruppenvergleiche mit dem U-Test nach Mann und Whitney ergaben signifikant höhere Ränge für Symptome der Intrusionen für die Gruppe der Partner/-innen, die moderate Kommunikation über die politische Haft zum Zeitpunkt der Befragung angaben ($n=7$) im Vergleich zur Gruppe derer, die häufige Kommunikation für diesen Zeitraum angegeben hatten ($n=11$; $U=16,00$; $p=0,044$; $d=0,65$).

Die Hypothese D1.2 kann aufgrund methodischer Einschränkungen nur eingeschränkt überprüft werden. Sie wird durch die Ergebnisse nicht gestützt und muss vorerst verworfen werden.

Kommunikation und Symptome psychischer Störungen in der Gruppe der Kinder (D1.3)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Der H-Test nach Kruskal-Wallis ergab für den Vergleich der drei Gruppen auf Basis der Angaben zur innerfamiliären Kommunikation über die Haft vor 1989 signifikante Unterschiede

hinsichtlich der Symptome von Misstrauen gegenüber anderen Menschen ($n=59$; $\chi^2(2)=11,17$; $p=0,004$) und hinsichtlich der subjektiven Belastung durch die politische Haft insgesamt ($n=60$; $\chi^2(2)=10,79$; $p=0,005$).

Der U-Test ergab hinsichtlich der psychischen Belastung eine signifikant geringere Belastung durch vegetative Symptome und Symptome des Misstrauens in der Gruppe derer, die eine häufige Kommunikation vor 1989 angegeben hatten, jedoch eine signifikant höhere subjektive Belastung durch und Bedeutsamkeit der politischen Haft für diese Gruppe (Tabelle 48).

Annähernde Signifikanz ergab der U-Test für den GSI-27 im Vergleich derjenigen Nachkommen, die eine geringe Kommunikation angaben mit der Gruppe derjenigen, die eine häufige Kommunikation angaben – die erstgenannte Gruppe hatte hier höhere Werte als die letztgenannte ($U=111,50$; $p=0,057$).

Tabelle 48: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Kinder)

	Geringe Kommunikation vor 1989 ($n=35$)			Moderate Kommunikation vor 1989 ($n=15$)			Häufige Kommunikation vor 1989 ($n=11$)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	45,88	37,07	33,62	41,36	47,41	31,69	80,43	78,45	13,59	80,50	0,004	3>1
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	52,11	53,02	29,27	52,57	52,16	21,29	72,86	78,81	21,62	22,50	0,002	3>2
PTBS Gesamt	7,59	3,00	10,57	6,11	6,00	7,46	4,44	4,00	4,77	109,50	0,033	3>1
PTBS Intrusionen	1,63	0,00	2,86	1,78	1,00	1,99	2,00	2,00	2,18	39,50	0,026	3>2
PTBS Vermeidung	3,19	1,00	5,29	1,67	0,00	2,60	1,22	1,00	1,48	-	-	n.s.
PTBS Übererregung	2,78	2,00	3,14	2,67	1,00	3,91	1,22	0,00	1,79	-	-	n.s.
GSI-27	0,58	0,44	0,58	0,44	0,22	0,50	0,38	0,22	0,62	-	-	n.s.
Depressive S.	0,65	0,50	0,77	0,62	0,25	0,81	0,57	0,25	0,69	-	-	n.s.
Dysthyme S.	0,83	0,75	0,86	0,67	0,75	0,75	0,75	0,50	1,04	-	-	n.s.
Vegetative S.	0,28	0,17	0,43	0,37	0,17	0,58	0,17	0,00	0,50	107,50	0,031	1>3
Agoraphob. S.	0,21	0,00	0,44	0,13	0,00	0,27	0,11	0,00	0,30	43,00	0,025	2>3
Sozialphob. S.	0,69	0,50	0,83	0,47	0,25	0,48	0,43	0,00	0,78	-	-	n.s.
Misstrauen	1,11	0,75	0,93	0,50	0,25	0,46	0,43	0,25	0,73	140,50	0,016	1>2
										78,50	0,005	1>3

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken betragen: Belastung_{VAS}: $d=1,14$ ($3 > 1$) und $d=1,52$ ($3 > 2$);

Bedeutsamkeit_{VAS}: $d=0,75$ ($3 > 1$) und $d=0,95$ ($3 > 2$); Veg_{SCL-27}: $d=0,26$ ($1 > 3$) und $d=0,36$ ($2 > 3$) sowie Mis_{SCL-27}: $d=0,74$ ($1 > 2$) und $d=0,76$ ($1 > 3$).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

Der H-Test nach Kruskal und Wallis ergab keine signifikanten Unterschiede für die drei Gruppen.

Der U-Test ergab jedoch signifikant höhere Symptome des Misstrauens gegenüber anderen Menschen in der Gruppe der Nachkommen, die eine geringe innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft in den Jahren 1989-1999 angaben im Vergleich zu denen, die für diesen Zeitraum eine häufige Kommunikation angaben (Tabelle 49). Die allgemeine Belastung durch Symptome psychischer Störungen war wiederum mit $U=159,50$ und $p=0,053$ für die Gruppe, die eine geringe Kommunikation in diesem Zeitraum angaben, nahezu signifikant höher als die derjenigen, die eine häufige Kommunikation angaben (vgl. Tabelle 49).

Tabelle 49: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Kinder)

	Geringe Kommunikation 1989-1999 (n=21)			Moderate Kommunikation 1989-1999 (n=18)			Häufige Kommunikation 1989-1999 (n=24)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	51,09	43,73	37,29	40,60	41,42	30,90	57,81	61,64	30,17	-	-	n.s.
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	55,15	57,73	30,41	49,26	50,23	25,31	61,06	60,56	24,92	-	-	n.s.
PTBS Gesamt	6,81	3,50	10,83	7,45	2,00	9,35	5,74	4,00	7,41	-	-	n.s.
PTBS Intrusionen	1,56	1,00	2,73	1,09	0,00	1,64	2,16	0,00	2,77	-	-	n.s.
PTBS Vermeidung	2,63	1,00	5,24	3,09	0,00	4,64	1,89	1,00	3,35	-	-	n.s.
PTBS Übererregung	2,63	2,00	3,22	3,27	2,00	4,05	1,68	1,00	2,21	-	-	n.s.
GSI-27	0,56	0,44	0,49	0,53	0,30	0,53	0,44	0,19	0,65	-	-	n.s.
Depressive S.	0,63	0,50	0,74	0,61	0,25	0,78	0,63	0,25	0,78	-	-	n.s.
Dysthyme S.	0,89	0,50	0,86	0,84	0,75	0,77	0,63	0,25	0,95	-	-	n.s.
Vegetative S.	0,27	0,17	0,30	0,32	0,17	0,55	0,26	0,00	0,55	-	-	n.s.
Agoraphob. S.	0,24	0,00	0,37	0,12	0,00	0,27	0,19	0,00	0,49	-	-	n.s.
Sozialphob. S.	0,55	0,25	0,70	0,71	0,50	0,81	0,50	0,00	0,73	-	-	n.s.
Misstrauen	1,02	1,00	0,85	0,84	0,50	0,86	0,61	0,25	0,80	146,00	0,023	1>3

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Für den Gruppenvergleich in Bezug auf Symptome des Misstrauens ergab sich eine Effektstärke von $d=0,50$ ($1 > 3$)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Der H-Test nach Kruskal und Wallis ergab für die Stärke der Symptome posttraumatischer Übererregung signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen ($n=47$; $\chi^2(2)=1,71$; $p=0,036$).

U-Tests ergaben für über die Hälfte der verwendeten Maße signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen (Tabelle 50). Hier wiesen besonders diejenigen, die eine derzeitige seltene Kommunikation angaben, höhere Werte psychischer Belastung auf als

diejenigen, die moderate Kommunikation berichteten. Hingegen berichteten diejenigen, die eine häufige Kommunikation angaben, höhere subjektive Belastung durch die politische Haft und eine höhere subjektive Bedeutsamkeit. Diejenigen, die eine moderate Kommunikation berichteten, wiesen durchweg die geringsten Belastungswerte bzw. Symptome auf.

Die Gruppe derer, die eine häufige derzeitige Kommunikation angaben, und die Gruppe derer, die eine geringe derzeitige Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie angaben, unterschieden sich hinsichtlich ihrer psychischen Belastung nicht signifikant voneinander. Vergleiche zwischen der Gruppe, die moderate Kommunikation angab und der Gruppe derer, die häufige Kommunikation angaben, ergaben nahezu signifikant höhere Belastung durch Symptome verschiedener psychischer Störungen (GSI-27, $U=108,00$; $p=0,058$), vegetative Symptome ($U=110,00$; $p=0,052$) und agoraphobische Symptome ($U=121,50$; $p=0,058$).

Tabelle 50: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Kinder)

	Geringe Kommunikation heute (n=27)			Moderate Kommunikation heute (n=20)			Häufige Kommunikation heute (n=17)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Subjekt. psych. Belastung (VAS)	50,08	41,42	34,76	38,59	32,33	30,35	64,21	69,83	29,07	89,00	0,014	3>2
Subjekt. Bedeutsamkeit (VAS)	55,20	54,66	25,38	45,77	46,80	23,69	67,67	69,83	28,63	95,00	0,022	3>2
PTBS Gesamt	8,95	6,00	10,96	2,38	0,00	3,38	6,79	3,50	8,27	69,00	0,022	1>2
PTBS Intrusionen	1,80	1,00	2,57	1,00	0,00	1,58	2,29	0,50	3,05	-	-	n.s.
PTBS Vermeidung	3,50	1,00	5,43	0,77	0,00	1,69	2,29	0,50	3,83	78,50	0,043	1>2
PTBS Übererregung	3,65	2,50	3,80	0,62	0,00	0,87	2,21	2,00	2,33	62,50	0,009	1>2
GSI-27	0,60	0,32	0,59	0,28	0,19	0,27	0,61	0,44	0,70	160,50	0,040	1>2
Depressive S.	0,73	0,50	0,85	0,35	0,25	0,38	0,75	0,50	0,88	-	-	n.s.
Dysthyme S.	1,00	0,75	0,95	0,45	0,25	0,38	0,81	0,50	1,03	-	-	n.s.
Vegetative S.	0,30	0,17	0,50	0,11	0,00	0,15	0,44	0,17	0,62	-	-	n.s.
Agoraphob. S.	0,21	0,00	0,33	0,04	0,00	0,10	0,32	0,00	0,60	172,00	0,029	1>2
Sozialphob. S.	0,65	0,38	0,81	0,39	0,13	0,59	0,66	0,50	0,76	-	-	n.s.
Misstrauen	1,02	0,75	0,97	0,48	0,25	0,58	0,87	0,75	0,82	151,50	0,022	1>2

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken betragen: Belastung_{VAS}: $d=0,86$ (3 > 2); Bedeutsamkeit_{VAS}: $d=0,84$ (3 > 2); PTBS_{GES}: $d=0,74$ (1 > 2); PTBS_{VERM}: $d=0,62$ (1 > 2); PTBS_{HYPER}: $d=1,00$ (1 > 2) und $d=0,90$ (3 > 2); GSI_{SCL-27}: $d=0,68$ (1 > 2); Agora_{SCL-27}: $d=0,66$ (1 > 2); Mis_{SCL-27}: $d=0,67$ (1 > 2).

Für den Zeitraum vor 1989 ergab sich eine höhere subjektive Belastung und Bedeutsamkeit bei häufigerer Kommunikation und vergleichsweise geringere Belastung durch vegetative Symptome und Symptome des Misstrauens.

Für den Zeitpunkt der Befragung wird Hypothese D1.3 durch die Ergebnisse partiell bestätigt. Hier liegen höhere Belastungswerte jeweils in den Gruppen der gering und häufig Kommunizierenden im Vergleich zu den moderat Kommunizierenden vor. Diese Unterschiede sind jedoch nur zum Teil signifikant.

Die Hypothese D1.3 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

6.7.6 Kommunikation und Familienbeziehungen

Kommunikation und Funktionalität der Familienbeziehungen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten (D 2.1)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Die Gruppe derer, die die größte Kommunikationshäufigkeit angaben, berichtete die vergleichsweise höchste Funktionalität ihrer Familienbeziehungen, die funktionalste Kommunikation sowie die höchste Kohäsion und Flexibilität der Familienbeziehungen (Tabelle 51).

Tabelle 51: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation vor 1989 (n=37)			Moderate Kommunikation vor 1989 (n=18)			Häufige Kommunikation vor 1989 (n=27)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	47,94	47,19	37,66	31,32	19,49	30,88	42,38	31,36	36,54	-	-	n.s.
FAD Gesamt	1,85	1,67	0,66	1,71	1,67	0,42	1,33	1,25	0,27	247,00	0,001	1>3
FAD Kommunikation	2,13	2,17	0,62	1,96	2,00	0,43	1,63	1,50	0,39	102,50	0,002	2>3
FACES Kohäsion	35,41	37,00	8,28	37,94	39,00	5,71	40,52	41,00	5,94	225,50	<0,001	1>3
FACES Flexibilität	28,94	29,00	5,74	29,24	29,00	4,83	34,45	34,50	5,86	132,00	0,010	2>3
										174,00	0,001	3>1
										83,00	0,008	3>2

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken für die Vergleiche der Ausprägungen der Familienbeziehungen betragen:

FAD_{GES}: $d=0,98$ (1 > 3) und $d=1,12$ (2 > 3), FAD_{KOMM}: $d=0,94$ (1 > 3) und $d=0,82$ (2 > 3),

FACES_{KOH}: $d=0,69$ (3 > 1), FACES_{FLEX}: $d=0,95$ (3 > 1) und $d=0,96$ (3 > 2).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

In Bezug auf die angegebene Kommunikationshäufigkeit in den zehn Jahren nach 1989 ergaben sich lediglich zwischen der Gruppe derer, die eine geringe innerfamiliäre Kommunika-

tionangaben und der Gruppe derer, die eine häufige innerfamiliäre Kommunikation angaben, signifikante Unterschiede. Diejenigen, die eine geringe Kommunikation berichteten, berichteten signifikant dysfunktionalere Familienbeziehungen und dysfunktionalere Familienkommunikation sowie geringere innerfamiliäre Kohäsion und Flexibilität (Tabelle 52).

Tabelle 52: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation 1989-1999 (n=28)			Moderate Kommunikation 1989-1999 (n=19)			Häufige Kommunikation 1989-1999 (n=36)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	46,86	44,92	39,15	50,40	52,16	35,47	35,07	23,73	33,48	-	-	n.s.
FAD Gesamt	1,88	1,78	0,58	1,57	1,50	0,50	1,49	1,33	0,50	264,00	0,003	1>3
FAD Kommunikation	2,18	2,17	0,62	1,85	1,83	0,38	1,75	1,67	0,52	268,00	0,004	1>3
FACES Kohäsion	35,48	37,00	7,00	37,42	39,00	7,49	39,56	40,50	7,06	306,00	0,012	3>1
FACES Flexibilität	28,93	28,00	5,08	30,24	30,00	5,55	31,93	33,00	6,81	280,50	0,046	3>1

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken für die Vergleiche der Ausprägungen der Familienbeziehungen betragen: FAD_{GES} : $d=0,73$ ($1 > 3$), FAD_{KOMM} : $d=0,76$ ($1 > 3$), $FACES_{KOH}$: $d=0,58$ ($3 > 1$), $FACES_{FLEX}$: $d=0,50$ ($3 > 1$).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Für die Gruppenvergleiche auf Basis der Angaben zur derzeitigen Kommunikationshäufigkeit ergaben sich keine signifikanten Unterschiede in der Ausprägung der Familienbeziehungen (Tabelle 53).

Tabelle 53: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Indexpersonen)

	Geringe Kommunikation heute (n=40)			Moderate Kommunikation heute (n=19)			Häufige Kommunikation heute (n=24)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	43,82	29,74	36,30	41,57	31,36	37,45	41,38	37,93	36,20	-	-	n.s.
FAD Gesamt	1,75	1,67	0,56	1,54	1,58	0,52	1,55	1,46	0,55	-	-	n.s.
FAD Kommunikation	2,02	2,00	0,60	1,77	1,83	0,42	1,87	1,83	0,57	-	-	n.s.
FACES Kohäsion	36,82	39,00	7,21	38,63	39,00	6,69	38,46	39,00	7,92	-	-	n.s.
FACES Flexibilität	29,92	29,00	5,46	30,94	30,50	5,12	31,12	33,00	7,77	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Während sich für die Zeiträume „vor 1989“ sowie „1989-1999“ einige Gruppenunterschiede in Abhängigkeit von der Kommunikationshäufigkeit ergeben, ergibt sich für den Zeitpunkt der Befragung kein Gruppenunterschied. Zudem lässt sich die postulierte geringere Funktionalität der Familienbeziehungen nicht für die Gruppe der häufig Kommunizierenden bestätigen.

Die Hypothese D2.1 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

Kommunikation und Funktionalität der Familienbeziehungen in der Gruppe der Partner/-innen (D2.2)

Aufgrund der geringen Stichprobengrößen werden Mittelwerte, Mediane und Standardabweichungen für die einzelnen Untergruppen in der Gruppe der Partner/-innen nicht angegeben (vgl. 6.5).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Mit dem Kruskal-Wallis-Test ergab sich für die Einschätzung der familiären Flexibilität ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen. Einzelne Gruppenvergleiche mit dem U-Test zeigten, dass diese Unterschiede auf signifikant niedrigere Ränge der Gruppe, die moderate Kommunikation vor 1989 berichtete, zurückzuführen waren. Da diese Gruppe aus drei Personen bestand, werden die Ergebnisse hier nicht berichtet.

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

Mit dem Kruskal-Wallis-Test ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Gruppen in Bezug auf die Einschätzung der Familienbeziehungen. Einzelne Gruppenvergleiche mit dem U-Test ergaben lediglich hinsichtlich der eingeschätzten familiären Kohäsion signifikant höhere Ränge in der Gruppe derer, die eine häufige Kommunikation über die Haft berichteten ($n=15$) im Vergleich zu denen, die eine moderate Kommunikation über die Haft berichteten ($n=10$; $U=38,00$; $p=0,041$; $d=0,69$).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Kruskal-Wallis-Test und einzelne U-Tests ergaben keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen auf Basis der gegenwärtigen Häufigkeit der Kommunikation über die Haftzeit in Bezug auf die Einschätzung der Familienbeziehungen.

Kommunikation und Funktionalität der Familienbeziehungen in der Gruppe der Kinder (D2.3)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989

Die Gruppe der Nachkommen, die die innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft vor 1989 als gering einschätzten, berichteten dysfunktionalere innerfamiliäre Kommunikation und familiäre Kohäsion als die Gruppe derer, die eine moderate Kommunikation erinnerten (Tabelle 54).

Tabelle 54: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Kinder)

	Geringe Kommunikation vor 1989 (n=35)			Moderate Kommunikation vor 1989 (n=15)			Häufige Kommunikation vor 1989 (n=11)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	56,05	55,07	33,78	41,84	51,72	33,18	60,83	65,95	30,36	-	-	n.s.
FAD Gesamt	2,00	1,83	0,71	1,59	1,75	0,54	1,58	1,50	0,57	-	-	n.s.
FAD Kommunikation	2,42	2,50	0,70	1,87	1,92	0,42	2,05	2,00	0,64	117,00	0,008	1>2
FACES Kohäsion	31,33	32,00	9,46	37,57	39,00	7,48	36,64	38,00	7,83	141,00	0,036	2>1
FACES Flexibilität	25,81	26,00	7,47	30,31	29,00	6,79	27,90	28,00	6,52	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken für die Vergleiche der Ausprägungen der Familienbeziehungen betragen: $FAD_{KOMM}: d=0,87$ (1 > 2), $FACES_{KOH}: d=0,70$ (2 > 1).

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft 1989-1999

Es ergaben sich keine Unterschiede der Einschätzung der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der Einschätzung der Häufigkeit der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft in den zehn Jahren nach 1989.

Tabelle 55: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Kinder)

	Geringe Kommunikation 1989-1999 (n=21)			Moderate Kommunikation 1989-1999 (n=18)			Häufige Kommunikation 1989-1999 (n=24)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	64,67	78,51	34,79	44,17	43,99	32,74	49,57	53,88	30,35	-	-	n.s.
FAD Gesamt	1,99	1,75	0,69	1,62	1,54	0,69	1,78	1,79	0,62	-	-	n.s.
FAD Kommunikation	2,47	2,50	0,71	2,07	2,00	0,67	2,06	2,08	0,61	-	-	n.s.
FACES Kohäsion	32,05	32,00	9,45	34,94	38,00	8,39	35,43	36,00	9,45	-	-	n.s.
FACES Flexibilität	26,62	25,00	8,66	26,77	27,00	5,60	28,17	28,00	6,90	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft heute

Die Gruppe der Nachkommen, die die innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft als gegenwärtig selten einschätzten, wiesen in den Bereichen Belastung der Familienbeziehungen durch die Haft und innerfamiliäre Kommunikation höhere bzw. dysfunktionalere Werte auf als die Gruppe derer, die eine moderate Kommunikation angaben (Tabelle 56).

Tabelle 56: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Kinder)

	Geringe Kommunikation heute (n=27)			Moderate Kommunikation heute (n=20)			Häufige Kommunikation heute (n=17)			U	p	Sign. U.
	M	Md	Sd	M	Md	Sd	M	Md	Sd			
Belastung Familienbeziehungen (VAS)	62,13	71,12	33,76	40,54	40,95	29,37	55,33	63,64	34,16	156,00	0,037	1>2
FAD Gesamt	2,01	1,92	0,76	1,61	1,75	0,48	1,76	1,58	0,64	-	-	n.s.
FAD Kommunikation	2,51	2,50	0,71	1,90	2,00	0,44	2,08	2,00	0,70	119,00	0,004	1>2
FACES Kohäsion	31,71	31,00	10,00	36,60	36,00	6,83	35,06	37,00	9,83	-	-	n.s.
FACES Flexibilität	26,04	24,50	8,61	28,37	29,00	5,29	28,07	28,00	6,99	-	-	n.s.

Anmerkung: U- und p-Werte nur für signifikante Gruppenunterschiede angegeben. 1: geringe Kommunikation („gar nicht“ / „wenig“), 2: moderate Kommunikation („mittel“); 3: häufige Kommunikation („viel“ / „ständig“)

Die Effektstärken für den Vergleich der Ausprägung der Einschätzung der innerfamiliären Kommunikationsfunktionalität betragen $d=1,01$ ($1 > 2$) und $d=0,67$ für die subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft ($1 > 2$).

Die Hypothese D2.3 wird nur partiell durch die Ergebnisse gestützt.

7 Diskussion

Die vorliegende Arbeit entstand mit dem Ziel, die Auswirkungen politischer Inhaftierung auf Familien politisch inhaftierter Personen in der DDR zu erfassen. Der zentrale Fokus lag dabei darauf, die psychische Belastung der Familienmitglieder zu erfassen und sie auf den Zusammenhang mit Prozessen primärer und sekundärer Traumatisierung zu prüfen.

Für eine Analyse der Prozesse primärer Traumatisierung wurden einige erlebte potenzielle Stressoren, die die Familien im Zusammenhang mit der politischen Haft erlebten, erfasst. Für eine Analyse der Prozesse sekundärer Traumatisierung wurden die Familienbeziehungen und die innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft in den befragten Familien erhoben und miteinander sowie mit der psychischen Belastung der einzelnen Angehörigen in Beziehung gesetzt.

Die Ergebnisse werden nachfolgend in der Reihenfolge der Teilfragestellungen (4.3) kurz zusammenfassend dargestellt und in die Forschung zu politischen Repressionen in der SBZ/DDR sowie zu primären und sekundären Auswirkungen psychischer Traumatisierung eingeordnet. Einschränkungen und Implikationen der Arbeit werden im Anschluss daran diskutiert.

7.1 Zentrale Ergebnisse

7.1.1 Stressoren im Zusammenhang mit der politischen Haft

Partner/-innen und Kinder

Die in dieser Arbeit befragten Familien erlebten eine Vielzahl potenziell belastender, zum Teil traumatisierender Stressoren in Zusammenhang mit der politischen Haft. Die Ergebnisse zeigen, dass die mit der Haft verbundenen Ereignisse jedoch nicht für alle Familien gleich oder gleich häufig auftraten. Die Ergebnisse in Bezug auf die erfassten Stressoren sind uneinheitlich und zeigen eine Bandbreite möglicher Einzelschicksale, wie beispielsweise an der Dauer der Haftstrafen zwischen wenigen Monaten und mehreren Jahren, dem unterschiedlich starken Einbezug der Partner/-innen und Kinder in die Verhaftung oder der unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten während der Haft abzulesen ist, an. So berichteten beispielsweise vier von acht Partnerinnen, bei der Haft anwesend gewesen zu sein und ebenfalls vier berichteten Verhöre oder Befragungen. Anteilig wurden viele Partner/-innen verhört, wie auch von Plogstedt (2010) berichtet. Wenig thematisiert wurde bisher, dass Kinder ebenfalls einbezogen wurden. In der vorliegenden Befragung berichtete über ein Drittel der Kinder, Befragungen oder Verhöre erlebt zu haben. Von beiden Gruppen, Partner/-innen und Kindern, wurden Hausdurchsuchungen als häufigstes Erlebnis in Zusammenhang mit der Haft und in über der Hälfte der Fälle berichtet. Die Anwendung psychischer Gewalt gegen sich selbst wurde von

der Hälfte der befragten Partnerinnen und knapp einem Fünftel der befragten Kinder geschildert. Zudem wurde ein kleiner Teil der Befragten in beiden Gruppen Zeuge/-in von psychischer Gewalt gegen ihre verhafteten Angehörigen.

Die Ergebnisse bestärken somit Hinweise anderer Berichte und Studien, nach denen die politische Haft in der DDR auch für viele Partner/-innen und Kinder eine einschneidende, potenziell traumatisierende Lebensveränderung bedeuten konnte (Bautzen Komitee, 1997; Böhm, 2009; Plogstedt, 2010).

Insgesamt waren die Partner/-innen häufiger mit potenziell belastenden Ereignissen um die Haft konfrontiert als die Kinder, ohne dass diese jedoch davon verschont geblieben wären. Nach der Zeit vor der Haft befragt, zeigte sich dort in ähnlicher Weise ein stärkerer Einbezug der Partner/-innen. Sie wussten häufiger, dass eine politische Haft möglicherweise bevorstünde und erwarteten diese auch häufiger als die Kinder, die zum größten Teil völlig von der Verhaftung eines oder beider Elternteile überrascht wurden. Die Kinder waren also meistens mit einem plötzlichen und unvorhergesehenen „Verschwinden“ eines oder beider Elternteile konfrontiert und seltener mit deren Verhaftung vor ihren Augen oder der eigenen Festnahme und der darauf folgenden Trennung von den Eltern.

Der Blick auf die Kinder zeigt eine große Spannweite möglicher unmittelbarer Folgen der Haft. Dies wird zum Beispiel hinsichtlich der verschiedenen Unterbringungsformen nach der Verhaftung deutlich, aber auch hinsichtlich der Kontaktmöglichkeiten zu den Eltern während der Haft. Weniger als ein Viertel der hier befragten Personen konnte während der Haftzeit bei einem nicht inhaftierten Elternteil verbleiben; fast ein Fünftel hatte keinen Kontakt zu den inhaftierten Eltern. Die Kinder politisch Inhaftierter in der DDR befanden sich spätestens mit der Festnahme der Eltern in einer prekären Situation. Für die vorliegend befragte Stichprobe ergab sich ein Zusammenhang zwischen der Inhaftierung beider Eltern und der Geburt vor der politischen Haft. Das heißt, die hier befragten Nachkommen, die die Haft miterlebten, waren zugleich auch überzufällig häufig von der Haft beider Eltern betroffen.⁵¹ Ihre Unterbringung nach der Festnahme bedeutete für sie im besten Fall eine geringe Lebensveränderung, konnte jedoch auch zu einem vollständigen Verlust der vertrauten Umgebung führen. Sie waren so im schlimmsten Fall nicht nur mit dem Verlust der Eltern konfrontiert, sondern verloren auch alle andere Bezugspersonen und alltäglichen Strukturen.

Es ist positiv zu werten, dass viele der Befragten bei Familienangehörigen untergebracht wurden und auch oft über sie von der Haft der Eltern erfuhren. Allerdings erlebten einige von ihnen die Unterbringung im Kinderheim, in der Pflegefamilie oder keinerlei Hilfe nach der

⁵¹ Ob dies jedoch über die erhobene Stichprobe hinaus mit anderen Faktoren zu erklären ist, wie beispielsweise einem Zusammenhang zum Wunsch nach Ausreise oder gar repressivem Kalkül des MfS, lässt sich auf Basis der Ergebnisse nicht abschließend feststellen.

Festnahme von Mutter und Vater (s. dazu auch Böhm, 2009; 2012). Was die Veränderung der Lebenssituation für die Kinder, aber auch die aufnehmenden Familienangehörigen bedeutete, wäre Gegenstand weiterer Studien. In anderen Kontexten wurden die psychischen Anpassungsprozesse in Folge der Unterbringung Minderjähriger bei Angehörigen sowohl bei den Kindern wie auch den aufnehmenden Erwachsenen untersucht (s. z. B. Musil, 2000; Smith & Hancock, 2010). Musil und Kollegen/-innen (2011) berichteten beispielsweise erhöhte depressive Symptome bei Großmüttern, die die Rolle der ersten Bezugsperson für ihre Enkel übernahmen und stellten fest, dass besonders der Übergang in diese Rolle mit Stress, familiärer Belastung und geringerer Familienfunktionalität einherging. Bei einer tiefer gehenden wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas Kinder politisch Inhaftierter in der DDR wären die Form der Unterbringung und die damit verbundenen Erfahrungen unbedingt einzubeziehende Faktoren. Es ergeben sich beispielsweise Überschneidungen mit der Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die in DDR-Heimen und in Pflege- und Adoptivfamilien untergebracht wurden. Zu diesen Themen liegen bisher kaum empirische Ergebnisse vor (vgl. Forschungsbericht des Jenaer Zentrums für empirische Sozial- & Kulturforschung, 2012; Warnecke, 2009).

Dass die unmittelbaren Folgen für Partner/-innen und Kinder unterschiedlich waren, spiegelt sich in ihren Einschätzungen der damaligen psychischen Belastung durch die politische Haft wider (6.2.5). Die Einschätzung in der Gruppe der Kinder wies eine breitere Streuung auf als in der Gruppe der Partner/-innen. In beiden Gruppen befanden sich sowohl die mittlere Einschätzung wie auch die Mehrzahl der Befragten jedoch rechts von der Mitte der VAS, und deutlich näher an der Einschätzung, die Haft sei damals für sie schlimmer als alles andere gewesen als an der, dass sie gar nicht schlimm gewesen sei.

Ehemals politisch Inhaftierte

Die befragten ehemaligen Inhaftierten waren zur Zeit der Haft in einem Alter, in dem die Familiengründung bevorstand oder bereits stattgefunden hatte. Fast die Hälfte von ihnen hatte zur Haftzeit Kinder bekommen, die in der Mehrzahl zu dieser Zeit minderjährig waren, und mehr als die Hälfte befand sich in einer Partnerschaft. Zu beachten ist, dass in mehr als einem Viertel der hier befragten Familien Mutter und Vater zur gleichen Zeit inhaftiert wurden. Die berichtete Länge der Haftdauer bewegte sich zwischen drei und 102 Monaten und betrug im Mittel zwei Jahre. Unstrittig, dass die Verhaftung einen tiefen Einschnitt in das Leben der betroffenen Familien bedeuten musste, der eine Reorganisation der innerfamiliären Rollen und Strukturen erforderte (vgl. 3.4).

Ähnlich wie die befragten Partner/-innen erinnerte auch mehr als die Hälfte der ehemaligen Inhaftierten, zumindest teilweise mit der Verhaftung gerechnet zu haben. Damit in Zusam-

menhang zu bringen ist der Befund, dass fast die Hälfte von ihnen die Möglichkeit der Verhaftung mit anderen besprach, bevor sie eintrat. Auch von ihrer Seite bestätigte sich, dass die Kinder selten einbezogen wurden, die Haft hingegen häufig innerhalb der Partnerschaft besprochen wurde.

Kontakt zwischen den Familienmitgliedern zur Haftzeit

Der Kontakt zwischen den hier befragten Familienmitgliedern fand während der Haftzeit in erster Linie über Briefe statt. Während es einigen politisch Inhaftierten während der Haftzeit gar nicht möglich war, mit ihren Partnern/-innen und Kindern zu kommunizieren, durfte die Mehrheit Briefe schreiben und empfangen. Die Partner/-innen konnten mehr und direktere Kontaktmöglichkeiten zu den Inhaftierten nutzen als die Kinder, so wurden ihnen zum Beispiel vergleichsweise häufiger Besuche ermöglicht. Wie in der Literatur berichtet, wurde auch von den Befragten in der vorliegenden Studie darauf hingewiesen, dass der Kontakt zu den Angehörigen reglementiert war und überwacht wurde (Fricke, 1988).

Nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen

Die große Mehrheit der ehemaligen Inhaftierten, mehr als die Hälfte der Partner/-innen und weniger als ein Drittel der befragten Nachkommen berichteten, irgendwann in ihrem Leben nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt gewesen zu sein. Die unsichtbare und sichtbare Überwachung wurde in allen drei Gruppen am häufigsten berichtet. Besonders zu beachten ist die hohe Rate an erlebten Einschränkungen im Beruf und in der Ausbildung. Diese sind neben der Betrachtung als Stressoren und Risikofaktoren für die psychische Gesundheit relevant, weil sie über die unmittelbare Maßnahme hinaus Auswirkungen haben konnten – zum Beispiel auf den beruflichen Erfolg und das Einkommen. Auf die bis heute prekäre sozioökonomische Situation vieler ehemaliger Inhaftierter, die zum Teil aus den beruflichen Einschränkungen resultierte, wurde bereits mehrfach hingewiesen (s. z. B. Arp et al., 2012; Beer & Weißflog, 2011; Plogstedt, 2010).

Auch der Einbezug des sozialen Umfelds, beispielsweise in der Verweigerung der Teilnahme an einer Reise mit anderen Kindern oder im Einsatz von IM gegen die Betroffenen, wurde vorliegend geschildert. Ein/-e Partner/-in gab an, dass die Trennung von der inhaftierten Indexperson gezielt durch das MfS forciert wurde. Dies deckt sich mit anderen Berichten (Fricke, 1989; Plogstedt, 2010). Einige der Maßnahmen, wie Hausdurchsuchungen, Vorladungen und Aufenthaltsbeschränkungen, sind in der erhobenen Häufigkeit möglicherweise in besonderem Ausmaß auf Familien politisch Inhaftierter angewendet worden. Im Vergleich zu den Ergebnissen von Spitzer und Kollegen/-innen (2007) ergaben sich hier für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten tendenziell größere Häufigkeiten. Hingegen wurde dort eine mit

der von den hier befragten ehemaligen Inhaftierten vergleichbare Rate an beruflichen Einschränkungen berichtet.

Die vorliegende Arbeit bekräftigt damit Befunde anderer Autoren/-innen, nach denen ehemalige Inhaftierte in aller Regel zusätzlich zur Haft nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt waren (s. z. B. Passens, 2012; Raschka, 2001). Die hier Befragten erlebten diese nichtstrafrechtlichen Repressionen über lange Zeiträume – im Mittel über eine Dauer von 11 Jahren.

Für Partner/-innen und Kinder lagen bisher meines Wissens keine quantitativen Erhebungen der erlebten nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen vor. Die Frage danach ist jedoch, wie unter 3.3.2 ausführlich dargelegt, auch für diese Gruppen relevant.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass Partner/-innen und Kinder vor allem dann gegen sich selbst gerichtete nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen erlebten, wenn die Familie zur Zeit der politischen Haft bereits bestand. Die Kinder berichteten zu knapp 35% gegen sich selbst gerichtete Maßnahmen, wenn sie zur Haftzeit bereits geboren waren. Die Subgruppe derer, die zur Haftzeit geboren waren und die DDR nicht durch Ausreise vor der Wiedervereinigung verließen, wies das höchste Risiko auf, nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen zu erleben. In der Gruppe der Partner/-innen erlebten 80% derjenigen, die zur Haftzeit in einer Beziehung mit den ehemaligen Inhaftierten waren, gegen sie gerichtete Formen nichtstrafrechtlicher Repression.

Allerdings waren auch nach der Haftentlassung geborene Kinder und Partner/-innen in nach der Haftentlassung entstandenen Partnerschaften Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Es ist in Bezug auf die Gruppe der hier befragten Kinder positiv zu bewerten, dass sie mehrheitlich nicht erinnerten, nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt gewesen zu sein. Dies schwächt jedoch die Tatsache, dass sie zum Teil in die politische Verfolgung einbezogen wurden, für die Betroffenen in keinster Weise ab. Bei der Interpretation der Ergebnisse muss zudem die hohe Zahl derer bedacht werden, die vor der Wiedervereinigung nach Westdeutschland ausreisten (s. u.). Dort waren sie zumindest dem unmittelbaren Einflussbereich des MfS entzogen.

Die Arbeit belegt den Einbezug der Angehörigen in die nichtstrafrechtliche Verfolgung in der DDR durch erste explorative quantitative Ergebnisse. Das Ausmaß und die Auswirkungen nichtstrafrechtlicher Verfolgung in SBZ und DDR wurden bisher nur ansatzweise wissenschaftlich aufgearbeitet (s. Priebe et al., 1994; Spitzer, Ulrich et al., 2007; Süß, 1999). Eine weitere Untersuchung dieses Feldes bleibt jedoch wünschenswert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund möglicher Rehabilitierung und Entschädigungsleistungen für die Betroffenen. Zwar bestehen derzeit Möglichkeiten einer Rehabilitierung für Opfer politischer Verfolgung,

die auch die Rehabilitierung beruflicher Einschränkungen und Benachteiligungen in Schule und Ausbildung umfassen. Die Formulierung der Gesetzestexte, die angewendeten Regelungen und vor allem das Verfahren der Rehabilitierung wurden jedoch vielfach als unzureichend und stark belastend für die Betroffenen kritisiert (s. dazu z. B. Freyberger et al., 2003; Siegmund, 2006). Inwieweit Partner/-innen und Kinder sich bisher um Rehabilitierung und / oder Entschädigungsleistungen bemüht haben, ist nicht klar. Die Ergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass diese Fragen und eine Verbesserung der bestehenden Regelungen auch für die Angehörigen ehemaliger politisch Inhaftierter von Belang ist.

Ausreise

Die überwiegende Mehrheit der Befragten sah den Wunsch, die DDR zu verlassen als Auslöser, der zu ihrer Verhaftung führte. Dementsprechend war auch der Anteil der Familien, die die DDR nach der politischen Haft verließen, mit über 60% recht hoch. Nur ein kleiner Teil der Befragten konnte die DDR jedoch zusammen als Familie verlassen. Ein Drittel der zur Haftzeit bestehenden Familien wurde durch die Ausreise eines Elternteils oder, seltener, beider Eltern, getrennt, meistens, um später in Westdeutschland wieder zusammenzufinden. Auch die Trennung durch Ausreise sowie eine Wartezeit auf die mögliche Ausreise sind als potenzielle Stressoren zu werten (s. z. B. Priebe et al., 1990; 1994), die einen großen Teil der ehemaligen Inhaftierten und ihrer Familien betraf. Auch hier ergab sich eine große Streuung der Trennungszeit, was auf ein uneinheitliches und schwer einzuschätzendes Prozedere bei der Familienzusammenführung hinweist (s. dazu auch z. B. Eisenfeld, 1998). Der Befund, dass die befragten ehemaligen Inhaftierten, die zunächst in die DDR entlassen wurden, signifikant häufiger eine PTBS aufwiesen als diejenigen, die nicht ausreisten und diejenigen, die aus der Haft nach Westdeutschland entlassen wurden, deutet auf das schädigende Potenzial dieser Zeit des Wartens auf die Ausreise hin.

7.1.2 Kommunikation über die politische Haft

Die hier befragten ehemaligen politisch Inhaftierten, ihre Partner/-innen und Kinder berichteten mehrheitlich, dass eine Kommunikation über die politische Haft in ihren Familien stattfindet und stattgefunden habe. Die Partner/-innen nahmen im Vergleich zu den anderen potenziellen Gesprächspartnern/-innen die wichtigste Rolle in der Kommunikation über die Erlebnisse der politischen Haft ein – ihnen wurde am häufigsten von der Haft erzählt und sie wussten, nach subjektiver Einschätzung, in mehr als der Hälfte der Fälle mindestens vieles über die Haft. Die Partner/-innen waren auch die Personen, die am häufigsten als diejenigen angegeben wurden, mit denen am intensivsten über die Haft gesprochen wurde.

Wenn der Partner oder die Partnerin ebenfalls inhaftiert war, wurde ihm oder ihr besonders viel Wissen über die politische Haft der Indexperson zugeschrieben. Das mag zum einen die gemeinsam erlebte Zeit, im Sinne von selbst erlebtem Wissen, beschreiben, zum anderen intensivere Gespräche und infolge dessen die Zuschreibung größeren Wissens in Paaren, in denen beide inhaftiert waren.

Die Partner/-innen und Kommunikation über die Haft

Die Mehrheit der befragten nicht inhaftierten Partner/-innen erfuhr innerhalb der Partnerschaft, also von der oder dem ehemals politisch Inhaftierten selbst von der Haft. Zudem erfuhr sie bald davon, häufig im Jahr der Entstehung ihrer Partnerschaft und zum Teil sogar früher. Die politische Haft wurde demnach früh besprochen und war somit möglicherweise ein zentrales Thema im Kennenlernen des Paares (s. Scaturo & Hayman, 1992; Sprecher & Hendrick, 2004). Das würde bedeuten, dass in vielen der befragten Paare das Wissen um die politische Haft in die Partnerschaft integriert wurde. Scaturo und Hayman gingen davon aus, dass die traumatische Erfahrung und die damit einhergehenden Auswirkungen für Paare, die sich nach der Traumatisierung einer der beiden beteiligten Personen kennenlernten, ein wichtiger Bestandteil der partnerschaftlichen Anziehung und Bindung seien.

Die Kinder und Kommunikation über die Haft

Die Kinder wurden ebenfalls mehrheitlich von einem oder beiden Elternteilen über die politische Haft informiert. Das Alter, in dem sie davon erfuhren, betrug durchschnittlich zehn Jahre und unterschied sich nicht in Abhängigkeit davon, ob sie zur Haftzeit bereits geboren waren oder nicht. Meistens war es die ehemals inhaftierte Person, die dem Kind von der Haft berichtete. Allerdings nahmen die Mütter dabei eine besondere Rolle ein. Im Gegensatz zu den Vätern sprachen sie nach Erinnerung der Kinder zum Teil auch dann mehr oder gleich viel über die Haft, wenn sie selbst nicht inhaftiert waren. Auch im Wissen über die Haftenerlebnisse spiegelte sich dies wieder – waren beide Eltern inhaftiert, berichtete mehr als die Hälfte ihrer Kinder, mehr über die Erlebnisse der Mutter zu wissen. Der Hinweis auf die Bedeutung der Mutter für die innerfamiliäre Kommunikation über Erlebnisse im Kontext politischer Traumatisierung stimmt mit Befunden aus anderen Studien überein (s. z. B. Baker & Gippenreiter, 1998; Lichtman, 1984; Nagata, 1990; Sorscher & Cohen, 1997). Dort wurde zum Teil eine im Vergleich zur väterlichen Kommunikation negativere Wirkung der mütterlichen Kommunikation berichtet. Dies wurde besonders auf die Art der Kommunikation zurückgeführt, die vorliegend jedoch nicht erfasst wurde. Die vergleichsweise zentrale Rolle der Mutter für die Kommunikation über die politische Haft zeigt über diesen Kontext hinaus auch praktische, z. B. familientherapeutische Ansatzpunkte für die Arbeit mit Familien, die politische Gewalt erfahren haben, auf.

Überraschend ist das Ergebnis, dass sich die Nachkommen, die nach der Haftentlassung geboren wurden, hinsichtlich der Angaben zum Alter beim ersten Erfahren von der Haft wie auch der Einschätzung ihres Wissens diesbezüglich quantitativ nicht voneinander unterschieden. Möglicherweise ist dies ein Hinweis auf eine Altersspanne, die von Eltern als guter Zeitraum für das Besprechen der Haft angesehen wird. Nicht klar ist, ob die hier befragten Kinder in dieser Altersspanne durch direkte, gezielte Gespräche von der Haft erfuhren oder „nebenbei“. Rosenheck (1986) berichtete beispielsweise, dass die von ihm befragten Nachkommen von Veteranen des zweiten Weltkriegs mehrheitlich berichteten, sie hätten bereits vor dem Alter von sechs Jahren vom Kriegseinsatz des Vaters gewusst, ohne gezielt darüber aufgeklärt worden zu sein. Nagata (1990) berichtete, dass die von ihr befragten Nachkommen US-amerikanischer im zweiten Weltkrieg Internierter im Alter von fünf bis zehn zuerst von der elterlichen Internierung erfahren hätten. Auch hier hatte nur etwas weniger als die Hälfte durch direkte Kommunikation davon erfahren. Das erinnerte Alter könnte demnach auch eine Erinnerung an ein erstes indirektes Erfahren von der Haft sein.

Zur Häufigkeit der innerfamiliären Gespräche über die Haft

Über die drei Gruppen hinweg zeigte sich eine retrospektiv eingeschätzte Veränderung der Häufigkeit der Gespräche über die politische Haft über die vergangenen Jahrzehnte. Übereinstimmend berichteten die ehemaligen Inhaftierten, die Partner/-innen und die Nachkommen, dass die Kommunikation in den zehn Jahren nach 1989 vergleichsweise häufiger stattgefunden habe als vor 1989 und zur Zeit der Befragung. Dieser Befund ist ein deutlicher Hinweis auf die Verflechtung gesellschaftlicher Entwicklungen mit innerfamiliärer Interaktion. Es ist anzunehmen, dass die Geschehnisse um die Wiedervereinigung das Sprechen über die politische Haft innerhalb der Familien ermöglicht oder verstärkt haben. Dafür spricht auch, dass die Ausgereisten vor 1989 häufigere Kommunikation über die Haftzeit angaben als die in der DDR Verbliebenen, dass als sehr erleichternd empfundene Gespräche über die politische Haft mit größerer Häufigkeit dieser Gespräche vor allem 1989-1999, aber auch heute, verknüpft waren, und dass die ehemaligen Inhaftierten in den neuen Bundesländern das Sprechen über die Haft eher als sehr erleichternd empfanden als die Befragten in den alten Bundesländern. Hier ist anzunehmen, dass die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse, die durch die Wiedervereinigung entstanden, vor allem für die ehemaligen Inhaftierten in Ostdeutschland bedeuteten, nun endlich über die Erfahrungen der politischen Haft sprechen zu können. Für diejenigen, die bereits vor 1989 aus der DDR ausgereist waren, entstand diese Erleichterung hingegen nicht unbedingt. Trobisch-Lütge (2006) berichtete, dass die Wiedervereinigung für viele ausgereiste ehemalige Inhaftierte eine belastende Situation gewesen sei, da sie plötzlich befürchten mussten, ihren ehemaligen Verfolgern zu begegnen.

Der umgekehrt u-förmige Verlauf der Kommunikation über die Zeit und die mit der Kommunikation einhergehende erinnerte Erleichterung in Ostdeutschland schließen sowohl an Berichte über ein Verbot, nach einer Haftentlassung in die DDR über die Erlebnisse der Haft zu sprechen, an (s. dazu z. B. Fikentscher & Lukas, 1997), wie auch an Arbeiten zur Verflechtung von gesellschaftlicher und privater Kommunikation über traumatische Erlebnisse (s. z. B. Bohleber, 2007; Horvay, 2011; Nagata, 1990). Auch Arp und Kollegen/-innen (2008; S. 106) berichteten aus ihren Interviews in Thüringen, dass „bis 1989/90 selbst im engsten Familienkreis über die Repressionserfahrungen geschwiegen“ worden sei. Zur Häufigkeit des heutigen Sprechens können neben ihren Ergebnissen auch die Ergebnisse von Beer und Weißflog (2011) herangezogen werden, nach denen 70% der von ihnen befragten ehemaligen Inhaftierten mit ihren Partnern/-innen, 56% mit ihren Eltern und 60% mit ihren Kindern über die Haft gesprochen hatten. In der Studie zu Antragstellenden in Thüringen, in der neben politischer Haft auch andere Formen politischer Repression und Benachteiligung zugrundegelegt wurden, gaben 10% an, sie würden „nie“ und knapp 22%, sie würden „häufig“ oder „sehr häufig“ über das erlebte Unrecht sprechen (Arp et al., 2008; S. 107). Vorliegend waren es weniger als 15%, die innerhalb der Familie gegenwärtig gar nicht über die Haft sprachen, und weniger als 30%, die häufiges Sprechen berichteten. Die Ergebnisse sind also mit denen anderer Studien in diesem Kontext vergleichbar. Sie zeigen, dass von den hier Befragten (die möglicherweise nicht repräsentativ für die Gesamtgruppe der ehemaligen Inhaftierten sind) mehrheitlich mit ihren Familien über die Erfahrungen der politischen Haft gesprochen wird. Sie zeigen auch, dass ein kleiner Teil der Betroffenen noch nicht oder nicht mehr mit ihren Partnern/-innen und Kindern über ihre Hafterfahrungen spricht.

Bewertung der Kommunikation über die Haft

In der Bewertung der Kommunikation ergab sich vor allem hinsichtlich der Bewertung der Kommunikation als sehr wichtig Übereinstimmung – in allen drei Gruppen schätzte mehr als die Hälfte der Befragten das Sprechen über die Haftzeit als sehr wichtig ein. Als sehr belastend wurde die Kommunikation hingegen vergleichsweise häufig von den Partnern/-innen eingeschätzt und in den Gruppen der ehemaligen Inhaftierten und ihrer Kinder signifikant häufiger von den Frauen. Bei den Indexpersonen war dieser Geschlechtsunterschied möglicherweise auf die stärkere psychische Belastung durch PTBS-Symptome zurückzuführen. Zudem waren besonders bei den befragten weiblichen ehemaligen Inhaftierten oft bereits Kinder geboren, wenn sie inhaftiert wurden, was die Kommunikation möglicherweise belastender machte. Bei den befragten Vätern war vergleichsweise häufig eine zeitliche Distanz zwischen der Haftentlassung und den Gesprächen über die Haft, was möglicherweise eine weniger belastende Kommunikation ermöglichte. Es gibt jedoch auch von anderen Autoren/-innen Hinweise auf Geschlechtsunterschiede im Kommunikationsprozess. Lichtman

(1984) und Keller (1988) berichteten aus ihren Studien in Familien Holocaust-Überlebender, dass weibliche Nachkommen stärker von der Art der Kommunikation über den Holocaust innerhalb der Familie beeinträchtigt würden. Nagata und Cheng (2003) berichteten, dass Väter kürzere Gespräche über ihre Internierung mit den Kindern führten als Mütter, sich jedoch wohler bei diesen Gesprächen fühlten. Lichtman (1984) nahm an, dass Väter innerhalb der Familie eher als Kämpfer wahrgenommen würden und ihre Erzählungen von den traumatischen Erfahrungen deshalb positiver aufgenommen würden. Während in Bezug auf traumaspezifische Kommunikation kaum Studien zu Geschlechtseffekten vorliegen, gibt es aus anderen Kontexten Hinweise auf geschlechtsspezifisches Kommunikationsverhalten – beispielsweise, dass Frauen stärker emotional kommunizieren und in Interaktionen stärker forderndes Verhalten zeigen (Christensen & Shenk, 1991; Gabriel, Beach & Bodenmann, 2010). Müller und Kollegen (2000) berichteten hingegen keine Geschlechtsunterschiede hinsichtlich des Offenlegens der Traumaerfahrungen bei ehemaligen politisch Inhaftierten der SBZ / DDR.

Möglicherweise ist die von den Kindern berichtete häufigere Kommunikation der Mütter über die politische Haft sowie die in beiden Gruppen berichtete geschlechtsspezifische höhere Belastung durch das Sprechen spezifisch für den familiären Kontext.

Einschränkungen

Extreme Ausprägungen des Sprechens über die Haft innerhalb der Familie, also das Schweigen oder ständige Sprechen darüber, berichteten nur wenige der Befragten. Dass nur so ein geringer Teil in allen drei Gruppen angab, gar nicht darüber gesprochen zu haben oder zu sprechen, muss allerdings mit Vorsicht interpretiert werden. Da explizit Familien für die Studie gesucht wurden und stets betont wurde, dass möglichst alle Familienmitglieder einen Fragebogen ausfüllen sollten, sind die Familien, die in Folge der Haft zerbrachen, sowie die Familien, in denen die Haft niemals besprochen wurde, vermutlich in der Befragung wenig vertreten. Die hier befragten Familien repräsentieren möglicherweise vor allem diejenigen, für die die politische Haft ein zentrales, bedeutsames Erlebnis der Familie ist. Dies legen auch die Ergebnisse zur Bewertung der Gespräche als wichtig nahe. Angehörige, die bisher nicht von der Haft erfahren hatten, nahmen, das ist selbsterklärend, vermutlich nicht an der Studie teil. Allerdings berichteten trotzdem fünf bzw. sechs der teilnehmenden ehemaligen Inhaftierten, dass die Haft in der Familie bisher noch nie besprochen wurde und ihr/-e Partner/-in gar nichts von der politischen Haft wüssten.

7.1.3 Psychische Belastung

Die psychische Belastung wurde in der vorliegenden Arbeit zum einen über visuelle Analogskalen, zum anderen über standardisierte Fragebogenverfahren erfasst. Mit beiden Methoden ergaben sich hypothesenkonform Hinweise auf eine erhöhte psychische Belastung der befragten ehemaligen Inhaftierten, Partner/-innen und Kinder.

Subjektive psychische Belastung durch die politische Haft

Die Mittelwerte und Mediane der visuellen Analogskalen lagen jeweils rechts von der Mitte der Skala und somit näher an der Einschätzung, dass die politische Haft der Indexperson insgesamt psychisch sehr stark belastend gewesen sei. Die ehemaligen Inhaftierten wiesen hier die höchsten Werte auf, gefolgt von den Partnern/-innen und Kindern.

Die ehemaligen Inhaftierten, die zur Haftzeit eine Familie hatten, bewerteten die Belastung ihrer Angehörigen, vor allem der Kinder, vergleichsweise höher, nicht aber ihre eigene Belastung. Die Belastung der Kinder durch die politische Haft wurde durch weibliche ehemalige Inhaftierte und männliche ehemalige Inhaftierte, deren Partnerin ebenfalls inhaftiert war, höher eingeschätzt als von männlichen Inhaftierten, deren Partnerin nicht inhaftiert war. Diese Einschätzung stimmte mit der Einschätzung der Kinder überein. Dort ergab sich eine höhere subjektive Belastung durch die Haft in der Gruppe derer, die zur Haftzeit bereits geboren waren und der Gruppe derer, die eine Inhaftierung beider Eltern angaben. Eine vergleichsweise höhere Belastung bei Miterleben der politischen Haft kann für die Gruppe der Nachkommen also hypothesenkonform (Hypothesengruppe B) bezüglich der subjektiven Einschätzung bestätigt werden. Da bei den hier Befragten jedoch eine große Überschneidung bezüglich des Miterlebens der Haft und der Inhaftierung beider Eltern bestand, kann auf Basis der Ergebnisse nicht nachvollzogen werden, welche Rolle dabei der Verlust beider Eltern zur gleichen Zeit spielte. Es ist anzunehmen, dass diese Konstellation, also die Verhaftung beider Eltern, für die betroffenen Kinder vergleichsweise gravierendere Folgen hatte.

Für die Gruppe der Partner/-innen, die die Haft miterlebten, ergab sich keine statistisch signifikant höhere subjektive Belastung als für die Partner/-innen, die erst später eine Beziehung mit der Indexperson begannen. In der Gruppe der männlichen ehemaligen Inhaftierten ergab sich kein Unterschied in der Einschätzung der Belastung der ebenfalls inhaftierten Partnerinnen und nicht inhaftierten Partnerinnen. Dies zeigt zweierlei: zum einen wird deutlich, dass die nicht inhaftierten Partner/-innen ebenfalls als stark psychisch belastet durch die Haft wahrgenommen werden. Zum anderen ist die vergleichsweise stark empfundene psychische Belastung der Partner/-innen, die die Haft nicht miterlebten als erster Hinweis auf sekundäre Traumatisierungsprozesse innerhalb der Partnerschaften anzusehen.

Es sei hier jedoch auch angemerkt, dass die tendenziell höheren Werte in der Gruppe derer, die die Haft miterlebten vor dem Hintergrund der geringen statistischen Power (s. u.) auch als Hinweis auf ihre insgesamt höhere subjektive Belastung angesehen werden können.

Für die subjektiven Einschätzungen der psychischen Belastung durch die politische Haft ergaben sich also über die Gruppen hinweg die vergleichsweise höchsten Werte für die ehemaligen Inhaftierten selbst. Die Belastung der Kinder wurde vergleichsweise am geringsten eingeschätzt, doch hier ergab sich einhellig eine höher eingeschätzte Belastung für diejenigen, die die politische Haft miterlebten.

Symptome psychischer Störungen (Hypothesengruppe A)

Im Vergleich zu repräsentativen, geschlechts- und altersgematchten Stichproben wiesen alle drei Gruppen signifikant höhere Symptome psychischer Störungen auf. Dies traf auf die berichtete Anzahl traumatischer Erlebnisse wie alle Symptomcluster der PTBS und der Prävalenz der Diagnose PTBS zu, ebenso wie auf die Schwere psychischer Belastung durch Symptome psychischer Störungen und die Mehrzahl der einzelnen erhobenen Symptombereiche. Die Hypothesengruppe A, nach der eine signifikant höhere Belastung der Untersuchungsgruppen im Vergleich zu Repräsentativstichproben angenommen wurde, wurde also erwartungsgemäß durch die Ergebnisse gestützt.

Einschränkend soll, bevor diese Ergebnisse weitergehend diskutiert werden, auf zwei Punkte hingewiesen werden. Zum einen ist der verwendete Fragebogen zur Erfassung von Symptomen psychischer Störungen, die SCL-27, lediglich als Screening-Instrument zu verwenden. Hinweise auf psychische Störungen bzw. eine klinisch bedeutsame psychische Belastung können aus hohen Ausprägungen der erfassten Symptome abgeleitet werden, doch die Bezeichnungen der Skalen können nicht zweifelsfrei auf die klinischen Störungen, deren Namen sie tragen, übertragen werden (Hardt et al., 2006; Prinz et al., 2008). Zum zweiten lagen die berechneten Effektstärken für die Vergleiche der Belastung durch Symptome psychischer Störungen besonders in den Gruppen der Partner/-innen und Kinder zum Teil unter den nach Cohen (1988) vorgeschlagenen Grenzen für eine „mittlere“ Effektgröße. Ein Gruppenvergleich, der zwei Gruppen so unterschiedlicher Größe verwendet, birgt aus statistischen Gründen die Gefahr, den Unterschied zwischen den Gruppen zu überschätzen (s. a. 7.3).

Unter Berücksichtigung dieser Punkte (sowie der unter 7.3 diskutierten generellen Einschränkungen der Untersuchung) sind die Ergebnisse als Hinweise auf eine erhöhte psychische Belastung bei den ehemaligen politisch Inhaftierten, ihren Partnern/-innen und ihren

Kindern in den Bereichen PTBS und Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen zu werten. Sie werden im Folgenden eingehender diskutiert.

PTBS bei den ehemaligen politisch Inhaftierten (Hypothesengruppe A)

Die ehemaligen politisch Inhaftierten wiesen die vergleichsweise höchsten Symptomausprägungen der PTBS auf. Die PTBS-Punkt-Prävalenz von 29,7% (Vollbild PTBS nach DSM-IV-TR) bzw. 47,3% (PTBS-Vollbild, Partielle PTBS, PTBS 2 und Partielle PTBS 2) in der befragten Gruppe ist mit den früher berichteten PTBS-Raten aus anderen Befragungen ehemaliger politisch Inhaftierter der SBZ und DDR vergleichbar (s. z. B. Maercker & Schützwohl, 1997; Maercker et al., 2013; Weißflog et al., 2011). Die Angaben zur Dauer der PTBS-Symptome deuten auf eine Chronifizierung der Störung bei vielen ehemaligen Inhaftierten hin. Die kürzeste Dauer einer PTBS wurde in dieser Gruppe mit 13 Jahren angegeben. Die PTBS wurde oft als chronische psychische Erkrankung beschrieben, besonders nach Traumatisierungen, die von Menschen zugefügt wurden (s. z. B. Hapke et al., 2006; Kessler et al., 1995; Santiago et al., 2013). Andererseits gibt es Hinweise darauf, dass die Symptome für einen großen Teil der Betroffenen nicht über längere Zeit stabil sind, sondern sich phasenweise verändern (s. z. B. Port, Engdahl & Frazier, 2001). Aufgrund des querschnittlichen Designs der vorliegenden Erhebung konnten etwaige Symptomschwankungen über die Zeit jedoch nicht erfasst werden. Maercker und Kollegen/-innen (2013) berichteten aus ihrer Befragung ehemaliger politisch Inhaftierter, dass 36,1% einen chronischen Verlauf mit klinisch bedeutsamen PTBS-Symptomen zu zwei Messzeitpunkten und einem retrospektiv eingeschätzten Zeitpunkt aufwiesen. Sie gaben mit einer PTBS-Punkt-Prävalenz von 32,6% einen vergleichbaren Anteil an PTBS-Erkrankungen in ihrer Stichprobe an. Für die betroffenen ehemaligen Inhaftierten muss somit von einer Jahrzehnte andauernden Beeinträchtigung ausgegangen werden. Wie Nelson Goff und Smith (2005) in ihrem CATS-Modell (3.4.2) hervorhoben, sind chronische Symptome der PTBS zudem besonders belastend für das familiäre Zusammenleben.

PTBS bei den Partnern/-innen und Kindern (Hypothesengruppe A)

In den Gruppen der Partner/-innen und Kinder wurden mehr PTEs, stärkere Symptome der PTBS sowie eine häufigere Prävalenz der PTBS berichtet als in den Vergleichsstichproben. Wurden die Gruppenvergleiche auf die Personen beschränkt, die mindestens ein PTE berichteten, ergaben sich nach wie vor höhere Symptome bei den Partnern/-innen und Kindern, die sich jedoch nicht mehr hinsichtlich aller Symptomcluster signifikant unterschieden. Hier wird deutlich, dass die Erfassung und Analyse der berichteten PTEs auch im Rahmen der Untersuchung sekundärer Traumatisierung wichtig ist. Laut der Metaanalyse von Lambert und Kollegen/-innen (2012) ist dies in Bezug auf sekundäre

Traumatisierung in Partnerschaften jedoch nur selten der Fall. In Untersuchungen zu transgenerationaler Traumatisierung wurde ebenfalls nur selten berichtet, welche eigenen potenziell traumatischen Erlebnisse die Kinder angaben. Im Vergleich zu einer anderen Stichprobe von Kindern ehemaliger Inhaftierter aus SBZ und DDR ergaben sich ähnliche Prävalenzraten potenziell traumatischer Erlebnisse – hinsichtlich der Zeugenschaft ergab sich dort jedoch eine doppelt so hohe Prävalenz (Klinitzke et al., 2012). Eine höhere Prävalenz potenziell traumatischer Erlebnisse bei Nachkommen traumatisierter Mütter berichteten auch Roberts, Galea und Kollegen/-innen (2012). Sie bezeichneten diese erhöhte Exposition als „einen hauptsächlichen Mechanismus der intergenerationalen Übertragung der PTBS“ (S. 509, eigene Übersetzung). Yehuda und Kollegen/-innen (Yehuda, Schmeidler, Wainberg et al., 1998; Yehuda, Halligan & Bierer, 2001) hingegen betonten die Tatsache, dass die von ihnen befragten Nachkommen Holocaust-Überlebender höhere PTBS-Symptome aufwiesen obwohl sie *nicht* häufiger PTEs erlebten als Hinweis auf sekundäre Traumatisierung, nämlich als Resultat größerer psychischer Vulnerabilität aufgrund der elterlichen Traumatisierung.

Für beide Gruppen, Partner/-innen und Kinder, ist die Abklärung des A-Kriteriums nicht trivial, ist doch gerade die durch die Traumatisierung der Indexperson hervorgerufene psychische Belastung als Ergebnis der sekundären Traumatisierung definiert (Figley, 1983; Motta, 2008). Sind die Symptome psychischer Störungen auf eigene, also primäre Traumatisierungen, zurückzuführen, läge keine sekundäre Traumatisierung im engeren Sinne vor. Renshaw und Kollegen/-innen (2011) stellten in ihrer Befragung von Ehefrauen von Militärpersonal mit PTBS fest, dass 62% der Befragten keinerlei Bezug zwischen ihren eigenen PTBS-Symptomen und den Kriegserlebnissen ihrer Partner herstellten. Nicht erfasst wurden allerdings Stressoren im Zusammenleben, die ein möglicher Übertragungsmechanismus sind (s. u., s. 3.4.2). Zudem wird so die Möglichkeit nicht-bewusster Übertragungsprozesse außer Acht gelassen.

Denkbare Gründe für die vergleichsweise häufiger berichteten traumatischen Erlebnisse könnten geteilte Stressoren der Familienmitglieder sein, jedoch auch Folgen der PTBS-Symptome der Indexpersonen, wie innerfamiliäre Gewalt. In den Abschnitten zu primärer und sekundärer Traumatisierung (7.1.5, 7.1.6) wird darauf näher eingegangen.

Die Prävalenzraten der PTBS, der am häufigsten zur Prüfung primärer und sekundärer Traumatisierung verwendeten Diagnose, bewegen sich auch für die Partner/-innen und Kinder im Rahmen bisher in vergleichbaren Studien berichteten Prävalenzraten – diese unterscheiden sich jedoch stark über verschiedene Populationen hinweg. Für Partner/-innen lagen sie zwischen 28% (Al-Turkait & Ohaeri, 2008) und 40% (Klariç et al., 2012), vorliegend ergab sich

eine PTBS-Rate von bis zu knapp 30%, wenn auch die partiellen Typen der PTBS einbezogen wurden. In Bezug auf Nachkommen berichteten Klinitzke und Kollegen/-innen eine PTBS-Prävalenzrate von 9%, Yehuda und Kollegen/-innen (2008) gaben eine Prävalenzrate von 19% für die von ihnen untersuchten Kinder traumatisierter Eltern an. In der hier untersuchten Stichprobe wies die Gruppe der Nachkommen eine Prävalenz der PTBS von 13% (Vollbild der PTBS) bzw. 21% (alle Typen, vgl. 6.6.4) auf.

Zum Vergleich sei daran erinnert, dass für die deutsche Allgemeinbevölkerung Prävalenzraten von 1,4% (Hapke et al., 2006) bis 2,3% (Maercker et al., 2008) für die PTBS berichtet wurden.

Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen (Hypothesengruppe A)

Hypothesenkonform ergaben sich für die ehemaligen Inhaftierten, die Partner/-innen und die Kinder im Vergleich zu repräsentativen Vergleichsstichproben signifikant erhöhte Werte für die Mehrzahl der erhobenen Symptombereiche psychischer Störungen.

Während bei den ehemaligen Inhaftierten alle Symptombereiche signifikant und im Bereich mittlerer Effektstärken erhöht waren, traf dies auf die Partner/-innen und Kinder jedoch in geringerem Maße zu.

Die im Vergleich zu einer Vergleichsstichprobe aus einer deutschen Repräsentativbefragung bei den ehemaligen politisch Inhaftierten signifikant erhöhten Symptome der Depressivität, Dysthymie, Agoraphobie, sozialen Phobie, des Misstrauens gegenüber anderen Menschen sowie der allgemeinen Belastung durch Symptome psychischer Störungen stehen im Einklang mit signifikant erhöhten Raten psychischer Störungen bzw. Belastungssymptomen in anderen Untersuchungen (s. z. B. Maercker & Schützwohl, 1997; Weißflog et al., 2010).

Die in allen drei Gruppen erhöhten Werte in den Bereichen dysthyme und depressive Symptome weisen auf eine psychische Belastung im Bereich affektiver Störungen hin. Weiterhin bemerkenswert sind die hohen Belastungswerte auf der Skala „Misstrauen gegenüber anderen Menschen“. Die SCL-27 wurde nach meiner Recherche bisher nicht zur Untersuchung ehemaliger politisch Inhaftierter verwendet. Annähernd vergleichbar sind jedoch Ergebnisse aus Studien, die die SCL-90 verwendet haben (für die Überschneidung der Skalen s. Hardt et al., 2006). Punamäki und Kollegen/-innen (2008) berichteten beispielsweise einen signifikanten Effekt für politische Gefangenschaft auf den Skalen „paranoides Denken“ (Überschneidungen mit der Skala „Misstrauen“ der SCL-27), „Feindseligkeit“ sowie „Zwanghaftigkeit“ (Überschneidungen mit der Skala „dysthyme Symptome“ der SCL-27) aus einer Stichprobe palästinensischer ehemaliger politisch Gefangener. Sie interpretierten ihre Ergebnisse unter anderem als Ausdruck generellen Misstrauens ehemaliger politisch Inhaftierter.

Schützwohl und Maercker (1999) berichteten eine signifikant höhere Belastung durch Symptome psychischer und körperlicher Störungen, wie sie durch den GSI-90 (und analog GSI-27) ausgedrückt wird, für ehemalige politisch Inhaftierte der SBZ und DDR im Vergleich zu einer Kontrollgruppe. Die Subgruppe mit einer PTBS-Diagnose wies dort die höchsten Werte auf, und zwar wiederum signifikant höhere als die ehemaligen Inhaftierten ohne PTBS. Die in der vorliegenden Studie berichteten Ergebnisse für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten lassen sich also in bisherige Befunde zur Belastung durch Symptome psychischer und körperlicher Störungen einordnen. Sie belegen somit erneut die hohe psychische Belastung der ehemaligen Inhaftierten der DDR.

Für die Gruppen der Partner/-innen und Kinder ergaben sich fast durchgängig geringere Belastungsmittelwerte. Jedoch war auch hier in verschiedenen Symptombereichen, besonders in Bezug auf depressive und dysthyme Symptome sowie Symptome des Misstrauens, ein substantieller Teil der Befragten von starken Symptomen betroffen. Die erhöhte Belastung durch depressive und dysthyme Symptome kann wiederum als Hinweis auf Störungen aus dem affektiven Spektrum angesehen werden.

Sowohl für Partner/-innen wie für Kinder traumatisierter Personen wurde ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung depressiver Symptome berichtet (s. z. B. Dekel & Goldblatt, 2008; Nelson Goff & Smith, 2005). Depressive Störungen werden zudem mit primärer Traumatisierung in Verbindung gebracht (s. z. B. Breslau, 2002; Steel et al., 2009). Zur Diskussion der Belastung durch primäre und sekundäre Traumatisierung sei hier auf die Abschnitte 7.1.5 und 7.1.6 verwiesen.

7.1.4 Familienbeziehungen

Subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft

Die Angaben auf den visuellen Analogskalen wiesen einen in allen drei Untersuchungsgruppen wahrgenommenen negativen Einfluss der Haft auf die Familienbeziehungen aus.

Ähnlich wie durch die VAS zur subjektiven psychischen Belastung sollte hier die Attribution familiärer Belastung auf die politische Haft erfasst werden. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass viele Betroffene und ihre Familien eine solche Belastung wahrnehmen. Die wahrgenommene Belastung schien zudem, für die Indexpersonen und Partner/-innen, nicht zwangsläufig mit dem gemeinsamen Erleben der Haft zusammenzuhängen. Diejenigen, die die Haft gemeinsam erlebten, berichteten keine signifikant höhere Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft als diejenigen, die die Haft nicht gemeinsam als Familie erlebten. Auf der Ebene subjektiver Zuschreibung schien die Haft also selbst dann negativ und dauerhaft auf die Familienbeziehungen einzuwirken, wenn die Familie erst später gegründet

wurde. Im Einklang mit Theorien zur sekundären Traumatisierung ist die Belastung der innerfamiliären Beziehungen ein Kernelement der Beeinträchtigung der Familie durch die Traumatisierung der Indexperson (s. z. B. Dekel et al., 2008; Nelson Goff & Smith, 2005). Im Kontrast zur Einschätzung in der Gruppe der Kinder, in der diejenigen, die zur Haftzeit schon geboren waren, die Belastung der Familienbeziehungen durch die Haftzeit stärker einschätzten, nahmen Indexpersonen und Partner/-innen den negativen Einfluss der Haft scheinbar stärker wahr. Möglicherweise gelang es den Eltern in den später gegründeten Familien, die Belastung durch die Haft von ihren Kindern fernzuhalten (vgl. Kellerman, 2001). Dass auch die Partner/-innen die Belastung vergleichbar stark und in beiden Subgruppen wahrnahmen, deutet darauf hin, dass die Belastung in diesen Familien innerhalb der Partnerschaft eine vergleichsweise größere Rolle als zwischen Indexperson und Kindern spielte.

Funktionalität der Familienbeziehungen und der innerfamiliären Kommunikation

Weniger als ein Drittel jeder Gruppe bewertete die Familienfunktionen allgemein als dysfunktional. Hinsichtlich der Einschätzung der innerfamiliären Kommunikation ergab sich jedoch eine deutlich negativere Einschätzung durch die befragten Nachkommen. Hier bewerteten über 40% das Kommunikationsverhalten als dysfunktional, d.h. als diffus und indirekt. Epstein und Kollegen/-innen (1983, S. 353) berichteten, dass zwischen 19% und 36% klinisch unauffälliger Familien über dem von ihnen festgelegten Cutoff-Wert im FAD lägen und eine Studie aus den USA gab 31% (allgemeine Funktionalität) bzw. 40% (Kommunikation) nicht-klinischer Familien oberhalb des Cutoff-Wertes an (Friedmann et al., 1997). Im Vergleich zu den dort angegebenen Mittelwerten unterschieden sich die hier untersuchten Stichproben nicht von den klinisch unauffälligen Familien (s. Epstein et al., 1985; Friedmann et al., 1997). Davidson und Mellor (2001), die sekundäre Traumatisierung bei Nachkommen australischer Vietnam-Veteranen untersuchten, berichteten sowohl für die Untersuchungs- wie auch die Kontrollgruppen Mittelwerte oberhalb der Cutoff-Grenzen. Für den FAD ist also fraglich, inwieweit diese Ergebnisse zu interpretieren sind (s. u.).

Innerfamiliäre Kohäsion und Flexibilität

Hinsichtlich der Kohäsion und Flexibilität ergaben sich ebenfalls die geringsten Werte für die Gruppe der Nachkommen. 41% lagen unter dem angegebenen Cutoff-Wert für Kohäsion, 16% unter dem für Flexibilität (Thomas & Olson, 1994). Auch für den hier verwendeten Fragebogen wurde berichtet, dass ein Anteil an „gesunden“ Familien im Bereich dysfunktionaler Kohäsion und Flexibilität anzutreffen sei (Olson et al., 1985). Im Vergleich zu Ergebnissen aus anderen, nicht-klinischen Stichproben ergaben sich in der vorliegenden Untersuchung allerdings tendenziell niedrigere Werte, besonders für die Gruppe der Nachkommen (vgl.

Dundas, 1994; Hoffmann, 2000; Vandeleur, 2003). Eine Untersuchung an psychiatrischen Patienten/-innen in Österreich ergab hinsichtlich der berichteten Kohäsion einen mit der Stichprobe der Kinder vergleichbaren Mittelwert von 34,0 (Kager et al., 2000).

Einschränkungen

Die vorliegenden Ergebnisse zur Bewertung der Familienfunktionalität, Kohäsion und Flexibilität können zunächst wenig zur Analyse der Folgen politischer Traumatisierung beitragen. Dies ist in erster Linie auf das Fehlen eines Vergleichs mit einer nicht von politischer Haft betroffenen Stichprobe zurückzuführen. Es ist nicht auszuschließen, dass erwachsene Kinder aus Familien, die keine politische Inhaftierung erfahren haben, ihre Familienbeziehungen vergleichbar bewerten würden. Anders als Ausdruck familiärer Dysfunktionalität könnten die geringen bzw. hohen Werte in der Gruppe der Nachkommen eine notwendige Ablösung vom Elternhaus widerspiegeln. Eine als höher eingeschätzte Dysfunktionalität der Familienbeziehungen wurde bereits mehrfach für Adoleszente im Vergleich zu elterlichen Einschätzungen berichtet (s. z. B. Vandeleur, 2003). Für erwachsene Kinder wurden bisher jedoch meines Wissens keine vergleichbaren Informationen berichtet. Die normative Entwicklung von Familien führt in der Regel zur Autonomieentwicklung der Kinder und einer veränderten emotionalen Beziehung zwischen Eltern und Kindern (s. z. B. Hofer, 2002; Schneewind, 2010). Möglicherweise ist der beobachtete Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und stärker wahrgenommener Dysfunktionalität bzw. geringer wahrgenommener Kohäsion und Flexibilität in der Gruppe der befragten Nachkommen darauf zurückzuführen (6.6.2). Ob die Befragten noch mit ihren Eltern bzw. Kindern in einem Haushalt lebten, wurde vorliegend jedoch nicht kontrolliert. Es ist nicht auszuschließen, dass einige Befragte bei der Beurteilung der Familienbeziehungen an die Zeit dachten, als sie noch als Familie zusammengewohnt haben, während andere die Gegenwart zugrunde legten – und hier wären beispielsweise geringere Kohäsion und Flexibilität zu erwarten, da sich die zur Erhebung verwendeten Items zum Teil auf alltägliche Interaktionen beziehen und, vor allem hinsichtlich der Flexibilität, auf den Einbezug der Kinder abzielt, wie beispielsweise mit dem Statement „Die Kinder haben bei ihrer Erziehung ein Wort mitzureden“. Dies würde möglicherweise auch die nach Ansicht der Indexpersonen geringere Flexibilität in den Familien erklären, die nach der Haftzeit gegründet wurden – wenn diese Familien sich zur Zeit der Befragung in einem früheren Stadium der familiären Entwicklung befänden, würde hier mehr alltägliche Interaktion stattfinden, die Items also besser auf diese Familien zutreffen.

Zudem ist bei der Interpretation der oben genannten Ergebnisse Vorsicht geboten, da die Familienbeziehungen mit Fragebogenverfahren erfasst wurden, für die keine repräsentativen deutschen Vergleichsstichproben vorlagen. Die Cutoff-Werte stammen aus den 1980er Jah-

ren und aus US-amerikanischen Stichproben. Die Angaben zu den Familienbeziehungen wurden deshalb in erster Linie in Verknüpfung mit der psychischen Belastung der Befragten untersucht und interpretiert (zur Diskussion s. u.).

7.1.5 Primäre Traumatisierung

Genannte Auslöser der PTBS

Die Frage nach einer primären Traumatisierung der ehemaligen Inhaftierten, ihrer Partner/-innen und Kinder durch die politische Haft und damit zusammenhängende Stressoren ist zunächst, wie oben dargelegt, über die Frage nach den angegebenen traumatischen Erlebnissen zu beantworten.

Ein substantieller Teil der Befragten in allen drei Gruppen gab als traumatischstes Erlebnis mit der politischen Haft oder politischen Repressionen zusammenhängende Ereignisse an. Fast die Hälfte der 43 ehemaligen politisch Inhaftierten, für die auf Basis ihrer Angaben im Fragebogen eine PTBS anzunehmen ist, nannten die Haft oder damit in Zusammenhang stehende Erlebnisse als belastendstes Erlebnis. Über ein Drittel identifizierte das belastendste Erlebnis allerdings nicht. Hier blieb unklar, auf welche traumatisierenden Erlebnisse die PTBS zurückzuführen ist. Dass scheinbar nicht alle Fälle der PTBS auf die politische Haft zurückzuführen waren und dass nur knapp über 60% der befragten ehemaligen Inhaftierten die „Gefangenschaft“ auf der Traumaliste der PDS angaben, wirft verschiedene Fragen auf. Haben die hier befragten ehemaligen Inhaftierten die Haft nicht als „sehr belastend“ oder „traumatisch“ erlebt, wie es im einleitenden Text der PDS lautet, sind sie davon ausgegangen, dass die politische Haft Voraussetzung für die Teilnahme war und deshalb nicht angegeben werden brauchte oder war die Bezeichnung „Gefangenschaft“ eher nicht mit politischer Haft assoziiert? Die vorliegenden Studien von Weißflog und Kollegen/-innen (2011) sowie Maercker und Schützwohl (1997), in denen ehemalige politisch Inhaftierte der DDR / SBZ befragt wurden, gaben die politische Haft als das Ereignis vor, auf das im nachfolgenden Fragebogen zur Erfassung der PTBS Bezug genommen werden sollte. In der vorliegenden Arbeit betrüge die PTBS-Prävalenz in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten lediglich 20,9%, wenn als Auslöser nur von den Betroffenen angegebene Erlebnisse der politischen Haft einbezogen würden.

Von den teilnehmenden 35 Partner/-innen und von den 64 teilnehmenden Nachkommen wiesen jeweils zwei Personen zum Zeitpunkt der Teilnahme eine PTBS auf, die sie auf der Traumaliste mit dem Erleben der politischen Haft der Indexperson in ihrer Familie in Verbindung brachten. In der Gruppe der Partner/-innen war dies ein Fünftel der Befragten mit PTBS. Daraus folgt, dass, wie angenommen, die politische Haft in der DDR auch für Partner/-innen und Kinder potenziell traumatisch und Auslöser erheblicher psychischer Belastung war, bis

hin zum Vollbild einer PTBS. Die PTBS bezog sich auf Ereignisse, die länger als 20 Jahre zurücklagen. Es handelt sich somit um Langzeitfolgen politischer Repression, die nicht nur die ehemaligen Inhaftierten, sondern auch ihre Familien bis heute betreffen.

Miterleben der Haftzeit und Repressionsmaßnahmen (Hypothesengruppe B)

Der Vergleich verschiedener Subgruppen zeigte für die Gruppe der Partner/-innen hinsichtlich der erfassten potenziell traumatischen Stressoren in Zusammenhang mit der Haft wider Erwarten keine signifikanten Zusammenhänge. Weder das Miterleben der Haftzeit noch das Erleben eigener potenziell belastender Ereignisse in Verbindung mit der Haft oder die nicht-strafrechtlichen Repressionsmaßnahmen, wie sie vorliegend erfragt wurden, waren mit erhöhter psychischer Belastung der Partner/-innen assoziiert. Zwar ergaben sich hinsichtlich verschiedener Dimensionen psychischer Belastung, wie der subjektiven Belastung durch die Haft oder Symptomen des Misstrauens gegenüber anderen Menschen höhere Werte, diese wurden jedoch in keinem Fall signifikant.

Für die Gruppe der Kinder ergaben sich lediglich hinsichtlich der subjektiven Einschätzung ihrer psychischen Belastung durch die Haft, nicht aber hinsichtlich der Maße psychischer Belastung wie sie durch die Verfahren zur Erfassung psychischer Störungen erhoben wurde, signifikant höhere Werte in der Gruppe derer, die potenziell belastende Stressoren in Zusammenhang mit der Haft oder die Haft miterlebt hatten. Wie oben erläutert, waren signifikant häufiger beide Eltern politisch inhaftiert, wenn das befragte Kind zur Haftzeit bereits geboren war. So kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob die höhere subjektive Belastung durch das Miterleben der Haft, die Abwesenheit beider Eltern oder die Kombination aus allen Erlebnissen zur erhöhten Belastung führte (s. o.). Die Subgruppe derer, die potenziell belastende Ereignisse wie beispielsweise Hausdurchsuchungen, Befragungen oder psychische Gewalt im Zusammenhang mit der elterlichen Verhaftung berichteten, berichtete innerhalb dieser Gruppe jedoch eine wiederum höhere subjektive Belastung. Ebenso wiesen die Nachkommen, die nichtstrafrechtliche Repressionen erlebten, eine höhere subjektive psychische Belastung durch die Haft auf.

Interessant bleibt die Inkongruenz zwischen erhöhter subjektiver Zuschreibung psychischer Belastung auf die politische Haft auf der einen und fehlende statistisch signifikante Unterschiede in der Belastung durch Symptome psychischer Störungen auf der anderen Seite. Während die Nachkommen, die die politische Haft miterlebten, das Gefühl haben, die Haft habe sie psychisch belastet – in dieser Gruppe betrug der Mittelwert das doppelte des Wertes der Gruppe der später Geborenen – schlägt sich diese Belastung nicht in einer höheren Ausprägung von Symptomen psychischer Störungen nieder. Inhaltlich kann diese Inkongruenz als ein Hinweis auf das Vorliegen sekundärer Traumatisierung bei den Nachkommen politisch Inhaftierter der DDR angesehen werden. Nach dieser Erklärung

würde sich die Höhe der Symptome psychischer Störungen nicht in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Geburt unterscheiden, da sie durch Prozesse sekundärer Weitergabe bei den später Geborenen ebenfalls erhöht wären (s. a. Klinitzke et al., 2012). Da im Vergleich zu Repräsentativdaten Hinweise auf eine höhere psychische Belastung bei den Nachkommen vorliegen, erscheint diese Erklärung plausibel. Sie muss jedoch zukünftig in Studien mit besserer Methodik, beispielsweise der Erhebung von Kontrollgruppen, geprüft werden (s. 7.3). Ein methodischer Einwand ist, dass die Erhebung der subjektiven Belastung sich stark von der „objektiven“ Erhebung der psychischen Belastung unterschied. Die visuelle Analogskala bezog sich auf die Einschätzung der insgesamt psychischen Belastung durch die politische Haft der Indexperson, während die Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen nicht mit direktem Bezug auf die Haft erfragt wurden. Der zeitliche Bezug bei der VAS war zudem unklar und sehr weit gefasst, während die verwendeten validierten Fragebogenverfahren die derzeitige Symptombelastung erfragten.

Fazit primäre Traumatisierung

Eine generell erhöhte psychische Belastung durch Symptome psychischer Störungen nach erlebten Repressionsmaßnahmen und potenziell belastenden Ereignissen in Zusammenhang mit der Haft konnte in dieser Arbeit nicht nachgewiesen werden. Einige der Befragten haben jedoch auf der Traumaliste Ereignisse angegeben, die in dieses Spektrum fallen, wie „Bespitzelung“, Enttarnung des Partners als IM oder „Zwangsaussiedlung“. Zu einem geringen Teil bezogen sie auch ihre Symptome posttraumatischer Belastungsstörung darauf. Obgleich also durch den Gruppenvergleich die Hypothesengruppe B nicht bestätigt wurde, liegen einzelne Belege vor, die beispielsweise die Hinweise von Spitzer und Kollegen/-innen (Spitzer, Ulrich et al., 2007) zu negativen Auswirkungen nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen stützen.

Für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten gilt, wie die Ergebnisse belegen, dass sie in aller Regel nichtstrafrechtliche Maßnahmen erleben mussten und die Auswirkungen von strafrechtlichen und nichtstrafrechtlichen Maßnahmen schwerlich zu trennen sind. Hier ist eher von einer kumulativen Traumatisierung bzw. Belastung auszugehen, die auch eine mögliche Erklärung für die hohen Raten psychischer Störungen in der Gruppe ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR ist (Brewin et al., 2000; Steel et al., 2009).

Einschränkungen

Einschränkend ist anzunehmen, dass die Erhebung potenziell traumatischer Stressoren so wie nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in der vorliegenden Untersuchung nicht spezifisch genug war, um Unterschiede in den psychischen Auswirkungen differenziert zu analysieren. Es wurde zum Beispiel nicht erfasst, welche Intensität die Maßnahmen und er-

lebten Ereignisse hatten oder welche Empfindungen die Betroffenen mit ihnen verbanden. So wurde für die vielfach berichteten Hausdurchsuchungen beispielsweise nicht erfasst, ob sie in An- oder Abwesenheit der Befragten geschahen und für die berichteten Repressionsmaßnahmen wurde nicht erfasst, ob die Betroffenen sie als solche wahrnahmen oder sie erst später, beispielsweise über das Lesen ihrer Stasi-Akten, dem MfS zuordneten. Für traumatische Erlebnisse haben sich unter anderem in Abhängigkeit von peritraumatischen Aspekten wie der Schwere des Ereignisses oder der unmittelbaren Reaktionen Unterschiede in der Schwere der Folgen gezeigt (s. z. B. Becker-Nehring et al., 2012; Ozer et al., 2003). Es ist anzunehmen, dass sich bei einer differenzierteren Erfassung der Hafterlebnisse und Repressionsmaßnahmen Zusammenhänge zur psychischen Belastung der Befragten ergeben hätten.

7.1.6 Sekundäre Traumatisierung

PTBS der Indexperson und psychische Belastung der Angehörigen

Um der Frage nach einer Belastung der Angehörigen durch die Traumatisierung der Indexperson nachzugehen, wurden Gruppenvergleiche sowie Korrelationen berechnet. Die PTBS der Indexperson war nur sehr gering mit Symptomen psychischer Störungen ihrer Partner/-innen und Kinder verknüpft. Insgesamt wurde die Hypothese, dass Partner/-innen und Kinder ehemaliger politisch Inhaftierter in Abhängigkeit von deren PTBS stärker psychisch belastet sind, durch die vorliegenden Ergebnisse nicht eindeutig gestützt. Sekundäre Traumatisierung als negative Auswirkung der PTBS eines Familienmitglieds auf die psychische Gesundheit seiner Familienmitglieder, wie sie an anderer Stelle für Partner/-innen und Kinder belegt wurde, konnte hier somit nicht nachgewiesen werden (vgl. z. B. Calhoun et al. 2002; Dinshtein et al., 2011; Dirkzwager et al., 2005; Klarić et al., 2008; 2012).

Einschränkend muss hier jedoch erneut auf methodische Schwächen der Arbeit verwiesen werden, insbesondere die geringe Stichprobengröße sowie die selbst-selektierte Stichprobe (für eine ausführliche Diskussion s. 7.3). Mit der gegebenen Anzahl an Teilnehmenden wurde beispielsweise für den Vergleich der PTBS-Symptome in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson nur eine geschätzte Power von 0,3 (Partner/-innen) bzw. 0,5 (Kinder) erzielt.⁵² Für die Hypothese C1.1, den Vergleich der psychischen Belastung der Partner/-innen auf Basis der PTBS der Indexpersonen, betrug die β -Fehlerwahrscheinlichkeit knapp 0,75. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass unter den gegebenen Bedingungen ein Effekt mittlerer Größe nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 25% aufgedeckt werden konnte.

⁵² Berechnung mit dem Programm G*Power, s. z. B. Faul, Erdfelder, Lang & Buchner (2009)

Eine abschliessende zufriedenstellende Beantwortung der Forschungsfrage ist auf Basis der vorliegenden Daten kaum möglich.

Dem explorativen Charakter der Untersuchung angemessen, kann hier konstatiert werden, dass im Gruppenvergleich *Hinweise* auf einen Zusammenhang zwischen der PTBS der Indexpersonen und einer erhöhten psychischen Belastung der Partner/-innen und Kinder bestehen blieben, denen in nachfolgenden Studien nachgegangen werden sollte.

Zum einen ergaben sich für beide Gruppen Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der PTBS-Diagnose mit dem χ^2 -Test. Hier hatten Partner/-innen und Kinder überzufällig häufig eine PTBS, wenn die verwandte Indexperson eine PTBS aufwies. In der Gruppe der Partner/-innen nannte eine Person die Berichte über die politische Haft als Auslöser für ihre PTBS. Sie nahm jedoch ohne die Indexperson teil, so dass kein Zusammenhang zu deren PTBS hergestellt werden konnte.

Zum anderen berichteten die Partner/-innen und Kinder fast durchweg stärkere Symptome psychischer Störungen in Abhängigkeit von einer PTBS der Indexpersonen, die im Falle depressiver Symptome (Partner/-innen), Symptomen des Misstrauens sowie der subjektiven psychischen Belastung durch die politische Haft (Nachkommen) statistische Signifikanz erreichten. Die geschätzten Effektstärken lagen in beiden Gruppen in der Mehrzahl der Fälle zumindest im nach Cohen (1988) genannten und als Konvention vielzitierten mittleren Bereich. Zusammen mit den oben genannten methodischen Einschränkungen ergeben sich also durchaus Hinweise auf eine höhere psychische Belastung in Abhängigkeit von der PTBS der Indexpersonen.

Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS (Hypothesengruppe C)

Knapp die Hälfte der Partner/-innen der hier befragten Indexpersonen mit PTBS lag über dem verwendeten Cutoff-Wert für depressive Symptome (Hardt et al., 2006). Depressive Symptome, wie sie vorliegend erhoben wurden, wurden von Hardt und Kollegen (2004; S. 216) als Indikator „existenziell bedrohende[r] Gedanken“ beschrieben. Für Partner/-innen traumatisierter Personen wurden verschiedentlich erhöhte depressive Symptome in Abhängigkeit von der PTBS der Indexperson berichtet (z. B. Klarić et al., 2012; Manguno-Mire et al., 2007; Solomon et al., 1992). Auch ergaben sich unter Verwendung der SCL-90 signifikant erhöhte generelle Symptombelastungen (Calhoun et al., 2002; Dekel, 2007, Solomon et al., 1992). Als Erklärungsversuche für eine solche erhöhte Belastung wurden unter anderem die Sorge um die Indexperson sowie die Notwendigkeit zur wechselnden Rollenübernahme aufgrund ihrer psychischen Belastung genannt (Dekel, Goldblatt et al., 2005; Dekel, Solomon & Bleich, 2005). Zudem könnten existenziell bedrohende Gedanken durch die Identifizierung mit der betroffenen Person auftreten (s. z. B. Solomon et al., 1992).

Annähernde Signifikanz erreichte die höhere Einschätzung der insgesamt eigenen psychischen Belastung durch die politische Haft bei Vorliegen einer PTBS der Indexperson. In der korrelativen Analyse ergaben sich hier zwischen allen Symptombereichen der PTBS der Indexperson und der subjektiven insgesamt psychischen Belastung durch die politische Haft bei den Partner/-innen geringe, jedoch signifikante Korrelationen. Offenbar wurde der politischen Haft ein höherer belastender Einfluss zugeschrieben, wenn höhere Symptome der PTBS beim Partner bzw. bei der Partnerin wahrgenommen wurden. Dies galt in vergleichsweise etwas höherem Maß besonders für die Symptome der Übererregung. Inhaltlich ist der Zusammenhang zwischen Übererregungssymptomen des Partners / der Partnerin und eigener Belastung sehr plausibel, da Übererregungssymptome wie Schlafstörungen, Nervosität oder Reizbarkeit die partnerschaftliche Beziehungsqualität stark beeinflussen können (Erbes et al., 2011). Solomon, Dekel und Zerach (2008) berichteten aus ihrer Untersuchung von Kriegsveteranen, dass Symptome der Übererregung zu höherer verbaler Aggressivität führten und diese wiederum mit geringerer empfundener partnerschaftlicher Nähe assoziiert war. Die vorliegend befragten Partner/-innen schrieben ihre psychische Belastung der politischen Haft zu. Sie konnten die Symptome der Übererregung der Indexpersonen also scheinbar der politischen Haft zuordnen, und nahmen sie nicht als unerklärliche Symptome wahr, was sie möglicherweise vor negativen psychischen Folgen im Sinne psychischer Störungen schützte und die Beziehung aufrechterhielt bzw. –erhält (Renshaw, Allen, Carter, Markman & Stanley, 2013; Renshaw & Campbell, 2011).

Korrelativ ergab sich zudem ein schwacher Zusammenhang zwischen vegetativen Symptomen der Partner/-innen mit Symptomen posttraumatischen Vermeidungsverhaltens bzw. der PTBS bei den Indexpersonen. Vegetative Symptome, wie sie hier erfasst wurden, umfassten beispielsweise Schwindelgefühle, Übelkeit und Schwierigkeiten beim Atmen (s. Hardt & Gershagen, 2001). In der Forschung zu Auswirkungen der PTBS auf Paarbeziehungen wurde das Symptomcluster der Vermeidung, und darin insbesondere die Symptome emotionaler Taubheit, vielfach als besonders schädlich für die Beziehungsqualität beschrieben (Campbell & Renshaw, 2013; Erbes et al., 2011; Monson et al., 2009; Riggs et al., 1998). Vermeidungssymptome, so die Autoren/-innen, würden eher der Person als dem Ereignis zugeschrieben, also unspezifischer wahrgenommen und dadurch potenziell sehr belastend für die Partnerschaft. Da jedoch lediglich mit einem Symptombereich Zusammenhänge auftraten, sei diese Interpretation mit größter Vorsicht zu betrachten.

Kinder von Indexpersonen mit PTBS (Hypothesengruppe C)

In der Gruppe der Nachkommen war eine elterliche PTBS mit stärkerer subjektiver psychischer Belastung durch die politische Haft assoziiert. Auf der Ebene korrelativer Zusammenhänge bestand wiederum ein sehr geringer, aber signifikanter Zusammenhang mit dem Clus-

ter der elterlichen Vermeidungssymptome – je höher die Vermeidungssymptome der Indexperson, desto stärker die psychische Belastung durch die politische Haft in der Wahrnehmung ihrer Nachkommen. Auch für die Beziehung zwischen traumatisierten Eltern und ihren Kindern haben Vermeidungssymptome offenbar eine besondere Relevanz, ebenfalls insbesondere die Symptome emotionaler Taubheit (Ruscio, Weathers, King & King, 2002). Bisher wurde dies jedoch meines Wissens nicht aus Sicht der Kinder untersucht.

Yehuda, Schmeidler, Giller, Siever und Binder-Brynes (1998) berichteten aus einer ebenfalls sehr kleinen Stichprobe von Nachkommen Holocaust-Überlebender übereinstimmend einen Zusammenhang zwischen der PTBS-Diagnose der Eltern und Kinder. Dort waren zudem, im Gegensatz zu den vorliegenden Ergebnissen, die intrusiven PTBS-Symptome zwischen Elternteil und Kind signifikant assoziiert.

Ein weiterer Befund waren die signifikant erhöhten Gefühle des Misstrauens gegenüber anderen Menschen bei den befragten Nachkommen, deren Eltern eine PTBS aufwiesen. Diese Skala umfasst laut Hardt und Kollegen (2004, S. 216) Gefühle von „Argwohn und Vorsicht gegenüber anderen Menschen“. Auf korrelativer Ebene traten hier keine Zusammenhänge auf. Die berichteten Gefühle gegenüber anderen Menschen sind möglicherweise eher ein Ausdruck übernommener Einstellungen und nicht so sehr als Symptome psychischer Störungen zu interpretieren (s. u.). Das Miterleben der elterlichen Beeinträchtigung durch die PTBS in Folge der Haft könnte zur Entwicklung einer eher misstrauischen oder vorsichtigen Haltung gegenüber anderen Menschen geführt haben. Hier bestehen Anschlussmöglichkeiten an psychoanalytische Theorien und Theorien zur Veränderung kognitiver Schemata bei PTBS (s. 3.2.1; z. B. Bohleber, 2011; Erdheim, 2006; Ehlers & Clark, 2000; Janoff-Bulman, 1989).

Symptome anderer psychischer Störungen und psychische Belastung der Angehörigen (Hypothesengruppe C)

Neben den Auswirkungen der PTBS der Indexperson auf die individuelle psychische Gesundheit der Partner/-innen und Kinder sollte geprüft werden, in welchem Zusammenhang Symptome anderer psychischer Störungen der Indexperson mit denen ihrer Angehörigen standen. Zum einen führen potenziell traumatische Erlebnisse zu erhöhten Prävalenzen auch anderer psychischer Störungen als der PTBS bei den Betroffenen, so dass ein etwaiger Einfluss auch dort geprüft werden sollte. Zudem kann über einen Vergleich die Spezifität der sekundären Traumatisierung, also ihre Beschränkung auf die PTBS der Indexperson, erkundet werden.

Zwischen den Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und den Symptomen psychischer Störungen ihrer Partner/-innen ergaben sich nur wenige und durchweg geringe Korrelationen in die erwartete Richtung. Die generelle Belastung durch Symptome psychi-

scher Störungen beider Partner/-innen war signifikant positiv assoziiert, ebenso wie ihre Belastung durch Symptome der Depressivität und vegetative Symptome. Hypothesenkonform berichteten Befragte also eine höhere psychische Belastung, wenn ihre Partner/-innen eine höhere psychische Belastung berichteten. Dies galt in der vorliegenden Befragung besonders für Symptome aus dem Spektrum affektiver Störungen, ein Befund, der bereits in anderen Untersuchungen belegt wurde (s. z. B. Dent et al., 1998; Shanfield, Heimann, Cope & Jones, 1979). Lev-Wiesel und Amir (2001) berichteten aus ihrer Befragung von Überlebenden des Holocaust und ihren Partnern/-innen geringere bis vergleichbar geringe Korrelationen zwischen verschiedenen Symptombereichen, hier allerdings zwischen Skalen der SCL-90, aus der die Items der SCL-27 entnommen sind (vgl. Hardt et al., 2006). Die Autoren/-innen wiesen auf die negativen Auswirkungen „paranoider“ Symptome der Indexpersonen auf die untersuchten Partnerinnen hin. Hier besteht ein Anknüpfungspunkt zu den durch die SCL-27 gemessenen Symptome des Misstrauens, auf die im nächsten Abschnitt ausführlicher eingegangen wird.

Inwieweit in Bezug auf die hier diskutierten Zusammenhänge von sekundärer Traumatisierung gesprochen werden kann, ist jedoch fraglich. Beispielsweise liegt auch eine Studie zu Schmerzpatienten/-innen und ihren Partnern/-innen vor, die geringe, aber signifikante Korrelationen zwischen den erhobenen Symptombereichen (SCL-90) ergab (Shanfield et al., 1979).

Mit der Einschätzung der insgesamt psychischen Belastung durch die politische Haft auf der visuellen Analogskala in der Gruppe der Partner/-innen ergaben sich wiederum signifikante geringe Zusammenhänge zu verschiedenen Symptombereichen der Indexpersonen. Hier waren höhere allgemeine Belastung durch Symptome psychischer Störungen sowie Symptome aus dem Bereich der Angststörungen und vegetative Symptome mit stärkerer eigener psychischer Belastung durch die Haft in der Einschätzung der Partner/-innen verknüpft. Der Argumentationslinie folgend, dass einzelne wahrgenommene Symptombereiche der PTBS von den Partnern/-innen external attribuiert werden können und somit zu einer höher eingeschätzten Belastung durch die *Haft* (nicht durch die Symptome der Indexperson) führen, könnten auch Symptome der sozialen Phobie und der Agoraphobie als mit der Haft in Zusammenhang stehend wahrgenommen werden und sich somit weniger auf die psychische Gesundheit niederschlagen.

Zwischen den Symptomen der Indexpersonen und ihrer Kinder ergaben sich ebenfalls nur wenige und durchweg geringe Korrelationen in die erwartete Richtung. Hier waren auf Seiten der Nachkommen vor allem Symptome depressiver Störungen und des Misstrauens gegenüber anderen Menschen positiv mit Symptomen psychischer Störungen ihrer Eltern assoziiert, in geringerem Maße auch die allgemeine Symptombelastung, und mit einer einzigen Korrela-

tion die vegetative Symptombelastung. Auch zum Zusammenhang zwischen Depressionen bei Eltern und Kindern existiert eine Reihe von Studien, die eine erhöhte Psychopathologie bei elterlicher Depression für ihre Nachkommen belegen (s. z. B. Lieb, Isensee, Höfler, Pfister & Wittchen, 2002; Ulrich et al., 2011; Weissman et al., 2006). Jedoch ist neben der Einschränkung, dass der verwendete Fragebogen keine Diagnose depressiver Störungen erlaubt, anzumerken, dass die Zusammenhänge in der vorliegenden Untersuchung sehr gering bis gering waren und möglicherweise nicht spezifisch für die Gruppe ehemaliger politisch Inhaftierter und ihrer Angehörigen sind.

Die zahlreichsten Zusammenhänge in mittlerer Höhe ergaben sich für Symptome des Misstrauens der Indexpersonen mit Symptomen psychischer Belastung ihrer Kinder. Es ist naheliegend, dass die Stärke von „Argwohn und Unsicherheit“ (Hardt et al., 2006; S. 277) im Umgang mit anderen Menschen, wie sie durch diese Skala gemessen wird, in negativer Beziehung mit dem Wohlbefinden von Familienmitgliedern steht. Dennoch erscheint die hohe Ausprägung auf dieser Skala in Verbindung mit dem Erleben politischer Verfolgung, Inhaftierung und Repression von besonderer Relevanz, die bisher nach meiner Kenntnis in Bezug auf Angehörige noch nicht eingehend untersucht wurde. Das Gefühl, anderen nicht trauen zu können, nicht anerkannt zu sein und Einstellungen zu haben, „die andere mit ihnen nicht teilen“ (aus der betreffenden Skala der SCL-27, zitiert nach Hardt et al., 2006; S. 279) resultierte möglicherweise unmittelbar aus den Erfahrungen politischer Haft und war auch bei den befragten Partnern/-innen und Nachkommen im Vergleich zu Repräsentativdaten signifikant erhöht. Denkbar ist, dass in Familien ehemaliger politisch Inhaftierter Gefühle des Misstrauens und der Vorsicht gegenüber anderen transportiert wurden, wie es für Familien von Überlebenden der Shoah berichtet wurde (Rowland-Klein & Dunlop, 1998, s. a. Nagata, 1990). Im Kontext der DDR, der geschehenen alltäglichen umfassenden Überwachung und Repression, erscheinen Gefühle von Misstrauen gegenüber anderen Menschen überaus angemessen (Morawe, 2000; Pross, 1995). Umso mehr gilt dies für Familien, die politischen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt waren. Zusätzlich zu den mit einer PTBS einhergehenden möglichen Einstellungsveränderungen ist bei der Gruppe ehemaliger politisch Inhaftierter zu bedenken, dass viele von ihnen vermutlich bereits vor der Haft kritisch oder misstrauisch gegenüber der DDR und ihren Repräsentanten/-innen eingestellt waren. Für politische Aktivistinnen/-innen wurde auch an anderer Stelle ein erhöhtes Empfinden von Misstrauen, Gefahr und Ungerechtigkeit berichtet (Başoğlu et al., 1996). Diese kritischen Einstellungen können im Kontext politischer Verfolgung vor Situationen schützen, in denen es zu potenziell traumatisierenden Erfahrungen kommt und wurden zudem als Schutzfaktoren in Bezug auf die PTBS diskutiert (z. B. Başoğlu et al., 1997). Die Weitergabe „vorsichtiger“ Verhaltensweisen, beispielsweise in Bezug auf das Preisgeben politischer Einstellungen wurde bereits verschiedentlich in Bezug auf die DDR geschildert (s. z. B. Ansorg, 1997; Baganz, 2001; Schmidt,

1996). Sie war vermutlich ein bewusst wie unbewusst ablaufender Prozess der Sozialisation zwischen vielen Eltern und Kindern in der DDR. Die erhöhten Gefühle des Misstrauens gegenüber anderen Menschen sind möglicherweise ein Resultat aus dieser Sozialisation.

PTBS und Einschätzung der Familienbeziehungen (Hypothesengruppe C)

Auf Basis vorliegender theoretischer Modelle und empirischer Befunde wurde eine signifikant geringere Funktionalität für die Familien angenommen, in denen die Indexperson eine PTBS aufwies. Diese Annahme konnte jedoch nur für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten und auch dort nicht für alle Bereiche familiärer Funktionalität bestätigt werden. Auf korrelativer Ebene ergaben sich nur geringe Zusammenhänge auf vorwiegend niedrigem Signifikanzniveau.

Für die Partner/-innen ergab sich lediglich eine geringere wahrgenommene Funktionalität der Familienbeziehungen bei vorliegender PTBS der Indexperson. Zudem wurde ein geringer positiver Zusammenhang zwischen stärkerer Bewertung der negativen Auswirkungen der Haft auf die Familienbeziehungen durch die Partner/-innen und der Stärke der Vermeidungssymptome der Indexpersonen gefunden.

Für die Gruppe der Nachkommen ergaben sich tendenziell negativere Bewertungen der innerfamiliären Kommunikation sowie der Belastung der Familienbeziehungen durch die Haft bei elterlicher PTBS, die jedoch keine statistische Signifikanz erreichten. Zudem lagen keine korrelativen Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung der Eltern und der Einschätzung der Familienbeziehungen durch ihre Kinder vor.

PTBS und Familienbeziehungen in der Gruppe der Indexpersonen

Die ehemaligen politisch Inhaftierten bewerteten die Funktionalität ihrer Familienbeziehungen sowie die innerfamiliäre Kommunikation signifikant negativer, wenn sie zum Zeitpunkt der Teilnahme eine PTBS aufwiesen. Sie nahmen in diesem Fall zudem eine signifikant stärkere Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft an. Diese Befunde decken sich mit einer Reihe von Ergebnissen zu Beeinträchtigungen der Familienfunktionen bei PTBS (s. z. B. Davidson & Mellor, 2001; Gold et al., 2007; Lauterbach et al., 2007; Samper et al., 2004; Zerach et al., 2013). Häufig wurden sie als Ausdruck sekundärer Traumatisierung bewertet. Umgekehrt wurde nachgewiesen, dass positive soziale Unterstützung und positive Kommunikation eher zu einer Abnahme der PTBS-Symptomatik führen (s. z. B. Becker-Nehring et al., 2012; Brewin et al., 2000; Hoge et al., 2007; Wright et al., 2013). Auch in diese Richtung sind die Ergebnisse zu interpretieren: dass Personen, die durch funktionale Familienbeziehungen Unterstützung finden, weniger PTBS-Symptome entwickeln oder diese sich seltener chronifizieren. Im Einklang damit steht das Ergebnis, dass die ehemaligen Inhaftierten, die angaben, zum Zeitpunkt der Haft eine Partnerschaft gehabt zu haben, die

nach der Haft beendet worden sei, die im Vergleich höchste Belastung durch alle Symptomcluster der PTBS aufwiesen (6.6.4). Die geringste Symptomstärke berichteten hingegen die Indexpersonen, die mit der gleichen Partnerin bzw. dem gleichen Partner zusammen waren wie zur Zeit ihrer politischen Haft. Möglich ist hier, ebenso wie in Bezug auf die berichteten Unterschiede in Abhängigkeit von einer PTBS einerseits die Interpretation, dass diejenigen, die sich noch in der gleichen Beziehung befanden wie zur Zeit ihrer politischen Haft vergleichsweise weniger unter PTBS-Symptomen litten und so ihre Familienbeziehungen weniger stark belastet wurden (vgl. Koenen et al., 2008). Andererseits wirkten funktionalere Familienbeziehungen möglicherweise der Entwicklung und Aufrechterhaltung einer PTBS entgegen. Längsschnittliche Untersuchungen haben belegt, dass sich die PTBS-Symptome und die Qualität der Paarbeziehung betroffener Personen wechselseitig beeinflussen (s. z. B. Evans, Cowlshaw, Forbes, Parslow & Lewis, 2010; Zerach et al., 2013).

PTBS und Familienbeziehungen in der Gruppe der Partner/-innen

Die befragten Partner/-innen von Indexpersonen mit PTBS schätzten die Funktionalität ihrer familiären Beziehungen hypothesenkonform schlechter ein als die Partner/-innen von Indexpersonen ohne PTBS. Allerdings ergaben sich keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich der anderen Dimensionen familiärer Beziehungen. Während hier also hinsichtlich der allgemeinen Funktionalität Ergebnisse anderer Studien bestätigt wurden (Lambert et al., 2012; Taft et al., 2011), erwiesen sich die wahrgenommene Funktionalität der Kommunikation sowie die subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft auf kategorialer Ebene nicht mit der PTBS der Indexperson verknüpft. Die innerfamiliäre Kohäsion und Flexibilität stand in keiner der drei Untersuchungsgruppen in signifikantem Zusammenhang mit der PTBS der Indexperson (für eine Diskussion s. u.). Für die hier befragten Partner/-innen gilt aufgrund der Ergebnisse dennoch, dass eine PTBS der Indexperson mit größerer wahrgenommener Dysfunktionalität der Familienbeziehungen einherging. Dies belegt eine geringere Funktionalität in Übereinstimmung mit der Wahrnehmung der Indexpersonen.

Auf korrelativer Ebene ergaben sich mit der PTBS der Indexpersonen lediglich zur subjektiven Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft geringe signifikante Assoziationen und hier wiederum besonders für das Symptomcluster der Vermeidung (für eine Diskussion s. o., vgl. Campbell & Renshaw, 2013; Erbes et al., 2011; Klarić et al., 2011; Monson et al., 2009).

PTBS und Familienbeziehungen in der Gruppe der Kinder

In der Gruppe der befragten Nachkommen ergaben sich nahezu signifikante Unterschiede hinsichtlich der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft und der Ein-

schätzung der Funktionalität der innerfamiliären Kommunikation in Abhängigkeit vom elterlichen PTBS-Status. In der Berechnung von Korrelationen ergaben sich hier keine Zusammenhänge.

Hier konnte der in anderen Studien berichtete Zusammenhang zwischen einer elterlichen PTBS und negativer eingeschätzten Familienbeziehungen nicht bestätigt werden (vgl. Davidson & Mellor, 2001; Westerink & Giarratano, 1999; Yehuda, Halligan & Grossman, 2001). Gerade in Bezug auf die Familienbeziehungen wurde in der Literatur häufig nicht auf Basis der elterlichen PTBS, sondern auf Basis ihrer potenziell traumatisierenden Erfahrungen argumentiert (s. z. B. Bar-On et al., 1998; Gangi et al., 2009; Mazor & Tal, 1996). Das bedeutet, dass nach Meinung einiger Autoren/-innen nicht das Vorliegen einer PTBS, sondern bereits das Erleben der Verfolgung bzw. potenziell traumatisierender Erfahrungen zu Störungen in der Eltern-Kind-Beziehung führen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die hier befragten Nachkommen ehemaliger politisch Inhaftierter im Vergleich zu einer Kontrollgruppe dysfunktionalere Familienbeziehungen berichtet hätten (für eine Diskussion s. a. 7.1.2).

Zudem ist zu bedenken, dass die hier befragten „Kinder“ im Mittel 37 Jahre alt waren und zum großen Teil nicht mehr mit ihren Eltern in einem Haushalt lebten. Auf der Ebene der Belastung waren sie den Symptomen psychischer Belastung ihrer Eltern somit weniger häufig und intensiv ausgesetzt als beispielsweise die befragten Partner/-innen. Auf methodischer Ebene sind die Fragebögen möglicherweise zur Befragung erwachsener Kinder weniger gut geeignet, da sie vielfach Interaktionen erfragen (s. a. 7.1.4).

Einschränkungen

Die Dimensionen der familiären Kohäsion und Flexibilität wiesen kaum Unterschiede oder Zusammenhänge zu Dimensionen psychischer Störungen auf. Dies könnte zum einen auf das Entwicklungsstadium der befragten Familien verweisen, die in der Mehrzahl erwachsene Kinder haben (s. o.). Zum anderen beschrieb Olson (2000) hohe Ausprägungen auf beiden Dimensionen vor allem für innerfamiliäre Prozesse, nicht so sehr für eine Status-Diagnostik, als bedeutend. Da die politische Haft bereits mehr als zwei Jahrzehnte zurücklag, und mit den Fragebögen lediglich ein einzelner Zeitpunkt erfasst wurde, sind Kohäsion und Flexibilität vielleicht in der erhobenen Form nicht mit den erfahrenen Stressoren sowie der darauf zurückzuführenden PTBS der Indexperson verbunden. Zur Höhe der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen ergaben sich zumindest in den Gruppen der Indexpersonen und Partner/-innen sehr geringe bis geringe Zusammenhänge zur berichteten Kohäsion und Flexibilität.

Weiterhin waren die verwendeten Skalen möglicherweise nicht zur Erfassung der Dimensionen geeignet. Sie wurden bereits verschiedentlich kritisiert und modifiziert (Olson, 2000; Thomas & Olson, 1994), besonders aber sind sie in ihrer deutschen Fassung nicht validiert.

Fazit

Zusammenfassend ließ sich die Annahme, dass eine PTBS zu einer Beeinträchtigung der Familienbeziehungen führt, auf Basis der Ergebnisse nicht verallgemeinernd bestätigen. Während die ehemaligen Inhaftierten mit einer PTBS ihre Familienbeziehungen negativer einschätzten, traf dies auf ihre Partner/-innen in geringerem Maße und auf ihre Kinder nicht zu. Die Ergebnisse legen somit nahe, dass die vielfach berichteten negativen Auswirkungen der PTBS auf die Familienbeziehungen nach Einschätzung der nicht primär traumatisierten Angehörigen nicht oder nur gering vorliegen. Zur Analyse der Prozesse sekundärer Traumatisierung ist die Auswertung von Informationen zu den Familienbeziehungen über die primär traumatisierten Personen möglicherweise nicht ausreichend. Die Einschätzungen der Familienbeziehungen beschreiben diese möglicherweise nicht über die subjektive Wahrnehmung der befragten Person hinaus, so dass fraglich ist, was mit dieser Dimension gemessen wird (s. u.).

Symptome anderer psychischer Störungen und Einschätzung der Familienbeziehungen (Hypothesengruppe C)

Die Höhe der Belastung durch Symptome anderer psychischer Störungen war hypothesenkonform, jedoch nur teilweise, in der Gruppe der Indexpersonen mit ihrer Einschätzung der Familienbeziehungen verknüpft.

Je höher ihre psychische Belastung, desto größer schätzten die befragten ehemaligen Inhaftierten den belastenden Einfluss der Haft auf die Familienbeziehungen sowie deren Dysfunktionalität ein. Die globale psychische Belastung, die sich aus der Belastung in den verschiedenen Symptombereichen ergibt, war in der Gruppe der Indexpersonen mit allen Bereichen familiärer Funktionalität sehr gering bis gering korreliert. Besonders die Höhe des Misstrauens gegenüber anderen Menschen war mit der Funktionalität der Familienbeziehungen, der Kommunikation sowie der Kohäsion und Flexibilität assoziiert – je höher die Symptome des Misstrauens, desto dysfunktionaler wurden die Familienbeziehungen sowie die Kommunikation und desto geringer wurden innerfamiliäre Kohäsion und Flexibilität von den Indexpersonen eingeschätzt.

Stärkere depressive und dysthyme Symptome waren bei den Indexpersonen mit dysfunktionaler eingeschätzten Familienbeziehungen, innerfamiliärer Kommunikation und geringerer Kohäsion sowie höherer subjektiver Belastung der Familie durch die politische Haft assoziiert. Auch in der Gruppe der Partner/-innen ergaben sich hier geringe Zusammenhänge im

Sinne negativer eingeschätzter Familienbeziehungen bei stärkerer Belastung der Indexperson durch depressive / dysthyme Symptome. Depressive Symptome wurden in einer Reihe von Untersuchungen mit geringerer ehelicher und familiärer Zufriedenheit in Verbindung gebracht (s. z. B. Febres, Rossi, Gaudiano & Miller, 2011; Gagnon, Hersen, Kabacoff & van Hasselt, 1999; Renshaw, Blais & Smith, 2010). Febres und Kollegen/-innen (2011) berichteten vergleichbar geringe Korrelationskoeffizienten zwischen der Schwere depressiver Symptome und der generellen Familienfunktionalität und sahen dies als Beleg für geringere Familienfunktionalität an. Der Zusammenhang kann jedoch, wie oben bereits für den Zusammenhang zwischen psychischen Belastungssymptomen beider Partner/-innen, möglicherweise nicht als spezifisch für sekundäre Traumatisierung angesehen werden. In einem engeren Verständnis sekundärer Traumatisierung sollte der Schwerpunkt auf die Untersuchung der Zusammenhänge mit der PTBS der Indexpersonen gelegt werden.

Für die Gruppe der Kinder ergaben sich bezüglich ihrer Einschätzung der Familienbeziehungen und der Symptome psychischer Störungen der Indexperson keine Zusammenhänge.

7.1.7 Traumatisierung und Kommunikation über die Haft

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft und psychische Belastung

Um den Zusammenhang zwischen der innerfamiliären Kommunikation über die politische Haft und der Belastung auf der Individualebene zu prüfen, wurden Gruppenvergleiche innerhalb der drei Untersuchungsgruppen durchgeführt. Die Annahme, dass sehr seltene und sehr häufige Gespräche über die politische Haft innerhalb der Familie für alle Mitglieder mit im Vergleich zu moderat häufigen Gesprächen stärkerer psychischer Belastung verknüpft sei, konnte lediglich für die Gruppe der Nachkommen, und auch hier nur partiell, bestätigt werden. In der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten ergaben sich die vergleichsweise höchsten Symptome psychischer Störungen für die Personen, die seltene Gespräche über die politische Haft angaben. Dieses Muster wurde jedoch nur für die erfragten zurückliegenden Zeiträume, also die Zeit vor 1989 sowie 1989-1999 statistisch signifikant, nicht für Gespräche in der Gegenwart.

Im Hinblick auf die Zeit vor 1989 und 1989-1999 reihen sich die Ergebnisse für die Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten damit in eine Reihe von Studien ein, die eine entlastende Wirkung von Kommunikation über traumatische Erlebnisse belegen (s. z. B. Balderrama-Durbin et al., 2013; Bolton et al., 2003). Die Indexpersonen, die rückblickend die seltensten Gespräche über die politische Haft in ihren Familien in der Zeit bis 1999 berichteten, wiesen die vergleichsweise höchsten Werte von Symptomen der PTBS und anderer psychischer Störungen auf. Häufiges Sprechen über die politische Haft war also nicht mit erhöhter psy-

chischer Belastung verknüpft, wie es für den im Rahmen posttraumatischer Belastung auftretenden Drang, über die traumatischen Erfahrungen zu berichten, anzunehmen gewesen wäre (vgl. Müller et al., 2000; Pielmaier & Maercker, 2011). Interessanterweise ergaben sich für die Einschätzung der Kommunikationshäufigkeit zum Zeitpunkt der Befragung („heute“) keine Zusammenhänge zur Höhe der Symptome psychischer Störungen. Möglicherweise, wie die vorhergehende Analyse der Gesprächshäufigkeiten zeigte (s. 7.1.2), haben die Gespräche über die politische Haft generell abgenommen und sind gegenwärtig nicht mehr so stark mit der psychischen Belastung verknüpft wie in der Vergangenheit. Zudem sind in der Gruppe derjenigen, die eine geringe bis gar keine Kommunikation berichteten, vielleicht sowohl die Personen, die aufgrund ihrer starken psychischen Belastung nicht über ihre Erlebnisse sprechen wollen als auch diejenigen, die die Haft bereits ausführlich besprochen haben und aufgrund dessen geringeren Drang zum Erzählen verspüren, enthalten.

In einer explorativen detaillierteren Prüfung der Daten zeigte sich, dass die sehr kleine Gruppe derjenigen, die für die gegenwärtige Zeit keinerlei Kommunikation über die Haft angaben ($n=5$) eine im Vergleich zu allen anderen Kommunikations-Gruppen signifikant erhöhte psychische Belastung aufwies. Für die Beschreibung der gegenwärtigen Kommunikation war die Zusammenfassung der Kategorien also möglicherweise nicht differenziert genug.

In der Gruppe der Partner/-innen ergaben sich aufgrund der geringen Größe der Stichprobe sehr kleine Untergruppen, so dass die Ergebnisse hier nicht diskutiert werden. Der Zusammenhang zwischen Gesprächen über die Traumatisierung der Indexperson und Symptomen psychischer Belastung bei den Partnern/-innen wurde bisher nur selten untersucht. Campbell und Renshaw (2012) und Lev-Wiesel und Amir (2001) berichteten, dass häufige Gespräche über das Trauma nur dann zu erhöhter psychischer Belastung bei den Partnern/-innen führte, wenn die Indexperson eine PTBS aufwies. Aufgrund der geringen Stichprobengröße ist eine Prüfung dieser komplexen Verknüpfung in der vorliegenden Studie leider nicht möglich. Möglicherweise spielt sie aber auch für die hier befragten Partner und Partnerinnen eine Rolle.

In der Gruppe der Kinder ließ sich partiell bestätigen, dass besonders seltene und besonders häufige Kommunikation über die politische Haft mit stärkerer psychischer Belastung assoziiert war. Interessanterweise waren die subjektive Belastung sowie die subjektive Bedeutsamkeit der Haft für das eigene Leben besonders hoch in der Gruppe derjenigen, die häufige Gespräche angaben – während die psychische Belastung, wie sie durch die Fragebögen gemessen wurde, vergleichsweise besonders bei den gering Kommunizierenden am höchsten war. Es wurde in der Literatur zu transgenerationaler Traumatisierung häufig konstatiert, dass besonders intensive und besonders seltene Kommunikation über die Traumati-

sierung in der Elterngeneration die Weitergabe an ihre Nachkommen fördere (s. z. B. Bar-On, 1992; Kestenberg, 1998). Sorscher und Cohen (1997) berichteten aus mehreren Studien, dass nonverbale Kommunikation über traumatische Erfahrungen der Eltern die sekundäre Traumatisierung fördere, während direkte und affektive Kommunikation den innerfamiliären Umgang mit der Traumatisierung erleichtere. In neuerer Zeit fanden Wong und Gerras (2010) auf Basis ihrer Befragung 218 jugendlicher Kinder von US-Soldaten/-innen im Auslandseinsatz einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen der *Tiefe* der Gespräche mit dem abwesenden Elternteil und der psychischen Belastung der Kinder. Dort war oberflächliche Kommunikation ähnlich wie sehr tiefe Kommunikation mit stärkerer psychischer Belastung verbunden, während eine berichtete mittlere Intensität der Gespräche mit der vergleichsweise geringsten Belastung verbunden war. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen für die Gruppen der Nachkommen, die geringe innerfamiliäre Kommunikation und häufige innerfamiliäre Kommunikation über die Haft berichteten, keinerlei signifikante Unterschiede hinsichtlich der Belastung durch Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen sowie der subjektiven Einschätzung der Belastung durch die politische Haft. Die vergleichsweise geringsten Symptome wurden von der Gruppe derjenigen angegeben, die eine moderate innerfamiliäre Kommunikation über die Haft berichteten. Hier waren also die Nachkommen am geringsten durch die erhobenen Symptome psychischer Störungen belastet, die gegenwärtig weder das Gefühl hatten, ständig oder häufig über die Erfahrungen ihrer Eltern oder die Erfahrungen der Familie zur Haftzeit, noch selten oder nie über diese Erfahrungen zu sprechen.

Die oben erwähnte Tendenz zu höheren Werten der subjektiven Belastung und Bedeutsamkeit bei häufigen Gesprächen im Vergleich zu höheren Werten von Symptomen psychischer Störungen bei seltenen Gesprächen kann als ein Hinweis auf verschiedene Reaktionen auf die Häufigkeit der Gespräche über die elterliche Traumatisierung verstanden werden. Auf einer bewussten Ebene fördert das häufige Sprechen also entweder die subjektive Belastung durch die Haft oder umgekehrt, suchen diese Nachkommen eher das Gespräch, um auch mit ihrer eigenen Belastung umzugehen. Dies könnte auch für die Symptome der Übererregung gelten, die signifikant höher sowohl in der Gruppe der häufig wie gering Kommunizierenden waren. Hingegen zeigten sich auf der Ebene allgemeiner psychischer Belastungssymptome die stärksten Symptome in der Gruppe derer, die eine geringe Frequenz von Gesprächen über die politische Haft berichteten. Dieses Muster kann, in Einklang mit bestehenden Theorien und klinischen Beobachtungen als Ausdruck unbewusster Weitergabe der psychischen Belastung angesehen werden (s. Bergmann & Jucovy, 1998; Walter, Möller & Adam, 2000). Möglich ist auch, dass Nachkommen, die ohnehin psychisch belastet sind, potenziell belastende Gespräche eher ablehnen. Zudem könnte ein gemeinsamer Faktor, wie zum Beispiel

Aspekte der Eltern-Kind-Beziehung für sowohl die geringe Kommunikation wie auch die psychische Belastung, verantwortlich sein.

Innerfamiliäre Kommunikation über die politische Haft und Familienbeziehungen

Wie in Bezug auf die psychische Belastung wurde auch für die Familienbeziehungen geprüft, ob ein Zusammenhang zur Häufigkeit der Gespräche über die politische Haft zu verschiedenen Zeiten bestand. Auch hier konnte das postulierte Muster, dass besonders seltene und besonders häufige Kommunikation mit dysfunktionaleren Familienbeziehungen zusammenhänge, nicht bestätigt werden.

Analog zu den Zusammenhängen zwischen der Kommunikationshäufigkeit und der psychischen Gesundheit ergaben sich für die ehemaligen Inhaftierten dysfunktionalere Familienbeziehungen in der Gruppe derjenigen, die seltene Gespräche über die politische Haft innerhalb ihrer Familien angaben. Diejenigen, die die häufigste Gesprächsfrequenz angaben, berichteten die funktionalsten Familienbeziehungen, die klarste und direkteste innerfamiliäre Kommunikation sowie die höchste Kohäsion und Flexibilität. Ähnlich wie für die Symptome psychischer Störungen blieb dieser Zusammenhang jedoch auf die Zeiträume bis 1999 beschränkt. Zusammenfassend lässt sich für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten sagen, dass ihre Belastung auch auf familiärer Ebene am höchsten war, wenn sie innerhalb der Familie selten oder nie über ihre politische Haft gesprochen haben. Vermutlich ist der Zusammenhang zwischen der Kommunikation und dieser Belastung bidirektional – starke Symptome psychischer Belastung wie der PTBS können zu häufigerem Vermeiden des Sprechens über das Erlebte führen (Müller et al., 2000). Ebenso sind Aspekte der Beziehungsqualität wie Zufriedenheit und Commitment positiv mit dem Offenlegen („disclosure“) innerhalb dieser Beziehungen verknüpft (s. z. B. Sprecher & Hendrick, 2004). Dass gegenwärtig keine statistisch signifikante Verbindung zwischen der Häufigkeit der Gespräche über die politische Haft und den Familienbeziehungen bestand, deckt sich mit den Ergebnissen zur psychischen Belastung (s. o.). Auch hier gilt, dass häufige Gespräche ebenso wie seltene Gespräche über die Haft einerseits auf funktionale Familienbeziehungen zurückzuführen sein könnten, andererseits auf dysfunktionale Familienbeziehungen. Es liegt nahe, dass die empfundene Häufigkeit des Sprechens nicht die Art der Gespräche erfasst. Seltene Gespräche könnten beispielsweise mit dysfunktionalen innerfamiliären Beziehungen zusammenhängen, in dem Sinne dass emotionale Inhalte nicht oder nur schwer besprochen werden können. Zum anderen könnte es, wie bereits oben besprochen, gegenwärtig zu einer geringeren Gesprächshäufigkeit kommen, gerade weil innerhalb der Familie das Erlebte ausführlich und „ausreichend“ besprochen wurde. Zu guter Letzt gilt auch hier, dass die psychische Belastung der Befragten möglicherweise sowohl die Einschätzung der Familienbeziehungen wie die Häufigkeit der Gespräche über die Haft beeinflusst.

Für die Kinder ergaben sich in Bezug auf die Familienbeziehungen lediglich hinsichtlich der Zeit vor 1989 und für die Gegenwart Verbindungen zur Häufigkeit innerfamiliärer Gespräche über die politische Haft. Inhaltlich schlüssig ergab sich für beide Zeiträume, dass die Einschätzung der innerfamiliären Kommunikationsfunktionalität in der Gruppe derjenigen, die die geringsten Gespräche berichteten, am negativsten ausfiel. Die Nachkommen bewerteten in diesem Fall die Gespräche als selten und die Kommunikation als eher diffus und indirekt. Hier ist von Familien auszugehen, in denen die Kommunikation allgemein nicht gut funktionierte und somit auch Gespräche über die Haft selten oder gar nicht stattfanden.

Für die Zeit vor 1989 schätzten diejenigen, die die seltensten Gespräche erinnerten, zudem die Kohäsion signifikant geringer ein als die übrigen befragten Kinder. Dass in Familien, die wenig Nähe zueinander aufwiesen, weniger über potenziell belastende Erfahrungen gesprochen wurde, ist ebenfalls plausibel. Für die anderen Zeiträume erreichte dieser weiterhin tendenziell vorhandene Unterschied jedoch keine statistische Signifikanz.

Für die Zeit der Befragung ergab sich wiederum die höchste subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in der Gruppe derer, die die seltensten Gespräche angaben. Auch hier zeigten sich die tendenziell geringsten Belastungswerte in der Gruppe derer, die moderate Kommunikation berichteten. Dass eine hohe subjektive Belastung der Familienbeziehungen durch die Haft nicht mit häufigen Gesprächen assoziiert war, ist überraschend. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die befragten Kinder, die die Haft als größere Belastung für die Familienbeziehungen empfanden, das Sprechen darüber vermieden oder das Gefühl hatten, dass ihre Eltern es vermieden, darüber zu sprechen. Möglicherweise wurde die subjektive Belastung durch das Schweigen über die Haft verstärkt. Hier ergibt sich wiederum ein Kontrast zur subjektiven psychischen Belastung durch die Haft und zur subjektiven Bedeutsamkeit, die besonders mit häufigem Sprechen über die Haft verknüpft war (s. o.). Diese Ergebnisse deuten auf komplexe Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung, der Einschätzung der Familienbeziehungen und der Kommunikation über die politische Haft hin. Das Thema der Kommunikation wurde in Bezug auf Eltern und Kinder im Rahmen sekundärer Traumatisierung bisher selten untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass dieses Feld sehr vielversprechend für weitere Untersuchungen ist.

Einschränkungen

Einschränkend muss gesagt werden, dass die Kommunikationshäufigkeiten für die Zeit vor und in den zehn Jahren nach 1989 retrospektiv erfasst wurden. Es ist nicht auszuschließen, dass die erinnerte Frequenz ein Effekt der gegenwärtigen psychischen Belastung und keine Abbildung der tatsächlichen Häufigkeiten ist. Andererseits sprechen die über die drei Gruppen vergleichbaren Kurven für eine zutreffende oder zumindest übereinstimmende Einschätzung bezüglich der Häufigkeit der geführten Gespräche. Über die Kausalität des Zusammen-

hangs, also, ob die psychische Belastung die Kommunikation erschwert, oder ob das geringere Sprechen über die politische Haft die psychische Belastung langfristig verstärkt, und ebenso darüber, ob in weniger gut funktionierenden Familien weniger über die Haft gesprochen wurde oder ob umgekehrt die Gespräche über die politische Haft die Familienbeziehungen stärkten, kann hier aufgrund des querschnittlichen Designs nicht abschließend befunden werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich Kommunikation, psychische Belastung und Funktionalität der Familienbeziehungen gegenseitig und wechselseitig beeinflussen. Weiterhin ist, ähnlich wie in Bezug auf die Familienbeziehungen, zu bemerken, dass nicht kontrolliert werden konnte, inwieweit es sich bei den Angaben um die tatsächliche oder die *wahrgenommene* Häufigkeit der Gespräche handelte. Hier treffen somit die gleichen Einschränkungen zu: möglicherweise bedingen die gegenwärtigen Familienbeziehungen die retrospektive Einschätzung der innerfamiliären Kommunikation, so dass der statistische Zusammenhang auf den gleichen Faktor zurückzuführen wäre. Nicht kontrolliert werden konnte, ob ein gemeinsamer dritter Faktor für die signifikanten Assoziationen ausschlaggebend war. Eine weitere Einschränkung in Bezug auf die Kommunikation ist, dass die emotionalen Reaktionen innerhalb der Gespräche nicht erfasst wurden. Mit der allgemeinen Bewertung der Gespräche, die die Befragten aller drei Gruppen vornehmen konnten, wurde versucht, auch „qualitative“ Merkmale zu erfassen. Diese erwiesen sich jedoch als zu wenig differenziert. Möglicherweise ist der für die Gruppe der Indexpersonen fehlende Zusammenhang zwischen gegenwärtiger Kommunikationsfrequenz und psychischer Gesundheit darauf zurückzuführen, dass auf die differenziertere Erfassung der Reaktionen und Emotionen auf Seiten der beteiligten Gesprächspartner/-innen verzichtet wurde. Für Indexpersonen wurde beispielsweise berichtet, dass nicht das Offenlegen traumatischer Erfahrungen allein, sondern besonders die Reaktionen des Gegenübers auf diese Offenlegung ausschlaggebend für die positiven bzw. negativen Effekte des Offenlegens seien (Bolton et al., 2003; s. a. Pielmaier & Maercker, 2011) und dass häufiges Sprechen nicht per se positiv sei, sondern häufig mit stärkerer psychischer Belastung einhergehe (Müller et al., 2000). Für die Angehörigen wurde negative Gesprächsführung wie beispielsweise verbale Aggressivität von Seiten der primär traumatisierten Person als psychisch belastend beschrieben (Solomon et al., 2008; vgl. dazu Schützwohl & Maercker, 2000) und für die partnerschaftliche Zufriedenheit erwies sich besonders das Offenlegen von Gefühlen zwischen den Partnern/-innen als zuträglich (Campbell & Renshaw, 2013).

7.2 Weiterführende Diskussion

Spezifische Aspekte in Bezug auf Partner/-innen und Kinder

In der vorliegenden Arbeit wurde der Fokus auf Familien gelegt. Damit unterscheidet sie sich von vielen Studien im Bereich der sekundären Traumatisierung, die oft entweder die Paar-

beziehung oder die Eltern-Kind-Beziehung untersuchten. Auch vorliegend konnte leider der Anspruch, die familiäre Ebene zu untersuchen, nicht vollständig umgesetzt werden, was insbesondere auf die Zusammensetzung und geringe Größe der Stichprobe zurückzuführen war (s. u.). Es ergeben sich dennoch Hinweise darauf, dass die Untersuchung mehrerer Familienmitglieder für die Untersuchung sekundärer Traumatisierung vielversprechend ist. Partner/-innen und Kinder scheinen nicht auf gleiche Weise auf die Symptome der Indexperson zu reagieren. Dies zeigt sich vor allem hinsichtlich der Einschätzung der Familienbeziehungen, doch auch hinsichtlich der psychischen Belastung bleibt weiterhin zu prüfen, ob sich unterschiedliche Reaktionsmuster ergeben. Für die Gruppe der Partner/-innen zeigte sich tendenziell eine größere Nähe zu den ehemaligen Inhaftierten im Sinne eines stärkeren Einbezugs in die Erlebnisse der politischen Haft. Sie schätzten auch die Familienbeziehungen bei einer PTBS der Indexperson weniger funktional ein, was bei den Kindern nicht der Fall war. Die Liebesbeziehungen sind vermutlich über eine längere Zeit die Beziehungen, in denen die potenziell traumatisierenden Erfahrungen intensiv miterlebt und besprochen werden. Damit werden die Partner/-innen möglicherweise stärker und dauerhafter durch alltägliche Interaktionen mit der Belastung der Indexpersonen konfrontiert als andere Personen, wie auch erwachsene Kinder. Es zeigte sich ein schwacher Zusammenhang zwischen der Belastung durch Symptome psychischer Störungen der beiden Partner/-innen. In Anbetracht der Ergebnisse anderer Studien ist dieser Zusammenhang jedoch nicht als repräsentativ für Paare von ehemaligen politisch Inhaftierten oder Paare, in denen sekundäre Traumatisierung auftrat, zu sehen (vgl. z. B. Shanfield et al., 1979; Tambs, 1991). Die hier befragten Partner/-innen wiesen, ebenso wie die Indexpersonen, im Vergleich zur Repräsentativgruppe höhere Raten erlebter PTEs auf. Diese traten jedoch zum Teil vor Beginn der Partnerschaft auf. Die erhöhte Belastung in der Gruppe der Partner/-innen kann dementsprechend auch als Hinweis auf eine Partnerwahl gesehen werden, in der auf beiden Seiten eine ähnliche psychische Belastung oder Prädisposition besteht (s. dazu z. B. Czajkowski, Røysamb, Reichborn-Kjennerud & Tambs, 2010; Gerstorff, Windsor, Hoppmann & Butterworth, 2013). Für den Kontext der ehemaligen Inhaftierung in der DDR fanden sich möglicherweise auch häufig solche Paare zusammen, die oppositionell oder kritisch gegenüber der SED eingestellt waren und im Zusammenhang damit häufiger potenziell traumatisierenden Übergriffen ausgesetzt waren.

Für die Gruppe der Nachkommen zeigten sich ebenfalls im Vergleich zur Vergleichsgruppe häufiger eigene PTEs. Es ist anzunehmen, dass die eigenen PTEs für die erhöhte Belastung durch Symptome psychischer Störungen zumindest mitverantwortlich waren. Dies zeigt sich auch im Vergleich der Subgruppen derer, die mindestens ein traumatisches Ereignis angegeben hatten. Hier verschwand die signifikant erhöhte Belastung durch Symptome der PTBS

bei den befragten Nachkommen ehemaliger Inhaftierter fast gänzlich. Die hier befragten Nachkommen ehemaliger Inhaftierter erlebten signifikant häufiger gewalttätige Angriffe, sexuellen Missbrauch als Kind, Unfälle und Naturkatastrophen, waren häufiger Zeuge oder Zeugin traumatischer Erfahrungen anderer Personen und berichteten zudem signifikant häufiger andere traumatische Ereignisse. Zumindest teilweise könnte diese größere Häufigkeit auf die Zeit der elterlichen Haft zurückzuführen sein, doch die Datenlage lässt einen solchen Schluss nicht zweifelsfrei zu. Es wurde kontrovers diskutiert, ob es in den Familien traumatisierter Eltern häufiger zu aggressivem Verhalten und innerfamiliärer Gewalt komme (Dekel & Goldblatt, 2008; Galovski & Lyons, 2004). In der vorliegenden Befragung wurde Gewalt in der Herkunftsfamilie in zwei Fällen als belastendste Erfahrung geschildert. Hier sind jedoch weitere Untersuchungen angezeigt, um auf sichererer Datengrundlage Aussagen treffen zu können. Bei Nachkommen traumatisierter Personen wurde zudem eine erhöhte Vulnerabilität für die Entwicklung einer PTBS nach belastenden Erlebnissen konstatiert (s. z. B. Baider et al., 2000, 2006; Solomon et al., 1988; Yehuda, Schmeidler, Wainberg et al., 1998). Hier wurden genetische bzw. epigenetische Faktoren identifiziert, die die Vulnerabilität für die Entwicklung einer PTBS erhöhen (s. z. B. Koenen, 2007; Yehuda & Bierer, 2008). Beide Mechanismen, also sowohl die erhöhte Vulnerabilität wie auch die erhöhte Exposition kommen als Erklärung für die erhöhten Symptome psychischer Belastung bei den befragten Nachkommen ehemaliger politisch Inhaftierter in Betracht. Zudem sind hier, wie bereits verschiedentlich erwähnt, Aspekte der Erziehung bzw. innerfamiliären Interaktion von Interesse. Sowohl in Bezug auf die PTBS wie andere Angststörungen haben sich Zusammenhänge zwischen der elterlichen Symptomatik und der Interaktion mit ihrem Kind gezeigt (Murray et al., 2008; van Ee, Kleber & Mooren, 2012). Wie bereits oben für die Symptome des Misstrauens gegenüber anderen Menschen diskutiert, ist die Sozialisation für die Nachkommen traumatisierter Eltern in größerem Ausmaß als für die Gruppe der Partner/-innen ein relevanter Übertragungsmechanismus. In Bezug auf die erfassten Symptome psychischer Störungen, die nicht mit der elterlichen PTBS in Zusammenhang standen, ist jedoch die Spezifität der hier berechneten Korrelationen zu überprüfen, da sie sich möglicherweise nicht von der in anderen Zusammenhängen berichteten unterscheidet (s. z. B. Tambs, 1991). Ob es sich bei der sekundären Traumatisierung um Prozesse handelt, die sich von denen in Familien von Personen mit anderen psychischen Erkrankungen unterscheiden, bleibt zu untersuchen.

Geschlechtseffekte

Die weiblichen Inhaftierten bewerteten die Kommunikation über die politische Haft als belastender, schätzten die Belastung ihrer Kinder höher ein und zeigten sich selbst in der Schwere der Symptome der PTBS signifikant stärker belastet. Dieses Ergebnis kann in eine Reihe

von Ergebnissen zu einer höheren Vulnerabilität für PTBS bei Frauen im Vergleich zu Männern eingeordnet werden (s. z. B. Kessler et al., 1995; Tolin & Foa, 2006). Eine höhere Belastung weiblicher ehemaliger Inhaftierter aus SBZ und DDR berichteten auch Maercker und Schützwohl (1997). Hier ergab sich für mehr als die Hälfte der weiblichen Befragten eine PTBS-Diagnose, vorliegend ist diese Rate mit 39% geringer, während die Rate für die Männer mit 25% annähernd mit der dort berichteten Rate von 26% übereinstimmt. In der vorliegenden Stichprobe wurden in Relation zur Gesamtstichprobe vergleichsweise viele ehemalige politisch inhaftierte Frauen befragt (vgl. Maercker & Schützwohl, 1997; Plogstedt, 2010; Weißflog, Klinitzke & Hinz, 2011), ein Umstand, der möglicherweise auf den Fokus der Studie auf familiäre Auswirkungen zurückzuführen ist. Für Frauen wie für Männer ergaben sich möglicherweise unterschiedliche Arten potenziell traumatisierender Erlebnisse, wie die Nennung von Erlebnissen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft in der politischen Haft in vier Fällen nahelegt. Von PTBS betroffene Frauen und ihre Partner/-innen wurden bisher vergleichsweise selten hinsichtlich sekundärer Traumatisierung untersucht (s. z. B. Lambert et al., 2012; Monson, Taft & Fredman, 2009). Die vorliegende Untersuchung ist diesbezüglich keine Ausnahme. Die Gruppe der Partner/-innen bestand überwiegend aus Frauen so dass Geschlechtseffekte bezüglich sekundärer Traumatisierung in Partnerschaften hier nicht weiter untersucht wurden.

Für Eltern-Kind-Beziehungen wurden Geschlechtseffekte hinsichtlich der Kommunikation, der psychischen Gesundheit und der Familienbeziehungen berichtet. Das mütterliche Trauma, aber nicht das väterliche Trauma, war beispielsweise mit positiven und negativen Aspekten innerfamiliärer Kommunikation darüber assoziiert (Sorscher & Cohen, 1997) und die Beziehung zur Mutter wurde als möglicher Schutzfaktor in der Vermittlung zwischen väterlichem Trauma und kindlicher sekundärer Traumatisierung geschildert (Dinshtein, Dekel & Polliack, 2011). Dekel und Goldblatt berichteten aus ihrer Übersichtsarbeit zu Eltern-Kind-Beziehungen in Militär-Familien, dass sowohl das Geschlecht des betroffenen Elternteils wie des Kindes einbezogen werden müssten. Dies ist möglicherweise eine weitere Einschränkung in Bezug auf die vorliegende Studie (s. u.). Ob sich Geschlechtseffekte für die Eltern-Kind-Beziehung auch für Familien von ehemals politisch Inhaftierten der DDR ergeben würden, wäre aber ebenfalls an größeren und repräsentativen Stichproben zu prüfen.

Resilienz und Ressourcen

Wie in der Mehrzahl der Arbeiten zu Auswirkungen potenziell traumatisierender Erfahrungen wurde auch in der vorliegenden Arbeit der Fokus auf die Erforschung psychopathologischer Folgen für die betroffenen Familien gelegt. Es sei hier mit Nachdruck angemerkt, dass sich für einen Großteil der Befragten keine Hinweise auf eine erhöhte psychische Belastung er-

gaben – nicht nur in den Gruppen der Partner/-innen und Kinder, doch dort vergleichsweise häufiger als in der Gruppe der Indexpersonen.

Sowohl auf der Individual- wie auf der Familienebene wurden also vermutlich protektive Faktoren wirksam (vgl. Nelson Goff & Smith, 2005). Auf ihre Analyse wurde, um den Umfang der Befragung nicht noch weiter auszudehnen, zunächst verzichtet. Die Verknüpfung zwischen positiven Familienbeziehungen und geringerer psychischer Belastung ist als Hinweis auf die Rolle der Familienbeziehungen als Ressource zu werten.

Ähnlich wie oben für Partnerschaften diskutiert ist in Bezug auf Familien anzunehmen, dass die meisten der nach der politischen Haft entstandenen Familien die potenziell traumatisierenden Erfahrungen in die Familiengeschichte integrieren konnten. Dekel und Goldblatt (2008) betonten hingegen, dass Familien, die vor der traumatisierenden Erfahrung gemeinsame Zeit als Familie verbrachten, diese als Ressource im Umgang mit den Symptomen psychischer Belastung nutzen könnten. Es ergaben sich keine Unterschiede bezüglich der Bewertung der Familienbeziehungen, wenn Familien, die die Haft gemeinsam erlebten mit denen, die erst später entstanden, verglichen wurden. Es ist zwar anzunehmen, dass sich die familiäre Verarbeitung in Abhängigkeit von simultaner oder sekundärer Traumatisierung unterschied, doch war das „Ergebnis“, die derzeitige familiäre Funktionalität, nicht mehr zu unterscheiden.

In Bezug auf die politische Haft und Verfolgung in der DDR erscheinen mir, auch aus den Gesprächen mit den ehemaligen Inhaftierten und ihren Familien, Dimensionen wie politisches und gesellschaftliches Engagement und Wissen über geschichtliche Zusammenhänge relevante Dimensionen, die viele der Familien kennzeichnen. Die Untersuchung des Umgangs mit der politischen Haft und der Einbezug von Dimensionen wie beispielsweise des „posttraumatischen Wachstums“ (Tedeschi & Calhoun, 1995; 2004) wäre auch für die Familien ehemaliger politisch Inhaftierter wünschenswert (vgl. z. B. Dekel et al., 2011 für eine Untersuchung von Partner/-innen ehemaliger Kriegsgefangener).

7.3 Einschränkungen

Im Verlaufe der Arbeit an der vorliegenden Untersuchung und der Interpretation der Ergebnisse ergaben sich einige Einschränkungen, die nachfolgend diskutiert werden.

Auswahl der Stichprobe

Bei der Interpretation der vorliegenden Ergebnisse muss bedacht werden, dass es sich um eine kleine, und möglicherweise nicht repräsentative Untersuchungsgruppe aus der Grundgesamtheit aller in der DDR politisch inhaftierten Personen und ihrer Familien handelt. Die demografischen Kennwerte der Stichprobe legen zum Beispiel nahe, dass in der vorliegen-

den Studie eine Gruppe hoch gebildeter, gut ausgebildeter Personen erfasst wurde (vgl. Maercker & Schützwohl, 1997). Zudem wurden vor allem ehemalige Inhaftierte befragt, die die DDR verlassen wollten. Für einen großen Teil der Befragten traf denn auch zu, dass sie vor der deutschen Wiedervereinigung aus der DDR ausgereist waren. Verschiedene Studien legen nahe, dass der Wunsch nach Ausreise häufig und zeitweise der häufigste Auslöser für eine politische Haft war (Denis & Kuhn, 1996; Schröder & Wilke, 1998; Werkentin, 1998) – doch in Bezug auf beide Faktoren, den Bildungsstand sowie den Wunsch nach Ausreise, ebenso wie in Bezug auf eine Reihe anderer Faktoren, kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie repräsentativ die untersuchte Stichprobe diesbezüglich ist.

Die geringe Größe der Stichproben, insbesondere der Stichprobe der Partner/-innen, ist eine weitere große Schwäche der vorliegenden Arbeit. Um möglichst viele Personen für eine Teilnahme zu gewinnen, war es nicht Bedingung, dass alle Familienmitglieder einen Fragebogen ausfüllten. Daraus resultierte ein heterogenes Sample hinsichtlich der Zielgröße „Familie“ – während in vielen Fällen nur eine Person pro Familie teilnahm, gab es andere Familien, in denen alle Mitglieder der untersuchten zwei Generationen einen Fragebogen ausfüllten. Viele Analysen waren deshalb aufgrund der resultierenden kleinen Untersuchungsgruppen nicht möglich. So stellt sich auch in Bezug auf die Gruppengröße die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der auf Grundlage der Ergebnisse getroffenen Aussagen. Die a priori bestimmte notwendige Stichprobengröße für eine gewünschte Power von 0,90 betrug zum Beispiel auch bei angenommener Normalverteilung für einen mittleren Effekt $n=166$ für die Gruppe der Partner/-innen (Berechnungen mit G*Power, s. z. B. Faul et al., 2009; Rasch et al. 2010). Es wurde dennoch entschieden, die Analysen unter den gegebenen Einschränkungen als explorative Untersuchung durchzuführen.

Die genannten Punkte sind insbesondere relevant, da die Erhebung psychischer Belastung und psychischer Störungen über Fragebogenverfahren in kleinen Stichproben, wie beispielsweise die Meta-Analyse von Steel und Kollegen/-innen (2009) zeigte, eher zu Überschätzungen der Prävalenzraten führt. Auch die Meta-Analyse von van Ijzendoorn und Kollegen (2003) zu transgenerationaler Traumatisierung wies nach, dass sich die Nachkommen traumatisierter Eltern in klinischen Stichproben, nicht aber in repräsentativen bzw. Zufalls-Stichproben psychisch stärker belastet zeigten.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass besonders belastete Familien oder psychisch besonders belastete einzelne Mitglieder der Familien nicht an der vorliegenden Befragung teilgenommen haben (vgl. Mook et al., 1997). Die bei einer PTBS auftretenden Symptome der Vermeidung wurden beispielsweise als ein Hindernis für die Studienteilnahme diskutiert (s. z. B. Schützwohl & Maercker, 1997). Auf der anderen Seite wurden möglicherweise besonders die Familien auf die Studie aufmerksam, für die die politische Haft eine ver-

gleichsweise hohe Bedeutung hat. Dies gilt umso mehr, da die Familien auch über Betroffenenverbände und Beratungsstellen gewonnen wurden (5.3.1). Eine Verzerrung der Ergebnisse ist also sowohl in die Richtung einer Unterschätzung psychischer Belastung wie einer Überschätzung der Bedeutung politischer Haft für die Betroffenen denkbar (s. dazu auch Klinitzke et al., 2012; Maercker et al., 2013; Spitzer et al., 2007).

Eine repräsentative Stichprobe aus der Gesamtgruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten der DDR zu gewinnen, ist jedoch aus verschiedenen Gründen nahezu unmöglich. Es liegen keine Angaben über die Gesamtheit der ehemaligen Inhaftierten vor, über die zu einer repräsentativen Auswahl von Personen gelangt werden könnte. Die teilnehmenden Familien wurden über verschiedene Wege rekrutiert, um die Selektivität der Stichprobe zu minimieren. Es wurden alle im Rahmen des Projekts gangbaren Anstrengungen unternommen, um so viele Familien und Familienmitglieder wie möglich zu gewinnen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Angaben der Teilnehmenden nicht repräsentativ für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten und ihrer Partner/-innen und Kinder sind. Dies kann nur über weitere Untersuchungen mit größeren Stichproben überprüft werden.

Verwendete Erhebungsinstrumente

Zur Befragung der teilnehmenden Familien wurden selbst entwickelte Fragen in Kombination mit vorhandenen Fragebögen verwendet. Die selbst entwickelten Fragen bezogen sich auf die Erfassung der politischen Verfolgung und damit in Zusammenhang stehende potenzielle Stressoren, die Kommunikation über die politische Haft sowie die subjektive Auswirkung der politischen Haft auf die psychische Gesundheit, ihre Bedeutsamkeit und die Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft. Für diese Maße, ebenso wie die verwendeten Fragebögen zu den Familienbeziehungen, wurden bisher keine formellen Validierungen und keine repräsentativen Befragungen in Deutschland durchgeführt.

Für die selbst entwickelten Erhebungsinstrumente ergab sich im Prozess der Auswertung, dass einige Zielgrößen nicht zufriedenstellend durch sie abgebildet wurden. Beispielsweise konnte die Dauer der nichtstrafrechtlichen Repressionsmaßnahmen nicht hinreichend erfasst werden, da eine Vielzahl von erlebten Maßnahmen angegeben wurde und die Zeitpunkte und -räume zu unstrukturiert erfragt wurden, so dass eine Auswertung kaum möglich war. Zum anderen wurden zwar einige potenzielle Stressoren erfragt, doch ist kaum abzuschätzen, ob sie das Spektrum der Stressoren, die die Familien politisch Inhaftierter erlebten, hinreichend abbildeten. Hier wären, da dieses Feld bisher kaum empirisch aus der Sicht der Angehörigen erforscht wurde, qualitative bzw. rekonstruktive Forschungsmethoden eine gute Möglichkeit, um entsprechende Fragebögen zu entwickeln (s. z. B. Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2010). Insbesondere gilt dies für die Gruppe der Partner/-innen. Nach den vorliegen-

den Ergebnissen wurden sie stark in die politische Repression einbezogen und waren und sind nah mit der psychischen Belastung der Indexpersonen konfrontiert, ohne dass sie bisher in der Auseinandersetzung mit den Folgen der DDR präsent wären.

Hinsichtlich der Familienfragebögen ist zukünftig zu prüfen, ob sie für die Anwendung in deutschen Stichproben geeignet sind. Wiederholt wurden beide Verfahren als sehr valide und anwendungsökonomisch bezeichnet (s. z. B. Cierpka, 2008). Doch wie oben (7.1.4) bereits diskutiert ist fraglich, ob sie für die hier untersuchten Stichproben und Zielgrößen geeignete Verfahren waren, um die Fragestellungen zu beantworten.

Für die Fragebögen zu psychischer Belastung lagen repräsentative Vergleichsstichproben vor. Hier wurde die PTBS als primäre psychische Störung nach politischer Haft und im Rahmen sekundärer Traumatisierung erfasst. Zusätzlich wurde die Belastung durch Symptome psychischer Störungen durch die SCL-27 erfasst. Bezüglich der einzelnen Skalen der SCL-27 wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass hier keine psychischen Störungen, sondern Symptome erfasst würden und dass zudem die Ausprägungen der Skalen nicht zweifelsfrei auf die klinischen Störungen, deren Namen sie trügen, übertragen werden könnten (Hardt, Egle & Brähler, 2006; Prinz et al., 2008). Die diskutierten Zusammenhänge, beispielsweise mit den erhobenen Symptomen des Misstrauens oder depressiver und dysthymmer Symptome, können allenfalls als Hinweise auf Störungsbereiche angesehen werden.

Zudem muss die Diagnosestellung mit Fragebogenverfahren grundsätzlich mit Vorsicht interpretiert werden. Es gibt Hinweise darauf, dass die Prävalenz psychischer Störungen auf Basis selbst ausgefüllter Fragebögen eher überschätzt wird (s. z. B. Eaton, Neufeld, Chen & Cai, 2000; Steel et al., 2009). Neben der Gewinnung größerer Stichproben (s. o.), und der Befragung von Kontrollgruppen (s. u.) wäre deshalb auch die Anwendung klinischer Interviews im Rahmen dieser Studie wünschenswert gewesen, um eine größere Belastbarkeit der Ergebnisse zu erzielen. Aufgrund der eingeschränkten Ressourcen konnte dies jedoch leider nicht realisiert werden.

Methodische Einschränkungen

Weitere methodische Einschränkungen betreffen das Fehlen einer Kontrollgruppe und den Vergleich mit Repräsentativstichproben, die Anzahl getesteter Hypothesen, die Auswahl der Substichproben für die Analyse der Familienebene sowie das querschnittliche Design der Untersuchung.

Zur Prüfung der Hypothesengruppe A, mithilfe derer die Frage nach der psychischen Belastung der Befragten beantwortet werden sollte, wurden Vergleichsstichproben aus Repräsen-

tativbefragungen herangezogen. Auch dies geschah in erster Linie aufgrund der geringen Ressourcen, die für die Untersuchung zur Verfügung standen. Doch birgt dieses Vorgehen ebenfalls einige Risiken. Zum einen wurden die Vergleichsstichproben lediglich auf Basis des Alters und des Geschlechts ausgewählt. Die Varianz des Alters blieb dabei unberücksichtigt, was u. a. zu einem höheren Maximalalter in den Vergleichsstichproben führte.⁵³ Weitere Aspekte wie beispielsweise der Bildungsstand oder der derzeitige Wohnort blieben unberücksichtigt. Diese Aspekte haben sich jedoch in früheren Untersuchungen als wichtige Einflussgrößen in Bezug auf die psychische Gesundheit gezeigt (s. z. B. Brähler, Schumacher & Brähler, 2000; Jacobi, Hoyer & Wittchen, 2004; Meyer, Rumpf, Hapke, Dilling & John, 2000; Reiss, 2013). So konnte der Einfluss dieser soziodemografischen Variablen nicht kontrolliert werden.

Zum anderen waren die Vergleichsstichproben mehr als zehnmals so groß wie die Untersuchungsgruppen. Ein Vergleich von Gruppen so unterschiedlicher Größe birgt, wie oben berichtet, aus statistischen Gründen die Gefahr, die Signifikanz der Unterschiede zwischen den Gruppen zu überschätzen. Mit dem Einbezug von Effektgrößen, die jedoch für den nicht-parametrischen Fall eher unzureichend sind (s. z. B. Rasch et al., 2010), wurde versucht, eine weitere statistische Größe zur Prüfung der Hypothesen bereitzustellen. Hier zeigten sich in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten die höchsten Werte, was die oben berichtete starke psychische Belastung dieser Gruppe bestätigt. Für die Partner/-innen und Kinder ergaben sich jedoch zum Teil Effektstärken, die nach den Konventionen von Cohen (1988) nicht zufriedenstellend waren.

Der Vergleich mit geeigneten Kontrollgruppen, die eine ähnliche Größe wie die Untersuchungsgruppen aufweisen und einer Erhebung der erfragten Zielgrößen mit den gleichen Fragebögen und im gleichen Zeitraum wäre angezeigt.

In Bezug auf geeignete Kontroll- bzw. Vergleichsgruppen müsste zukünftig eine Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten getroffen werden, da die Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten und ihrer Familien sehr heterogen ist. Eine mögliche Vergleichsgruppe wären beispielsweise ehemalige DDR-Bürger/-innen, die nicht politisch inhaftiert wurden, jedoch zu einem Teil vor der Wiedervereinigung nach Westdeutschland ausreisen konnten.

Eine weitere Einschränkung bezieht sich auf die Vielzahl der in dieser Arbeit getesteten Hypothesen. Idealerweise sollte eine Alpha-Adjustierung vorgenommen werden, wenn mehrere Berechnungen am gleichen Datensatz durchgeführt werden, da die Wahrscheinlichkeit für ein signifikantes Ergebnis allein mit der Anzahl der Berechnungen steigt (s. z. B. Victor, Elsässer, Hommel & Blettner, 2010). Aufgrund des explorativen Charakters der Arbeit wurde

⁵³ Darauf war vermutlich die höhere Prävalenz von Kriegserfahrungen in der Vergleichsstichprobe zurückzuführen.

jedoch zunächst auf eine solche Adjustierung verzichtet. Da die Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Familien der Inhaftierten bisher nach meinem Wissen noch nicht in der vorliegenden Form untersucht wurden, sollte das Forschungsfeld mit den gegebenen Mitteln zunächst explorativ und eher breit angelegt erschlossen werden.

Zu Beginn der Arbeit wurde angestrebt, die Zusammenhänge zwischen der psychischen Belastung, den Familienbeziehungen, den Stressoren sowie der Kommunikation über statistische Verfahren wie die Regressionsanalyse zu überprüfen. Ziel war es, neben der Individual-ebene die Systemebene in den befragten Familien in den Blick zu bekommen. Leider wurde nach Abschluss der Datenerhebung zu Beginn der statistischen Auswertung klar, dass aufgrund der genannten Einschränkungen (v. a. geringe Stichprobengröße, fehlende Normalverteilung, Varianzenheterogenität) nur „einfache“, relativ robuste Verfahren angewendet werden konnten. Unter anderem wurden Korrelationen zwischen den Indexpersonen und ihren Angehörigen berechnet. Hier wurden aus der Gesamtgruppe der Kinder je ein Kind per Zufall ausgewählt; lagen Angaben von zwei ehemaligen Inhaftierten für eine Familie vor, wurde per Zufall eine/-r von ihnen ausgewählt. Dies ist vor allem aus zwei Gründen problematisch: zum einen sind Geschwister hinsichtlich (primärer wie sekundärer) Traumatisierung nicht in gleichem Maße belastet (s. z. B. Mook et al., 1997), zum anderen wurde verschiedentlich auf Geschlechtseffekte im Prozess der sekundären Traumatisierung hingewiesen (s. o.), die hier nicht untersucht wurden. Der möglichen Verzerrung der Ergebnisse kann nur entgegengewirkt werden, indem alle Familienmitglieder befragt werden, wie es zum Beispiel Punamäki und Kollegen/-innen (2006) bei ihrer Befragung palästinensischer Familien erreichten.

Eine weitere mögliche Einschränkung der Untersuchung ist die Erhebung der Daten zu einem einzigen Zeitpunkt. Die politische Haft lag für die Befragten bereits mehr als 20 Jahre zurück, und viele der erfragten Dimensionen, wie beispielsweise die Belastung zur Haftzeit oder die innerfamiliäre Kommunikation darüber vor 1989 bis 1999 wurden retrospektiv erfragt. Die Einschätzung zurückliegender Ereignisse wird zumindest partiell auch von gegenwärtigen Faktoren wie der psychischen Gesundheit beeinflusst (s. z. B. Roemer, Litz, Orsillo, Ehlich & Friedmann, 1998). Die Ergebnisse sind deshalb auch so zu interpretieren, dass sich die Erinnerung an die Haft, an die Belastung und an die Kommunikation in Abhängigkeit von der derzeitigen psychischen Belastung und möglicherweise Funktionalität der Familienbeziehungen unterscheiden.

Die Auswirkungen der politischen Haft und der damit verbundenen Stressoren im Sinne primärer und sekundärer Traumatisierung sind als Prozess zu begreifen. Die Untersuchung von Prozessen und Auswirkungen ist mit einem querschnittlichen Design jedoch nur schwer zu

realisieren, wie auch Lambert und Kollegen/-innen (2012) in ihrer Metaanalyse zu Auswirkungen von PTBS auf Paarbeziehungen mahnend erwähnten. In Bezug auf politische Haft in der DDR sind wir natürlich auf die Erinnerung der Betroffenen angewiesen, wenn es gilt, die Stressoren und früheren Prozesse zu erfassen. Doch gerade in Hinblick auf die Auswirkungen potenziell traumatisierender Erfahrungen auf Familien wurde verschiedentlich betont, dass es sich um Prozesse handle, in denen die Familien sich mehr oder weniger gut an die veränderten Anforderungen auf individueller und familiärer Ebene anpassten (s. z. B. Hill, 1949; Nelson Goff & Smith, 2005; Olson, 2000; Patterson, 2002). Insbesondere die Ergebnisse zur Ausprägung der Familienbeziehungen in den hier befragten Familien müssen als Momentaufnahme der Gegenwart angesehen werden, in der unklar bleibt, welche Auswirkungen die erlebten Stressoren hatten und wie sich die Familienbeziehungen in Reaktion darauf über die Zeit hinweg veränderten.

An dieser Stelle sei noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die vorliegende Studie als explorative Studie einzuordnen ist. Die Ergebnisse sind deshalb mit dementsprechender Vorsicht zu interpretieren. Sie sollten in zukünftigen Studien geprüft und gegebenenfalls bestätigt, widerlegt und erweitert werden.

Fazit

Die Ergebnisse der Studie können trotz der geschilderten methodologischen Einschränkungen als erste Erkundung des Einbezugs von Familien politisch Inhaftierter in Maßnahmen politischer Repression in der DDR sowie der Auswirkungen primärer und sekundärer Traumatisierungsprozesse in diesem Rahmen betrachtet werden. Über die Analyse der Zusammenhänge zwischen Stressoren und Symptomen psychischer Störungen hinaus wurde versucht, weitere Aspekte zu untersuchen, die für die Untersuchung von Auswirkungen potenziell traumatischer Erfahrungen auf Familien relevant sind. In erster Linie waren dies Aspekte der Familienbeziehungen, beispielsweise die Unterscheidung zwischen seit der Haft bestehenden, in der Zwischenzeit beendeten oder neu begonnen Partnerschaften sowie die Erfassung der Funktionalität der Familienbeziehungen. Zudem wurde die Kommunikation, die verschiedentlich als bedeutsamer Aspekt sowohl bei der Bewältigung traumatischer Erfahrungen wie bei der Weitergabe im Sinne sekundärer Traumatisierung benannt, bisher jedoch selten über die Angaben mehrerer Familienmitglieder untersucht wurde, in die Analyse einbezogen. Für die Gruppe der Kinder ergab sich hier erstmals ein quantitativ belegter Hinweis auf eine geringere psychische Belastung bei moderater Kommunikation über die politische Haft der Eltern.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die politische Haft in der DDR für viele Familien langfristig negativ auf die psychische Gesundheit ihrer Mitglieder auswirkte. Für die ehema-

ligen Inhaftierten wurde erneut bestätigt, dass ein großer Teil von ihnen bis heute psychisch stark belastet ist und zum Teil unter chronischen Symptomen der PTBS leidet. In der Gruppe der befragten Partner/-innen und Kinder zeigte sich ein kleiner, aber substantieller Teil durch die Erfahrungen der politischen Haft und damit verbundenen Erfahrungen bis heute psychisch belastet.

Die Zusammenhänge zwischen Symptomen psychischer Störungen und der Einschätzung der Familienbeziehungen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten stimmen mit Befunden zu sozialer Unterstützung überein – je stärker die Symptome der PTBS und anderer psychischer Störungen ausgeprägt waren, desto geringer wurde die Funktionalität der Familienbeziehungen eingeschätzt und umgekehrt. Zudem lassen sich diese Ergebnisse in die Forschung zu sekundärer Traumatisierung einordnen, in der die Familienbeziehungen über Einschätzungen der Indexpersonen erhoben wurden und in der daraus ein negativer Einfluss posttraumatischer Belastung auf die Familienbeziehungen gefolgert wurde. Allerdings, das wird an den vorliegenden Ergebnissen deutlich, ist diese Generalisierung nicht unproblematisch, da die Einschätzungen der einzelnen Familienmitglieder möglicherweise nicht übereinstimmen.

Im Einklang mit bestehenden Forschungsergebnissen ergaben sich zudem Hinweise darauf, dass auch in den Familien ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR Prozesse sekundärer Traumatisierung aufzufinden sind. Dies zeigte sich über die tendenziell höheren Symptome psychischer Störungen in den Gruppen der Partner/-innen und Kinder, deren zugehörige Indexpersonen eine PTBS aufwiesen. Die Verbindungen zur psychischen Belastung der Indexperson waren gering und unterschieden sich tendenziell für Partner/-innen und Kinder. Diese Hinweise sind jedoch aufgrund der mangelhaften Datenlage und der diskutierten methodischen Einschränkungen der Arbeit ausschließlich als Hinweise zu betrachten.

Über diese zentralen Ergebnisse hinaus kann die vorliegende Arbeit zu einer Schärfung des Begriffs der sekundären Traumatisierung beitragen und Empfehlungen für kommende Untersuchungen geben. Dies kann vor allem aufgrund der Ergebnisse aus der Auswertung der Angaben mehrerer Familienmitglieder und der Zusammenhänge zur Dimension der Kommunikation geschehen und wird im folgenden abschließenden Abschnitt kurz dargelegt.

7.4 Ausblick

Auf Basis der diskutierten Ergebnisse der vorliegenden Arbeit können die folgenden Empfehlungen für die weitere Untersuchung sekundärer Traumatisierung gegeben werden. Abschließend erfolgt ein Rückbezug auf den hier behandelten Kontext der politischen Haft in der DDR.

Untersuchung aller betroffenen Familienmitglieder

Die in dieser Arbeit explorativ untersuchten Zusammenhänge waren bisher größtenteils auf Angaben der betroffenen Indexpersonen zurückzuführen. Einerseits ergaben sich in dieser Arbeit Hinweise darauf, dass diese Zusammenhänge auch unter Einbezug der Angaben der sekundär betroffenen Angehörigen nachweisbar sind. Dies gilt beispielsweise für die PTBS-Symptome der Übererregung und Vermeidung, die möglicherweise besonders negative Auswirkungen auf die Familienbeziehungen haben. Andererseits ergaben sich Hinweise darauf, dass die vielfach nachgewiesenen Zusammenhänge möglicherweise nur darauf zurückzuführen sind, dass eine Personengruppe zu verschiedenen Dimensionen, wie psychischer Belastung und Familienbeziehungen, befragt wurde. In Bezug auf die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen psychischer Belastung auf der Individualebene und familiärer Belastung ist es noch immer selten, dass Angaben mehrerer Familienmitglieder erhoben werden (für eine Diskussion s. zu depressiven Symptomen: Renshaw et al., 2011; Whisman et al., 2004). Dekel und Monson wiesen bereits darauf hin, dass es „zwei primäre Anwendungen des Konzepts der sekundären Traumatisierung“ gebe, nämlich die Untersuchung von „Symptomen der PTBS und anderer psychischer Störungen bei Partner/-innen und Kindern von [Personen] mit PTBS“ und zweitens die Untersuchung von jedweder Belastung, die die Beziehungen von Personen mit PTBS charakterisiere, einschließlich der Paarbeziehung und der Eltern-Kind-Beziehung (2010; S. 304, eigene Übersetzung). Gerade im Hinblick auf den zweiten Anwendungsbereich wird häufig auf Angaben der Indexperson zurückgegriffen. Wie die vorliegenden Ergebnisse zeigen, stimmen die Einschätzungen der Belastung und Funktionalität der Familienbeziehungen der betroffenen Personen und ihrer Angehöriger jedoch möglicherweise nur gering überein. Weisman und Kollegen/-innen schlossen aus ihren Ergebnissen diesbezüglich: „Thus, emotional well-being appears to be tied to one’s own perception of the family environment but does not seem to relate to the view of another person from the same family environment“ (Weisman et al., 2005, S. 364). Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Familienbeziehungen in der Untersuchung sekundärer Effekte von Traumatisierung über die Befragung der Betroffenen adäquat erfasst werden können. Werden andere Verfahren der Erhebung verwendet, ergeben sich möglicherweise geringere Zusammenhänge als bisher vielfach berichtet.

Weiterhin ist die PTBS der Indexperson zu erfassen, wenn sekundäre Traumatisierung untersucht werden soll. Hier wurde häufig allein auf Basis der Zugehörigkeit zu einer potenziell traumatisierten Gruppe geschlossen, dass Prozesse sekundärer Traumatisierung stattfinden. Der Anteil der PTBS und anderer psychischer Störungen an einer etwaigen Belastung von Angehörigen kann jedoch nur dann kontrolliert untersucht werden, wenn sie bei allen Befragten erfragt und dann in Beziehung zueinander gesetzt wird.

Unterscheidung primärer und sekundärer Traumatisierung

Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass die Erfassung der PTEs auch in der Untersuchung sekundärer Traumatisierung empfehlenswert ist. Es besteht nach wie vor Uneinigkeit über die genaue Definition der sekundären Traumatisierung. Ungünstig erscheint es jedoch, die potenziell traumatisierenden Erfahrungen der sekundär betroffenen Personen nicht zu erfassen und die erhobene psychische Belastung pauschal als sekundäre Traumatisierung zu bezeichnen (vgl. Renshaw et al., 2011). Häufig wurden zudem klinische Stichproben oder selbst-selegierte Stichproben verwendet, so dass davon auszugehen ist, dass die psychische Belastung auf dieser Basis überschätzt wird (s. z. B. Steel et al., 2009; van Ijzendoorn, 2003).

Das „enge“ Konzept der sekundären Traumatisierung, nach dem lediglich PTBS-Symptome, die sich auf von der Indexperson erlebte Ereignisse beziehen als hinreichend für die Diagnose einer sekundären PTBS gelten (Baranowsky et al., 1998; Frančišković et al., 2007), erscheint für viele im Rahmen sekundärer Traumatisierung auftretende Prozesse nicht zufriedenstellend. Ebenso ist jedoch das oben genannte Vorgehen problematisch. Häufig wurden in Studien zur sekundären Traumatisierung die Prozesse, über die es zu einer erhöhten psychischen Belastung der Angehörigen kommen soll, nicht analysiert oder diskutiert. Beispielsweise mag die Annahme, dass potenziell traumatisierende Ereignisse häufiger auftreten, wenn ein oder beide Elternteile eine PTBS aufweisen, zutreffen (vgl. Roberts, Galea et al., 2012). Fraglich ist jedoch, ob hier von sekundärer Traumatisierung zu sprechen ist. Hier sollten in Zukunft methodisch kontrolliert über die Erhebung von Prävalenzen psychischer Belastung hinaus die Prozesse, in denen Symptome der PTBS, Vulnerabilitäten, aber auch Resilienz und Coping-Strategien angesichts potenziell belastender eigener Lebensereignisse vermittelt werden, in den Blick geraten.

Erfassung der Prozesse im Längsschnitt-Design

In der vorliegenden Studie wurde an verschiedener Stelle deutlich, dass eine Untersuchung der innerfamiliären Prozesse, beispielsweise des Copings mit den erfahrenen Stressoren oder die Entwicklung posttraumatischer Belastungssymptome bei den Familienangehörigen, sehr gewinnbringend für ein tieferes Verständnis der Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf die Familien der Inhaftierten gewesen wäre. In den letzten Jahren gab es Arbeiten, die einen längsschnittlichen Ansatz in der Untersuchung der Auswirkungen traumatischer Ereignisse verfolgten, vor allem auf der Individualebene (für einen Überblick s. z. B. Wright et al., 2013) seltener in Bezug auf die Familienfunktionen (s. z. B. Zerach, Greene, Ein-Dor & Solomon, 2012). Obwohl immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass es sich bei sekundärer Traumatisierung um einen Prozess der gegenseitigen Beeinflussung zwischen Familienmitgliedern handle (s. z. B. Nelson Goff & Smith, 2005), blieben sowohl die Gegenseitig-

keit wie die Prozesshaftigkeit größtenteils unbeleuchtet. Wie sich die psychische Gesundheit aller Familienmitglieder und die Familienbeziehungen über einen längeren Zeitraum nach politischer Traumatisierung entwickeln, ist bisher kaum erforscht. Es ist jedoch, auch in Hinblick auf Empfehlungen für therapeutische Interventionen, ein überaus wichtiges Forschungsfeld, um etwaige negative Auswirkungen auf Partner/-innen und Kinder verstehen, verhindern und behandeln zu können.

Einbezug weiterer relevanter Faktoren in Bezug auf den DDR-Kontext

Am Ende dieser Erkundung von Bedingungen und Auswirkungen politischer Haft in der DDR stehen neue Fragen, auf die noch keine Antworten gefunden wurden. Die Untersuchung der politischen Verfolgung in der DDR und das Wissen darüber sind, obgleich das geteilte Deutschland noch so nah ist, wenig präsent. Es erwies sich als sehr komplexes Unterfangen, die vielen verschiedenen Lebenswege, die die ehemaligen politisch Inhaftierten und ihre Familien gegangen sind, durch eine quantitative Erhebung zufriedenstellend abzubilden. Offene Fragen blieben beispielsweise, wie die Integration nach einer Ausreise nach Westdeutschland gelang, wie sich das Bleiben in der DDR im Einzelnen gestaltete, ob die Familien, wie anzunehmen ist, nach der Haftentlassung ökonomische Einschränkungen hinnehmen mussten oder wie sich der Aufenthalt der Kinder während der Haftzeit bei den Angehörigen und in anderen Formen der Unterbringung gestaltete. Im Kontext der friedlichen Revolution und der darauffolgenden Wiedervereinigung haben sich die Bewertungen der politischen Haft außerhalb wie innerhalb der betroffenen Familien verändert. Die Untersuchung dieser Zusammenhänge wäre zum Verständnis von Zusammenhängen historisch-politischer Entwicklungen, gesellschaftlicher Deutungsmuster und psychischer Belastung weiterhin von großem Interesse.

Fazit

Die vorliegende Arbeit belegt den Einbezug von Angehörigen politisch Inhaftierter in der DDR in die politische Verfolgung. Damit erweitert sie das Wissen über politische Repressionen in diesem Teil Deutschlands vergangener Tage. Dies ist zum einen für die Geschichtsschreibung von Bedeutung, zum anderen zeigen die Ergebnisse, dass die Erfahrungen der politischen Verfolgung in SBZ und DDR für viele bis heute fortwirken.

Von ihnen zu erfahren, was sie erlebt haben und wie sie mit dem Erlebten umgegangen sind sollte nicht nur für die Forschung von Interesse sein. Die hier befragten Familien sind ein Teil unserer Gesellschaft. Was sie erlebt haben ist vielen noch immer unbekannt.

Sie sollten mit ihren Erfahrungen und Anliegen, mit ihrem Wissen auch um die Traumatisierung in unserer jüngsten Geschichte endlich Anerkennung finden.

Nicht zuletzt sollen die Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit mahnen, dass Familien auch heute tagtäglich politischer Gewalt ausgesetzt sind. Einen Beitrag zu leisten, dass dies nicht in Vergessenheit gerät und den Auswirkungen dieser Gewalt entgegenzuwirken, ist mir ein persönliches Anliegen.

8 Literaturverzeichnis

- Achenbach, T. (2006). As Others See Us. Clinical and Research Implications of Cross-Informant Correlations for Psychopathology. *Current Directions in Psychological Science*, 15, 2, 94–98. doi:10.1111/j.0963-7214.2006.00414.x
- Afifi, T., Asmundson, G. J. G., Taylor, S. & Jang, K. (2010). The role of genes and environment on trauma exposure and posttraumatic stress disorder symptoms: a review of twin studies. *Clinical psychology review*, 30, 1, 101–112. doi:10.1016/j.cpr.2009.10.002
- Ahmadi, K., Azampoor-Afshar, S., Karami, G., & Mokhtari, A. (2011). The Association of Veterans' PTSD with Secondary Trauma Stress among Veterans' Spouses. *Journal of Aggression, Maltreatment & Trauma*, 20, 6, 636–644. doi:10.1080/10926771.2011.595761
- Allen, E., Rhoades, G., Stanley, S. & Markman, H. (2010). Hitting home: relationships between recent deployment, post traumatic stress symptoms, and marital functioning for army couples. *Journal of Family Psychology*, 24, 3, 280-288.
- Al-Turkait, F. & Ohaeri, J. (2008). Post-traumatic stress disorder among wives of Kuwaiti veterans of the first Gulf War. *Journal of anxiety disorders*, 22, 1, 18–31. doi:10.1016/j.janxdis.2007.01.011
- American Psychiatric Association (2000). *Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders, Fourth Edition, Text Revision (DSM-IV-TR)*. Arlington: APA.
- Amnesty International (1989). *Deutsche Demokratische Republik. Rechtsprechung hinter verschlossenen Türen*. Bonn: Amnesty international publication.
- Ansorg, L. (1997). *Kinder im Klassenkampf. Die Geschichte der Pionierorganisation von 1948 bis Ende der fünfziger Jahre*. Berlin: Akademie Verlag.
- Arp, A., Fischer, M., Gebauer, R. & van Laak, J. (2008). Zur sozialen Lage der SED-Opfer. In Jenaer Zentrum für empirische Sozial-& Kulturforschung. *Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen (67-114)*. *Forschungsbericht im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit*.
- Baganz, C. (2001). Zwischen Jugendweihe und Christenlehre. In U. Benz & W. Benz (Hrsg.). *Deutschland, deine Kinder. Zur Prägung von Feindbildern in Ost und West (S. 137-148)*. München: dtv.
- Baider, L., Goldzweig, G., Ever-Hadani, P. & Peretz, T. (2006). Psychological distress and coping in breast cancer patients and healthy women whose parents survived the Holocaust. *Psychooncology* 15, 7, 635–646.

- Baider, L., Peretz, T., Hadani, P. E., Perry, S., Avramov, R. & De-Nour, A. K. (2000). Transmission of response to trauma? Second-generation Holocaust survivors' reaction to cancer. *American Journal of Psychiatry*, 157, 6, 904–910.
- Baker, K. & Gippenreiter, J. (1998). Stalin's purges and its impact on Russian families: a pilot study. In Y. Danieli (Hrsg.). *International handbook of multigenerational legacies of trauma* (S. 403-434). New York: Plenum Press.
- Balderrama-Durbin, C., Snyder, D., Cigrang, J., Talcott, G., Tatum, J., Baker, M., Cassidy, D., Sonnek, S., Heyman, R. & Smith Slep A. (2013). Combat Disclosure in Intimate Relationships: Mediating the Impact of Partner Support on Posttraumatic Stress. *Journal of family psychology*, 27, 4, 560-568. doi:10.1037/a0033412
- Bar-On, D., Eland, J., Kleber, R., Krell, R., Moore, Y., Sagi, A., Soriano, E., Suedfeld, P., van der Velden, P. & van Ijzendoorn, M. (1998). Multigenerational Perspectives on Coping with the Holocaust Experience: An Attachment Perspective for Understanding the Developmental Sequelae of Trauma across Generations. *International journal of behavioral development*, 22, 2, 315–338. doi:10.1080/016502598384397
- Baranowsky, A. B., Young, M., Johnson-Douglas, S., Williams-Keeler, L. & McCarrey, M. (1998). PTSD transmission: A review of secondary traumatization in Holocaust survivor families. *Canadian Psychology/Psychologie canadienne*, 39, 4, S. 247–256.
- Başoğlu, M. (2009). A multivariate contextual analysis of torture and cruel, inhuman, and degrading treatments: implications for an evidence-based definition of torture. *The American journal of orthopsychiatry*, 79, 2, 135–145.
- Başoğlu, M., Livanou, M. & Crnobarić, C. (2007). Torture vs. other cruel, inhuman, and degrading treatment: is the distinction real or apparent? *Archives of General Psychiatry*, 64, 3, 277–285.
- Başoğlu, M., Mineka, S., Paker, M., Aker, T.; Livanou, M. & Gök, Ş. (1997). Psychological preparedness for trauma as a protective factor in survivors of torture. *Psychological Medicine*, 27, 6, 1421–1433.
- Başoğlu, M., Paker, M., Özmen, E., Taşdemir, Ö., Şahin, D., Ceyhanli, A., Incesu, C. & Sarimurat, N. (1996). Appraisal of self, social environment, and state authority as a possible mediator of posttraumatic stress disorder in tortured political activists. *Journal of abnormal psychology*, 105, 232-236.
- Bauder, M. (Buch, Produktion, Regie) & Franke, D. (Buch, Regie) (2006). *Jeder schweigt von etwas anderem* [Kino-Dokumentarfilm]. Deutschland: Ko-Produktion von bauderfilm und ZDF – Das kleine Fernsehspiel.
- Bauer, M., & Priebe, S. (1994). Psychopathology and long-term adjustment after crises in refugees from East Germany. *International Journal of Social Psychiatry*, 40, 3, 165–176. doi:10.1177/002076409404000302

- Bauer, M. & Priebe, S. (1996). Psychische Störungen infolge politischer Repressalien in der DDR - die Berlin-Studien. In: Stefan Priebe, Doris Denis und Michael Bauer (Hrsg.). *Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR* (35–44). Darmstadt: Steinkopff.
- Bautzen-Komitee (1997). *Das Gelbe Elend. Bautzen-Häftlinge berichten 1945-1956*. München/Berlin: Buchverlag Union.
- Becker-Nehring, K., Witschen, I., & Bengel, J. (2012). Schutz- und Risikofaktoren für Traumafolgestörungen. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 41, 3, 148–165. doi:10.1026/1616-3443/a000150
- Beer, K. (2004). *Die Bedeutung der Vertreibung aus den damaligen deutschen Ostgebieten im Leben von drei Generationen*. Unveröffentlichte Diplomarbeit: Hochschule Mittweida-Rosswein.
- Beer, K. & Weißflog, G. (2011). *Weiterleben nach politischer Haft in der DDR*. Göttingen: V & R unipress.
- Behnke, K. & Trobisch, S. (1998). Panik und Bestürzung auslösen. Die Praxis der „operativen Psychologie“ des Staatssicherheitsdienstes und ihre traumatisierenden Folgen. In Klaus-Dieter Müller (Hrsg.). *Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen* (165–188). Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz.
- Beleites, J. (2009). *Abteilung XIV: Haftvollzug*. [Faks. Nachdr.]. BStU Berlin (Anatomie der Staatssicherheit Wichtige *Dienstleistungen*, 9).
- Benninghofen, D., Cierpka, M. & Thomas, V. (2008). Überblick über familiendiagnostische Fragebogeninventare. In M. Cierpka (Hrsg.). *Handbuch der Familiendiagnostik* (427-444). Heidelberg: Springer.
- Bergmann, M. & Jucovy, M. (1998). Einleitung. In M. Bergmann, M. Jucovy & J. Kestenberg (Hrsg.). *Kinder Opfer – Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust* (S. 23-58) Frankfurt / Main: Fischer.
- Bichescu, D., Schauer, M., Saleptsi, E., Neculau, A., Elbert, T. & Neuner, F. (2005). Long-term consequences of traumatic experiences: an assessment of former political detainees in Romania. *Clinical practice and epidemiology in mental health*, 1, 17. DOI: 10.1186/1745-0179-1-17.
- Birck, A. (2004). *Politische Verfolgung und Folter – Folgen und Behandlungsansätze*. In A. Friedmann, P. Hofmann, B. Lueger-Schuster, M. Steinbauer & D. Vyssoki (Hrsg.). *Psychotrauma. Die posttraumatische Belastungsstörung* (S.159-170). Wien: Springer.
- Blanchard, E., Hickling, E., Taylor, A, Forneris, C., Loos, W. & Jaccard, J. (1995). Effects of varying scoring rules of the Clinician-Administered PTSD Scale (CAPS) for the

- diagnosis of post-traumatic stress disorder in motor vehicle accident victims. *Behaviour Research and Therapy* 33, 4, 471–475.
- Bodenmann, G. (1995). Bewältigung von Stress in Partnerschaften. Schweiz, Univ, Freiburg, Bern, *Freiburg*.
- Bodenmann, G. (2003). Die Bedeutung von Stress für die Partnerschaft. In I. Grau & H.-W. Bierhoff (Hrsg.). *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (481–504). Berlin: Springer.
- Böhm, M. (2009). *Auswirkungen politischer Inhaftierung in der DDR auf die Kinder der Inhaftierten*. Diplomarbeit, Universität Leipzig.
- Böhm, M. (2012). Was wird jetzt mit den Kindern? Zur Lebenssituation von Kindern politisch Inhaftierter in der DDR. In M. Böick, A. Hertel & F. Kuschel (Hrsg.). *Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte* (S.47-56). Berlin: Metropol.
- Böhm, M. (2014). *Psychische Belastung, Familienbeziehungen und Kommunikation über die politische Haft in Familien ehemaliger politisch Inhaftierter der DDR*. Dissertation, Universität Leipzig.
- Bohleber, W. (2007). Remembrance, trauma and collective memory: the battle for memory in psychoanalysis. *The International journal of psychoanalysis*, 88, 329–352.
- Bohleber, W. (2011). Die Traumatheorie in der Psychoanalyse. In G. Seidler, H. Freyberger & A. Maercker (Hrsg.). *Handbuch der Psychotraumatologie* (107-117). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bolton, E., Glenn, D., Orsillo, S., Roemer, L. & Litz, B. (2003). The relationship between self-disclosure and symptoms of posttraumatic stress disorder in peacekeepers deployed to Somalia. *Journal of Traumatic Stress*, 16, 3, 203–210.
doi:10.1023/A:1023754820991
- Borbe, A. (2010). *Die Zahl der Opfer des SED-Regimes*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Bortz, J., & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bortz, J., & Lienert, G. A. (2008). *Kurzgefasste Statistik für die klinische Forschung: Leitfaden für die verteilungsfreie Analyse kleiner Stichproben ; mit 97 Tabellen sowie zahlreichen Formeln*. Springer-Lehrbuch. Berlin, Heidelberg: Springer Medizin Verlag Heidelberg.
- Boscarino, J. (2004). Posttraumatic stress disorder and physical illness: results from clinical and epidemiological studies. *Annual N Y academical science*, 1032, 141-153.
- Boscarino, J. (2008). Psychobiologic predictors of disease mortality after psychological trauma: implications for research and clinical surveillance. *The Journal of nervous and mental disease*, 196, 2, 100–107. doi:10.1097/NMD.0b013e318162a9f5

- Brady, K., Killeen, T., Brewerton, T. & Lucerini, S. (2000). Comorbidity of psychiatric disorders and posttraumatic stress disorder. *The Journal of clinical psychiatry*, 61, Suppl 7, 22–32.
- Brähler, E., Schumacher, J. & Brähler, C. (2000). Erste gesamtdeutsche Normierung der Kurzform des Giessener Beschwerdebogens GBB-24. *Psychotherapie, Psychosomatik, medizinische Psychologie*, 50, 1, 14–21. doi:10.1055/s-2000-13233
- Braga, L., Mello, M. & Fiks, J. (2012). Transgenerational transmission of trauma and resilience: a qualitative study with Brazilian offspring of Holocaust survivors. *BMC Psychiatry*, 12, 1, 134. doi:10.1186/1471-244X-12-134
- Bramsen, I., van der Ploeg, H. & Twisk, J. (2002). Secondary traumatization in Dutch couples of World War II survivors. *Journal of consulting and clinical psychology*, 70, 1, 241–245.
- Breslau, N. (2002). Epidemiologic studies of trauma, posttraumatic stress disorder, and other psychiatric disorders. *Canadian journal of psychiatry / Revue canadienne de psychiatrie*, 47, 10, 923–929.
- Brewin, C. R., Andrews, B. & Valentine, J. D. (2000). Meta-analysis of risk factors for posttraumatic stress disorder in trauma-exposed adults. *Journal of consulting and clinical psychology*, 68, 5, 748–766.
- Brewin, C. R., & Holmes, E. A. (2003). Psychological theories of posttraumatic stress disorder. *Clinical Psychology Review*, 23, 3, 339–376. doi:10.1016/S0272-7358(03)00033-3
- Broman, C., Riba, M. & Trahan, M. (1996). Traumatic events and marital well-being. *Journal of marriage and the family*, 58, 908-916.
- deBurgh, H., White, C., Fear, N., Iversen, A. (2011). The impact of deployment to Iraq or Afghanistan on partners and wives of military personnel. *International review of psychiatry*, 23, 2 192-200.
- Burr, W. & Klein, S. (1994). *Reexamining family stress: New theory and research*. Sage library of social research: Vol. 193. Thousand Oaks, California: SAGE Publications.
- Butollo, W., Krüsmann, M. & Hagl, M. (2002). *Leben nach dem Trauma. Über den psychotherapeutischen Umgang mit dem Entsetzen*. Stuttgart: Pfeiffer bei Klett-Cotta.
- Calhoun, P., Beckham, J. & Bosworth, H. (2002). Caregiver burden and psychological distress in partners of veterans with chronic posttraumatic stress disorder. *Journal of traumatic stress*, 15, 3, 205-212.
- Campbell, S. & Renshaw, K. (2013). PTSD symptoms, disclosure, and relationship distress: Explorations of mediation and associations over time. *Journal of Anxiety Disorders*, 27, 5, 494–502. doi:10.1016/j.janxdis.2013.06.007

- Catani, C. (2010). Krieg im Zuhause – ein Überblick zum Zusammenhang zwischen Kriegstraumatisierung und familiärer Gewalt. *Verhaltenstherapie*, 20, 19-27.
- Catherall, D. (2004). Introduction. In D. Catherall (Hg.): *Handbook of stress, trauma, and the family* (S. 1–10). New York: Brunner-Routledge.
- Cierpka, M. (2008). *Handbuch der Familiendiagnostik*. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Cluff, R., Hicks, M. & Madsen, C. (1994). Beyond the Circumplex model. A moratorium on curvilinearity. *Family Process*, 33, 4, 455–470.
- Cohen, J. (1988). *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences*. Hillsdale: Erlbaum.
- Cook, J. M., Riggs, D. S., Thompson, R., Coyne, J. C., & Sheikh, J. I. (2004). Posttraumatic Stress Disorder and Current Relationship Functioning Among World War II Ex-Prisoners of War. *Journal of Family Psychology*, 18, 1, 36–45. doi:10.1037/0893-3200.18.1.36
- Czajkowski, N., Røysamb, E., Reichborn-Kjennerud, T. & Tambs, K. (2010). A population based family study of symptoms of anxiety and depression: the HUNT study. *Journal of affective disorders*, 125, 1-3, 355–360. doi:10.1016/j.jad.2010.01.006
- Danieli, Yael (2009). Massive trauma and the healing role of reparative justice. *Journal of traumatic stress* 22, 5, S. 351–357.
- Danieli, Y. (1998). *International handbook of multigenerational legacies of trauma*. New York: Plenum Press.
- Daniels, J. (2006). *Sekundäre Traumatisierung. Kritische Prüfung eines Konstruktes*. Dissertation, Universität Bielefeld.
- Darves-Bornoz, J.-M., Alonso, J., de Girolamo, G., de Graaf, R., Haro, J.-M., Kovess-Masfety, V. et al. (2008). Main traumatic events in Europe: PTSD in the European study of the epidemiology of mental disorders survey. *Journal of traumatic stress*, 21, 5, 455–462.
- Daud, A., Skoglund, E. & Rydelius, P.-A. (2005). Children in families of torture victims: transgenerational transmission of parents' traumatic experiences to their children. *International Journal of social welfare*, 14, 23-32.
- Davidson, A. & Mellor, D. (2001). The adjustment of children of Australian Vietnam veterans: is there evidence for the transgenerational transmission of the effects of war-related trauma? *The Australian and New Zealand journal of psychiatry*, 35, 3, 345–351.
- Dekel, R. (2007). Posttraumatic distress and growth among wives of prisoners of war: the contribution of husbands' posttraumatic stress disorder and wives' own attachment. *American journal of orthopsychiatry*, 77, 3, 419-426.
- Dekel, R., Enoch, G., & Solomon, Z. (2008). The contribution of captivity and Post-Traumatic Stress Disorder to marital adjustment of Israeli couples. *Journal of Social and Personal Relationships*, 25, 3, 497–510. doi:10.1177/0265407508090870

- Dekel, R. & Goldblatt, H. (2008). Is there intergenerational transmission of trauma? The case of combat veterans' children. *American journal of orthopsychiatry*, 78, 3, 281-289.
- Dekel, R., Goldblatt, H., Keidar, M., Solomon, Z. & Polliack, M. (2005). Being a wife of a veteran with posttraumatic stress disorder. *Family relations*, 54, 24-36.
- Dekel, S., Mandl, C., & Solomon, Z. (2011). Shared and unique predictors of post-traumatic growth and distress. *Journal of Clinical Psychology*, 67, 3, 241–252.
doi:10.1002/jclp.20747
- Dekel, R. & Monson, C. (2010). Military-related post-traumatic stress disorder and family relations: current knowledge and future directions. *Aggression and violent behavior*, 15, 303-309.
- Dekel, R. & Solomon, Z. (2006). Secondary traumatization among wives of Israeli POW's: the role of POW's distress. *Social psychiatry and psychiatric epidemiology*, 41, 27-33.
- Dekel, R., Solomon, Z., & Bleich, A. (2005). Emotional distress and marital adjustment of caregivers: Contribution of level of impairment and appraised burden. *Anxiety, Stress & Coping*, 18, 71–82.
- Denis, D., Eslam, J. & Priebe, S. (1997). Psychische Störungen nach politischer Inhaftierung in der Sowjetischen Besatzungszone und der ehemaligen DDR von 1945-1972. *Fortschritte der Neurologie und Psychiatrie*, 65, 524-530.
- Denis, D. & Kuhn, M. (1996). Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik. In: Stefan Priebe, Doris Denis und Michael Bauer (Hrsg.): *Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR* (S. 13–22.). Darmstadt: Steinkopff.
- Dent, O., Tennant, C., Fairley, M. J., Sulway, M. R., Broe, G., Jorm, A., Creasey, H. & Allen, B (1998). Prisoner of war experience: effects on wives. *The Journal of nervous and mental disease*, 186, 4, 231–237.
- Derogatis, L. & Cleary, P. (1977). Confirmation of the dimensional structure of the SCL-90-R. A study in construct validation. *Journal of clinical psychology*, 33, 981-989.
- Diagnostisches und statistisches Manual psychischer Störungen – Textrevision – (DSM-IV-TR)*. (2003). Göttingen: Hogrefe.
- Dinshtein, Y., Dekel, R. & Polliack, M. (2011). Secondary traumatization among adult children of PTSD veterans: the role of mother-child-relationships. *Journal of family social work*, 14, 109-124. DOI: 10.1080/10522158.2011.544021
- Dirkzwager, A., Bramsen, I., Adèr, H. & van der Ploeg, H. (2005). Secondary traumatization in partners and parents of Dutch peacekeeping soldiers. *Journal of family psychology*, 19, 2, 217-226.
- Dundas, I. (1994). The Family Adaptability and Cohesion Scale III in a Norwegian sample. *Family process*, 33, 2, 191–202.

- Eaton, W., Neufeld, K., Chen, L.-S. & Cai, G. (2000). A Comparison of Self-report and Clinical Diagnostic Interviews for Depression Diagnostic Interview Schedule and Schedules for Clinical Assessment in Neuropsychiatry in the Baltimore Epidemiologic Catchment Area Follow-up. *Archives of General Psychiatry*, 57, 3, 217–222. doi:10.1001/archpsyc.57.3.217
- Ehlers, A., & Clark, D. M. (2000). A cognitive model of posttraumatic stress disorder. *Behaviour research and therapy*, 38, 4, 319–345.
- Ehlers, A., Maercker, A. & Boos, A. (2000). Posttraumatic stress disorder following political imprisonment: the role of mental defeat, alienation, and perceived permanent change. *Journal of Abnormal Psychology*, 109, 1, 45–55.
- Ehlers, A., Steil, R., Winter, H. & Foa, E. (1996). Deutsche Übersetzung der Posttraumatic Diagnostic Scale (PDS). Oxford: University, Warneford Hospital.
- Eisenfeld, B. (1996). Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch). 2. Aufl. BStU. Berlin (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Online verfügbar unter http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/handbuch_zkg_eisenfeld.pdf?__blob=publicationFile
- Eisenfeld, B. & u.a. (1998). *Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit: (Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97)*. Berlin. Retrieved from <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421304316>
- Engelmann, R. (2006). Schauprozesse und Staatssicherheit. Zur Schlüsselrolle der Geheimpolizei bei der Inszenierung des Strafrechts in der frühen DDR. In K. Marxen & A. Weinke (Hrsg.). *Inszenierungen des Rechts. Schauprozesse, Medienprozesse und Prozessfilme in der DDR* (S. 85–100). Berlin: BWV Berliner Wiss.-Verl.
- Epstein, N. B., Baldwin, L. M., & Bishop, D. S. (1983). The McMaster family assessment device. *Journal of Marital and Family Therapy*, 9, 2, 171–180. doi:10.1111/j.1752-0606.1983.tb01497.x
- Epstein, N., Bishop, D. & Levin, S. (1978). The McMaster model of family functioning. *Journal of marriage and family counseling*, 4, 19-31.
- Erbes, C., Meis, L., Polusny, M. & Compton, J. (2011). Couple adjustment and posttraumatic stress disorder symptoms in National Guard veterans of the Iraq war. *Journal of family psychology*, 25, 4, 479–487. doi:10.1037/a0024007
- Erdheim, M. (2006). Parentifizierung und Trauma. *Psychosozial*, 29, 21-26.
- Erel, O. & Burman, B. (1995). Interrelatedness of marital relations and parent-child relations: a meta-analytic review. *Psychological bulletin*, 118, 1, 108–132.
- Ernst-Bertram, B. & Planer-Friedrich, J. (2008): Pfarrrerskinder in der DDR - Außenseiter zwischen Benachteiligung und Privilegierung. Berlin: Eigenverlag Bürgerbüro Berlin.

- Evans, L., Cowlshaw, S., Forbes, D., Parslow, R., & Lewis, V. (2010). Longitudinal analyses of family functioning in veterans and their partners across treatment. *Journal of Consulting and Clinical Psychology, 78*, 5, 611–622. doi:10.1037/a0020457
- Faul, F., Erdfelder, E., Lang, A.-G., & Buchner, A. (2007). G*Power 3: A flexible statistical power analysis program for the social, behavioral, and biomedical sciences. *Behavior Research Methods, 39*, 175–191.
- Febres, J., Rossi, R., Gaudiano, B. & Miller, I. (2011). Differential Relationship Between Depression Severity and Patients' Perceived Family Functioning in Women versus in Men. *The Journal of Nervous and Mental Disease, 199*, 7, 449–453. doi:10.1097/NMD.0b013e318221412a
- Ferenczi, S. (1933). Sprachverwirrung zwischen den Erwachsenen und dem Kind. *Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, XIX*, 1 / 2, 5-16.
- Figley, C. (1983). Catastrophes: an overview of family reactions. In Hamilton I. McCubbin und Charles R. Figley (Hrsg.): *Stress and the family, Vol. 1: Coping with Normative Transitions*. New York: Brunner / Mazel, S. 3–20.
- Figley, C. R. (1989). *Helping traumatized families*. San Francisco: Jossey-Bass Publishers.
- Figley, C. (2013). *Trauma And Its Wake*. Hoboken: Taylor and Francis.
- Figley, C. & McCubbin, H. (1983). *Stress and the family, Vol. 2: Coping with catastrophe*. New York: Brunner / Mazel.
- Fikentscher, E. & Lukas, R. (1997). Formen von Traumata und deren Therapie bei politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR. *Psychotherapie in Psychiatrie, psychotherapeutischer Medizin und klinischer Psychologie, 1*, 52–57.
- Fisiloglu, H. & Lorenzetti, A. (1994). The relation of family cohesion to marital adjustment. *Contemporary family therapy, 16*, 6, 539-552.
- Foa, E., Cashman, L., Jaycox, L. & Perry, K. (1997). The validation of a self-report measure of posttraumatic stress disorder: The posttraumatic diagnostic scale. *Psychological assessment, 9*, 4, 445-451.
- Foa, E. & Kozak, M. (1986). Emotional processing of fear: exposure to corrective information. *Psychological bulletin, 99*, 1, 20–35.
- Forbes, D., Fletcher, S., Parslow, R., Phelps, A., O'Donnell, M., Bryant, R., McFarlane, A., Silove, D. & Creamer, M. (2012). Trauma at the Hands of Another. *The Journal of clinical psychiatry, 73*, 3, 372–376.
- Forstmeier, S., Kuwert, P., Spitzer, C., Freyberger, H. & Maercker, A. (2009). Posttraumatic growth, social acknowledgment as survivors, and sense of coherence in former German child soldiers of World War II. *The American journal of geriatric psychiatry, 17*, 12, 1030–1039.

- Frančišković, T., Stevanovic, A., Jelušić, I., Roganović, B., Klarić, M. & Grokvić, J. (2007). Secondary traumatization of wives of war veterans with posttraumatic stress disorder. *Croatian medical journal*, 48, 177-184.
- Frevort, G., Cierpka, M. & Joraschky, P. (2008). Familiäre Lebenszyklen. In M. Cierpka (Hrsg.). *Handbuch der Familiendiagnostik* (S. 171-198). Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Freyberger, H. & Freyberger, H. (2011). Transgenerationale Traumatransmission am Beispiel der Überlebenden des Holocaust. In G. Seidler, H. Freyberger & A. Maercker (Hrsg.). *Handbuch der Psychotraumatologie* (83-91). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Freyberger, H., Frommer, J., Maercker, A. & Steil, R. (2003). *Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Expertengutachten*. Dresden: Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
- Freyberger, H. & Kuwert, P. (2013). Posttraumatische Belastungsstörung. *Psychotherapeut*, 58, 3, 269–275. doi:10.1007/s00278-013-0982-8
- Freyberger, H. & Stieglitz, R-D. (2011). Die posttraumatische Belastungsstörung und die *Anpassungsstörung* in ICD-10 und DSM-IV. In G. Seidler, H. Freyberger und A. Maercker (Hrsg.). *Handbuch der Psychotraumatologie* (S.144-151). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Fricke, K. W. (1988). *Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Fricke, Karl Wilhelm (1989): Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder. 3. Aufl. Köln: Verl. Wiss. und Politik.
- Fricke, K. W. & Klewin, S. (2001). *Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989*. Leipzig: Gustav Kiepenheuer Verlag.
- Friedmann, M., McDermut, W., Solomon, D., Ryan, C., Keitner, G. I., & Miller, I. W. (1997). Family Functioning and Mental Illness: A Comparison of Psychiatric and Nonclinical Families. *Family Process*, 36, 4, 357–367. doi:10.1111/j.1545-5300.1997.00357.x
- Fuchs, J. (1995). Bearbeiten, dirigieren, zuspitzen: Die „leisen“ Methoden des MfS. In K. Behnke & J. Fuchs (Hrsg.). *Zersetzung der Seele : Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi* (S. 44-83). Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Gabriel, B., Beach, S. R. H., & Bodenmann, G. (2010). Depression, marital satisfaction and communication in couples: investigating gender differences. *Behavior therapy*, 41, 3, 306–316. doi:10.1016/j.beth.2009.09.001
- Gäbler, I., Maercker, A. & Schützwohl, M. (2010). Langzeitfolgen politischer Inhaftierung in der DDR. Eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung. Zürich: Universität Zürich.

- Gagnon, M., Hersen, M., Kabacoff, R. & van Hasselt, V. (1999). Interpersonal and psychological correlates of marital dissatisfaction in late life: a review. *Clinical psychology review*, 19, 3, 359–378.
- Gallagher, J. G., Riggs, D. S., Byrne, C. A., & Weathers, F. W. (1998). Female partners' estimations of male veterans' combat-related PTSD severity. *Journal of traumatic stress*, 11, 2, 367–374. doi:10.1023/A:1024411422586
- Galovski, T. & Lyons, J. (2004). Psychological sequelae of combat violence: A review of the impact of PTSD on the veteran's family and possible interventions. *Aggression and Violent Behavior* 9, 5, 477–501.
- Gangi, S., Talamo, A. & Ferracuti, S. (2009). The long-term effects of extreme war-related trauma on the second generation of Holocaust survivors. *Violence and victims*, 24, 5, 687–700.
- Gehrmann, M. (1995). Zur sozialen Integration von DDR-Zuwanderern in der alten Bundesrepublik und Westberlin. In W. Fischer-Rosenthal (Hrsg.). *Biographien in Deutschland : soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte* (295-309). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Geller, A., Cooper, C., Garfinkel, I., Schwartz-Soicher, O. & Mincy, R. (2011). Beyond absenteeism: father incarceration and child development. *Demography*, 49, 1, 49-76. DOI: 10.1007/s13524-011-0081-9.
- Geißler, G. (2008). Auslese im allgemein bildenden Schulwesen der DDR: Eine kleine Betrachtung zur Bildungsgerechtigkeit mit einem Blick auf hundert Jahre deutscher Schulgeschichte. In G. Barkleit & T. Kwiatkowski-Celofiga (Hrsg.). *Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR* (S. 59-75). Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Gerstorf, D., Windsor, T. D., Hoppmann, C. A., & Butterworth, P. (2013). Longitudinal change in spousal similarities in mental health: Between-couple and within-couple perspectives. *Psychology and Aging*, 28, 2, 540–554. doi:10.1037/a0032902
- Glaesmer, H., Brähler, E., Gündel, H. & Riedel-Heller, S. (2011). The association of traumatic experiences and posttraumatic stress disorder with physical morbidity in old age: a German population-based study. *Psychosomatic medicine*, 73, 401-406.
- Glaesmer, H., Gunzelmann, T., Brähler, E., Forstmeier, S. & Maercker, A. (2010). Traumatic experiences and post-traumatic stress disorder among elderly Germans: results of a representative population-based survey. *International Psychogeriatrics*, 22, 4, 661–670.
- Glaesmer, H., Reichmann-Radulescu, A., Brähler, E., Kuwert, P. & Muhtz, C. (2011). Transgenerationale Übertragung traumatischer Erfahrungen. Wissensstand und

- theoretischer Rahmen und deren Bedeutung für die Erforschung transgenerationaler Folgen des zweiten Weltkrieges in Deutschland. *Trauma & Gewalt*, 5, 4, 330-343.
- Gold, J., Taft, C., Keehn, M., King, D., King, L. & Samper, R. (2007). PTSD symptom severity and family adjustment among female Vietnam veterans. *Military Psychology*, 19, 2, 71–81. doi:10.1080/08995600701323368
- Griesel, D., Wessa, M. & Flor, H. (2006). Psychometric qualities of the German version of the Posttraumatic Diagnostic Scale (PTDS). *Psychological assessment*, 18, 3, 262–268. doi:10.1037/1040-3590.18.3.262
- Gurris, N. & Wenk-Ansohn, M. (2009). Folteropfer und Opfer politischer Gewalt. In A. Maercker (Hrsg.). *Posttraumatische Belastungsstörungen* (S. 477-499). Heidelberg: Springer.
- Hapke, U., Schumann, A., Rumpf, H.-J., John, U. & Meyer, C. (2006). Post-traumatic stress disorder: the role of trauma, pre-existing psychiatric disorders, and gender. *European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience*, 256, 299-306.
- Hardt, J., Egle, U. & Brähler, E. (2006). Die Symptom-Checkliste-27 in Deutschland. Unterschiede in zwei Repräsentativbefragungen der Jahre 1996 und 2003. *Psychotherapie, Psychosomatik und medizinische Psychologie*, 56, 276-284.
- Hardt, J., Egle, U., Kappis, B., Hessel, A. & Brähler, E. (2004). Die Symptom-Checkliste SCL-27. Ergebnisse einer deutschen Repräsentativbefragung. *Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie* 54, 5, 214–223.
- Hardt, J. & Gerbershagen, H. (2001). Cross-validation of the SCL-27: a short psychometric screening instrument for chronic pain patients. *European journal of pain*, 5, 187-197.
- Hardtmann, G. (1992). *Begegnung mit dem Tod. Die Kinder der Täter*. Psychosozial, 51, 42-53.
- Hasson, D. & Arnetz, B. (2005). Validation and findings comparing VAS vs. Likert scales for psychosocial measurements. *The International Electronic Journal of Health Education*, 8, 178–192.
- Hauffa, R., Rief, W., Brähler, E., Martin, A., Mewes, R. & Glaesmer, H. (2011). Lifetime traumatic experiences and posttraumatic stress disorder in the German population. *The Journal of Nervous and Mental Disease* 199, 12, 934–939.
- Hausmann, C. (2006). *Einführung in die Psychotraumatologie*. Wien: UTB.
- Haversiek-Vogelsang, S. (2010). Sekundäre Traumatisierung bei Kindern in Flüchtlingsfamilien – Prävention von Sekundärschäden bei Kindern traumatisierter Flüchtlinge. *Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, Psychologische Medizin*, 8, 1, 53-60.
- Herman, J. (1992). Complex PTSD: A syndrome in survivors of prolonged and repeated trauma. *Journal of traumatic stress*, 5, 3, 377–391. doi:10.1002/jts.2490050305

- Herms, M. (2002). Freie Deutsche Jugend. In G.-R. Stephan, A. Herbst, C. Krauss, D. Küchenmeister & D. Nakath (Hrsg.). *Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch* (S. 482-499). Berlin: Dietz.
- Herzog, J., Everson, B. & Whitworth, J. (2011). Do secondary trauma symptoms in spouses of combat-exposed national guard soldiers mediate their impacts of soldiers' trauma exposure on their children? *Child and adolescent social work journal*, 28, 459-473.
- Hill, R. (1949). *Families under stress*. New York: Harper and Row.
- Hill, R. (1958). Generic features of families under stress. *Social case work*, 39, 139–150.
- Hirsch, M. (2004). *Psychoanalytische Traumatologie – das Trauma in der Familie*. Stuttgart: Schattauer.
- Hölter, R. (2003). Zerbrochene Zeit. *Analytische Psychologie*, 34, 1, 1–18.
doi:10.1159/000068792
- Hofer, M. (2002). Familienbeziehungen in der Entwicklung. In M. Hofer, E. Wild & P. Noack (Hrsg.). *Lehrbuch Familienbeziehungen* (S.4-27). Göttingen: Hogrefe.
- Hoffmann, G. (2000). *Aspekte unglücklicher Beziehungen: Subjektive Kriterien für die Partnerwahl und für das Verbleiben in Partnerschaften*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Hamburg.
- Hoge, E., Austin, E. & Pollack, M. (2007). Resilience: research evidence and conceptual considerations for posttraumatic stress disorder. *Depression and anxiety*, 24, 139-152.
- Horvay, R. (2003). *Erinnerungsarbeit politisch Inhaftierter. Inhalte und Analysen fokussierter Interviews*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Göttingen.
- Horvay, R. (2010). *Politische Gefangenschaft in der DDR. Eine familienbiographische Studie zum Erinnern*. Marburg: Tectum Verlag.
- Horvay, R. (2011). Politische Gefangenschaft in der DDR : Wechselwirkungen zwischen dem öffentlichen Umgang und den biografischen Erinnerungen. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 12, 2.
- Houck, K. & Loper, A. (2002). The relationship of parenting stress to adjustment among mothers in prison. *The American journal of orthopsychiatry*, 72, 4, 548–558.
- Huebner, A., Mancini, J., Wilcox, R., Grass, S. & Grass, G. (2007). Parental deployment and youth in military families: exploring uncertainty and ambiguous loss. *Family relations*, 56, 112-122.
- Hunter, E. (1983). Captivity: the family in waiting. In H. I. McCubbin & C. R. Figley (Hrsg.), *Stress and the family, Vol. 1: Coping with Normative Transitions* (pp. 166–184). New York: Brunner / Mazel.
- van IJzendoorn, M. H., Bakermans-Kranenburg, M. J., & Sagi-Schwartz, A. (2003). Are children of Holocaust survivors less well-adapted? A meta-analytic investigation of

- secondary traumatization. *Journal of traumatic stress*, 16, 5, 459–469.
doi:10.1023/A:1025706427300
- Jacobi, F., Hoyer, J., & Wittchen, H.-U. (2004). Seelische Gesundheit in Ost und West: Analysen auf der Grundlage des Bundesgesundheitsveys. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 33, 4, 251–260. doi:10.1026/1616-3443.33.4.251
- Janoff-Bulman, R. (1989). Assumptive Worlds and the Stress of Traumatic Events: Applications of the Schema Construct. *Social Cognition*, 7, 2, 113–136.
doi:10.1521/soco.1989.7.2.113
- Jenaer Zentrum für empirische Sozial- & Kulturforschung (2012). *Zur sozialen Lage ehemaliger Heimkinder in Thüringen. Forschungsbericht im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit*. Jena.
- Jenkis, H. (2012). *Der Freikauf von DDR-Häftlingen. Der deutsch-deutsche Menschenhandel*. Berlin: Duncker & Humblot (Zeitgeschichtliche Forschungen, 45).
- Johnson, E. & Easterling, B. (2012). Understanding unique effects of parental incarceration on children: challenges, progress, and recommendations. *Journal of marriage and family*, 74, 2, 342-356.
- Jordan, B., Marmar, C., Fairbank, J., Schlenger, W., Kulka, R., Hough, R. & Weiss, D. (1992). Problems in families of male Vietnam veterans with posttraumatic stress disorder. *Journal of consulting and clinical psychology*, 60, 6, 916-926.
- Kabacoff, R., Miller, I., Bishop, D., Epstein, N. & Keitner, G. (1990). A psychometric study of the McMaster Family Assessment Device in psychiatric, medical, and nonclinical samples. *Journal of family psychology*, 3, 4, 431-439.
- Kager, A., Lang, A., Berghofer, G., Henkel, H., Steiner, E., Schmitz, M. & Rudas, S. (2000). Family dynamics, social functioning, and quality of life in psychiatric patients. *European journal of psychiatry*, 14, 161-170.
- Kaczmarek, S. (2008). Dir werd' ich schon helfen! Zur Erziehung in den Jugendwerkhöfen der DDR. In G. Barkleit & T. Kwiatkowski-Celofiga (Hrsg.). *Verfolgte Schüler - gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR* (S.121-136). Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kaitz, M., Levy, M., Ebstein, R., Faraone, S. V., & Mankuta, D. (2009). The intergenerational effects of trauma from terror: A real possibility. *Infant Mental Health Journal*, 30, 2, 158–179. doi:10.1002/imhj.20209
- Kassai, S. & Motta, R. (2006). An investigation of potential Holocaust-related secondary traumatization in the third generation. *International journal of emergency mental health*, 8, 1, 35–47.

- Kav Venaki, S., Nadler, A., & Gershoni, H. (1985). Sharing the holocaust experience: communication behaviors and their consequences in families of ex-partisans and ex-prisoners of concentration camps. *Family process*, 24, 2, 273–280.
- Keilson, H. (1979). *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern*. Stuttgart: Enke.
- Keller, R. (1988). Children of Jewish Holocaust survivors: Relationship of family communication to family cohesion, adaptability and satisfaction. *Family therapy*, 15, 3, 223–237.
- Kellerman, N. P. (2001). Psychopathology in children of Holocaust survivors: a review of the research literature. *The Israel journal of psychiatry and related sciences*, 38, 1, 36–46.
- Kerz-Rühling, I., Plänkers, T. & Fischer, R. (2000). Kontinuität und Wandel : zur psychischen Verarbeitung der politischen Wende von 1989 - eine empirisch-psychoanalytische Studie an Lehrern in Tschechien und Ostdeutschland. In: Ingrid Kerz-Rühling (Hrsg.). *Sozialistische Diktatur und psychische Folgen. Psychoanalytisch-psychologische Untersuchungen in Ostdeutschland und Tschechien* (S. 37–90). Tübingen: Ed. diskord (Psychoanalytische Beiträge aus dem Sigmund-Freud-Institut).
- Kessler, R., Sonnega, A., Bromet, E., Hughes, M. & Nelson, C. (1995). Posttraumatic stress disorder in the national comorbidity survey. *Archives of general psychiatry*, 52, 1048-1060.
- Kestenberg, J. (1998). Überlebende Eltern und ihre Kinder. In M. Bergmann, M. Jucovy & J. Kestenberg (Hrsg.). *Kinder der Opfer – Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust* (S. 103-126). Frankfurt / Main: Fischer.
- Kinner, S., Alati, R., Najman, J. & Williams, G. (2007). Do paternal arrest and imprisonment lead to child behaviour problems and substance use? A longitudinal analysis. *Journal of child psychology and psychiatry*, 48, 11, 1148-1156.
- Klann, N., Hahlweg, K. & Heinrichs, N. (2003). *Diagnostische Verfahren für die Beratung*. Göttingen: Hogrefe.
- Klarić, M., Francisković, T., Klarić, B., Kvesić, A., Kastelan, A., Graovac, M., & Lisica, I. D. (2008). Psychological problems in children of war veterans with posttraumatic stress disorder in Bosnia and Herzegovina: cross-sectional study. *Croatian medical journal*, 49(4), 491–498.
- Klarić, M., Frančišković, T., Obrdalj, E. C., Petrić, D., Britvić, D. & Zovko, N. (2012). Psychiatric and health impact of primary and secondary traumatization in wives of veterans with posttraumatic stress disorder. *Psychiatria Danubina*, 24, 3, 280–286.
- Klaric, M., Franciskovic, T., Stevanovic, A., Petrov, B., Jonovska, S., & Nemcic Moro, I. (2011). Marital quality and relationship satisfaction in war veterans and their wives in

- Bosnia and Herzegovina. *European Journal of Psychotraumatology*, 2, 268.
doi:10.3402/ejpt.v2i0.8077
- Klinitzke, G. (2010). *Nichtstrafrechtliche Repressionen in der DDR - psychische Auswirkungen und der Einfluss sozialer Unterstützung*. München: AVM-Verlag
- Klinitzke, G., Böhm, M., Brähler, E. & Weißflog, G. (2012). Ängstlichkeit, Somatisierung und Posttraumatische Belastungssymptome bei den Nachkommen ehemals politisch inhaftierter Personen in Ostdeutschland (1945-1989). *Psychotherapie, Psychosomatik und medizinische Psychologie*, 62, 18-24.
- Knabe, H. (2002). Zersetzungsmaßnahmen. In K. Dümmel & C. Schmitz (Hrsg.). *Was war die Stasi? Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)* (S. 26-31). Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Knappe, S., Beesdo, K., Fehm, L., Höfler, M., Lieb, R. & Wittchen, H.-U. (2009). Do parental psychopathology and unfavorable family environment predict the persistence of social phobia? *Journal of anxiety disorders*, 23, 986-994.
- Knappe, S., Lieb, R., Beesdo, K., Fehm, L., Chooi Ping Low, N., Gloster, A. & Wittchen, H.-U. (2009). The role of parental psychopathology and family environment for social phobia in the first three decades of life. *Depression and anxiety*, 26, 363-370.
- Koenen, K. C. (2007). Genetics of posttraumatic stress disorder: Review and recommendations for future studies. *Journal of traumatic stress*, 20, 5, 737–750.
doi:10.1002/jts.20205
- Koenen, K. C., Nugent, N. R., & Amstadter, A. B. (2008). Gene-environment interaction in posttraumatic stress disorder: review, strategy and new directions for future research. *European archives of psychiatry and clinical neuroscience*, 258, 2, 82–96.
doi:10.1007/s00406-007-0787-2
- Koenen, K., Stellman, S., Sommer, J. & Stellman, J. (2008). Persisting posttraumatic stress disorder symptoms and their relationship to functioning in Vietnam veterans: a 14-year-follow-up. *Journal of traumatic stress*, 21, 1, 49-57.
- Korittko, A. & Pleyer, K. (2010). *Traumatischer Stress in der Familie. Systemtherapeutische Lösungswege*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kühner, A. (2007). *Kollektive Traumata: Konzepte, Argumente, Perspektiven*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kunzke, D. & Güls, F. (2003). Diagnostik einfacher und komplexer posttraumatischer Störungen im Erwachsenenalter. *Psychotherapeut*, 48, 1, 50–70.
doi:10.1007/s00278-002-0279-9
- Kwiatkowski-Celofiga, T. (2008). Erziehung zur „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ und deren Folgen für den Schulalltag. In G. Barkleit & T. Kwiatkowski-Celofiga (Hrsg.). *Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und*

- Bildungssystem der DDR* (S. 11-28). Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Lambert, J. E., Engh, R., Hasbun, A., & Holzer, J. (2012). Impact of posttraumatic stress disorder on the relationship quality and psychological distress of intimate partners: A meta-analytic review. *Journal of Family Psychology, 26*, 5, 729–737.
doi:10.1037/a0029341
- Lanier, C.S (1993). Affective States of Fathers in Prison. *Justice quarterly, 10*, 49–66.
- Lauterbach, D., Bak, C., Reiland, S., Mason, S., Lute, M. & Earls, L. (2007). Quality of parental relationships among persons with a lifetime history of Posttraumatic Stress Disorder, *Journal of Traumatic Stress, 20*, 2, 161–172.
- Lavee, Y. McCubbin H. & Olson D. (1987). The effect of stressful life events and transitions on family functioning and well-being. *Journal of Marriage and the Family 49*, 4, 857–873.
- Lemke, J. (2006). *Sekundäre Traumatisierung. Klärung von Begriffen und Konzepten der Mittraumatisierung*. Kröning: Asanger Verlag.
- Lee, R. D., Fang, X., & Luo, F. (2013). The Impact of Parental Incarceration on the Physical and Mental Health of Young Adults. *Pediatrics, 131*, 4, 1188-1195.
doi:10.1542/peds.2012-0627
- Leuzinger-Bohleber, M. (2003). Transgenerative Weitergabe von Traumatisierungen. In M. Leuzinger-Bohleber & R. Zwiebel (Hrsg.). *Trauma, Beziehung und soziale Realität* (S. 107-135). Tübingen: edition diskord.
- Lev-Wiesel, R. & Amir, M. (2001). Secondary traumatic stress, psychological distress, sharing of traumatic reminiscences, and marital quality among spouses of Holocaust child survivors. *Journal of marital and family therapy, 27*, 4, 433-444.
- Levav, I., Levinson, D., Radomislensky, I., Shemesh, A. & Kohn, R. (2007). Psychopathology and other health dimensions among the offspring of Holocaust survivors: results from the Israel National Health Survey. *The Israel journal of psychiatry and related sciences, 44*, 2, 144–151.
- Lichtman, H. (1984). Parental communication of Holocaust experiences and personality characteristics among second generation survivors. *Journal of Clinical Psychology, 40*, 4, 914–924.
- Lieb, R., Isensee, B., Höfler, M., Pfister, H., & Wittchen, H.-U. (2002). Parental major depression and the risk of depression and other mental disorders in offspring: a prospective-longitudinal community study. *Archives of general psychiatry, 59*, 4, 365–374.
- Liedl, A. & Knaevelsrud, C. (2011). Psychotraumatologische Folgen von Folter. *Handbuch der Psychotraumatologie* (519-527). Stuttgart: Klett-Cotta.

- Long, K. & Marsland, A. (2011). Family Adjustment to Childhood Cancer: A Systematic Review. *Clinical Child and Family Psychology Review*, 14, 1, 57–88.
doi:10.1007/s10567-010-0082-z
- López-Ibor, J. (2002). The Classification of Stress-Related Disorders in ICD-10 and DSM-IV. *Psychopathology*, 35, 2-3, 107–111.
- Luhmann, N. (1990). *Konstruktivistische Perspektiven. Soziologische Aufklärung: Vol. 5*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lukas, R., Fikentscher, E. & Konzag, T. (1996). Verarbeitung und Bewältigung politischer Inhaftierung. In S. Priebe, D. Denis & M. Bauer (Hrsg.). *Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR* (S.57-68). Darmstadt: Steinkopf Verlag.
- Lukaschek, K., Kruse, J., Emeny, R., Lacruz, M., Eisenhart Rothe, A. & Ladwig, K.-H. (2013). Lifetime traumatic experiences and their impact on PTSD: a general population study. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 48, 4, 525–532.
- MacDonald, C., Chamberlain, K., Long, N. & Flett, R. (1999). Posttraumatic stress disorder and interpersonal functioning in Vietnam veterans: a mediational model. *Journal of traumatic stress*, 12, 4, 701-707.
- Maercker, A. (1998). Extrembelastungen ohne psychische Folgeschäden: Gesundheitspsychologische Konzepte und Befunde. In W. Schüffel, U. Brucks, R. Johnen, V. Köllner, F. Lamprecht & U. Schnyder (Hrsg.). *Handbuch der Salutogenese. Konzept und Praxis* (S.341-350). Wiesbaden: Ullstein Medical.
- Maercker, A. (2009). *Posttraumatische Belastungsstörungen*. Heidelberg: Springer. .
- Maercker, A., Forstmeier, S., Wagner, B., Glaesmer, H. & Brähler, E. (2008). Posttraumatische Belastungsstörungen in Deutschland. *Der Nervenarzt*, 5, 577-586.
- Maercker, A., Gäbler, I. & Schützwohl, M. (2012). Verläufe von Traumafolgen bei ehemaligen politisch Inhaftierten der DDR. Ein 15-Jahres-Follow-Up. *Der Nervenarzt*. DOI: 10.1007/s00115-012-3646-y.
- Maercker, A., Gäbler, I., O'Neil, J., Schützwohl, M. & Müller, M. (2013). Long-term trajectories of PTSD or resilience in former East German political prisoners. *Torture : quarterly journal on rehabilitation of torture victims and prevention of torture*, 23, 1, 15–27.
- Maercker, A., & Horn, A. B. (2013). A Socio-interpersonal Perspective on PTSD: The Case for Environments and Interpersonal Processes. *Clinical Psychology & Psychotherapy*, 20, 6, 465–481. doi:10.1002/cpp.1805
- Maercker, A. & Müller, J. (2004). Social acknowledgement as a victim or survivor: a scale to measure a recovery factor of PTSD. *Journal of Traumatic Stress*, 17, 345-351.

- Maercker, A. & Schützwohl, M. (1997). Long-term effects of political imprisonment: a group comparison study. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 32, 435-442.
- Maercker, A. & Schützwohl, M. (1999). Effects of varying diagnostic criteria for posttraumatic stress disorder are endorsing the concept of partial PTSD. *Journal of traumatic stress*, 12, 155-165.
- Maier, T. & Schnyder, U. (2007). Psychopathologie bei Folter- und Kriegsoptionen. In T. Maier & U. Schnyder (Hrsg.). *Psychotherapie mit Folter- und Kriegsoptionen* (S.3-73). Bern: Hogrefe.
- Major, E. F. (1996). The impact of the Holocaust on the second generation: Norwegian Jewish Holocaust survivors and their children. *Journal of traumatic stress*, 9, 3, 441–454.
- Mak, G. (2007). *In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert*. München: Pantheon.
- Maltas, C. & Shay, J. (1995). Trauma contagion in partners of childhood sexual abuse. *American journal of orthopsychiatry*, 65, 529-539.
- Manguno-Mire, G., Sautter, F., Lyons, J., Myers, L., Perry, D., Sherman, M., Glynn, S. & Sullivan, G. (2007). Psychological distress and burden among female partners of combat veterans with PTSD. *The Journal of nervous and mental disease*, 195, 2, 144–151. doi:10.1097/01.nmd.0000254755.53549.69
- Mazor, A. & Tal, I. (1996). Intergenerational transmission: The individuation process and the capacity for intimacy of adult children of holocaust survivors. *Contemporary Family Therapy*, 18, 1, 95–113. doi:10.1007/BF02196853
- McCann, I., Sakheim, D. & Abrahamson, D. (1988). Trauma and victimization: a model of psychological adaptation. *The Counseling Psychologist*, 16, 531–594.
- McCubbin, H. (1979). Integrating coping behavior in family stress theory. *Journal of marriage and the family*, 48, 3, 237-244.
- McCubbin, H., Dahl, B., Lester, G., Benson, D. & Robertson, M. (1976). Coping repertoires of families adapting to prolonged war-induced separations. *Journal of marriage and the family*, 38, 3, 461-471.
- McCubbin, H. I., Joy, C. B., Cauble, A. E., Comeau, J. K., Patterson, J. M., & Needle, R. H. (1980). Family Stress and Coping: A Decade Review. *Journal of Marriage and Family*, 42, 4, 855–871. doi:10.2307/351829
- McCubbin, M. & McCubbin, H. (1996). Resiliency in families: A conceptual model of family adjustment and adaptation in response to stress and crises. In H. I. McCubbin, A. I. Thompson, & M. A. McCubbin (Eds.), *Family assessment. Resiliency, coping and adaptation : inventories for research and practice* (10–64). Madison, Wisconsin: University of Wisconsin Publishers.

- McCubbin, H. & Patterson, J. (1983). The family stress process: The double ABCX-model of adjustment and adaptation. *Marriage and family review*, 6, 7-37.
- McFarlane, A. C. (2009). Military deployment: the impact on children and family adjustment and the need for care. *Current Opinion in Psychiatry*, 22, 4, 369–373.
doi:10.1097/YCO.0b013e32832c9064
- Meyer, C., Rumpf, H.-J., Hapke, U., Dilling, H. & John, U. (2000). Lebenszeitprävalenz psychischer Störungen in der erwachsenen Allgemeinbevölkerung. *Der Nervenarzt*, 71, 7, 535–542. doi:10.1007/s001150050623
- Miller, I., Epstein, N., Bishop, D. & Keitner, G. (1985). The McMaster family assessment device: reliability and validity. *Journal of marital and family therapy*, 11, 4, 345-356.
- Miller, I., Ryan, C., Keitner, G., Bishop, D. & Epstein, N. (2000). The McMaster approach to families: theory, assessment, treatment and research. *Family therapy*, 22, 168-189.
- Monson, C., Taft, C. & Fredman, S. (2009). Military-related PTSD and intimate relationships: from description to theory-driven research and intervention development. *Clinical psychology review*, 29, 707-714.
- Mook, J., Schreuder, B. J., van der Ploeg, H. M., Bramsen, I., van Tiel-Kadiks, G. W., & Feenstra, W. (1997). Psychological complaints and characteristics in postwar children of Dutch World War II victims: those seeking treatment as compared with their siblings. *Psychotherapy and psychosomatics*, 66, 5, 268–275.
- Moosbrugger, H. & Kelava, A. (2008). *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion: Mit 43 Tabellen. Springer-Lehrbuch*. Berlin: Springer.
- Morawe, P. (2000). Realitätsdiffusionen infolge psychischer Folter. Untersuchungshaft durch die Staatssicherheit der DDR. *Zeitschrift für politische Psychologie*, 8, 381-396.
- Motta, R. (2008). Secondary trauma. *International journal of emergency mental health*, 4, 291-298.
- Müller, J. (2012). *Strafvollzugspolitik und Haftregime in der SBZ und in der DDR*. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts - Band 48). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Müller, K.-D. (1998). „Jeder kriminelle Mörder ist mir lieber...“: Haftbedingungen für politische Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Veränderungen von 1945-1989. In K.-D. Müller & A. Stephan (Hrsg.). *Die Vergangenheit lässt uns nicht los: Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen* (S. 15-137). Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz.
- Müller, J., Beauducel, A., Raschka, J. & Maercker, A. (2000). Kommunikationsverhalten nach politischer Haft in der DDR – Entwicklung eines Fragebogens zum Offenlegen der Traumaerfahrungen. *Zeitschrift für politische Psychologie*, 8, 413-430.

- Müller, J., Moergeli, H., & Maercker, A. (2008). Disclosure and social acknowledgement as predictors of recovery from posttraumatic stress: a longitudinal study in crime victims. *Canadian journal of psychiatry / Revue canadienne de psychiatrie*, *53*, 3, 160–168.
- Müller, J., Orth, U., Wang, J., & Maercker, A. (2009). Disclosure attitudes and social acknowledgement as predictors of posttraumatic stress disorder symptom severity in Chinese and German crime victims. *Canadian journal of psychiatry / Revue canadienne de psychiatrie*, *54*, 8, 547–556.
- Müller, J., Postert, C., Beyer, T., Furniss, T. & Achtergarde, S. (2009). Comparison of eleven short versions of the Symptom Checklist 90-Revised (SCL-90-R) for use in the assessment of general psychopathology. *Journal of psychopathology and behavioral assessment*. DOI 10.1007/s10862-009-9141-5.
- Murray, J., Farrington, D. & Sekol, I. (2012). Children's antisocial behavior, mental health, drug use, and educational performance after parental incarceration: a systematic review and meta-analysis. *Psychological bulletin*, *138*, 2, 175-210.
- Murray, L., Rosnay, M. de, Pearson, J., Bergeron, C., Schofield, E., Royal-Lawson, M., & Cooper, P. J. (2008). Intergenerational transmission of social anxiety: the role of social referencing processes in infancy. *Child development*, *79*, 4, 1049–1064. doi:10.1111/j.1467-8624.2008.01175.x
- Musil, C. (2000). Health of Grandmothers as Caregivers: A Ten Month Follow-Up. *Journal of Women & Aging*, *12*, 1-2, 129–145. doi:10.1300/J074v12n01_09
- Musil, C., Gordon, N., Warner, C., Zauszniewski, J., Standing, T. & Wykle, M. (2011). Grandmothers and caregiving to grandchildren: continuity, change, and outcomes over 24 months. *The Gerontologist*, *51*, 1, 86–100. doi:10.1093/geront/gnq061
- Nagata, D. (1990). The Japanese American internment: Exploring the transgenerational consequences of traumatic stress. *Journal of Traumatic Stress*, *3*, 1, 47–69.
- Nagata, D. K., & Cheng, W. J. Y. (2003). Intergenerational communication of race-related trauma by Japanese American former internees. *The American journal of orthopsychiatry*, *73*, 3, 266–278.
- Nelson Goff, B. & Smith, D. (2005). Systemic traumatic stress: the couple adaptation to traumatic stress model. *Journal of marital and family therapy*, *31*, 145-157.
- Nickerson, A., Bryant, R., Brooks, R., Steel, Z., Silove, D. & Chen, J. (2011). The familial influence of loss and trauma on refugee mental health: a multilevel path analysis. *Journal of traumatic stress*, *24*, 1, 25-33.
- O'Donnell, C., Cook, J., Thompson, R., Riley, K. & Neria, Y. (2006). Verbal and physical aggression in world war II former prisoners of war: role of posttraumatic stress disorder and depression. *Journal of traumatic stress*, *19*, 6, 859-866.

- Olson, D. (1986). Circumplex model VII: Validation studies and FACES III. *Family process*, 25, 337-351.
- Olson, D. (1991). Commentary: Three-dimensional (3-D) circumplex model and revised scoring of FACES III. *Family process*, 30, 74-79.
- Olson, D. (2000). Circumplex model of marital and family systems. *Journal of family therapy*, 22, 144-167.
- Olson, D., Portner, J. & Lavee, Y. (1985). *Family Adaptability and Cohesion Evaluation Scales*. St. Paul, MN: Family Social Science.
- Olson, D., Sprenkle, D. & Russell, C. (1979). Circumplex model of marital and family system: I. Cohesion and adaptability dimensions, family types, and clinical applications. *Family Process* 18, 1, 3–28.
- Ozer, E. J., Best, S. R., Lipsey, T. L., & Weiss, D. S. (2003). Predictors of posttraumatic stress disorder and symptoms in adults: a meta-analysis. *Psychological bulletin*, 129, 1, 52–73.
- Passens, K. (2012). *MfS-Untersuchungshaft: Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989*. Berlin: Lukas.
- Patterson, J. (2002). Integrating family resilience and family stress theory. *Journal of marriage and family*, 64, 349-360.
- Peters, U. (1991): Über das Stasi-Verfolgten-Syndrom. *Fortschritte der Neurologie & Psychiatrie*, 59, 7, 251–265.
- Pielmaier, L., & Maercker, A. (2011). Psychological adaptation to life-threatening injury in dyads: the role of dysfunctional disclosure of trauma. *European Journal of Psychotraumatology*, 2, 908. doi:10.3402/ejpt.v2i0.8749
- Pingel-Schliemann, S. (2004). *Zersetzen: Strategie einer Diktatur*. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft.
- Plogstedt, S. (2010). *Knastmauke. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung*. Gießen: psychosozial.
- Podietz, L., Zwerling, I., Ficher, I., Belmont, H., Eisenstein, T., Shapiro, M. & Levick, M. (1984). Engagement in families of Holocaust survivors. *Journal of marital and family therapy*, 10, 1, 43-51.
- Poehlmann, J. (2005). Incarcerated mothers' contact with children, perceived family relationships, and depressive symptoms. *Journal of family psychology*, 19, 3, 350–357. doi:10.1037/0893-3200.19.3.350.
- Pollak, E., Bullinger, M. & Wiegand-Grefe, S. (2011). Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder – die Familienperspektive. In Wiegand-Grefe, S., Mattejat, F. & Lenz, A. (Hrsg). *Kinder mit psychisch kranken Eltern. Klinik und Forschung* (S.357-374). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Port, C. L., Engdahl, B. & Frazier, P. (2001). A longitudinal and retrospective study of PTSD among older prisoners of war. *The American journal of psychiatry*, 158, 9, 1474–1479.
- Pratchett, L. C., Pelcovitz, M. R., & Yehuda, R. (2010). Trauma and violence: are women the weaker sex? *The Psychiatric clinics of North America*, 33, 2, 465–474.
doi:10.1016/j.psc.2010.01.010
- Priebe, S., Bolze, K. & Rudolf, H. (1994). Andauernde psychische Störungen nach Repressalien infolge eines *Ausreiseantrages* in der damaligen DDR. *Fortschritte der Neurologie · Psychiatrie*, 62, 11, 433–437.
- Priebe, S., Rudolf, H., Bauer, M. & Häring, B. (1993). Psychische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR - Sichtweisen der Betroffenen. *Fortschritte der Neurologie und Psychiatrie*, 61, 55-61.
- Prinz, U., Nutzinger, D., Schulz, H., Petermann, F., Braukhaus, C. & Andreas, S. (2008). Die Symptom-Checkliste-90-R und ihre Kurzversionen: Psychometrische Analysen bei Patienten mit psychischen Erkrankungen. *Physikalische Medizin, Rehabilitationsmedizin, Kurortmedizin*, 18, 6, 337-343. DOI: 10.1055/s-0028-1093323
- Pross, C. (1995). „Wir sind unsere eigenen Gespenster“. Gesundheitliche Folgen politischer Repression in der DDR. In K. Behnke & J. Fuchs (Hrsg.). *Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi* (S. 303-315). Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Pross, C., & Denis, D. (1996). Therapeutische Arbeit mit ehemaligen politischen Inhaftierten aus der DDR. Erfahrungen des Berliner Behandlungszentrums für Folteropfer. In: S. Priebe, D. Denis, & M. Bauer (Hrsg.). *Eingesperrt und nie mehr frei: psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR*. Darmstadt: Steinkopff.
- Przyborski, A., & Wohlrab-Sahr, M. (2010). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.
- Punamäki, R.-L., Qouta, S. R., & Sarraj, E. E. (2010). Nature of torture, PTSD, and somatic symptoms among political ex-prisoners. *Journal of Traumatic Stress*, 23, 4, 532–536.
doi:10.1002/jts.20541
- Punamäki, R.-L., Quota, S., El Sarraj, E. & Montgomery, E. (2006). Psychological distress and resources among siblings and parents exposed to traumatic events. *International journal of behavioral development*, 30, 5, 385-397. DOI: 10.1177/0165025406066743
- Punamäki, R.-L., Salo, J., Komproe, I., Qouta, S., El-Masri, M. & Jong, J. de (2008). Dispositional and situational coping and mental health among Palestinian political ex-prisoners. *Anxiety, Stress & Coping*, 21, 4, 337–358.
doi:10.1080/10615800701797333

- Ramm, G. & Hasenbring, M. (2003). Die deutsche Adaptation der illness-specific social support scale und ihre teststatistische Überprüfung beim Einsatz an Patienten vor und nach Knochenmarkstransplantation. *Zeitschrift für medizinische Psychologie*, 12, 29-38.
- Rasch, B., Friese, M., Hofmann, W., & Naumann, E. (2010). *Quantitative Methoden*. Berlin: Springer.
- Raschka, J. (1998). *Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers*. Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden.
- Raschka, J. (2001). *Zwischen Überwachung und Repression – Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989*. Opladen: Leske + Budrich.
- Rehlinger, L. (1991). *Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit den politisch Verfolgten 1963-1989*. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Reiss, F. (2013). Socioeconomic inequalities and mental health problems in children and adolescents: a systematic review. *Social science & medicine*, 90, 24–31. doi:10.1016/j.socscimed.2013.04.026
- Renshaw, K. D., Allen, E. S., Carter, S. P., Markman, H. J., & Stanley, S. M. (2013). Partners' Attributions for Service Members' Symptoms of Combat-Related Posttraumatic Stress Disorder. *Behavior Therapy* (article in press) doi:10.1016/j.beth.2013.10.005
- Renshaw, K., Allen, E., Rhoades, G., Blais, R., Markman, H. & Stanley, S. (2011). Distress in spouses of service members with symptoms of combat-related PTSD: Secondary traumatic stress or general psychological distress? *Journal of Family Psychology*, 25, 4, 461–469. doi:10.1037/a0023994
- Renshaw, K., Blais, R. & Smith, T. (2010). Components of Negative Affectivity and Marital Satisfaction: The Importance of Actor and Partner Anger. *Journal of research in personality*, 44, 3, 328–334. doi:10.1016/j.jrp.2010.03.005
- Renshaw, K. D., & Campbell, S. B. (2011). Combat veterans' symptoms of PTSD and partners' distress: the role of partners' perceptions of veterans' deployment experiences. *Journal of Family Psychology*, 25, 6, 953–962. doi:10.1037/a0025871
- Renshaw, K., Rodrigues, C. & Jones, D. (2008). Psychological symptoms and marital satisfaction in spouses of operation Iraqi freedom veterans: relationships with spouses' perceptions of veterans' experiences and symptoms. *Journal of family psychology*, 22, 586-594.
- Resick, P. (2003). *Stress und Trauma. Grundlagen der Psychotraumatologie*. Bern: Hans Huber.

- Resick, P., Bovin, M., Calloway, A., Dick, A., King, M., Mitchell, K.; Suvak, M.; Wells, S.; Stirman, S. & Wolf, E. (2012). A critical evaluation of the complex PTSD literature: Implications for DSM-5. *Journal of Traumatic Stress, 25*, 3, 241–251. doi:10.1002/jts.21699
- Resick, P. & Schnicke, M. (1992). Cognitive processing therapy for sexual assault victims. *Journal of consulting and clinical psychology, 60*, 5, 748–756.
- Resick, P. & Schnicke, M. (1993). *Cognitive processing therapy for rape victims. A treatment manual*. Newbury Park, CA: Sage.
- Reynolds, M., & Brewin, C. R. (1998). Intrusive cognitions, coping strategies and emotional responses in depression, post-traumatic stress disorder and a non-clinical population. *Behaviour Research and Therapy, 36*, 2, 135–147. doi:10.1016/S0005-7967(98)00013-8
- Riggs, D., Byrne, C., Weathers, F. & Litz, B. (1998). The quality of intimate relationships of male Vietnam veterans: problems associated with posttraumatic stress disorder. *Journal of traumatic stress, 11*, 1, 87-98.
- Roberts, A., Dohrenwend, B., Aiello, A., Wright, R., Maercker, A., Galea, S. & Koenen, K. (2012). The stressor criterion for Posttraumatic Stress Disorder. *Journal of clinical psychiatry 73*, 2, 264-270.
- Roberts, A. L., Galea, S., Austin, S. B., Cerda, M., Wright, R. J., Rich-Edwards, J. W., & Koenen, K. C. (2012). Posttraumatic Stress Disorder Across Two Generations: Concordance and Mechanisms in a Population-Based Sample. *Biological Psychiatry, 72*(6), 505–511. doi:10.1016/j.biopsych.2012.03.020
- Roemer, L., Litz, B., Orsillo, S., Ehlich, P. & Friedman, M. (1998). Increases in retrospective accounts of war-zone exposure over time: the role of PTSD symptom severity. *Journal of traumatic stress, 11*, 3, 597–605. doi:10.1023/A:1024469116047
- Rowland-Klein, D. & Dunlop, R. (1998): The transmission of trauma across generations: identification with parental trauma in children of Holocaust survivors. *The Australian and New Zealand journal of psychiatry, 32*, 3, 358–369.
- Rumstein-McKean, O. & Hunsley, J. (2001). Interpersonal and family functioning of female survivors of childhood sexual abuse. *Clinical psychology review, 21*, 5, 471-490.
- Ruscio, A. M., Weathers, F. W., King, L. A., & King, D. W. (2002). Male war-zone veterans' perceived relationships with their children: The importance of emotional numbing. *Journal of traumatic stress, 15*, 5, 351–357. doi:10.1023/A:1020125006371
- Sagi-Schwartz, A., van IJzendoorn, M. H., Grossmann, K. E., Joels, T., Grossmann, K., Scharf, M., Koren-Karie, N. & Alkalay, S. (2003). Attachment and traumatic stress in female holocaust child survivors and their daughters. *The American journal of psychiatry, 160*, 6, 1086–1092.

- Samper, R., Taft, C., King, D. & King, L. (2004). Posttraumatic stress disorder symptoms and parenting satisfaction among a national sample of male Vietnam veterans. *Journal of traumatic stress, 17, 4*, 311-315.
- Santiago, P., Ursano, R., Gray, C. L., Pynoos, R. S., Spiegel, D., Lewis-Fernandez, R., Friedman, M. & Fullerton, C. (2013). A systematic review of PTSD prevalence and trajectories in DSM-5 defined trauma exposed populations: intentional and non-intentional traumatic events. *PloS one, 8, 4*, e59236.
doi:10.1371/journal.pone.0059236
- Saß, H., Wittchen, H.-U., Zaudig, M. & Houben, I. (2003). *Diagnostisches und statistisches Manual psychischer Störungen (DSM-IV-TR)*. Übersetzt nach der vierten Auflage des Diagnostic and statistical manual of mental disorders der American Psychiatric Association. Göttingen: Hogrefe.
- Sattelmayer, J., Thomas, V. & Cierpka, M. (1985). *Familien-Fragebogen (FACES III). Deutsche Übersetzung des FACES III*. Zentrum für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie der Universität Ulm.
- Sayers, S. L., Farrow, V. A., Ross, J., & Oslin, D. W. (2009). Family problems among recently returned military veterans referred for a mental health evaluation. *The Journal of clinical psychiatry, 70, 2*, 163–170.
- Scaturo, D. J., & Hayman, P. M. (1992). The impact of combat trauma across the family life cycle: Clinical considerations. *Journal of Traumatic Stress, 5, 2*, 273–288.
doi:10.1002/jts.2490050212
- Schacht, Ulrich (2004): Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR. Leipzig: Forum-Verlag.
- Scharf, M. (2007). Long-term effects of trauma: psychosocial functioning of the second and third generation of Holocaust survivors. *Development and psychopathology, 19, 2*, 603–622.
- Schmidt, H.-D. (1996). Erziehungsbedingungen in der DDR: Offizielle Programme, individuelle Praxis und die Rolle der pädagogischen Psychologie und Entwicklungspsychologie. In G. Trommsdorff (Hrsg.). *Sozialisation und Entwicklung von Kindern vor und nach der Vereinigung* (S. 15-172). Opladen: Leske+Budrich.
- Schneewind, K. (1999). *Familienpsychologie (2. Auflage)*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schneewind, K. (2008). Sozialisation und Erziehung im Kontext der Familie. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.). *Entwicklungspsychologie* (S. 117-146). Weinheim: Beltz.
- Schneewind, K. (2010). *Familienpsychologie (3. Auflage)*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schlippe, A. v., & Schweitzer, J. (2007). *Lehrbuch der systemischen Therapie und Beratung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Schröder, W. & Wilke, J. (1998). Politische Strafgefangene in der DDR. Versuch einer statistischen Beschreibung. *Historical Social Research*, 23, 4, 3–78.
- Schützwohl, M. & Maercker, A. (1999). Effects of varying diagnostic criteria for posttraumatic stress disorder are endorsing the concept of partial PTSD. *Journal of traumatic stress*, 12, 1, 155–165. doi:10.1023/A:1024706702133
- Schützwohl, M. & Maercker, A. (2000). Anger in former East-German political prisoners: Relationships to posttraumatic stress reactions and social support. *Journal of nervous and mental disease*, 188, 483-489.
- Schulz, K.-H., Schulz, H., Schulz, O. & von Kerekjarto, M. (1998). *Krebspatienten und ihre Familien*. Stuttgart: Schattauer.
- Seidler, G. H., Freyberger, H. J., & Maercker, A. (Hrsg.). (2013). *Handbuch der Psychotraumatologie*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Sélitrenny, R. (2003). *Doppelte Überwachung: Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten*. Berlin: Links Verlag.
- Shanfield, S., Heiman, E., Cope, D. & Jones, J. (1979). Pain and the marital relationship: psychiatric distress. *Pain*, 7, 3, 343–351.
- Sherin, J. & Nemeroff, C. (2011). Post-traumatic stress disorder: the neurobiological impact of psychological trauma. *Dialogues in clinical neuroscience*, 13, 3, 263–278.
- Siegmund, J. (2006). *Die Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften. Handlungsbedarf, Lösungskonzepte und Realisierungschancen*. Retrieved from <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/juristische-aufarbeitung-1174.html>
- Smith, G. C., & Hancock, G. R. (2010). Custodial grandmother-grandfather dyads: Pathways among marital distress, grandparent dysphoria, parenting practice, and grandchild adjustment. *Family relations*, 59, 1, 45–59. doi:10.1111/j.1741-3729.2009.00585.x
- Solomon, Z., Dekel, R., & Zerach, G. (2008). The relationships between posttraumatic stress symptom clusters and marital intimacy among war veterans. *Journal of Family Psychology*, 22, 5, 659–666. doi:10.1037/a0013596
- Solomon, Z., Debby-Aharon, S., Zerach, G. & Horesh, D. (2011). Marital adjustment, parental functioning, and emotional sharing in war veterans. *Journal of family issues*, 32, 1, 127-147.
- Solomon, Z., Kotler, M. & Mikulincer, M. (1988). Combat-related posttraumatic stress disorder among second-generation Holocaust survivors: preliminary findings. *The American journal of psychiatry*, 145, 7, 865–868.
- Solomon, Z., Waysman, M., Levy, G., Fried, B., Mikulincer, M., Benbenishty, R., Florian, V. & Bleich, A. (1992). From front line to home front. A study of secondary traumatization. *Family process*, 31, 289-302.

- Spasojević, J., Heffer, R. & Snyder, D. (2000). Effects of posttraumatic stress and acculturation on marital functioning in Bosnian refugee couples. *Journal of traumatic stress, 13*, 2, 205-217.
- Sperk, A. (1998). Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950 bis 1989. Eine Dokumentation. Magdeburg: Schriftenreihe: Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt, hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (4).
- Spitzer, C., Barnow, S., Völzke, H., John, U., Freyberger, H. J., & Grabe, H. J. (2009). Trauma, posttraumatic stress disorder, and physical illness: findings from the general population. *Psychosomatic medicine, 71*, 9, 1012–1017.
doi:10.1097/PSY.0b013e3181bc76b5
- Spitzer, C., Plock, K., Ulrich, I., Mothes, J., Drescher, A., Gürtler, L. & Freyberger, H. (2007). Lebensqualität, interpersonale Probleme und Kohärenzgefühl bei Betroffenen nicht-straftrechtlicher Repressionen in der ehemaligen DDR. *Zeitschrift für Psychotraumatologie, Psychotherapiewissenschaft, Psychologische Medizin, 5*, 41-52.
- Spitzer, C., Ulrich, I., Plock, K., Mothes, J., Drescher, A., Gürtler, L., Freyberger, H. & Barnow, S. (2007). Beobachtet, verfolgt, zersetzt – psychische Erkrankungen bei Betroffenen nichtstraftrechtlicher Repressionen in der DDR. *Psychiatrische Praxis, 34*, 81-86.
- Sprecher, S. & Hendrick, S. (2004). Self-Disclosure in Intimate Relationships: Associations with individual and relationship characteristics over time. *Journal of Social and Clinical Psychology, 23*, 6, 857–877. doi:10.1521/jscp.23.6.857.54803
- Statistisches Bundesamt. (2004). *Demographische Standards* (4. Auflage). Wiesbaden.
- Steel, Z., Chey, T., Silove, D., Marnane, C., Bryant, R. & van Ommeren, M. (2009). Association of torture and other potentially traumatic events with mental health outcomes among populations exposed to mass conflict and displacement. *Journal of the American Medical Association, 5*, 537-549.
- Süß, S. (1999). Repressive Strukturen in der SBZ/DDR - Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR. In Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Strukturelle Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland bei der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit*. (S. 193-250). Baden-Baden: Nomos.
- Tagay, S., Repic, N., & Senf, W. (2013). Traumafolgestörungen bei Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen. *Psychotherapeut, 58*, 1, 44–55. doi:10.1007/s00278-011-0847-y
- Tambis, K. (1991). Transmission of symptoms of anxiety and depression in nuclear families. *Journal of affective disorders, 21*, 2, 117–126.

- Taft, C. T., Watkins, L. E., Stafford, J., Street, A. E., & Monson, C. M. (2011). Posttraumatic stress disorder and intimate relationship problems: a meta-analysis. *Journal of consulting and clinical psychology, 79*, 1, 22–33. doi:10.1037/a0022196
- Tedeschi, R. & Calhoun, L. (1995). *Trauma & transformation: Growing in the aftermath of suffering*. Thousand Oaks, Calif: SAGE Publications.
- Tedeschi, R. & Calhoun, L. (2004). Posttraumatic Growth: Conceptual Foundations and Empirical Evidence. *Psychological Inquiry, 15*, 1, 1–18.
doi:10.1207/s15327965pli1501_01
- Terr, L. C. (1991): Childhood traumas: an outline and overview. *American journal of psychiatry, 148*, 1, 10–20.
- Thomas, V. & Olson, D. H. (1994). Circumplex model: curvilinearity using clinical rating scale (CRS) and FACES III. *The family journal, 2*, 36-44.
- Trobisch-Lütge, S. (2004). *Das späte Gift – Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Trobisch-Lütge, S. (2006). Politische Traumatisierung in der ehemaligen DDR / SBZ und ihre Verarbeitung im (post)traumatischen Raum des wiedervereinigten Deutschlands. *Zeitschrift für politische Psychologie, 14*, 171-189.
- Trobisch-Lütge, S. (2011). *Überwachte Vergangenheit – Auswirkungen politischer Verfolgung der SED-Diktatur auf die zweite Generation*. Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Ulrich, I., Stopsack, M., Spitzer, C., Grabe, H.-J., Freyberger, H. J., & Barnow, S. (2011). Familiäre Transmission depressiver Störungen: Die Bedeutung von Schadensvermeidung. *Der Nervenarzt, 82*, 9, 1169–1177. doi:10.1007/s00115-010-3209-z
- United Nations (1984). *Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment*. Retrieved from:
<http://treaties.un.org/doc/Publication/MTDSG/Volume%20I/Chapter%20IV/IV-9.en.pdf>
- van der Kolk, B. & Fisler, R. (1995). Dissociation and the fragmentary nature of traumatic memories: Overview and exploratory study. *Journal of Traumatic Stress, 8*, 4, 505–525. doi:10.1002/jts.2490080402
- van Ee, E., Kleber, R. & Mooren, T. (2012). War trauma lingers on: Associations between maternal posttraumatic stress disorder, parent-child interaction, and child development. *Infant Mental Health Journal, 33*, 5, 459–468. doi:10.1002/imhj.21324
- Vandeleur, C. (2003). *Validity, reliability and applicability of French and German translations of the "family adaptability and cohesion evaluation scales III" (Faces III) and the "Family life scale" (FLS) in Switzerland*. Freiburg (Schweiz): Universität (Hochschulschrift).

- Victor, A., Elsässer, A., Hommel, G. & Blettner, M. (2010). Wie bewertet man die p-Wert-Flut? Hinweise zum Umgang mit multiplem Testen. *Deutsches Ärzteblatt*, 107, 4, 50-56.
- de Vries, G. & Olf, M. (2009). The lifetime prevalence of traumatic events and posttraumatic stress disorder in the Netherlands. *Journal of Traumatic Stress*, 22, 4, 259–267.
- Walter, J., Möller, B. & Adam, H. (2000). Vom beredten Schweigen in der Kinder- und Familientherapie mit Flüchtlingsfamilien. *Zeitschrift für politische Psychologie*, 8, 549-560.
- Warnecke, M.-L. (2009). *Zwangsadoptionen in der DDR. Schriftenreihe Justizforschung und Rechtssoziologie: Vol. 8*. Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Weisman, A., Rosales, G., Kymalainen, J., & Armesto, J. (2005). Ethnicity, Family Cohesion, Religiosity and General Emotional Distress in Patients with Schizophrenia and Their Relatives. *The Journal of Nervous and Mental Disease*, 193, 6, 359–368.
doi:10.1097/01.nmd.0000165087.20440.d1
- Weissman, M., Wickramaratne, P., Nomura, Y., Warner, V., Pilowsky, D. & Verdeli, H. (2006). Offspring of depressed parents: 20 years later. *The American journal of psychiatry*, 163, 6, 1001–1008. doi:10.1176/appi.ajp.163.6.1001
- Weißflog, G., Beer, K. (2008). Ich schaffe es nicht, gelassen mit dieser Vergangenheit umzugehen – Eine empirische Studie zu gesundheitlichen und sozialen Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ und DDR. In Ernst, J, Götze, H (Hrsg.) *Sozialmedizinische Folgen besonderer Lebensumstände - Leipziger Beiträge zur Sozialmedizin, Band II*. (S. 123-136). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Weißflog, G., Böhm, M., Klinitzke, G. & Brähler, E. (2010). Erhöhte Ängstlichkeit und Depressivität als Spätfolgen bei Menschen nach politischer Inhaftierung in der DDR. *Psychiatrische Praxis*, 37, 297-299.
- Weißflog, G., Daig, I., Klinitzke, G. & Brähler, E. (2012). Körperbeschwerden nach politischer Inhaftierung und deren Zusammenhang mit Ängstlichkeit und Depressivität. *Verhaltenstherapie*, 22, 1, 37-46.
- Weißflog, G., Klinitzke, G. & Hinz, A. (2011). Gesundheitsbezogene Lebensqualität und posttraumatische Belastungsstörungen bei in der DDR politisch Inhaftierten. *Psychotherapie, Psychosomatik, medizinische Psychologie*, 61, 133-139.
- Welsch, W. (1998). Repression und Folter an Untersuchungshäftlingen des MfS. In: Lothar Mertens und Dieter Voigt (Hrsg.). *Opfer und Täter im SED-Staat* (S. 101–114). Berlin: Duncker und Humblot.
- Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) (2011). *International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems*, 10th Revision.
- Werkentin, F. (1998). Zur Dimension politischer Inhaftierungen in der DDR 1949-1989. In K.-D. Müller & A. Stephan (Hrsg.). *Die Vergangenheit lässt uns nicht los: Haftbedingun-*

- gen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen* (S. 139-152). Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz.
- Westerink, J. & Giarratano, L. (1999). The impact of posttraumatic stress disorder on partners and children of Australian Vietnam veterans. *Australian and New Zealand Journal of Psychiatry*, 33, 841-847.
- Wiseman, H., Metzl, E., & Barber, J. P. (2006). Anger, guilt, and intergenerational communication of trauma in the interpersonal narratives of second generation Holocaust survivors. *American Journal of Orthopsychiatry*, 76, 2, 176–184. doi:10.1037/0002-9432.76.2.176
- Wittekind, C. E., Jelinek, L., Kellner, M., Moritz, S., & Muhtz, C. (2010). Intergenerational transmission of biased information processing in posttraumatic stress disorder (PTSD) following displacement after World War II. *Journal of Anxiety Disorders*, 24, 8, 953–957. doi:10.1016/j.janxdis.2010.06.023
- Worst, A. (Autorin) (2012, 8. Dezember). *Westware aus dem Ostknast* [Fernsehsendung]. ARD.
- Wright, B., Kelsall, H., Sim, M., Clarke, D. & Creamer, M. (2013). Support mechanisms and vulnerabilities in relation to PTSD in veterans of the Gulf War, Iraq War, and Afghanistan deployments: a systematic review. *Journal of traumatic stress*, 26, 3, 310–318. doi:10.1002/jts.21809
- Yehuda, R., Bell, A., Bierer, L. & Schmeidler, J. (2008). Maternal, not paternal, PTSD is related to increased risk for PTSD in offspring of Holocaust survivors. *Journal of Psychiatric Research*, 42, 1104-11.
- Yehuda, R., & Bierer, L. M. (2008). Transgenerational transmission of cortisol and PTSD risk. *Progress in brain research*, 167, 121–135. doi:10.1016/S0079-6123(07)67009-5
- Yehuda, R., Flory, J. D., Pratchett, L. C., Buxbaum, J., Ising, M. & Holsboer, F. (2010). Putative biological mechanisms for the association between early life adversity and the subsequent development of PTSD. *Psychopharmacology*, 212, 3, 405–417. doi:10.1007/s00213-010-1969-6
- Yehuda, R., Halligan, S. & Bierer, L. (2001). Relationship of parental trauma exposure and PTSD to PTSD, depressive and anxiety disorders in offspring. *Journal of psychiatric research*, 35, 5, 261–270.
- Yehuda, R., Halligan, S. L., & Grossman, R. (2001). Childhood trauma and risk for PTSD: relationship to intergenerational effects of trauma, parental PTSD, and cortisol excretion. *Development and psychopathology*, 13, 3, 733–753.
- Yehuda, R., Schmeidler, J., Giller, E., Siever, L. & Binder-Brynes, K. (1998). Relationship between posttraumatic stress disorder characteristics of Holocaust survivors and their adult offspring. *American journal of psychiatry*, 155, 6, 841–843.

- Yehuda, R., Schmeidler, J., Wainberg, M., Binder-Brynes, K. & Duvdevani, T. (1998). Vulnerability to posttraumatic stress disorder in adult *offspring* of Holocaust survivors, *American journal of psychiatry*, 155, 9, 1163–1171.
- Zahn, H.-E. (2007). *Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungshaftanstalten des MfS*. Berlin: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
- Zerach, G., Greene, T., Ein-Dor, T., & Solomon, Z. (2012). The relationship between posttraumatic stress disorder symptoms and paternal parenting of adult children among ex-prisoners of war: A longitudinal study. *Journal of Family Psychology*, 26, 2, 274–284. doi:10.1037/a0027159
- Zerach, G., Solomon, Z., Horesh, D., & Ein-Dor, T. (2013). Family cohesion and posttraumatic intrusion and avoidance among war veterans: a 20-year longitudinal study. *Social psychiatry and psychiatric epidemiology*, 48, 2, 205–214. doi:10.1007/s00127-012-0541-6
- Zimmermann, V. (2008). "Den neuen Menschen auf eine neue Weise schaffen.". Die Umerziehung von sozial fehlentwickelten und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990). In G. Barkleit & T. Kwiatkowski-Celofiga (Hrsg.). *Verfolgte Schüler - gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR* (S. 113-120). Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auf die Familie einwirkende Stressoren (modifizierte Abbildung, nach Bodenmann, 1995; S. 35)	32
Abbildung 2: Das doppelte ABC-X-Modell nach McCubbin & Patterson (1983)	35
Abbildung 3: Schematische Darstellung der gegenseitigen Beeinflussung bei Traumatisierung eines Familienmitglieds	38
Abbildung 4: Zu untersuchende Dimensionen und ihre postulierten Zusammenhänge	52
Abbildung 5: Modell zur Beschreibung der statistischen Umsetzung der Hypothesen	72
Abbildung 6: Angaben zum „Grund“ für die Verhaftung in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten	81
Abbildung 7: Angaben der ehemaligen Inhaftierten zum Kontakt zu ihrer Familie während der Haftzeit	83
Abbildung 8: Angaben zu Erlebnissen im Umfeld der Verhaftung in der Gruppe der Partnerinnen	85
Abbildung 9: Angaben zu Erlebnissen im Umfeld der Verhaftung in der Gruppe der Kinder	86
Abbildung 10: Angaben der ehemaligen Inhaftierten, der Partner/-innen und der Kinder zur Fatalität der Haft zur Zeit der Haft	88
Abbildung 11: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten	95
Abbildung 12: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Indexpersonen	96
Abbildung 13: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der Partner/-innen	99
Abbildung 14: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Partner/-innen	100
Abbildung 15: Angegebene Häufigkeit innerfamiliärer Kommunikation über die Haftzeit in der Gruppe der Kinder	102
Abbildung 16: Bewertung der Kommunikation über die politische Haft innerhalb der Familie in der Gruppe der Kinder	103
Abbildung 17: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten	106
Abbildung 18: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der Partner/-innen	108
Abbildung 19: Einschätzung der psychischen Belastung durch die politische Haft in der Gruppe der Kinder	109

Abbildung 20: Einschätzung der Belastung der Familienbeziehungen durch die politische Haft in den drei Gruppen.....	110
Abbildung 21: Häufigkeit der PTBS-Diagnosen in den drei Gruppen	117
Abbildung 22: Anteil der über den Cut-Off-Werten liegenden Anteile in den drei Gruppen (SCL-27)	124
Abbildung 23: Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen der SCL-27 in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten und der Vergleichsgruppe	126
Abbildung 24: Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen der SCL-27 in der Gruppe der Partner/-innen und der Vergleichsgruppe.....	127
Abbildung 25: Mittelwerte und Standardabweichungen der Skalen der SCL-27 in der Gruppe der Kinder und der Vergleichsgruppe.....	128

10 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schematische Einteilung traumatischer Erlebnisse (nach Maercker, 2009, S. 15).....	12
Tabelle 2: Kriterien der PTBS nach dem DSM-IV (2003; S. 491-492).....	13
Tabelle 3: Zur Erfassung potenzieller Stressoren verwendete Dimensionen und Instrumente.....	61
Tabelle 4: Zur Erfassung des innerfamiliären Umgangs mit der politischen Haft verwendete Dimensionen und Instrumente	62
Tabelle 5: Zur Erfassung der psychischen Belastung verwendete Dimensionen und Instrumente.....	63
Tabelle 6: Zur Erfassung von Familienbeziehungen verwendete Dimensionen und Instrumente.....	64
Tabelle 7: Unterstützende Institutionen, Medien, besuchte Veranstaltungen	67
Tabelle 8: Rücklaufquote nach Quelle in Prozent in den drei Gruppen und in der Gesamtgruppe.....	70
Tabelle 9: Angaben zu Alter, Geschlecht und Familienstand der Befragten.....	76
Tabelle 10: Angaben zu Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Befragten	78
Tabelle 11: Unterbringung der Kinder während der Haftzeit	87
Tabelle 12: Erlebte nichtstrafrechtliche Repressionsmaßnahmen in den drei Gruppen	91
Tabelle 13: Häufigkeit der Kommunikation über die Haft in Abhängigkeit von ihrer Bewertung (Indexpersonen)	98
Tabelle 14: Einschätzung des Wissens über die Haft bei Partner/-innen und Kindern	105
Tabelle 15: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der ehemaligen Inhaftierten.....	112
Tabelle 16: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der Partner/-innen	112
Tabelle 17: Alter und Geschlecht der Vergleichsgruppen für die Gruppe der Nachkommen	113
Tabelle 18: Angegebene traumatische Erlebnisse in den drei Gruppen.....	114
Tabelle 19: Vergleich der PTBS-Symptomschwere in Abhängigkeit vom Partnerschaftsstatus in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten.....	120
Tabelle 20: Mediane und Mediantestwerte der SCL- 27 in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten.....	125
Tabelle 21: Mediane und Mediantestwerte der SCL-27 in der Gruppe der Partner/-innen ..	127
Tabelle 22: Mediane und Mediantestwerte der SCL-27 in der Gruppe der Kinder	128

Tabelle 23: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen Partnerschaft zur Haftzeit vs. Partnerschaft nach Haftentlassung (Partner/-innen).....	129
Tabelle 24: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen geboren zur Haftzeit vs. geboren nach Haftentlassung (Nachkommen)	130
Tabelle 25: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen potenziell belast. Erlebnisse vs. keine potenziell belast. Erlebnisse in Zusammenhang mit der Haft (Partner/-innen)	131
Tabelle 26: Vergleich der psychischen Belastung der Subgruppen potenziell belast. Erlebnisse vs. keine potenziell belast. Erlebnisse in Zusammenhang mit der Haft (Nachkommen).....	132
Tabelle 27: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der Anzahl erlebter Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der ehemaligen politisch Inhaftierten	133
Tabelle 28: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom Erleben nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der Partner/-innen	134
Tabelle 29: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom Erleben nichtstrafrechtlicher Repressionsmaßnahmen in der Gruppe der Kinder	135
Tabelle 30: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Partner/-innen	136
Tabelle 31: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Kinder.....	137
Tabelle 32: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten	138
Tabelle 33: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Partner/-innen	139
Tabelle 34: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit vom PTBS-Status der Indexperson in der Gruppe der Kinder.....	140
Tabelle 35: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomschwere der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen.....	141
Tabelle 36: Korrelationen zwischen der Symptomschwere (SCL-27) der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Partner/-innen	142
Tabelle 37: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomschwere der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Nachkommen.....	143
Tabelle 38: Korrelationen zwischen der Symptomschwere (SCL-27) der Indexpersonen und Schwere der Symptome psychischer Störungen der Nachkommen.....	144
Tabelle 39: Korrelationen zwischen den Symptomen der PTBS sowie den Familienfunktionen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten.....	145

Tabelle 40: Korrelationen zwischen den Symptomen psychischer Störungen (SCL-27) sowie den Familienfunktionen in der Gruppe der ehemaligen Inhaftierten	145
Tabelle 41: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen in der Gruppe der Partner/-innen	146
Tabelle 42: Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen der Partner/-innen.....	146
Tabelle 43: Korrelationen zwischen PTBS-Symptomen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen in der Gruppe der Nachkommen	147
Tabelle 44: Korrelationen zwischen Symptomen psychischer Störungen der Indexpersonen und Einschätzungen der Familienbeziehungen der Nachkommen	147
Tabelle 45: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Indexpersonen).....	148
Tabelle 46: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Indexpersonen).....	149
Tabelle 47: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Indexpersonen)	150
Tabelle 48: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Kinder).....	152
Tabelle 49: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Kinder).....	153
Tabelle 50: Vergleich der psychischen Belastung in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Kinder)	154
Tabelle 51: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Indexpersonen).....	155
Tabelle 52: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Indexpersonen).....	156
Tabelle 53: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Indexpersonen)	156
Tabelle 54: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit vor 1989 (Kinder).....	158
Tabelle 55: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen Kommunikationshäufigkeit 1989-1999 (Kinder).....	159
Tabelle 56: Vergleich der Familienbeziehungen in Abhängigkeit von der angegebenen derzeitigen Kommunikationshäufigkeit (Kinder)	159

11 Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die dieses Projekt möglich gemacht und mich bei der Durchführung unterstützt haben.

Mein Dank gilt Professor Dr. rer. biol. hum. habil. Elmar Brähler und Dr. rer. med. Gregor Weißflog für die Betreuung meiner Arbeit sowie der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig als „wissenschaftliche Heimat“ dieser Zeit.

Sehr herzlich möchte ich mich auch bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bedanken. Sie haben mir die Durchführung des Projekts finanziell ermöglicht und immer wieder einen Rahmen für inspirierende Begegnungen und interdisziplinären Austausch geschaffen.

Die vielen Institutionen und Einzelpersonen, die mich bei der Durchführung der Studie unterstützt haben, zum Beispiel durch die Veröffentlichung der Studieninformation, das Weiter-Erzählen, oder das Versenden von Fragebögen, waren mir eine sehr große Hilfe. Herzlichen Dank!

Mein besonderer Dank gilt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der vorliegenden Studie. Ich danke Ihnen allen für Ihre Bereitschaft, mir von Ihren Erfahrungen zu berichten, die vielen Fragen zu beantworten und Ihren Familienangehörigen, Freund*innen und Bekannten von der Studie zu erzählen.